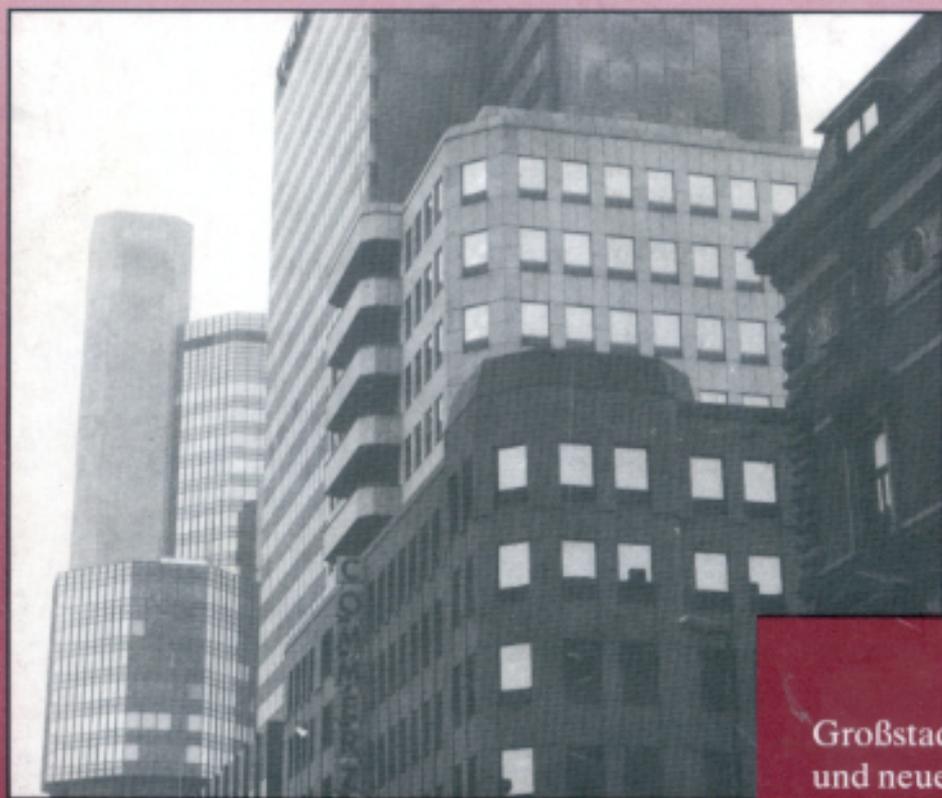


F O R S C H U N G S J O U R N A L

*Neue Soziale Bewegungen*

4/90 · DM 12,50  
1 P 2242 F



Großstadt  
und neue  
soziale  
Bewegungen



Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

# Großstadt und neue soziale Bewegungen



Schüren



## IMPRESSUM

FORSCHUNGSJOURNAL  
NEUE SOZIALE  
BEWEGUNGEN

3. Jahrgang - 1990, Heft 4

Herausgeber: Forschungsgruppe  
Neue Soziale Bewegungen

Redaktion: Edelgard Bially,  
Bonn; Ansgar Klein, Bonn; Hans-  
Josef Legrand, Bonn; Dr. Thomas  
Leif, Wiesbaden; Verlagsredak-  
tion: Susanne Papendorf

Verantwortlich für den Themen-  
schwerpunkt dieser Ausgabe:  
Ansgar Klein (v.i.S.d.P.)

Beratung und wissenschaftli-  
cher Beirat: Dr. Karin Benz-  
Overhage, Frankfurt; Prof. Dr.  
Andreas Buro, Bonn; Volkmar De-  
le, Bonn; Prof. Dr. Ute Gerhard-  
Teuscher, Frankfurt; Prof. Dr. Ro-  
bert Jungk, Salzburg; Prof. Dr.  
Joachim Raschke, Hamburg; Dr.  
Antje Vollmer, Bonn; Heidemarie  
Wieczorek-Zeul, Bonn - Wiesba-  
den

Karikaturen: Gerhard Mester,  
Wiesbaden

Verlag: Schüren Presseverlag  
GmbH

Redaktionsanschrift: For-  
schungsgruppe Neue Soziale Be-  
wegungen, c/o Dr. Thomas Leif  
Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

Erscheinungsweise: vierteljähr-  
lich

Bezugsbedingungen: Einzelheft  
DM 12,50, Jahresabonnement  
DM 42,- bzw. DM 36,- für Er-  
werbslose und StudentInnen; er-  
hältlich über:

Schüren Presseverlag, Deutsch-  
hausstr. 31, 3550 Marburg

Copyright © Schüren Pressever-  
lag GmbH/Forschungsgruppe NSB

Alle Rechte vorbehalten. Na-  
mentlich gekennzeichnete Beiträ-  
ge geben nicht unbedingt die Mei-  
nung von Redaktion und Heraus-  
gebern wieder. Für unverlangt  
eingesandte Manuskripte wird  
keine Haftung übernommen.

Druck: Mauersberger, Marburg  
Anzeigenverwaltung: Schüren  
Presseverlag GmbH

ISSN 0933-9361

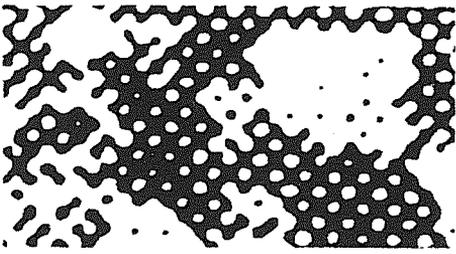
ISBN 3-924800-14-6

## INHALT

<b>Editorial</b>	<b>5</b>
<i>Margit Mayer</i> <b>Großstadt und neue soziale Bewegungen - Eine Einführung</b>	<b>11</b>
<i>Thomas Krämer-Badoni</i> <b>Die Dethematisierung des Sozialen - Ansätze zur Analyse städtischer sozialer Bewegungen</b>	<b>20</b>
<i>Jürgen Krämer</i> <b>Die Spaltung 'städtischer sozialer Bewegungen' durch den Wohlfahrtsstaat: Auf dem Wege in die 'Pseudo-Marktversorgungs'-Gesellschaft</b>	<b>28</b>
<i>Dirk Schubert</i> <b>Gretchenfrage Hafenstr. - Wohngruppenprojekte in Hamburg</b>	<b>35</b>
<i>Regina Dackweiler</i> <b>Nicht die Hälfte des Himmels, sondern die ganze Stadt Frankfurter autonome Frauenbewegung gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum</b>	<b>45</b>
<b>Internationale Fallbeispiele</b>	
<i>Roger Keil</i> <b>Neue Bewegungen in der Stadt - Strategien zwischen Arbeiten und Wohnen am Beispiel von Los Angeles</b>	<b>57</b>
<i>Remco von Capelleveen</i> <b>Die Internationalisierung der Stadt New York - Dritte Welt-Populationen in New York City</b>	<b>66</b>
<i>Karin Meffert</i> <b>Zwischen Stadt und Staat - Städtische Bewegungen am Beispiel Mexiko-Stadt</b>	<b>73</b>
<i>Klaus Novy</i> <b>Alte und neue soziale Bewegungen als Bauherren</b>	<b>78</b>
<i>Harald Bodenschatz</i> <b>Zur Planungs- und Wohnungspolitik in (West-)Berlin</b>	<b>86</b>
<b>Pulsschlag</b>	
<i>Berichte: Wohngruppenprojekte - Auf der Suche nach neuen Wohn- und Rechtsformen - Bewohnerpartizipation und Stadtteilentwicklung: ein Projektbericht</i>	<b>93</b>
<i>Vorgestellt: Selbstdarstellungen WohnBund und FOPA</i>	<b>97</b>
<i>Bericht: Umweltschutz grenzenlos</i>	<b>104</b>

---

<i>Analyse: „Jugend im Osten kritischer“. Erste Teilergebnisse der 11. Shell-Studie</i>	104
<hr/>	
<b>Treibgut</b>	
<i>Material, Hinweise, Termine und Nachrichten</i>	106
<hr/>	
<b>Brandung</b>	
<i>Oskar Lafontaine zu den neuen sozialen Bewegungen</i>	110
<hr/>	
<b>Bewegung in der Literatur</b>	
<i>Annotationen und Rezensionen</i>	112
<hr/>	
<i>Aktuelle Bibliographie</i>	117
<hr/>	



# EDITORIAL



*Hatte die 'New Urban Sociology' in den Mittelpunkt ihrer Erklärung städtischen sozialen Protestes den Kampf um die Verteilung des kollektiven Konsums gestellt - und damit die Auseinandersetzung über die Maßnahmen und Grenzen des Wohlfahrtsstaates -, so haben die neueren gesellschaftlichen Entwicklungen zu einer Verlagerung der Diskussionsschwerpunkte geführt. Neben der immer krasser hervortretenden Herausbildung neuer städtischer Randgruppen richtet sich die Aufmerksamkeit auf Prozesse einer Wiederbelebung der Innenstädte, auf die Stadteilaufwertung für zahlungskräftige Gruppen der 'young urban professionals' oder auch auf einen Schrumpfungsprozeß der Großstädte im Gefolge des Bedeutungsverlustes altindustrieller Standorte zugunsten der Standorte von Mikroelektronik, Bio- oder Gentechnologie. Aber auch die Großstädte, deren kulturelles Image attraktiv für zahlungskräftige Bewohnergruppen ist, scheinen sich im Prozeß städtischen Wandels zu behaupten. Die nur auf Funktionalität ausgerichtete Modernisierung der Städte, die diese zu 'unwirtlichen' Orten hat werden lassen, ist einer neuen Sensibilität für Stilfragen und Nahraumbindungen gewichen, die sich nicht nur auf die Anhänger der Postmoderne erstreckt und sich nicht alleine auf städtebauliche und kulturpolitische Kosmetik beschränkt. Unter dem Stichwort der 'neuen Urbanität' werden die Überlagerungen zahlreicher sozialer Milieus und Lebensstile in der Großstadt hinsichtlich ihrer Chancen für die Dialektik von Heimat und Anonymität, Aneignung und Entlastung innerhalb städtischer Lebenskultur diskutierbar. Hierher gehört auch das Stichwort ökologischer Stadterneuerung. Doch wird auch deutlich, daß längst nicht alle sozialen Gruppen gleichermaßen an dieser Entwicklung partizipieren. Im Gegenteil: Auszumachen sind zunehmende soziale Schließungsprozesse und neue Ghattobildungen vor dem Hintergrund anwachsender sozialer Ungleichheiten. Nicht gänzlich auszuschließen ist für künftige städtische Konflikte auch die Möglichkeit des Umschlagens von Protest in Revolte. Die aktuellen gewaltsamen Auseinandersetzungen im Ostteil*



Berlins erweisen nicht nur koalitionspolitische Sprengkraft. Sie deuten auch an, daß die allzulange aufgeschobenen politischen Lösungen der sich verschärfenden städtischen Problemlagen unter den erschwerten Bedingungen unkalkulierbarer Radikalitätspotentiale sich einer politischen Kleinarbeitung zunehmend entziehen könnten.

Städtischer Protest in der Bundesrepublik entzündete sich zumeist an der Wohnungsfrage. Hohe Mieten, knapper Wohnraum, Grundstückspekulationen oder auch die befürchteten Folgen städtischer Sanierungsmaßnahmen bildeten häufig mobilisierungsfähige Anlässe des sozialen Protests.

Städtischer Protest hat oftmals zu einer Aufwertung von Stadtteilen beigetragen. Die überraschende Konsequenz ist nicht selten ein Verdrängungsprozeß, der neue soziale Randgruppen vornehmend - neben ihrer sozialen Isolation - geographisch isoliert. In einem Prozeß der 'Gentrifikation' wird der noch vorhandene billige Wohnraum aufgewertet und für zahlungskräftige Mieter erschlossen. Die soziale Entmischung der Städte wird durch die zunehmende Ausgrenzung von Arbeitslosen, Sozialhilfempfangern, Alleinerziehenden, Rentnern und ungelerten Arbeitern sowie von Ausländern in die jüngeren Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, oftmals an den städtischen Rändern, vorangetrieben. Die Zahl von einer Million Obdachlosen in Deutschland macht die Dimensionen der Wohnungsfrage in krasser Weise deutlich. Es kommt zu einer Abspaltung des diese Probleme artikulierenden sozialen Protests von den Trägern früherer Protestzyklen. Diese zählen in den Augen heutiger Protagonisten bereits häufig zu den Privilegierten, welche sich einen Platz in der städtischen Kultur ebenso wie auf dem Wohnungsmarkt haben erobern können. Werden soziale Anliegen innerhalb der Artikulationen sozialen Protests zunehmend 'dethematisiert'? Eingriffe des Wohlfahrtsstaates wie auch kulturpolitische Maßnahmen tragen zu einer Spaltung städtischer Bewegungen bei.

Wie vor hundert Jahren der Arbeiterhaushalt durch solidarischen Zusammenschluß zur Ge-

nossenschaft zum kollektiven selbstnutzenden Bauherren und städtebaulichen Subjekt wurde, so stehen heute zahlreiche multikulturelle Strömungen noch vor einem Durchbruch zum städtebaulichen und kulturellen Kollektivakteur. Die Intervention städtischer Bewegungen in städtische Prozesse bedarf des Aufbaus geeigneter Institutionen der Interessenvermittlung. Notwendig erscheint mehr denn je die Reform des Systems des sozialen Wohnungsbaus für neue Haushaltsformen. Der alte Zusammenhang von Familie und Wohnen löst sich als dominantes Muster zunehmend auf. Single-Haushalte (jeder dritte Haushalt war schon 1985 ein Einpersonenhaushalt), unverheiratete Paare, WG's und Alleinerziehende stoßen auf Stein gewordene Normierungen ihres Sozialverhaltens. Die Suche nach neuen Wohn- und Rechtsformen wird angeregt durch die Experimente zahlreicher Wohnprojekte.

Margit Mayer erörtert den gemeinsamen Nenner städtischer Bewegungen, unterscheidet verschiedene Phasen städtischer Konflikte und Bewegungen und diskutiert sich abzeichnende neue Polarisierungs- und Verhandlungsstrukturen. Die Konjunktur städtischer Bewegungen scheint derzeit nicht zum besten zu stehen. Die Autorin warnt jedoch vor vorschnellen Diagnosen. Sie zieht Verbindungslinien von den militanten Hausbesetzern zu den heutigen staatlich alimentierten Instandbesetzern, den Stadtteilgruppen und -entwicklungsgesellschaften und analysiert eine veränderte soziale Zusammensetzung der Bewegungsszene. Auszumachen ist die sich abzeichnende Spaltung von arrivierten und marginalisierten Teilen städtischer Bewegungen. Kommunale Politik reagiert auf das Anwachsen ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, gestiegene Arbeitslosigkeit, ökologische Altlasten und Einschränkungen kommunaler Finanzspielräume mit flexiblen Arrangements von Interessenkoalitionen. Hier spielen die von den städtischen Bewegungen ausgebildeten intermediären Organisationen als Ansprechpartner eine nicht unbedeutende Rolle. Städtische Bewegungen sind politisch nicht (mehr) zu ignorieren; sie haben jenseits früherer Radikalität eine auffallend pragmatische Hal-



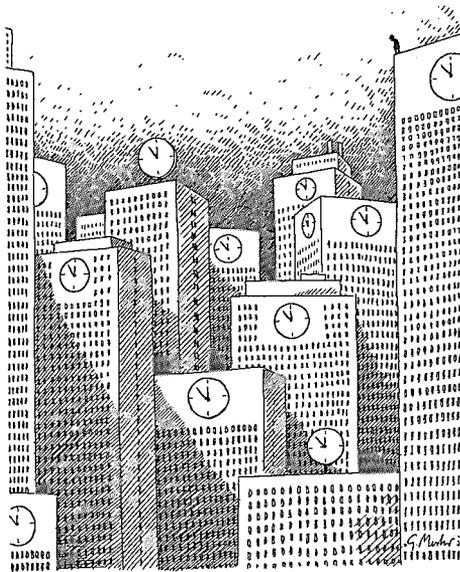
tung zu Markt und Staat ausgebildet. Absehbar ist jedoch die zunehmende Marginalisierung von Teilen der städtischen Bewegungen (ein wichtiges Stichwort: Obdachlosigkeit) sowie eine zunehmende Internationalisierung der Stadt durch den Zuzug von Immigranten und politischen Flüchtlingen. Hier liegen noch nicht erschlossene Herausforderungen für die städtischen Bewegungen der neunziger Jahre.

**Thomas Krämer-Badoni** rekapituliert zunächst Grundzüge der Diskussion über städtische Bewegungen in der New Urban Sociology (Manuel Castell; Jürgen Krämer/Rainer Neef). Diese unterscheidet mit kollektiven Konsumtions-Bewegungen gewerkschaftlicher Orientierung, mit Gemeinschafts-Bewegungen und bürgerschaftlichen Bewegungen drei Typen von städtischen Bewegungen. Eine Dominanz der

Mittelschichten hat nach Meinung des Autors, nachdem in den frühen siebziger Jahren noch eine Gerechtigkeitsorientierung dominierte, zu einem Interessen-Partikularismus städtischer Bewegungen geführt. Dies wird an Beispielen demonstriert und führt zu Fragen an die weitere Forschung.

Auch **Jürgen Krämer** skizziert im Ausgang von der New Urban Sociology bei Manuel Castells vorliegende Definitionen der Stadt und Konzepte städtischer sozialer Bewegungen. Die Unterscheidung der Sektoren der Staats- und Marktversorgung bildet den Ausgangspunkt der Analyse eines Strukturwandels des Wohlfahrtsstaates, der zu einer Spaltung städtischer sozialer Bewegungen beiträgt. Manuel Castell hatte noch mit einer Politisierung des Alltagslebens als Reaktion auf umfassende staatliche Versorgungsleistungen gerechnet. Aufgrund der Ausweitung einer staatlich - zumeist steuerpolitisch - subventionierten 'Pseudo-Markt-Gesellschaft', innerhalb derer das Bewußtsein schwindet, vom Staat Leistungen zu beziehen, kommt es nicht nur zu einer weitgehenden Entpolitisierung des Alltagslebens. Eine wachsende Mehrheit unterstützt die traditionellen Formen der Staatsversorgung nicht weiter. Wenn sich städtische Protestbewegungen ausbilden, dann handelt es sich immer häufiger um punktuelle Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen staatlicher Versorgungsleistungen auf einer schmalen werdenden sozialen Basis. Politisch erforderlich scheinen dem Autor zum einen Konzepte zur Abwehr einer weiteren Heterogenisierung dieser Abwehrkämpfe, zum anderen das offensive Anknüpfen an ein in der Pseudo-Markt-Gesellschaft gestiegenes ökologisches und verbraucherkritisches Bewußtsein.

**Dirk Schubert** zeichnet in seinem Beitrag die wechselvolle Geschichte des Projektes "Hafenstraße" in Hamburg nach. Insbesondere wird hier deutlich, daß wohnkulturelle Alternativen sogar heute noch sowohl förderpolitisch als auch aus Sicht der Öffentlichkeit Ausnahmen darstellen. Die Außenseiterrolle und Stigmatisierung von alternativen Wohnformen ist noch längst nicht aufgehoben, auch wenn durch die Schaffung neuer städtischer Sanierungssträ-





ger und intermediärer Vermittlerorganisationen ein Teil der Bewegung sich inzwischen professionalisieren und institutionalisieren konnte.

Während Männer Territorialansprüche auf die Öffentlichkeit erheben, haben Frauen bestenfalls ein Transitivum in öffentlichen Räumen, die von dem alltäglichen Sexismus der Männer durchzogen sind. **Regina Dackweiler** beschreibt Aneignungsversuche städtischer Räume durch die autonome Frankfurter Frauenbewegung. Sie erinnert an 'Nachtdemos und Hexennächte' als ersten Ausgangspunkten dieser Bemühungen. Dargestellt werden die Gründung von Frauenzentren, -kneipen und -cafés, die Aktivitäten des Notrufs für vergewaltigte Frauen und Diskussionen um ein Frauen-Nachttaxi, die Organisation von Frauen-Selbstverteidigungskursen sowie die Entwicklung feministischer Planungsansätze zur Stadtentwicklung. Gefragt wird nach Durchsetzungsmöglichkeiten feministischer Forderungen innerhalb der Kommunalpolitik.

Die Möglichkeiten des Vergleichs bieten **internationale Fallbeispiele**. Die Auseinandersetzung mit städtischen Bewegungen in Los Angeles, New York, oder Mexico City gibt Auskunft über sich verändernde Zusammensetzungen städtischer Bewegungen und sensibilisiert bei allen gegebenen Unterschieden auch für sich abzeichnende neue Formen politischer Auseinandersetzung und städtischen Protests.

Durch einen tiefgreifenden Wandlungsprozess in Ökonomie und Gesellschaft in den USA ('Postfordismus') werden überkommene Trennungen gemischt-ethnischer und klasseneinheitlicher politischer Formationen am Arbeitsplatz von national/ethnisch segregierten populären Organisationsformen am Wohnort (in der Nachbarschaft) aufgehoben. **Roger Keil** untersucht anhand dreier Konfliktverläufe die veränderten Formen politischer Auseinandersetzung im städtischen Bewegungsmilieu von Los Angeles. Über eine entstehende sozialräumliche Sensibilität kommt es zu einer strategischen und taktischen Verschmelzung von arbeitsplatzbezogenen und territorialen politischen Aktivitäten, zu einer politischen Verbindung von Fragen des Arbeitens und des Wohnens, die flexi-

ble Antworten auf mehrdimensionale Restrukturierungsprozesse des städtischen Raumes ermöglicht. Vermutet wird ein modellhafter Charakter der in L.A. vorfindlichen Formen städtischen Protests auch für die hiesige Bewegungspolitik.

Aufgrund internationaler Wanderungsbewegungen lebten bereits 1980 40 Prozent aller Einwanderer in die USA in deren 10 größten Städten. **Remco van Capelleveen** erörtert Gründe der Migration und untersucht ihre Folgen am Beispiel der afrokaribischen Einwanderer in New York. Der Anteil der im Ausland Geborenen liegt für New York heute bei über 50 Prozent. Die Stadt ist zu einer karibischen, lateinamerikanischen und asiatischen Stadt, zu einer Dependence der 'Dritten Welt' in der Metropole geworden. In einer veränderten städtischen Ökonomie haben sich die über 1 Million Einwohner afrokaribischer Herkunft in New York eingerichtet und in der afrokaribischen community eine ethnisch weitgehend separierte Alltagskultur ausgebildet. In der Zunahme rassistischer und ethnischer Segregation insbesondere im Wohnbereich, von polizeilichen Übergriffen auf Farbige sieht der Autor Anzeichen für ein Wiedererstarken der 'weißen Suprematie' als der Kernstruktur der 'amerikanischen Identität'. Es lassen sich jedoch auch Anhaltspunkte für die Entwicklung eines ethnisch-egalitären und demokratischen Pluralismus ausmachen.

Mexico City ist mit 20 Millionen Einwohnern das größte Ballungsgebiet der Erde. **Karin Meffert** skizziert die Geschichte städtischer Bewegungen in Mexico City und analysiert die unterschiedlichen politischen Strategien und Mobilisationskonzepte in einem politischen Feld, das von machtorientierten, zentralistischen und staatsfixierten Parteien in starker Weise geprägt ist. Die Selbsthilfe- und Selbstverwaltungserfahrungen von Stadtteilgruppen, die in der Coordinadora Nacional del Movimiento Urbano Popular zusammengeschlossen sind, fließen derzeit in Überlegungen zur Gründung einer dezentralen, regional strukturierten Bewegungspartei ein. Die städtischen Bewegungen in Mexico City könnten einen wichti-



gen Beitrag zur Pluralisierung und Demokratisierung im politischen und sozialen Feld leisten.

**Klaus Novy** plädiert in seinem Beitrag "Alte und neue soziale Bewegungen als Bauherren" für den "Akteursansatz" bei der Interpretation von Stadt, auch in ihrer städtebaulichen Materialität. Alte - und demnächst vielleicht neue - soziale Bewegungen prägen die Stadt stärker, als es der oft strukturfatalistische Blick des Sozialwissenschaftlers wahrnehmen will. Am Beispiel der Wohnreformbewegung versucht Novy zu zeigen, daß sich die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen historisch als soziale Bauherrenorganisationen sozialer Bewegungen interpretieren lassen, die in ihrer Entstehungsphase Pioniere der Städtebau-, Architektur- und Sozialreform waren. Sie hatten die paradoxe historische Aufgabe, den kleinen Arbeiterhaushalt zum städtebaulichen Subjekt und Bauherren zu machen. Heute steht historisch eine ähnlich schwierige Institutionalisierung an, die neuen sozialen Bewegungen zu selbstaktiven Bauherren und städtebaulichen Akteuren zu machen.

**Harald Bodenschatz** weist darauf hin, daß West-Berlin die einzige (ehemals) westdeutsche Großstadt ist, die alle Probleme der Einigung dramatisch erfahren wird. Der Wegfall der Mauer wird auch zahlreiche schützende Strukturen im Westteil der Stadt zersetzen. Wieweit hat die rot-grüne Koalition die versprochenen Antworten auf die Wohnungsnot gegeben und einen ökologischen Stadtbau vorangetrieben? Der Autor skizziert den Rahmen einer demokratischen Planungskultur als Maßlatte rotgrüner Planungspolitik. Er weist auf die sozialen Probleme der West-Berliner Stadtentwicklung hin, die nicht zuletzt auch Hintergrund des Wahlerfolges der Republikaner im Januar 1989 sind. Im Zuge der Vereinigung der ungleichen Stadthälften wird die überkommene Standorthierarchie in ganz Berlin in Frage gestellt. Absehbar ist ein lawinenartiger Prozeß gesamtstädtischer sozialer Segregation (Marzahn, Prenzlauer Berg, Falkenhager Feld...). Begründet wird die Notwendigkeit einer ökologischen Bestandsentwicklung und einer behutsamen Stadterneuerung. Nicht zuletzt der Umgang mit dem Potsdamer Platz signali-

sert allerdings einen Verfall der Planungskultur. Keine rosigen Aussichten bestehen derzeit für eine antispekulative Bestandsentwicklung für das demokratische, ökologische, soziale und kulturelle Stadtprojekt eines vereinten Berlin, dem als Hauptstadt des vereinten Deutschland Signalwirkung zukommt. Angesichts der Beendigung der rot-grünen Koalitionen in Berlin kommt diesen Überlegungen verschärfte Bedeutung zu.

In der Rubrik "Pulsschlag" findet sich eine Projektdarstellung der Feministischen Organisation der Planerinnen und Architektinnen (FOPA) sowie eine Darstellung der Tätigkeiten des Wohnbundes. Rezensionen und Annotationen sind in diesem Heft in starker Weise auf den Themenschwerpunkt bezogen. In unserer Rubrik "Brandung" haben wir Auszüge eines Beitrages von **Oskar Lafontaine** zu den neuen sozialen Bewegungen dokumentiert.

Bei der Konzeption des vorliegenden Heftes haben **Margit Mayer** sowie **Klaus Novy** und **Jürgen Bärsch** (Wohnbund/Genossenschaftliches Wohnen Köln) maßgeblich mitgewirkt. Ihnen und allen Beteiligten sei an dieser Stelle nachdrücklich gedankt.

In Heft 3/1991 werden wir weitere Beiträge zum vorliegenden Themenschwerpunkt publizieren.

Heft 1/1991 des Forschungsjournals Neue soziale Bewegung zum Themenschwerpunkt "**Zukunft der Reformpolitik?, Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen**" erscheint im Februar.

*Ansgar Klein*

Bonn/St. Augustin, im Oktober/November 1990

**Aufruf zur Mitarbeit am Heft 4/1991**  
des  
**"Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen"**  
mit dem Schwerpunkt  
**"Ländlicher Raum und Neue Soziale Bewegungen"**

Im vorliegenden Heft des Forschungsjournals wird der Schwerpunkt "Großstadt und Neue Soziale Bewegungen" behandelt. Im Oktober 1991 soll ein Heft erscheinen, das sich dem Thema "Ländlicher Raum und Neue Soziale Bewegungen" widmet. Das avisierte Heft ist damit zum einen eine Reaktion auf die hier vorliegende Ausgabe, gewinnt aber seine Berechtigung nicht nur von diesem "Vorläufer" her.

In ländlichen Gebieten finden sich im Vergleich zu Städten bestimmte Konflikte nicht - andere Probleme treten nur hier auf. So gibt es auf dem Land noch (relativ) viel Raum, um planerisch in das Landschaftsbild eingreifen und "gestalten" zu können. Verkehrsstrassen und Flugplätze werden gebaut, Mülldeponien eingerichtet, Abbaugelände für Bodenschätze ausgewiesen. Projekte dieser Art haben in vielen Regionen Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen. Was hat sich in den letzten Jahrzehnten in diesen Initiativen getan? Welche Teile der Bevölkerung haben sie erreicht?

Neue Soziale Bewegungen haben sich auch oder gerade im ländlichen Raum gebildet. Die Umweltbewegung hatte stets aktive Gruppen "auf dem Land", die Friedensbewegung gab es Anfang der achtziger Jahre auch in Kleinstädten. Alternativprojekte sind verstärkt in den siebziger Jahren aus den Städten aufs Land gezogen und haben dort mit mehr oder weniger Erfolg gearbeitet. Welche Erfahrungen wurden in diesen Gruppen und Projekten gemacht? Mit welchen speziellen Problemen hatten sie zu kämpfen? An welche Traditionen konnten sie anknüpfen? Hat sich so etwas wie eine "alternative Infrastruktur" auch auf dem Lande herausgebildet?

Dies sind nur einige der Fragen, denen sich das geplante Heft zuwenden könnte. Daß es erfolgreich werden kann, hängt von der Mitarbeit und den Ideen möglichst vieler Personen ab. Beiträge sind in recht unterschiedlicher Form möglich. Dies bezieht sich sowohl auf die Länge als auch auf die Art des Beitrags. Zu denken ist an

- sozialwissenschaftliche Analysen durch Personen aus der Bewegung oder solche, die über die Bewegung gearbeitet haben (diese können aus theoretischer Perspektive erfolgen oder auf empirischen Arbeiten beruhen);
- Erfahrungsberichte aus Gruppen in kollektiver oder individueller Autorenschaft;
- Interviews mit Aktiven aus der Bewegung.

Interessenten sollten sich bitte mit einem Abstract von einer Seite so rasch wie möglich melden. Eine vorläufige Fassung des Artikels mußte bis zum **31. März 1991** vorliegen. Der letzte Termin für die Abgabe des endgültigen Manuskriptes wäre der **31. Juli 1991**.

Kontakt:  
Thomas Ohlemacher  
c/o Wissenschaftszentrum  
Reichpietschufer 50  
1000 Berlin 30  
Tel.: 030/25491266 (tagüber)  
6915879 (abends)

Margit Mayer

# Großstadt und neue soziale Bewegungen

## Eine Einführung

Die Bilder, die wir zum Begriff "städtischer sozialer Bewegungen" assoziieren, beschwören von breiter Unterstützung getragene militante Hausbesetzungen, Blockaden von Räumungsbaggern, Störung öffentlicher Hearings, phantasielvolle Sit-ins oder Experimente mit utopischen Wohn- und Lebensformen. Diese Bilder scheinen einer vergangenen Ära anzugehören; falls sie heute aufscheinen, fehlt entweder die breite Mobilisierung, oder der Bedeutungsgehalt ist ein anderer. Auch die Stadtforschung spricht in den letzten Jahren von einer "bewegungsarmen Situation", registriert lediglich punktuelle, sporadische Protestaktivitäten, diagnostiziert die Entpolitisierung, Kooptation oder gar den Niedergang städtischer sozialer Bewegungen.<sup>1</sup> In der Bewegungsforschung, die unserem Gegenstand auf der Spur bleiben könnte, klappt ebenfalls ein Loch: Hier wird das spezifisch Städtische an sozialen Bewegungen bislang systematisch durch andere Thematisierungen verdeckt (z.B. Alternativbewegung, Selbsthilfebewegung etc.)

Gegenläufig zu diesen Trends werden in diesem Heft die städtischen Akzente bei neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen und die Verbindungslinien zwischen "alten" und "neuen" städtischen Bewegungen aufgespürt. Auf den ersten Blick haben die militanten Hausbesetzungen von gestern nicht viel mit den heutigen Instandbesetzungsprogrammen dank Staatsknete gemein - und noch weniger mit den aktuellen Angriffen von marginalisierten Teilen der städtischen Bewegung auf Stadtbau / Berlin oder Yuppie-Kneipen beispielsweise in Kreuzberg. Oder die Ghetto-Aufstände, die die Stadtrevolte in den amerikanischen Städten der 60er Jahre prägten: Was haben sie mit den Stadtteilgruppen und -entwicklungsgesellschaften, die das Rückgrat des "Neighborhood Movement" der 70er und 80er Jahre ausmachen, gemein? Und was mit den Tompkins Square Riots, in denen vor zwei Jahren der Protest gegen die

Gentrifizierung von Manhattans Lower East Side explodierte, und der sich *auch* gegen die inzwischen etablierten Stadtteilentwicklungsgesellschaften richtete?

Städtische soziale Bewegungen tauchen offensichtlich - je nach Ort und Zeit - in unterschiedlichen Ausformungen auf, und unterscheiden sich schon dadurch von den "typischen" neuen sozialen Bewegungen (Ökologie-, Friedens-, Frauen- oder Anti-AKW-Bewegung), daß die Zusammensetzung ihrer Träger, die umkämpften Issues und die aufgestellten Ziele hoch variabel sein können. Sie sind also nur unter historisch und national spezifischen Bedingungen beschreibbar. Aber dennoch sind es nicht völlig kontingente Entwicklungen. Vielmehr soll hier der These nachgegangen werden, daß der gemeinsame Nenner solcher sozialen Konflikte und Bewegungen *mehr* ist als die Addierung der stadtpolitisch relevanten Aspekte der neuen sozialen Bewegungen; daß städtische soziale Bewegungen *eigene* Entwicklungsmuster hervorgebracht haben, die - trotz enormer Unterschiede der Mechanismen, mit denen Bürger und Kommunen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß nehmen - auch international vergleichbar sind. Diese Entwicklungsmuster aufzuspüren ist sowohl für den sozialwissenschaftlichen wie den bewegungsinternen Diskurs v.a. notwendig, um die kommunalpolitischen Bezüge von Institutionalisierungsprozessen der neuen sozialen Bewegungen - etwa innerhalb alternativer Kommunalpolitik, über Gleichstellungsstellen etc. - zu verstehen.



## I. Der gemeinsame Nenner städtischer sozialer Bewegungen

Städtische Bewegungen, auch wenn sie bisweilen den "neuen sozialen Bewegungen" zugeordnet werden (weil sie an dem Bewegungszyklus partizipieren, der in den 1960er Jahren einsetzte)<sup>2</sup>, liegen "quer" zu den Kategorien, den Themen und Arenen des NSB-Diskurses. Sie lassen sich weder durch neue Issues noch durch neue Akteure noch durch neue Handlungsrepertoires eindeutig eingrenzen (wie dies häufig für die ökologie-, Friedens-, Alternativ- oder neue Frauenbewegung unternommen wird), sondern scheinen sich eher über den Ort ihrer Mobilisierung zu definieren. Dieser "Ort" beherbergt die Voraussetzungen der Reproduktion der Arbeitskraft (Wohnung, Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten etc.), er stellt sowohl "gebaute Umgebung" wie gewachsene Milieus und Netzwerke dar. Unter Bedingungen kapitalistischer Entwicklung implizieren diese Voraussetzungen spezifische Problemlagen, die von Oppositionsbewegungen artikuliert werden (Probleme mit der Wohnungsversorgung, Sozialleistungen statt produktionsbezogener Infrastruktur, Mobilisierung gegen die Aufwertung bestimmter Stadtteile oder gegen die Zerstörung von Milieus etc.). Ferner bewirkt die Verfaßtheit des politischen Systems, daß kommunale Aufgaben zu Auslösern von Konflikten werden können (z.B. wenn sich Bürgerinitiativen gegen einen Flächennutzungsplan wenden). Darüberhinaus werden "städtische Problemlagen" auch schlicht dadurch generiert, daß sie sich auf lokaler Ebene konkret manifestieren: Die Risiken moderner Technologien äußern sich zunächst örtlich, und Auseinandersetzungen um die Umweltqualität, um Energieversorgung oder Müllproblematik lokalisieren sich deshalb häufig in der Kommune. Aber auch die bloße Verdichtung (Agglomeration) bringt in vielen Bereichen eine "kritische Masse" hervor, die Voraussetzung für und spezifischen Einfluß auf die Bewegungen darstellt: Entstehung und Dyna-

mik von Alternativbewegung, Schwulenbewegung oder Frauenbewegung sind ohne die spezifisch städtische Subkultur- und Milieubildung nicht denkbar.

Solch unterschiedliche Bezüge zur Stadt sind gemeint, wenn von spezifisch städtischen Problemlagen und Bewegungen die Rede ist. Häufig werden sogar Projekte und Bewegungen subsumiert (VoBo, Frieden, Frauen), die sich eher "zufällig" in der Stadt abspielen. Dies erscheint nicht nur deshalb legitim, weil städtisches Milieu und städtische Infrastruktur ihre Voraussetzung bilden, sondern auch, weil diese Aktivitäten zunehmend in kommunalpolitische Strategien integriert werden: sei es, um Urbanität zu entwickeln (oder zu vermarkten), sei es, um neuartige soziale Probleme (mittels Basisnähe und Feinsteuerung) besser zu lösen. Sowohl Forderungen als auch Akteure der Frauen- wie der Umweltbewegung werden zunehmend in die Kommunalpolitik integriert (s. Beiträge zu Frankfurt in diesem Heft).

Um den gemeinsamen Nenner solch disparater Bewegungen zu eruieren, sind die gängigen Raster der NSB-Diskussion nicht tauglich: Das spezifisch Städtische wird von den dort entwickelten Forschungsfragen und Hypothesen gerade verdeckt.<sup>3</sup> Auch andere sozialwissenschaftliche Disziplinen - etwa die Stadtsoziologie, lokale Politikforschung oder die BI-Forschung - bearbeiten jeweils einen Zipfel, aber nicht städtische Bewegungen als solche. In den 70er Jahren versuchte man, den gemeinsamen Nenner der städtischen sozialen Bewegungen in den Grenzen und Widersprüchen der kollektiven Konsumtion auszumachen (vgl. Castells, 1977) oder in den Restriktionen zentralstaatlicher Vorgaben für die lokale Ebene (vgl. Grauhan, 1975). Damit waren möglicherweise zentrale Erscheinungsformen städtischer Konflikte und Bewegungen der fordistischen Phase benannt, aber die Erscheinungsformen wurden bald unübersichtlicher und disparater.<sup>4</sup> Politische Auseinandersetzungen um Chancen und Einrichtungen der kollektiven Konsumtion können nicht mehr als das "eigentliche Feld" städtischer Politik (im Gegensatz zur zentralstaatlichen Ebene, wo die Konflikte der Pro-



duktionssphäre angesiedelt wurden) behauptet werden. Inzwischen ist offensichtlich, daß auch die lokale Ebene ökonomische und den Produktionsprozeß betreffende Funktionen wahrnimmt, dabei sogar eine zunehmend wichtigere Rolle spielt!<sup>5</sup> Und inzwischen hat eine neue Hierarchisierung der Städte sowie die Erfahrung unterschiedlicher Stadtregierungen unterschiedliche Optionen und Entwicklungswege der Kommune wieder betont, so daß die lokale Ebene nicht mehr allein als "verlängerter Arm" des Zentralstaats erklärt werden kann.

Wenn wir hier die Entwicklungsmuster städtischer Bewegungen ins Zentrum rücken, so ist dies sicherlich nur auf dem Hintergrund der Entwicklung städtischer Konflikte sinnvoll, die sich in den unterschiedlichen Phasen kapitalistischer Entwicklung unterschiedlich darstellten. In diesen Phasen ist "die Stadt" in den entwickelten westlichen Ländern jeweils von durchaus vergleichbaren Krisenauswirkungen und Umstrukturierungen gekennzeichnet. Damit sind nicht nur die spezifisch räumlichen Auswirkungen der Modernisierungsprozesse (wie die der De- und Reindustrialisierung, der Stadterstörung, Sanierung oder Aufwertung) gemeint, sondern auch die sozialen und kulturellen Uniformierungsprozesse von Wohn- und Lebensstilen, die gleichzeitig zu einer verstärkten Ausgrenzung und Diskriminierung von Gruppen, die sich diesem Prozeß nicht anpassen (können oder wollen), tendieren. Dieser Prozeß betrifft das Leben im inneren Großstadtraum besonders stark, da hier die Umstrukturierungsprozesse dichteste Bestände gewachsener Lebensformen und sozialer Beziehungen zu "enteignen" drohen; zum anderen konzentrieren sich hier gesellschaftliche Gruppen, die von den Modernisierungsprozessen besonders empfindlich getroffen werden ("soziale Problemgruppen") und solche, denen bei der kulturellen Umorientierung und Pluralisierung von Lebensstilen eine Vorreiterrolle zukommt.

Dabei wurde "Stadt" bzw. "Großstadt" unter höchst unterschiedlichen Vorzeichen thematisiert: Die Lösungen variieren von "Zurück aufs Land" (die Verherrlichung von Kleinräumigkeit

und Überschaubarkeit hat bei manchen Bewegungen heute wieder Renaissance!) über "Nehen wir uns die Stadt!" bis hin zur neuen Urbanität. In den verschiedenen Bewegungen der 70er und frühen 80er Jahre ging es nicht nur um partikuläre Mobilisierungen gegen bestimmte Planungs-Projekte, auch nicht nur um ein Dach über dem Kopf, sondern um eine andere Aneignung der Stadt. Es handelt sich bei den städtischen Bewegungen also keineswegs jeweils um vergleichbare Akteure und Träger, die Ziele sind genauso variabel wie die Organisationsformen und die ideologische Zusammensetzung. Diese Veränderungen ergeben für die bundesdeutsche Nachkriegsentwicklung (aber, mit gewissen Verschiebungen, auch für andere entwickelte westliche Nationen) ein bestimmtes "Karriermuster" städtischer Bewegungen<sup>6</sup>: Über diverse Vorläufer entsteht eine breite, oft fundamentalistische, städtische Oppositionsbewegung, die sich allmählich (teils gespalten, teils marginalisiert) in eine pragmatischere Bewegungsszene transformiert, um in den 80er Jahren als Innovationsreserve in neuen Verhandlungsstrukturen zu fungieren und gleichzeitig neue Konfliktlinien mitzuproduzieren. Diese Entwicklungsdynamik städtischer Bewegungen soll im folgenden auf der Folie der Phasen städtischer Entwicklung und der ihnen eigenen Konfliktmuster nachgezeichnet werden.

## II. Phasen städtischer Konflikte und städtischer Bewegungen<sup>7</sup>

### 1. Innerstädtische Sanierung

Während die unmittelbare Nachkriegsentwicklung von kaltem Krieg und deutschem Wirtschaftswunder beherrscht war, deuten sich ab Mitte der 60er Jahre mit dem Ausbau des (sozialdemokratische) keynesianisch-sozialstaatlichen Entwicklungsmodells spezifische Konfliktlinien an. Die Ausweitung der Instru-



mente und Instanzen zentralstaatlicher Planung und Steuerung verfolgten das Ziel, die Segnungen des fordistischen Modernisierungsprozesses möglichst gleichmäßig zu verteilen. Dem lokalen Staat kam dabei die Aufgabe zu, die städtische Infrastruktur und Sozialeinrichtungen auszubauen (Straßennetz, Schulen, Kindergärten, Kliniken, sozialer Wohnungsbau) und die Nutzung des städtischen Raums zu planen. Flächensanierung und moderner Wohnungsbau prägten landauf, landab (nicht nur sozialdemokratische) Landes- und Kommunalpolitik. Flächenhafter Abriß ganzer gründerzeitlicher Stadtquartiere (z.B. in Berlin) und deren Ersatz durch modernen Wohnungsbau bildeten den Höhepunkt und zugleich die Krise der sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Diese Form des Ausbaus städtischer Infrastruktur und Sozialeinrichtungen hat die Zonierung städtischen Raums (in Wohn-, Erholungs-, Einkaufs- und Industriegebiete) vorangetrieben - wobei auch gewachsene Stadtteile zerstört wurden -, sie hat Konsumnormen angehoben - und dabei auch Lebensweisen standardisiert.

Die erste Phase städtischer Oppositionsbewegungen (60er und erste Hälfte der 70er Jahre) war getragen von Bürgerinitiativen gegen Sanierungspläne, große Infrastruktur- und Straßenbauprojekte, die als Initiativen unmittelbar betroffener Bürger- ihre jeweiligen Wohn- und Lebensbedingungen zu verteidigen suchten. Diese BIS entwickelten sich oft aus existierenden Honoratiorenverbänden und Bürgervereinen. In der Wahl der Methoden zur Verteidigung des Stadtteils waren sie meist pragmatisch: Bevorzugt waren professionell-orientierte Strategien ("Planungsalternativen von unten"), aber man scheute auch vor offenem Protest auf der Straße nicht zurück. Nicht nur um den Ausbau der Infrastruktur gab es Auseinandersetzungen, auch um Preis, Qualität, Mitgestaltung. Um kulturelle Normen der öffentlichen Einrichtungen des kollektiven Konsums, die für den Ausbau des kynesianisch-sozialdemokratischen Entwicklungsmodells zentral waren, entstanden Konflikte, die sich in lokalen Mobilisierungen (v.a. um öffentliche Verkehrsmittel, Schulen, Kinderläden) ausdrückten. Auch for-

mierten sich Initiativen aus der jugendlichen Protestbewegung, die ihre Wurzeln in der anti-autoritären Bewegung der 60er Jahre hatte. Im Lauf der 70 Jahre wurde diese lokale Szene ergänzt durch eine Welle von Basis- und Stadtteilgruppen, die aus den vormaligen politischen Projekten der außerparlamentarischen Opposition hervorgingen. Sie reagierte bereits auf die Kosten und Belastungen, die der fordistische Klassenkompromiß den aus dem Pakt Ausgeschlossenen aufbürdete.

Die staatlichen Konzessionen, selbst während der sozialdemokratischen Reformphase 1971 - 74, erschöpften sich jedoch in bescheidenen Anhörungs- und Beteiligungsangeboten. Der Übergang 1974 zur (Schmidtchen) Krisenpolitik führte schließlich zu einer völligen Abschottung der institutionellen Politik; städtische Opposition und Protest überhaupt wurden delegitimiert. Gleichzeitig raubten politische Zentralisierungsmaßnahmen den Kommunen noch mehr Handlungsspielraum.<sup>8</sup>

Im Lauf der Hausbesetzungen, Mietstreiks und Demos gegen Sanierung und Entmietungen bildete sich immerhin ein dichtes Netz von selbstorganisierten Formen des Zusammenlebens und Arbeitens im städtischen Bewegungsmilieu, in dem eigene organisatorische Ansätze (wenngleich unterschiedlicher Stabilität) entwickelt wurden.

Auch in den USA war diese Phase von einer breiten Bewegung charakterisiert, die versuchte, Kahlschlagsanierung, Verkehrsplanung und tertiäre Umnutzung zu stoppen - allerdings begleitet von militanten Ghettoaufständen. (Mollenkopf, 1983; Mayer, 1987)

## 2. Städtische Restrukturierung

Spätestens Mitte der 70er Jahre waren die Grenzen des fordistischen Entwicklungsmodells offensichtlich geworden: Wachsende Folgekosten der Massenproduktion und des Massenkonsums sowie die Politisierung dieser Folgekosten drosselten die Wachstumsraten und ließen neue soziale Konflikte und neue Bewegungen entstehen, die diese Kosten - Zerstörung der Städte und massive ökologische Probleme - auf die Tagesordnung setzten.



Die ökonomischen Umstrukturierungen, die unternommen wurden, um der Krise des Fordismus zu begegnen, vermehrten den Anteil der gesellschaftlichen Gruppen, die vom "Segen des Wachstums" ausgeschlossen bleiben, was dazu führte, daß im Verlauf der 70er Jahre neue soziale und politische Träger städtischer Opposition entstanden: radikale Instandbesetzer, heterogene Alternativprojekte und grün-bunte Parteien nahmen dort Platz, wo vorher BIs und Mietergruppen mobilisiert hatten. Die Geschlossenheit des bundesdeutschen Wachstumskartells begünstigte eine radikal-oppositionelle Selbstdeutung der lokalen Bewegungsmilieus und erleichterte das Zusammenkommen enttäuschter BIs, radikaler städtischer Opposition und lokaler NSB-Projekte (Frauen, Frieden) in ersten lokalen Wahlbündnissen. Kennzeichnend für diese Phase war die Ökologisierung des Protests und die Suche nach fundamentalen und verallgemeinerbaren Alternativen. (Roth, 1990b)

Auch in den gemeinsamen Aktionen der Hausbesetzerbewegung kamen z.T. höchst unterschiedliche Ziele vertretende Gruppen zusammen: Bürger- und Mieterinitiativen, jugendliche Ausgegrenzte, alternative politische Gruppen. Ihre Interessen reichten von behutsamer Stadterneuerung und Selbsthilfe in der Wohnungssanierung über Nischen in abgesichertem Milieu, vom Kampf gegen den Staat zum schlichten Interesse an günstigen räumlichen Bedingungen für politische Projekte. Gemeinsam war ihnen jedoch die radikale Kritik an der staatlichen Wohnungspolitik, über weite Strecken auch die Ablehnung herrschender Produktions- und Konsumnormen. Anspruch auf Selbstbestimmung, staatsfreie Privatsphäre und Abbau von Kontrolle waren die Merkmale der städtischen Bewegungen während dieser Hochphase. Diese städtische Opposition konnte nicht mehr marginalisiert werden. Sie büßten jedoch in dem Maß, mit dem sich ihre Protestmotive verbreiteten, auch ihre radikale Kraft ein. So formierte sich gegen Mitte der 80er Jahre die Bewegung zu einer breit gefächerten, aber pragmatischer orientierten Bewegungsszene, die sich allmählich sowohl auf den

"Markt" als auch auf den "Staat" einließ.

Auch in den USA vermischte sich eine höchst heterogene Protestkultur - aus verschiedenen Richtungen kommend und vom Kontext der gegenkulturellen Mobilisierung der 60er Jahre durchwirkt - zu dem, was die Beobachter als "urban revolution" bezeichneten.<sup>9</sup> Ihre Selbstdeutung war jedoch um einiges pragmatischer als die durch den deutschen Sicherheitsstaat beförderte der hiesigen Bewegungen. Auch förderte der amerikanische Staat schon in den 70er Jahren Stadtsanierung mittels privater Initiativen und mit expliziter Einbeziehung von Stadtteilorganisationen als politischer Repräsentanz marginalisierter und auch oppositioneller städtischer Gruppen, so daß hier eine Transformation "from protest to program" früher und reibungsloser einsetzte als in der BRD. (Vgl. Mayer, 1987)

### 3. Neue Polarisierungen - und neue Verhandlungsstrukturen

Räumliche Folgen der Krise des Fordismus und der Umstrukturierung waren sowohl neue regionale Polarisierungen (Süd-Nord-Gefälle) als auch Polarisierungen innerhalb der städtischen Agglomerationen. Hohe Dauerarbeitslosigkeit und das Anwachsen ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse sind durchaus Merkmale der neuen "dynamischen" Wachstumssektoren; sie belasten v.a. die kommunalen Haushalte. Auch ökologische Altlasten (Müllprobleme, Smog, Verkehr, Wasserversorgung) fallen weitgehend in kommunale Zuständigkeit. Während zentralstaatliche Sparpolitik die kommunalen Finanzspielräume zunehmend einschränkt, Krisenlasten sich aber auf lokaler Ebene kummulieren und die interkommunale Konkurrenz sich intensiviert, suchen viele Kommunen diese Dilemmatas durch aktives Management, "privat-public partnerships" und unkonventionelle Politiken kleinzuarbeiten. Die dafür notwendigen aktiven Koordinations- und Steuerungsleistungen sind nur in flexibler Zusammenarbeit mit den die jeweiligen lokalen Interessen repräsentierenden Gremien zu erbringen.

Gleichzeitig nimmt das Stadtwachstum neue Fomen an: Revitalisierung und Gentrifizierung

der Innenstädte, Wachstum polyzentrischer Agglomerationen und neue Formen kleinräumiger Segregation lösen die fordistischen Zonen und Ringe auf. Neue Subventionsprogramme für Neubau und Altbauerneuerung wurden aufgelegt; dabei wurden private Anlagegesellschaften gegenüber den öffentlich kontrollierten Baugeellschaften bevorzugt. Kleinteilige Verfahren der Altbauerneuerung wurden eingeführt, Miet- und Planungsrecht wurden liberalisiert. Wie in der amerikanischen *Gentrification* vollzieht sich die städtische Umstrukturierung ungeplant, entsprechend den Marktgesetzen, d.h. kleinteilig und eher unmerklich.

Dies deregulierte, flexibilisierte Wachstum schafft neue Ausgrenzungen: Obdachlosigkeitsraten explodieren, selbst in den wachsenden Städten.<sup>10</sup> Dauerarbeitslosigkeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gehören zu den Merkmalen des neuen Wachstums. Gewinner sind nicht nur bei den Yuppies, sondern auch in den Reihen der oppositionellen städtischen Bewegungen zu finden, insbesondere unter Mitarbeitern und Initiatoren der vielen geförderten Projekte und intermediären Organisationen, die nun längerfristig abgesichert und gesellschaftlich relativ anerkannt arbeiten.

Weil stadtteilbezogene Organisationen sich bei der Entwicklung flexibler Vermittlungsformen den traditionellen (wohlfahrtsstaatlichen) Organisationen als überlegen erwiesen haben, wird staatliche Förderung von Selbsthilfe-Projekten in der Sanierung, im Sozial- und Gesundheitswesen, und in der Kulturpolitik ausgebaut. Gleichzeitig mit partieller Deregulierung und Leistungsrücknahme werden also neue Verhandlungsstrukturen installiert und neue Formen staatlich gestützter Selbststeuerung erprobt, in die aus der städtischen Bewegung entstandene Organisationen eingebunden werden. Das heißt, die städtischen Bewegungen der späten 80er Jahre haben sich, im Kontext der krisenerzwungenen Politisierung der kommunalen Ebene, grundlegend verändert. Ihnen kommen jetzt vielschichtige und widersprüchliche Funktionen zu, gerade weil sie sich durch "hohe Polyvalenz" auszeichnen, "was die Gleichzeitigkeit wirtschaftlicher, sozialer und

kultureller Zielsetzungen betrifft." (Evers, 1988)

Einerseits werden mit Hilfe der neuen intermediären Organisationen lokale konkrete Verbesserungen erzielt, die in vieler Hinsicht besser sind als vom Staat oder Kapital bereitgestellte Möglichkeiten. Zugleich werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen, die durch traditionelle Integrationsmaßnahmen nicht erreichbar sind, zur Partizipation animiert. In dieser Kooperation bilden sich, drittens, manche Kollektive, Beratungsinstitutionen oder Stadtteilentwicklungsgesellschaften zu Arbeitsvermittlern neuen Typs heraus, die gleichzeitig mit der Bearbeitung sozialer und ökologischer Probleme auch billige Arbeitskräfte über Gelder eines kommunalen zweiten Arbeitsmarktes vermitteln und sich selbst im Management der neuen parastaatlichen Organisationen professionalisieren.

Während die lokalen Bewegungsmilieus durch Teilhabe an staatlichen Förderprogrammen - und unterstützt durch ihre parlamentarische Repräsentanz - "auf Dauer" gestellt wurden<sup>11</sup>, veränderte sich nicht nur ihr intermediäres Umfeld (durch grün-alternative Listen auf kommunaler Ebene sowie durch neue kommunale Institutionen wie Frauengleichstellungsstellen, Umweltbeauftragte, Beratungsstellen für zweite Arbeitsmärkte etc.), sondern auch die soziale Zusammensetzung der Bewegungsszene selbst. Die Szene differenziert sich zunehmend in "Arrivierte" und "Marginalisierte", die Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen zeigen sich in Aktionen gegen Stattenbau in Berlin genauso wie in "unorganisierten" Besetzungen von leerstehenden Häusern in der Lower East Side, mit denen die inzwischen etablierte Stadtteilgruppe doch ihre Instandsetzungsprogramme durchführen wollte. (Vgl. Smith, 1989)



### III. Ansatzpunkte städtischer Bewegungen in den 90er Jahren

Solche Implosionserscheinungen innerhalb der Bewegungsszene markieren wichtige Veränderungen, genauso wie die Einpassung der ökologisch-orientierten Alternativprojekte in postfordistisch flexibilisierte Politikmodelle ein verändertes Verhältnis zwischen Bewegungen und Staat signalisiert: Sie müssen wahrgenommen und untersucht werden. Jedoch erschöpft sich das Feld städtischer Bewegungen noch nicht in diesem neuen Antagonismus, wo die einen als Schicki-Micki bekämpfen, was die andern als Errungenschaft der behutsamen, partizipatorischen Stadterneuerung verteidigen (Schmoll, 1990). Entsprechend den neuen gesellschaftlichen Differenzierungs- und Segmentierungsprozessen entstehen vielmehr höchst vielschichtige neue Polarisierungen und Spaltungen, die sich in den existierenden politischen Parteien- und den gewohnten Bewegungssystemen schwer Ausdruck verschaffen können. Folglich beobachten wir unkonventionelle Bündnisse und Bewegungen, die verschiedenste Mittel und Wege explorieren, um ihren Widerstand oder ihre Forderungen zu artikulieren. Wo Deindustrialisierung und Disinvestment drohen, verbünden sich Gewerkschaften mit Industrieverbänden, um protektionistische Forderungen durchzusetzen. Wo rasanten Wachstum problematische Folgen zu zeigen beginnt, koalieren Konservative mit Progressiven gegen Investoren und Planer, deren Wachstumsstrategien die Lebensqualität einer Stadt zu ruinieren drohen. Sowohl christdemokratische als auch rot-grüne Stadtregierungen experimentieren mit der Neuformulierung von Politikinhalt und Diskursformen, bisweilen in sehr ähnlicher Weise.

Zumeist jedoch mobilisieren die Bewegungen im Rahmen der jeweiligen Segmentationsmuster: tertiarisierte städtische Mittelschichten für wachstumsfeindliche und ökologische Ziele, pragmatisierte Bürgerinitiativen mit wechsell-

den Themen und durchaus gegen eine rot-grüne Kommunalregierung, marginalisierte und flexibilisierte Gruppen für das alltägliche Überleben und für eine menschenwürdige Stadt.

Vor allem in den USA häufen sich in den letzten Jahren BIs gegen Stadtwachstum (sog. "locally-based anti-growth movements", vgl. Scott, 1990). In Orange County (Kalifornien) bildeten sich "Quality of Life Coalitions" von linken Demokraten und rechten Republikanern, um Zersiedlung, Luftverschmutzung und erdrückenden Verkehrsströmen Einhalt zu gebieten. Dank lokaler Autonomie und plebiszitärer Planungsmechanismen kam es in den letzten Jahren immer häufiger zu Referenden bzw. Wahlinitiativen, um die Zahl der Baugenehmigungen zu reduzieren oder um stärkere Bau-dichten zu verhindern.

Während solche Kampagnen (v.a. in prosperierenden Wohngemeinden) häufig zu Konflikten mit ärmeren, meist ethnischen Bezirken führen, wo restriktive Planung eher als Luxus für privilegierte Gruppen wahrgenommen wird, mehrten sich ökologische Proteste auch in armen, in rassistisch minoritären und in Arbeiter-vierteln. (Vgl. Bullard, 1990; Krauss, 1990) Während die einen für eine bessere Lebensqualität zu zahlen bereit sind und - wenn's sein muß - zu kämpfen, machen andere - v.a. in konkreten Aktionen gegen Alt- und Neulasten, Giftabfall oder Verbrennungsanlagen - immer wieder die Erfahrung abweisender, lüglicher und zynischer staatlicher Behörden, deren Politisierungseffekte immerhin vereinzelt von der Bewegungsforschung aufgegriffen werden. (Vgl. z.B. Walsh 1988)

Die Rebellionen und Alltagskämpfe der Marginalisierten sind nicht minder vielschichtig. Zwar hat die Lebensqualität im innerstädtischen Ghetto selten mit Verkehrsverstopfung zu tun: Hier geht es um Arbeitslosigkeit, Drogen, Kriminalität und menschenwürdige Wohnraumversorgung. Dies bedeutet nicht notwendig einen sozialräumlichen Konflikt (wie ihn Keil in diesem Heft am Beispiel einer gemeinsamen Initiative gegen eine Müllverbrennungsanlage in Los Angeles illustriert). Diesem sozialen Raum ergibt jedoch ist die wichtige Rolle der infor-

mellen Ökonomie. Sie stellt zwar einerseits (zusammen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen) ein integrales Element des postfordistischen Wachstumsmodells dar, dient aber zugleich auch als Überlebensstrategie für die, denen garantiertes Einkommen, gewerkschaftliche Organisation und häufig sogar Bürgerrechte versagt sind. Sie ist durchsetzt mit Selbsthilfe-Institutionen wie Arbeitslosenzentren, Wohn-genossenschaften und Suppenküchen. Die Ausgegrentzen werden von existierenden und neu entstehenden kirchlichen und menschenrechtso-rientierten Organisationen unterstützt. Ob-dachlosenprojekte sowie Unterstützergruppen für Immigranten und politische Flüchtlinge skandalieren die Mißstände; Ausländergruppen und autonome Gruppen greifen ebenfalls ein in den Kampf um menschenwürdige Wohn- und Lebensmöglichkeiten in der restrukturierten Stadt. In der zunehmenden Internationalisierung - man könnte präziser von "Dritt-Weltisierung" sprechen - dieser metropolitanen Räume liegt jedoch noch eine weitgehend unerschlossene Herausforderung für die städtischen Bewegun-gen der 90er Jahre.

Offensichtlich haben städtische soziale Be-wegungen im Verlauf der oben skizzierten Pha-sen ihr Gesicht verändert, aber es *gibt* sie nach wie vor. Die städtischen Bewegungen der 90er Jahre setzen sich aus unterschiedlichen Fragmenten zusammen, sind vielschichtig und in sich gespalten, sind von neuen Institutionali-sierungsprozessen gekennzeichnet und liefern Impulse für innovative Kommunalpolitik. Den-noch gibt es nach wie vor "grassroots" Mobili-sierung wie auch gewaltsame riots. Nicht zu-letzt, weil dies Muster auch für die Entwicklung anderer neuer sozialer Bewegungen relevant zu sein scheint, ging es nun darum, diese Ver-schiebungen genauer zu verstehen (anstatt vor-schnell das Ende der Bewegungen oder das Ende "des Sozialen" zu proklamieren).

Die Beiträge in diesem Heft sind diesen Ver-schiebungen auf der Spur, aber sie stellen nur einen Anfang dar. Um das angedeutete eigene Entwicklungsmuster städtischer Bewegungen tatsächlich zu entwickeln - um so die Rolle und Entwicklungschancen städtischer Bewegungen

in den gegenwärtigen Umstrukturierungen be-stimmen zu können -, ist gezielte empirische Forschung, die Aufarbeitung existierender Fall-studien, sind vergleichende Projekte städtischer Bewegungen dringend angesagt.

*Margit Mayer* lehrt Politik am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der FU Berlin.

## Literatur

- Bullard, Robert D.*, 1990. *Dumping in Dixie: Race, Class and Environmental Quality*. Boulder, Co.: Westview Press.
- Castells, Manuel*, 1977. *The urban question. A moralist approach*. London: Edward Arnold (frz. 1973)
- Castells, Manuel*, 1983. *The City and the Grassroots. A cross-Cultural Theory of Urban Social Movements*. London: Edward Arnold.
- Evers, Adalbert*, 1988. "Intermediäre Institutionen und pluralistische Verhandlungssysteme in der lokalen Politik," 17. Kongreß der DVPW, Darmstadt.
- Susan Fainstein*, 1987. "Local Mobilization and Economic Discontent," in: J. Feagin, M.P. Smith, Ed., *The Capitalist City*. New York: Basil Blackwell.
- Gottdiener, Marc*, 1987. *The Decline of Urban Politics. Political Theory and the Crisis of the Local State*. Newbury Parl: Sage.
- Grauhan, Rolf-Richard*, 1975. *Lokale Politikforschung*, 2 Bde. Frankfurt/New York: Campus.
- Harvey, David*, 1989. *The Condition of Postmodernity*. London: Basil Blackwell.
- Krauss, Celene*, 1990. "Blue-Collar Women and Toxic Waste Protests," Annual of Proceedings of the Institute for Women's Policy Research, (im Erscheinen).
- Logan, John, and Harvey Molotch*, 1987. *Urban Fortunes. The Political Economy of Place*. Berkeley: University of California Press.
- Lowe, Stuart*, 1986. *Urban Social Movements: The City after Castells*. Basingstoke.
- Mayer, Margit*, 1987. "Städtische Bewegungen in den USA: 'Gegenmacht' und Inkorporierung", *Prokla* 68, 17/3.
- Mayer, Margit*, 1990. "Die unternehmerische Stadt," in: Borst, Renate u.a., Hg., *Das neue Gesicht der Stadt*. Basel: Birkhäuser.
- Mayer, Margit/Roth, Roland/Brandes, Volkhard*, Hg., 1978. *Stadtkrise und soziale Bewegungen*. Köln: EVA.
- Mollenkopf, John*, 1983. *The Contested City*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Pickvance, Chris*, 1985. "The Rise and Fall of Urban Movements and the Role of Comparative Analysis," *Environment and Planning D: Society and Space*, 3.



Roth, Roland, 1988. *Entgrenzung von Politik? Zur Bilanzierung der institutionellen Effekte neuer sozialer Bewegungen.* Ms.

Roth, Roland, 1990a. "Stadtentwicklung und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik," in: Renate Borst u.a., Hg., *Das neue Gesicht der Stadt.* Basel: Birkhäuser.

Roth, Roland, 1990b. "Städtische soziale Bewegungen und grün-alternative Kommunalpolitik" in: Wollmann/Heinelt, Hg., *Lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Zwischenbilanz und Perspektiven.* Basel: Birkhäuser.

Schmoll, Fritz, 1990. "Chancen einer sozial und ökologisch orientierten Politik auf lokaler Ebene: das Beispiel West Berlin," Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie, München.

Scott, James Wesley, 1990. "Bürgerinitiativen gegen Städtewachstum. Direkte Demokratie und Kommunalpolitik in Kalifornien," *Afk I/1990*, 50-69.

Smith, Neil, 1989. "Tompkins Square Park: Riots, Rents and Redskins," *Portable Lower East Side* 6.

Walsh, Ed J., 1990. *Democracy in the Shadows. Citizen Mobilization in the Wake of the Accident at Three Mile Island.* New York: Greenwood Press.

7 Diese Darstellung basiert auf den Ergebnissen der noch unveröffentlichten Habilitationsschrift: Margit Mayer, "Städtische Bewegungen und Staat: eine vergleichende Analyse von Entwicklungstendenzen im Verhältnis zwischen städtischen Bewegungen und Staat in BRD und USA," Frankfurt/M. 1987.

8 Vor diesem Hintergrund gediehen in der Stadtforschung der 70er Jahre die instrumentalistischen Theorien, die die Kommune als "verlängerten Arm" oder "Pufferzone" konzipierten. Hier entstanden Konfliktlinien zwischen Bundes- bzw. Landesebene und Kommunen z.B. um Finanzausgleich, Sozialpolitik oder Wohnungsversorgung, und die Frage war, ob die kommunale Opposition lediglich Legitimationsfunktionen erfüllte oder einen Raum lokaler Autonomie erzeugte. (Vgl. Grauhan, 1975). Unter dem Eindruck der politischen Auseinandersetzungen um die Chancen der kollektiven Konsumtion hat Castells diese als eigentliche Feld städtischer Politik definiert.

9 Z.B. Daniel Bell, Virginia Held, 1969. "The Community Revolution," *The Public Interest* 16, Sommer 1969.

10 Für die USA wurde festgestellt, daß dort, wo sich die Wachstumsindustrien konzentrieren (z.B. Städte im Sunbelt der USA), die meisten Teilzeit- und Abrufarbeitsplätze, die höchste Zahl von Vollerwerbstätigen, die mit ihrem Lohn unter der Armutsgrenze bleiben, und die rapideste Ausbreitung der informellen Ökonomie zu finden sind. (Logan/Molotch, 1987: 281)

11 Schon seit Mitte der 70er Jahre gingen Teile der lokalen Bewegungen auf grün/bunt/alternativen Listen in die lokalen Parlamente, nach dem Motto: "Jetzt wählen wir uns selbst!", um ihre Alternative auch innerhalb zentraler politischer Institutionen präsent zu machen.

## Anmerkungen

- 1 Z.B. Fainstein, 1987; Gottdiener, 1987; Harvey, 1989, 238/9.
- 2 In den USA fiel diese Zuordnung keineswegs so leicht. Die gleichen Akteure (Stadtteilinitiativen, Hausbesetzer etc.) werden hier eher als Teil eines umfassenderen "Neighborhood Movement" und als Fortsetzung früherer und älterer Bewegungen interpretiert. Sie erscheinen insofern nicht als Novum, vielmehr überlappen sich seit den Ghettoerevolten der frühen 60er Jahre bis heute unterschiedliche Wellen von Stadtteil- oder stadtbezogener Mobilisierung.
- 3 Die NSB-Forschung untersucht für die Alternativbewegung beispielsweise deren Tendenz zur Stabilisierung und die Erosion alternativ-ökonomischer Ansprüche. Oder sie untersucht die Selbsthilfebewegung, aber v.a. eingeschränkt auf Policy-Perspektiven: Was sind sozialpolitische Effekte von Selbsthilfe-Einrichtungen, was sind mögliche arbeitsmarkt- oder beschäftigungspolitische Effekte?
- 4 Castells entwickelte (1983) seine Definition städtischer sozialer Bewegungen weiter, so daß sie nicht nur kollektive Konsumbewegungen einschloß, sondern auch andere, die die Stadt in ihrem Sinne verändern wollen. Vgl. Lowe, 1986. Siehe auch die Beiträge von Krämer und Krämer-Badoni in diesem Heft.
- 5 Im übrigen hat die Kommune schon immer die Aufgabe wahrgenommen, die Infrastruktur als Produktionsbedingung auf lokaler Ebene bereitzustellen. Nur sahen die infrastrukturellen Voraussetzungen früher anders aus als unter Bedingungen post-fordistischer Akkumulation. (Vgl. Mayer 1990).
- 6 Die grundlegenden Unterschiede zu dem die Entwicklung städtischer Bewegungen in Lateinamerika oder Asien prägenden Muster herauszuarbeiten, ist eine andere Aufgabe. Siehe den Beitrag zu Mexiko Stadt in diesem Heft.

Thomas Krämer-Badoni

# Die Dethematisierung des Sozialen

## Ansätze zur Analyse städtischer sozialer Bewegungen

Die systematischste Analyse städtischer sozialer Bewegungen findet sich in den Untersuchungen und theoretischen Texten der "New Urban Sociology", einer in sich zwar sehr vielschichtigen, aber im wesentlichen neomarxistischen Richtung der Stadtsoziologie, die sich vor allem in Frankreich und Großbritannien entwickelt hat und als deren hierzulande bekanntester Repräsentant Manuel Castells gelten kann. Die dort entfaltete Diskussion bildet deshalb im folgenden den ersten Schwerpunkt. In der Bundesrepublik gab es in den 70er Jahren eine ausführliche Diskussion über Bürgerinitiativen, die später durch die Diskussion über die "neuen sozialen Bewegungen" abgelöst wurde. Die Diskussionen der New Urban Sociology haben aber in diesen Debatten nur eine geringe Rolle gespielt (vgl. aber Mayer, Roth, Brandes 1978). Denn zum einen ist eine etwas breitere Rezeption der New Urban Sociology dem deutschsprachigen Leser erst seit 1985 möglich (Krämer und Neef 1985, Saunders 1987, Krämer und Neef 1989), sieht man von den frühen Schriften von Castells einmal ab. Zum anderen sind aber die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Verhältnisse in Frankreich und Großbritannien so wenig mit den bundesrepublikanischen zu vergleichen, daß die New Urban Sociology schon aus diesem Grunde hier nie wirklich Fuß fassen konnte (Krämer-Badoni 1990). Das gleiche gilt in verstärktem Maße für die italienische Diskussion über städtische soziale Bewegungen, und zwar so sehr, daß diese Diskussion sogar innerhalb der New Urban Sociology nur eine geringe Rolle spielen konnte. Zum dritten aber, und das kennzeichnet die Diskussion um die neuen sozialen Bewegungen vielleicht am meisten, wurde diese Diskussion zum großen Teil von den Initiativen selber getragen und war, sofern sie "wissenschaftlich" geführt wurde, nicht Teil der stadtsoziologischen Diskussionen.

Die damit getroffene Unterscheidung ist allerdings keineswegs unproblematisch. In ihr überlagern sich Unterschiede in den Zielsetzungen, Aktionsformen und Gegenständen der Bewegungen mit sich verändernden politischen Perspektiven, die jeweils zu anderen wissenschaftlichen Zugängen, Bezeichnungen und Diskussionen führen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß sich in den unterschiedlichen Wahrnehmungen der Initiativen die Veränderung der politischen Rahmenbedingungen ausdrückt. Da also alle Parameter in Bewegung sind, kann die hier getroffene Unterscheidung nur einen sehr vorläufigen Charakter haben. Ihr einziges Ziel ist es, durch etwas Ordnung in der Vielfalt der Bewegungen einen wissenschaftlichen Zugang zu erleichtern.

### 1. Städtische soziale Bewegungen in der New Urban Sociology

Die städtischen sozialen Bewegungen spielen vor allem in Manuel Castells' Theorie der kollektiven Konsumtion eine Rolle, und zwar vor allem deshalb, weil die Reproduktion - nach Castells - zunehmend durch die öffentliche Hand (Staat, Kommunen) gewährleistet werde und deshalb zu einer Politisierung führe.

Castells hat seiner Theorie der kollektiven Konsumtion zwei Fassungen gegeben, die im wesentlichen den Wechsel seiner politischen Position reflektieren. In der ersten Fassung, die auf der rigiden wissenschaftstheoretischen Position und strukturalistischen Interpretation Althusser's basiert (vgl. Castells 1977), geht Castells davon aus, daß der Staat die kollektive (also staatliche bereitgestellte) Reproduktion der Arbeiterklasse im Interesse des Monopol-

kapitals sicherstellen muß, da das Kapital aus Konkurrenzgründen und aus Gründen mangelnder Profitabilität dazu nicht in der Lage ist. Gemeint ist die "Bereitstellung" von Wohnungen, ÖPNV, Gesundheitswesen, Freizeiteinrichtungen, Bildungswesen usw., und zwar in Form eines wie auch immer definierten notwendigen Minimums. Gerade aber dadurch, daß der Staat interveniert, wird er auch Adressat aller Forderungen, die sich auf eine Verbesserung der Reproduktionsbedingungen (Lebensbedingungen) richten. Solche Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Staat finden wegen der hohen Konzentration von Produktion und Arbeiterklasse in den Städten statt. Und nur dann, wenn die Kämpfe um eine Verbesserung der Lebensbedingungen mit den Kämpfen zwischen Lohnarbeit und Kapital verbunden werden, haben städtische soziale Bewegungen die Chance, die Gesellschaft zu verändern. Diese Verbindung ist allerdings keineswegs thematisch gemeint, obgleich die Widersprüche im Produktions- und Reproduktionsbereich die gleiche Ursache haben, sondern als politischer Kampf ein und derselben Klasse gegen das Monopolkapital und den Staat als dessen Unterstützer. Daß hiermit also städtische soziale Bewegungen in einem marxistisch orthodoxen Sinne nur dann als solche anerkannt werden, wenn sie den Kampf der KPF führen, liegt auf der Hand (vgl. Saunders 1987).

In der zweiten Fassung der Theorie der kollektiven Konsumtion gewinnt die Konsumtion überhaupt an Bedeutung ebenso wie die kollektive Konsumtion; aus der Stellung in der Konsumtion (ein im Grunde weberscher Gedanke) entstehen Ungleichheiten, die nicht unmittelbar aus dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital resultieren. Daher entsteht eine neue Eigenständigkeit städtischer sozialer Bewegungen, aus der Castells - ohne triftige und überzeugende Begründung - die Möglichkeit klassenübergreifender Bündnisse unter der Führung der inzwischen eurokommunistisch gewordenen KPF ableitet. Unbegründet ist vor allem, wieso in den städtischen Kämpfen per se ein antimonopolkapitalistisches Engagement stecken sollte, das unter der Leitung der KPF in einen Wahler-

folg auf dem Wege zur Macht umgemünzt werden könnte. Historisch gesehen hat diese Vorstellung auch nicht zum Erfolg geführt.

Erst in der dritten Phase der Castellsschen Theorieentwicklung (Castells 1983) erhalten städtische soziale Bewegungen einen wirklich selbständigen Status sowohl gegenüber der Arbeiterbewegung als auch gegenüber politischen Parteien generell. Castells faßt nunmehr soziale Bewegungen als Gruppen (Klassen, Interessengruppen, Zusammenschlüsse von Individuen), die die Stadt in ihrem Interesse verändern wollen. Die Auseinandersetzung um den gesellschaftlichen Stellenwert der Stadt ist konzeptionell nicht mehr auf den Klassenkampf oder den Kampf unter kommunistischer Führung beschränkt. Zwar bleibt Castells weiterhin der Meinung, daß städtische soziale Bewegungen alleine keine gesellschaftlichen Veränderungen bewirken könne, sein analytischer Zugang zu den Bewegungen ist aber sehr viel differenzierter geworden.

Grundsätzlich unterscheidet Castells zwischen drei Typen von Bewegungen - wir halten uns hier an die deutsche begriffliche Fassung, die Krämer und Neef diesen Bewegungstypen in ihrer Darstellung (1989) gegeben haben:

1. *Kollektive Konsumtions-Bewegungen mit gewerkschaftlicher Orientierung*, also Bewegungen, die sich für eine Verbesserung der Versorgung mit Gütern der kollektiven Konsumtion einsetzen.
2. *Gemeinschafts-Bewegungen*, also Bewegungen, die eine spezifische kulturelle Identität gegen den gesellschaftlichen Massenkonsum und die Massenkultur zu erhalten trachten.
3. *Bürgerschaftliche Bewegungen*, also Bewegungen, die einen Kampf für eine stärkere Partizipation der Betroffenen gegen eine zentralstaatliche Verwaltung mit untergeordneter kommunaler Verwaltung führen.

Der gesellschaftliche Stellenwert einer Stadt wird nach Castells allerdings erst dann möglicherweise verändert, wenn die drei von den



Bewegungen anvisierten Vorhaben gleichzeitig vorangetrieben werden.

Entscheidend an dieser theoretisch und empirisch begründeten Einsicht Castells ist, daß die städtischen sozialen Bewegungen als grundsätzlich klassenübergreifend konstituiert begriffen werden, und daß folglich diese Bewegungen mit einem marxistischen Ansatz nicht zu erfassen sind. Gleichzeitig werden städtische soziale Bewegungen nicht mehr als klassenkampforientierte Akteure einer gesellschaftlichen Veränderung verstanden, sondern als Bewegungen, die auf die Stadtentwicklung Einfluß nehmen (können). Im Laufe der theoretischen Entwicklung Castells hat also eine Redimensionierung der städtischen sozialen Bewegungen stattgefunden: Mit ihrer Entlassung aus dem Klassenkampf sind sie zugleich von der Aufgabe entbunden worden, die Veränderung der Gesellschaft in eine sozialistische voranzutreiben. Die städtische Ebene oder besser: die städtische Lebenswelt steht durchaus für sich.

Werfen wir nun nochmals einen Blick auf die drei von Castells analysierten Bewegungstypen, so sind der erste und der dritte Typ an Themen und Zielen einer sozial gerechten städtischen Gesellschaft orientiert (kollektive Konsumtion und unmittelbare Partizipation), während der zweite Typus, der auf die Bewahrung spezifischer kultureller Identitäten zielt, durchaus gleichzeitig ideologiekritische, partizipatorische und partikularistische Elemente enthält.

Dominique Mehl, die u.a. mit Manuel Castells gemeinsam empirische Untersuchungen durchgeführt hat, unterscheidet zwei Bewegungstypen, den syndikalistischen und den auf städtische Reformen zielenden Typus. Während der erste Typus nach ihren Untersuchungen weitgehend in Arbeiterquartieren entsteht - wobei allerdings in der Strukturierung und öffentlichen Darstellung der Bewegung die Mittelschichtrepräsentanten dominieren -, ist der zweite Typus durchweg eine Bewegung der "neuen lohnabhängigen Mittelschichten". Dominique Mehl interpretiert die Hinwendung der Mittelschicht zu städtischen sozialen Bewegungen aus einer für die Mittelschichten neuen sozialen Erfahrung von Deprivilegierung: Die so-

zialen Schichten, die ihren Status teilweise aus ihrer Stellung in der Konsumtionsphäre beziehen, reagieren frühzeitig und empfindlich auf die Verschlechterung der Konsumtionsbedingungen. Daß die Arbeiterklasse in der Tendenz dieselben Privilegien anvisiert hat, führt dazu, daß die Mittelschicht-Bewegungen "auch einen Zug zur Verteidigung von Privilegien und zur Reaktion gegen den sozialen Abstieg von Gruppen (haben), die sich gesellschaftlich entwertet sehen". (1985,161). Dominierend aber sei das Bemühen der Mittelschichten um Reformen, "die nicht nur ihre eigenen Interessen betreffen" (ebd.).

In diesen Interpretationen scheint mir ein ideologischer Bias zu stecken. Erstens ist die Erfahrung der Deprivilegierung für das Bürgertum keineswegs neu. Die Mittelschicht besteht zu einem Teil aus deprivilegiertem Bürgertum, zu einem anderen Teil aus sozial aufgestiegenen Unterschichten. Zweitens aber scheint uns die Tatsache, daß der Partikularismus der neuen Mittelschichtbewegungen zwar gesehen, aber nicht ernstgenommen wird, dem politischen Wunschdenken zu entspringen, denn eine partikularistische Bewegung wäre keinesfalls als gesellschaftliche Reformbewegung im Sinne einer sozial ausgeglichenen städtischen Gesellschaft zu interpretieren.

Die Entstehung der Bewegung kann folglich per se noch nicht als Reformelement aufgefaßt werden. Vielmehr sind die Ziele der Bewegungen, die Nutznießer eines möglichen Erfolges sowie generell die Auswirkungen von Bewegungsaktivitäten, einschließlich der sozial selektiven Wirkungen, genauestens zu analysieren. Im Gegensatz zu Dominique Mehl, die sich allerdings auf in den 70er Jahren durchgeführte Analysen bezieht, scheint mir die Annahme plausibel, daß unter den heutigen städtischen Bewegungen in den Städten der Bundesrepublik partikularistische, um Privilegien kämpfende neue Mittelschichtbewegungen dominieren. Die Geschichte städtischer Auseinandersetzungen und Kämpfe ist unter dieser Perspektive neu zu schreiben - auf der Grundlage genauer empirischer Fallstudien, die zur Zeit erst in geringem Maße vorliegen.

## 2. Beobachtungen zur Entwicklung eines Bewegungspartikularismus

In diesem Abschnitt möchte ich einige eigene Beobachtungen mit solchen aus der US-amerikanischen Literatur verknüpfen und aus dieser Kombination einige Fragen aufwerfen, die allerdings ohne weitere empirische Forschung nicht beantwortet werden können.

1. Gegenüber den Höhepunkten der Aktivität städtischer sozialer Bewegungen, Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, die vor allem im Zuge von innerstädtischen Sanierungsprozessen entstanden waren, die sich aber auch an andere, nicht unbedingt städtischen Problemen entfalteten, scheint die Anzahl und Intensität solcher Bewegungen im Verlaufe der letzten 20 Jahre kontinuierlich zurückgegangen zu sein. Auch die verschiedenen Hausbesetzerbewegungen der 80er Jahre haben u.E. nie den Mobilisierungsgrad erreicht, der in der Phase einer grundlegenden Umstrukturierung der bundesrepublikanischen Großstädte bis etwa Mitte der 70er Jahre erreicht worden war.

Ähnliche Beobachtungen liegen auch für die Vereinigten Staaten von Amerika vor. So schreibt z.B. Cecarelli (1981): "Large-scale urban social movements have faded out as rapidly as they originated and no longer play the role that they did in the political process of the past decade. This is so in spite of the fact that most of the problems which at the end of the 1960's had supposedly ignited urban movements are still unresolved or even aggravated."<sup>1</sup> (261, zit. n. Gottdiener 1987, 261). Gottdiener bestätigt diese Beobachtung auch für den nachfolgenden Zeitraum.

2. Natürlich sind städtische soziale Bewegungen nicht gänzlich verschwunden. Auffällig aber ist, daß vor allem bestimmte Themen verschwunden zu sein scheinen. Mit der Einstellung der großen Flächensanierungen ist auch der Widerstand gegen Zwangsumsiedlungen und die anderen Sanierungsfolgen von der Bildfläche getilgt worden. Soziale Proteste gegen

Folgen der "behutsamen Sanierung" sind im wesentlichen quartiersbezogen geblieben, häufig - wie z.B. in Berlin-Kreuzberg - überlagert durch einen diffusen Antikapitalismus der autonomen Szene. Selbst der Zusammenbruch der skandalgeschüttelten "Neuen Heimat" mit der darauf folgenden Privatisierungswelle von Sozialwohnungen hat im besten Falle Proteste bei den Betroffenen ausgelöst, die außer durch die lokale Berichterstattung die Quartiersgrenzen nicht überschritten haben. Fahrpreiserhöhungen im städtischen öffentlichen Personenverkehr - in den 70er Jahren noch Anlässe stärkster Mobilisierung - spielen für die Konstituierung städtischer sozialer Bewegungen überhaupt keine Rolle mehr. Etwas überspitzt formuliert läßt sich sagen: Alle Themen, die auf einen sozialen Ausgleich, auf die Chancengleichheit der städtischen Bevölkerung zielten, sind heute ausgelöscht. Es gibt keine übergreifende städtische soziale Bewegung, die sich am Stadtbild einer sozial gerechten Gesellschaft orientieren würde. Vielleicht hat es nie eine solche übergreifende städtische Bewegung gegeben, aber immerhin orientierten und legitimierten sich die Bewegungen der frühen 70er Jahre an dem Postulat sozialer Gerechtigkeit, und sie mobilisierten damit einen größeren als nur den unmittelbar betroffenen Personenkreis. Heute erscheinen bestenfalls nur noch die unmittelbar Betroffenen als mobilisierbar.

3. Allerdings - und hier greifen wir zunächst wieder auf US-amerikanische Analysen zurück - reagieren diejenigen, die am stärksten von der neuen städtischen Restrukturierung der 80er Jahre negativ betroffen sind, so gut wie gar nicht. Gottdiener führt aus: "... urban affairs associated with restructuring have been met with extraordinary quiescence rather than resident mobilization."<sup>2</sup> (261) Und unter Rückgriff auf Henig (1982), der verschiedene Mobilisierungstheorien untersucht hat, fährt er fort: "... some radical analysts also make the point that the unlikelihood of political success forces marginalized and powerless people to resign themselves to the status quo rather than mobilizing at all."<sup>3</sup> (Gottdiener 1987, 263) Ob diese oder andere Erklärungen zutreffen, können wir im

Augenblick nicht entscheiden. Fest steht jedenfalls, daß faktische Evidenz ebensowohl wie empirische Untersuchungen (Stone 1982) die Nichtmoblisierung der - in der Regel von sozial selektiven städtischen Prozessen am ehesten betroffenen - unteren sozialen Schichten der städtischen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen. Es ist deshalb Gottdiener zuzustimmen, wenn er schreibt: "The question of quiescence is a much neglected subject, especially among Marxists, and should not be equated with consensus, as the 1950s sociologists were fond of doing."<sup>4</sup> (1987, 267) Aufgeworfen wird also nicht nur die Frage nach dem Verbleib von städtischen sozialen Bewegungen, die mit Hilfe von auf sozialen Ausgleich zielenden Themen soziale Mobilisierungen zustande brachten, sondern umgekehrt auch die Frage, weshalb die negativ betroffenen marginalisierten städtischen sozialen Schichten sich nicht oder doch kaum mobilisieren.

4. Wie bereits erwähnt, sind städtische soziale Bewegungen und städtische Protestgruppen nicht völlig verschwunden. Es sind vor allem bestimmte Themen und mit ihnen die Orientierung am Bild einer sozial gerechten städtischen Gesellschaft, die verschwunden zu sein scheinen. Statt dieser Themen sind andere zu Inhalten städtischer Proteste geworden: Verkehrsberuhigung, Wohnumfeldverbesserungen, Umweltbelastungen, Eindämmung quartierspezifischer Drogenmärkte und andere Phänomene gleicher Art. Solche Protestthemen entwickeln sich im wesentlichen seit 1978, dem Zeitpunkt, als mit der Anwendung des § 7b EStG auf den Erwerb von Altbauten diese für einen bestimmten Typus von Mittelschichtangehörigen attraktiv wurden. Dieser Typus von Mittelschichtangehörigen - die wir hier vorläufig als häufig kinderlose, beruflich erfolgreiche Singles oder Paare kennzeichnen wollen - haben in organischer Kooperation mit alternativen Gruppierungen (H. Häußermann, W. Siebel 1987) einen Prozeß in die Wege geleitet, der den Namen Gentrification erhalten hat und der die Inbesitznahme innerstädtischer Altbauquartiere meint. Die Häuser werden zumeist von den neuen Eigentümern mit privaten Mitteln

renoviert, die Kommune sorgt mit flankierenden Maßnahmen für ein angemessenes Ambiente. Die neuen Protestthemen sind in den neuen Lebensräumen dieser Gruppen entstanden und dienen meist der Sicherung dieser Quartiere oder ihrer Transformation in eine Mittelschicht-Lebenswelt. Es handelt sich also keineswegs um generalisierbare städtische Protestthemen, sondern um Themen, die deutlich die Wertvorstellungen dieser Mittelschichten transportieren und in teilweise militanter Form andere Gruppierungen an der Quartiersteilhabe hindern wollen. Man könnte diese soziale Gruppierung durchaus mit dem Begriff der "angry middleclass" bezeichnen.

5. Nun ist die Dominanz von Mittelschichten in den städtischen sozialen Bewegungen keineswegs neu. Dominique Mehl hat diese auch in den arbeiternahen städtischen Bewegungen in Frankreich festgestellt (Mehl 1985 sowie Krämer/Neef 1985, 73-87). Allerdings ist die von Mehl ins Auge gefaßte Mittelschicht ihrer Meinung nach eine Schicht, die sich aufgrund ihrer eigenen Erfahrung der Deprivilegierung zum sozialen Protest entschließt. Abgesehen davon, daß schon bei den städtischen Unterschichten keine Übereinstimmung zwischen Deprivilegierung und sozialem Protest zu finden war und folglich auch hier die Frage gestellt werden muß, was der motivationale Hintergrund des Protestes ist, unterscheidet sich der von Mehl beobachtete Mittelschichttypus von dem, der in unseren Beobachtungen eine Rolle spielt. Hauptakteure der Gentrification sind die aufstrebenden, beruflich erfolgreichen Teile der Mittelschicht. Das neue Phänomen, das sich in den Themen und Protestaktivitäten dieser Gruppen ausdrückt, ist ein mittelschichtorientierter Partikularismus, die partikulare Vertretung von nicht verallgemeinerbaren Interessen. Was hier also beobachtet werden kann, ist nicht einfach eine Mittelschichtdominanz in der städtischen sozialen Bewegung, sondern eine durch und durch partikularistische Thematisierung der städtischen Umwelt im Interesse der aufstrebenden Mittelschichtgruppierungen. In diesem Punkt hat Mark Gottdiener auf eine vertrackte Weise zugleich Recht und Unrecht, wenn er



schreibt: "If the urban revolution began in the ghetto streets and through the People's Park, then we have only ourselves to blame for not carrying the struggle, both utopian and strategic, inside the middle-class privacy of our own neighborhoods."<sup>5</sup> (1985, 291) Es sieht sehr danach aus, daß die Mittelschicht in dem Augenblick, in dem sie der Aufforderung Gottdieners nachkommt und in ihren eigenen Wohnvierteln Bewegungen in Gang setzt, die Themen der "urban revolution" verändert: Nicht mehr "the struggle for a balanced community life" (ebd.) steht im Vordergrund, sondern der partikularistische Kampf um den eigenen Vorteil.

### 3. Die partikularistische Mittelschichtbewegung: Ein Beispiel

Ich möchte im folgenden an einem Beispiel, auf das ich schon anderweitig hingewiesen habe (Krämer-Badoni 1989), einen Konflikt skizzieren, der als Ausdruck einer partikularistischen Orientierung interpretiert werden kann und der sich im Ortsteil Steintor in Bremen abgespielt hat.

Der Ortsteil Steintor, der durch seine nahezu unzerstörte Bausubstanz aus der Zeit um die Jahrhundertwende inzwischen eine hohe Attraktivität besitzt, ist ein gemischtes Wohngebiet, in das immer mehr "neue Mittelschichten" eingedrungen sind. Kleingewerbe und Handwerk durchsetzen die Wohnung; sozialstrukturell war dieses Viertel ebenfalls gemischt mit einer Dominanz "kleiner Leute": Angestellte, die unteren Beamtenränge, Handwerker, Einzelhändler, Kneipiers und so weiter. Aus der Zeit, in der die Mittelschicht keineswegs in solche Quartiere drängte, resultiert ein hoher Ausländeranteil. Außerdem hält das Viertel mit dem Bordellkomplex Helenenstraße eine "gesamtstädtische Dienstleistung" bereit. Inzwischen hat sich hier auch die Drogenszene etabliert - sozusagen parallel zur bürgerlichen Infiltration - und in der Nähe der Helenenstraße der Drogenstrich. Zwar hat es auch vor dem Eroberungsfeldzug der Mittelschicht immer wieder mal Diskussionen um eine Verlagerung des Bordellbetriebes gegeben, aber insgesamt kann man sagen, daß die Bewohner sich mit dem Bordell in "ihrem" Viertel arrangiert hatten. Das gleiche gilt für die mittlere Verkehrsbelastung des Viertels sowie insgesamt für das soziale Nebeneinander im Quartier. Es hatte sich so etwas etabliert, was man ein soziales Gleichgewicht nennen könnte. Seit einigen Jah-



ren ziehen zunehmend Lehrer, Hochschullehrer, Anwälte etc. in dieses Quartier, meist beruflich etablierte 68er, die nunmehr darangingen, das Viertel zu einem angemessenen Wohnquartier der Mittelschicht umzugestalten. Dazu gehörte in einem ersten Schritt die Verkehrsberuhigung. Obwohl das Viertel mit Ausnahme der Einkaufsstraße keineswegs stark belastet ist, wurde mit Hilfe einer Einbahnstraßenregelung das gesamte Wohnquartier vom potentiellen Durchgangsverkehr befreit. Die Damen und Herren Kollegen haben nun ihren Parkplatz ziemlich gesichert immer direkt vorm Haus: eine Privatisierung öffentlichen Raums.

Der nächste Schritt aber betraf den Drogenstrich. Zur Vermeidung des Suchverkehrs wurden Schranken an den Wohnstraßen aufgestellt, die abends geschlossen werden und für deren Schlösser nur die Anwohner Schlüssel haben. Der metropolitanen Schrankenlosigkeit dieser Schicht entspricht eine rot-weiß gestreifte Beschränkung: "Global denken, lokal handeln". Die neuen Bewohner sind durch die Bank ökologisch orientiert, in großer Anzahl Grünwähler, Atomkraftgegner und in ihrem Bewußtsein sozial engagiert.

Natürlich hat die Aufstellung der Schranken nicht zu einer Beruhigung geführt; eher zu einer räumlichen Ausweitung des Drogenstrichs. Nun sollte es also dem Drogenstrich insgesamt an die Existenz gehen. Während der zuständige Beirat ein gemischtes Konzept vertritt - mehr Hilfe für Drogenabhängige, Sicherung des Kinderspielplatzes gegen anderweitigen nächtlichen Gebrauch -, war dies den neuen Mittelschichten nicht genug. Im Dezember 1988 initiierten sie eine Anwohnersammlung, auf der eine Resolution über das Verbot der Straßenprostitution durchgesetzt werden, auf der es zur Ablehnung von Drogenhilfeprojekten wie dem "Drogencafé" kommen sollte (vgl. taz Bremen vom 16.12.1988). Zwar äußerten sich zunächst die neuen Anwohner wie z.B. eine Mutter von drei Kindern: "Ich habe Angst, nachts vor die Tür zu gehen. Wir sind vor sieben Jahren hierhergezogen, weil das ein lebendiges Viertel ist. Aber jetzt werden wir hier vertrieben." Aber dann kamen die Anderen, die

Alteingesessenen, zu Wort wie die folgende Mutter von ebenfalls drei Kindern: "Ich wohne seit 22 Jahren in dem Viertel. Angst habe ich hier nie gehabt. In Schwachhausen (einem bürgerlichen Villenviertel, d. Verf.) fühle ich mich nachts bedroht, aber hier bin ich noch nie angequatscht worden." Und andere: "Wenn man hierhergezogen ist, kann man nicht plötzlich eine 180-Grad-Wende machen." Kurzum, die Anwohner lehnten es ab, überhaupt eine Resolution gegen den Drogenstrich zu verabschieden.

Wenn auch in diesem Fall die alteingesessenen Quartiersbewohner sich erfolgreich gegen die neue Mittelschichtorientierung wehren konnten (wenn auch nur zum Teil), zeigt sich dennoch deutlich, daß hier partikularistische Vorstellungen die bewegende Kraft dieses Konfliktes waren. Vorstellungen, in denen die "Dethematisierung des Sozialen" zugunsten einer sozial selektiven Gestaltung der Mittelschicht-Lebenswelt deutlich an Profil gewinnt.

#### 4. Fragen an die Forschung

Die Darstellung eines solchen Konfliktes dient zunächst nur der Plausibilisierung von Annahmen und der Formulierung von Fragestellungen. Aus meinen Darlegungen ergeben sich für mich die folgenden vier Fragen, deren Beantwortung allerdings empirische Forschung voraussetzt:

1. Haben städtische soziale Bewegungen in Quantität und Intensität bzw. Mobilisierungsgrad abgenommen, obgleich die thematisierten Probleme sich keineswegs so verändert haben, daß in der Sache ein Abflauen der städtischen sozialen Bewegungen gerechtfertigt erschiene?
2. Haben sich die Themen städtischer sozialer Bewegungen so verändert, daß sie als ein Abgehen von der universalistischen Zielvorstellung einer sozial gerechten städtischen Gesellschaft interpretiert werden können?
3. Sind die von der neuen Mittelschicht ausgehenden städtischen sozialen Bewegungen

Partikularismus geführt?

4. Wie ist es zu erklären, daß die in den 80er Jahren einsetzende und weitgehend abgeschlossene Umstrukturierung der Städte, die sich als Prozeß zugunsten der neuen Mittelschichten und zuungunsten der unteren städtischen Schichten erwiesen hat, ohne erhebliche Proteste seitens der Betroffenen über die Bühne gegangen ist? Welche Beweggründe lagen (und liegen) städtischen sozialen Bewegungen tatsächlich zugrunde, wenn die Annahme richtig ist, daß Benachteiligung nicht mit Mobilisierung koinzidiert?

Diese Fragen und die daraus resultierenden Einschätzungen der städtischen Sozialen Bewegungen sind - vor allem bei den Aktivisten - keineswegs unbestritten. Gleichwohl hoffe ich mit meinen Thesen und Fragen eine weitergehende Diskussion anzustoßen, aus deren Zusammenhang heraus dann die vielleicht richtigeren und wichtigeren Fragen gestellt und beantwortet werden können.

*Thomas Krämer-Badoni* ist Professor für Stadt- und Sozialforschung an der Universität Bremen

## Literatur

- Castells, Manuel*, 1977: *The Urban Question*, London: Edward Arnold
- Castells, Manuel*, 1983: *The City and the Grassroots. A Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements*, London: Edward Arnold
- Cecarelli, P.*, 1981: *Politics, Parties and Urban Movements: Western Europe*, in: Fainstain, S. und Fairstain, N. (eds.), *Urban Policy Under Capitalism*. Beverly Hills u.a.: Sage
- Gottdiener, Mark*, 1985: *The Social Production of Urban Space*, Austin: University of Texas Press
- Gottdiener, Mark*, 1987: *The Decline of Urban Politics. Political Theory and the Crisis of the Local State*, Beverly Hills u.a.: Sage
- Häußermann, Harmut und Siebel, Walter*, 1987: *Neue Urbanität*, Frankfurt
- Henig, J.*, 1982: *Neighborhood Mobilization: Redevelopment and Response*, New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press
- Krämer, Jürgen und Neef, Rainer* (Hrsg.), 1985: *Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus*, Basel, Boston, Stuttgart

*Krämer, Jürgen und Neef, Rainer*, 1989: *Stadt und Wohlfahrtsstaat unter Krisenbedingungen*, Forschungsbericht, Göttingen

*Krämer-Badoni, Thomas*, 1990: *Über die Gegenstände der Stadtforschung*, unveröffentl. Manuskript, Bremen

*Mayer, Margit; Roth, Roland und Brandes, Volkhard* (Hrsg.), 1978: *Stadtkrise und soziale Bewegungen. Texte zur internationalen Entwicklung*, Köln, Frankfurt

*Mehl, Dominique*, 1985: *Entwicklungslinien städtischer Kämpfe*, in: Krämer, J. und Neef, R. (Hrsg.), S. 136-163

*Saunders, Peter*, 1987: *Soziologie der Stadt*, Frankfurt, New York

## Anmerkungen

- 1 "Großangelegte städtische soziale Bewegungen sind so schnell verschwunden, wie sie entstanden, und sie spielen nicht mehr die Rolle, die sie im politischen Prozeß des letzten Jahrzehntes spielten. Dies ist so trotz der Tatsache, daß die meisten Probleme, die Ende der 60er Jahre die städtischen Bewegungen vermutlich entzündeten, noch immer ungelöst sind oder sich sogar verschlimmert haben.
- 2 "... städtischen Angelegenheiten, die mit Restrukturierung verbunden sind, ist eher mit außergewöhnlicher Ruhe als mit Mobilisierung der Einwohner begegnet worden."
- 3 "... einige radikale Analytiker machen auch die Feststellung, daß die Unwahrscheinlichkeit eines politischen Erfolges die marginalisierten und ohnmächtigen Leute dazu zwingt, sich mit dem Status quo eher abzufinden als sich überhaupt zu mobilisieren."
- 4 "Die Frage der Ruhe ist ein stark vernachlässigtes Thema, besonders von Marxisten, und sollte nicht mit Konsens gleichgesetzt werden, wie es die Soziologen der 50er Jahre gern taten."
- 5 "Wenn die städtische Revolution in den Straßen der Gettos und durch den People's Park begänne, dann haben wir es uns selbst zuzuschreiben, daß wir den Kampf, sowohl utopisch als auch strategisch, nicht in das Mittelschichtprivatleben unserer eigenen Nachbarschaften hineinragen."

Jürgen Krämer

# Die Spaltung 'städtischer sozialer Bewegungen' durch den Wohlfahrtsstaat

## Auf dem Wege in die 'Pseudo-Marktversorgungs'-Gesellschaft

### 1. Castells' Definition der 'Stadt' und der 'städtischen sozialen Bewegungen'

Manuel Castells, vor allem mit seinem zuerst 1972 erschienenem Buch 'La Question Urbaine' (dt. und engl. 1977) der wohl wichtigste 'Gründungsvater' der 'Neuen Stadtsoziologie' (s. dazu Krämer/Neef 1985, 1989), definierte in seinen Veröffentlichungen bis Ende der 70er Jahre die Stadt als 'eine räumliche Einheit der kollektiven Konsumtion'. Mit 'kollektiver Konsumtion' (kK) meinte er staatliche Real-(also nicht Geld-) Versorgungsleistungen wie z.B. Sozialwohnungen, öffentliche Personentransport-Einrichtungen, Gesundheitsdienste, Bildungs- und Freizeitstätten usw. Die Funktion der kK bestehe in der Reproduktion der Arbeitskraft (RdA). Entsprechend seiner Definition der Stadt bezeichnete Castells soziale Bewegungen dann als 'städtisch', wenn sie für den Ausbau der kK gemäß den Bedürfnissen der Arbeitskräfte kämpfen. Da auf die kK fast die gesamte Bevölkerung angewiesen ist - nur die Reichsten sind in der Lage, ihre Bedürfnisse mittels 'individueller Konsumtion', d.h. auf dem Markt zu befriedigen -, bieten 'städtische soziale Bewegungen' (ssB) die Chance, klassenübergreifende Bündnisse zu schmieden. Der Staat erhöht zwar das Angebot an kK, aber entsprechend der Logik des kapitalistischen Systems erfolgt dies nach Maßgabe der Funktionserfordernisse des Großkapitals und nicht entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung. Diese Logik kann erst durch systemüber-

windende Aktionen durchbrochen werden. Daraus leitete Castells die Hoffnung ab, die ssB könnten neben bzw. im Bündnis mit den revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse Motoren der Überwindung des kapitalistischen Systems sein.

Castells hatte seine ursprüngliche Annahme, die Zunahme der kK sei systemnotwendig, in der Zeit des rasanten Wirtschaftswachstums und des besonders sichtbaren Ausbaus wohlfahrtsstaatlicher Realleistungen in den 60er und frühen 70er Jahren formuliert. Angesichts der Mitte der 70er Jahre einsetzenden Wirtschaftskrise und des Stagnierens, z.T. auch Schrumpfens wohlfahrtsstaatlicher Realleistungen hat er selbst noch erkannt, daß diese Annahme falsch war. Nicht erkannt hat er jedoch, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas wie z.B. in der BRD und in Großbritannien die individuelle Konsumtion entscheidend zunehmen würde, und zwar mit Hilfe des Staates. Ich werde im folgenden zeigen, wie dieser Strukturwandel des Wohlfahrtsstaates die (potentielle) Basis der ssB spaltet bzw. aushöhlt. Anstelle der Begriffe 'kollektive' und 'individuelle Konsumtion' werde ich die Begriffe '(Wohlfahrts-)Staatsversorgung' und 'Marktversorgung' bzw. 'Staatsversorgungs-Sektor' und 'Marktversorgungs-Sektor' verwenden (denn Castells hebt weniger auf den Konsumenten als vielmehr auf die Versorgungsinstitution ab, und zudem geht es nicht nur um die Konsumtion von Realleistungen, sondern auch um monetäre Leistungen)<sup>1</sup>.



## 2. Die Ausbreitung der 'Pseudo-Marktversorgung'

Im Laufe der letzten zwei bis drei Jahrzehnte hat sich in den folgenden Bereichen das relative Gewicht der Marktversorgung gegenüber der Staatsversorgung (einschließlich der parastaatlichen Versorgung) erhöht:

- Der m.E. mit Abstand wichtigste, weil am nachhaltigsten auf das Alltagsleben einwirkende Bereich ist die *Wohnversorgung*: Die Marktversorgung hat sich gegenüber der staatlichen bzw. para-staatlichen Versorgung (d.h. sozialer Mietwohnungsbau in seinen verschiedenen Trägerformen) in besonderem Maße in Form des *privaten Wohneigentums*, und hier wiederum in Form des Eigenheims erhöht, nachdem schon zuvor das Niveau beträchtlich war (ich komme noch darauf zu sprechen, weshalb ich alle Arten und Weisen des Eigenheimerwerbs der Marktversorgung zuschlage): z.B. erhöhte sich im Zeitraum von 1973 bis 1983 der Eigenheimbesitz unter allen Haushalten von 40% auf 46% und unter den Arbeiterhaushalten sogar von 41% auf 50%. Zur Ergänzung seien noch Zahlen zum Besitz von Bausparverträgen angeführt: 1963 besaßen 12% und 1983 40% aller Haushalte (mindestens) einen Bausparvertrag, für Arbeiterhaushalte lauten die entsprechenden Zahlen 9% bzw. 54%.
- Im Bereich des *Personentransports* hat sich die Ausstattung der Haushalte mit PKW gewaltig erhöht: 1963 besaßen 27% und 1983 65% aller Haushalte ein *eigenes* Auto. Dies ist zu Lasten des öffentlichen Personentransports gegangen. Wie wir alle wissen, beruht der Siegeszug des PKW auf der Verheißung einer selbstbestimmten räumlichen Mobilität.
- Im Bereich der *Altersversorgung* schließen immer mehr Personen bzw. Haushalte zusätzliche private Versicherungen der verschiedensten Art ab, um im Alter den ge-

wohnten Lebensstandard zu halten (Lebensversicherungen, zusätzliche Renten u.ä.) So besaßen 1963 41% und 1983 67% aller Haushalte eine Lebensversicherung, bei Arbeitern lauten die entsprechenden Zahlen 47% bzw. 81% (Glatzer 1988; über die Höhe der Lebensversicherungen liegen mir allerdings keine Zahlen vor).

Zur Ergänzung seien hier noch Angaben über den Besitz von Sparbüchern und Wertpapieren angefügt: 1963 besaßen 60% und 1983 90% aller Haushalte ein Sparbuch, die Zahlen für Arbeiterhaushalte lauten 57% und 93%; Wertpapiere besaßen 1963 10% und 1983 30% aller Haushalte, dagegen besaßen 1963 nur 3% der Arbeiterhaushalte Wertpapiere, aber 1983 immerhin schon 24% (Glatzer 1988; auch hier liegen mir keine Zahlen über die Beträge vor). Ich nehme an, daß Kumulationen verschiedener Formen der für die Altersversorgung relevanten Formen der Vermögensbildung häufig vorkommen.

- Ohne daß mir exakte Zahlen vorliegen, möchte ich behaupten, daß im Bereich der *medizinischen Versorgung* ebenfalls immer mehr Personen zusätzlich zu ihrer Pflichtversicherung private Krankenversicherungen abschließen oder den vollständigen 'Exit' in die private Versicherung vornehmen. Die private Krankenversicherung ist in der Regel billiger, kann genauer auf die eigenen Bedürfnisse bzw. Risiken zugeschnitten werden und sichert eine bevorzugte (wenn auch nicht unbedingt bessere, u.U. wegen der Tendenz zur 'Überbehandlung' sogar schlechtere) Behandlung.
- Eine relativ neue Entwicklung im Bereich der *Altenbetreuung* besteht darin, daß sich immer mehr Personen in *privat-kommerzielle Einrichtungen* für ihre zukünftige *Betreuung im Alter* einkaufen.
- Im Bereich der *Versorgung mit Freizeitmöglichkeiten* sprießen seit 10 - 15 Jahren immer mehr *kommerzielle Freizeiteinrichtungen* aus dem Boden (z.B. Squash- und

Tennishallen, Fitnesszentren, Spielhallen, Saunen u.ä.).

Allerdings gibt es nicht in allen Bereichen einen relevanten Marktversorgungssektor: In der BRD z.B. sind kommerziell organisierte allgemeinbildende Privatschulen eine 'quantité négligeable'; im berufsbildenden Bereich hingegen spielen sie eine wichtige und im musischen Bereich eine nicht unbedeutende Rolle (Musik- und Tanzschulen, Lehrer für verschiedene Instrumente usw.).

### 3. Gründe für die Ausbreitung der Marktversorgung

Ein ganzes Bündel von Gründen hat die Ausbreitung der Marktversorgung befördert:

- Die Durchschnittseinkommen der Haushalte sind in einem Maße gestiegen (nicht zuletzt ein Erfolg früherer keynesianisch-sozialdemokratischer Vollbeschäftigungs- und Einkommenspolitik), daß sich immer mehr Haushalte in immer mehr Bereichen Marktversorgungs-Leistungen kaufen können.
- Die Erweiterung und Verfeinerung von Finanzierungs-Instrumenten des Kreditgewerbes und des Einzelhandels (z.B. Konsumenten-Kredite, Ratenzahlungen, Hypotheken) erschlossen neue Käuferpreise für dauerhafte Versorgungsgüter (z.B. Wohneigentum, Auto).
- Mit steigendem Einkommen und vielfältigerem Angebot des Marktes prägte sich der Wunsch nach mehr individueller Kontrolle über die und nach höherer Qualität der Versorgungsleistungen aus, als sie bei den staatlichen bzw. (vor allem in der Wohnungsverorgung) para-staatlichen Massenversorgungs-Leistungen zuvor gegeben waren oder für möglich gehalten wurden. Dies trifft nicht nur auf die wachsende Dienstleistungsklasse zu, die hinsichtlich ihrer Versorgungs- und Konsumwünsche ohnehin anspruchsvoll und individualistisch ausgerichtet ist, sondern auch auf Arbeiter, denen von vielen 'Paläo-Linken' fälschlich ein genuiner Wunsch nach kollektiven (staatlichen oder genossenschaftlichen) Versorgungsformen unterstellt wird, deren Verhältnis zu diesen Versorgungsformen in Wirklichkeit instrumenteller Natur sein dürfte (weil sich anders ihre Versorgungslage meist nicht verbessern ließ).
- Die Reprivatisierung, genauer: die Reintegration wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in den Markt macht aus Klienten des Wohlfahrtsstaates Kunden auf dem Markt oder Besitzer von Gütern. Das herausragende Beispiel ist der Verkauf von Sozialwohnungen an die Mieter (vor allem in GB). Nicht selten sind Mieter geradezu gezwungen, Besitzer von Eigentumswohnungen zu werden und dabei bis an den äußersten Rand ihrer Zahlungsfähigkeit zu gehen, um ihre aktuelle Wohnung nicht zu verlieren und damit ihre sonstige Lebenslage nicht gravierend zu verschlechtern. Allerdings ist in GB die Reprivatisierung des sozialen Wohnungsbaus, gemessen am Bestand, nicht unwerfend weit vorangeschritten.
- Die schlechte Qualität oder die Einschränkung staatlicher Versorgungsleistungen bewirkte nicht selten einen 'quasi-erzwungenen' (Teil-)Exit in den Marktsektor (seit langem im Bereich des Personentransports, wo viele Pendler sich ein Auto anschaffen mußten, wollten sie noch unter erträglichen Bedingungen an ihr Ziel gelangen; seit einiger Zeit auch in den Bereichen der medizinischen und der Altersversorgung).
- Der Staat treibt durch eine Vielzahl teils direkter, überwiegend aber indirekter (d.h. mittels Steuervergünstigungen<sup>2</sup> monetärer Subventionen den Kauf von Versorgungsleistungen des Marktes voran. Die Bedeutung dieser Subventionen hat seit Ende der 70er Jahre beträchtlich zugenommen, denn einerseits haben wirtschafts-liberale Regierungen deren Zahl und Ausmaß erhöht

(besonders drastisch die Thatcher-Regierung in GB; das herausragende Beispiel für die BRD ist die Ausweitung der § 7b-Abschreibung auf den Althaus-Bestand im Jahre 1977), andererseits erreichen immer mehr Personen bzw. Haushalte Einkommenshöhen, wo diese Subventionen für sie relevant werden.

- Schließlich ermöglicht der Staat durch (oft schon früher vorgenommene) komplementäre Humankapital- und Infrastruktur-Investitionen häufig überhaupt erst, daß das Marktversorgungs-Potential realisiert werden kann.

Auf die beiden letztgenannten Kategorien staatlicher Interventionen kommt es mir besonders an: Ohne sie, die häufig einander ergänzen, wäre ein Vordringen der Marktversorgung, d.h. der Erwerb von Gütern auf dem Markt und die Nutzung kommerziell organisierter Dienstleistungen durch die Haushalte für ihre Versorgungserfordernisse, auf breiter Front gar nicht möglich. Ich werde daher künftig von 'Pseudo-Marktversorgung' sprechen. *Meine These lautet: Die hochentwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas sind auf dem Wege in eine staatlich geförderte 'Pseudo-Marktversorgungs'-Gesellschaft.* Ich möchte dies mit einigen Beispielen veranschaulichen:

- Wohneigentum, insbesondere das Eigenheim, wird zum einen mit einer Vielzahl direkter und indirekter monetärer Subventionen gefördert wie z.B. besonders zinsgünstige und langfristige Darlehen, Prämien auf Bausparverträge, Steuervergünstigungen für Hypothekenzinsen und Zuschüsse für Modernisierungen und Ausbaumaßnahmen. Dies geschieht häufig im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus (wobei in den letzten Jahren mehr Wohneigentum als Sozial-Mietwohnungen gefördert wurden), doch tritt die betreffende Person bzw. der betreffende Haushalt für sich und andere Beteiligte primär als Bauherr oder Käufer auf dem Markt bzw. letztlich als Besitzer privaten Eigentums in Erschei-

nung. - Andererseits übernimmt der Staat einen nicht geringen Teil der Kosten für Erschließungsmaßnahmen im weitesten Sinne (einschließlich der Anbindung an den ÖPNV).

Mit den (erhöhten) Ausgaben für Wohngeld werden letztlich viele private Vermieter subventioniert; allerdings müssen sich die Mieter einer strengen Bedürftigkeitskontrolle unterziehen (da das Mietniveau steigt, breitet sich diese Form staatlicher Kontrolle aus).

- Arbeitspendler, die ihr eigenes Auto benutzen, können in der BRD beim Finanzamt die sog. 'Kilometerpauschale' geltend machen. Diese Vergünstigung dürfte zwar in seltensten Fällen zum Kauf eines Autos veranlassen, aber dessen Halten erleichtern und es schneller erlauben, sich einen neuen Wagen anzuschaffen. - Andererseits benutzen die PKW-Fahrer vom Staat finanzierte öffentliche Straßen.
- Für private Krankenversicherungen und fast alle (zusätzlichen) Versicherungen für die Altersversorgung gibt es Steuervergünstigungen wie für die Pflichtversicherungen auch. Privatversicherte Patienten werden von Ärzten behandelt, die an öffentlichen Hochschulen ausgebildet worden sind (Chefärzte an öffentlichen Krankenhäusern, die privat liquidieren können, nutzen zudem die Einrichtungen des Krankenhauses).
- Kommerzielle Freizeiteinrichtungen profitieren von öffentlichen Erschließungsmaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen (z.B. Verkehrsanbindung - dies gilt für die 'Privatwirtschaft' insgesamt).

Neben der Staats- und Marktversorgung gibt es auch die politisch und wissenschaftlich in Mode gekommene 'Selbstversorgung'. Doch nach den mir bekannten empirischen Untersuchungen (z.B. Jessen et al. 1988, Pahl 1984) spielt die Selbstversorgung in hochentwickelten und



hochurbanisierten kapitalistischen Gesellschaften insgesamt eine untergeordnete Rolle und kann ohne Staats- und/oder Marktversorgung nicht funktionieren.

## 4. Politische Implikationen

Da ich mich hier ja mit Castells' Konzept städtischer sozialer Bewegungen auseinandersetze, kommt es mir vorrangig auf die politischen Implikationen des 'Weges' in die 'Pseudo-Marktversorgungs'-Gesellschaft an.

Diejenigen, die sich in einem subjektiv als relevant interpretierten Maße auf die - von ihnen her gesehen - Marktversorgung stützen, werden in bezug auf die staatlichen Ebenen und die als wichtig angesehenen Probleme eine ausgesprochene 'polare' politische Bewußtseins- und Interessenorientierung entwickeln.

1. Sie orientieren sich auf die zentralstaatliche Ebene hin, denn hier werden die wirtschafts- und finanz-politischen Entscheidungen getroffen, die für ihre Versorgungssektor-Stellung besonders wichtig sind:

Zum einen liegt ihr Interesse im Erhalt oder Ausbau direkter und indirekter Subventionen. Andersherum heißt dies, daß eine wachsende Mehrheit traditionelle Formen der Staatsversorgung mangels Interesse politisch nicht mehr unterstützt. Da die Subventionen für die Quasi-Marktversorgung über kurz oder lang mit den Ausgaben für die Staatsversorgung konkurrieren, werden diejenigen, die sich im erstgenannten Versorgungssektor befinden, dafür votieren, daß die letztgenannten Ausgaben einge-dämmt, wenn nicht sogar gekürzt werden.

Zum zweiten haben die, die im Pseudo-Marktversorgungssektor stehen, aufgrund der Höhe ihrer Investitionen in ihre Versorgung und ihrer (Ab-)Zahlungsverpflichtungen ein eminentes Interesse an der Kontrolle der Inflation- und vor allem der Zinsraten (besonders wichtig ist hier die Politik der Zentralbanken).

2. Gleichzeitig ist eine ausgeprägte politische Orientierung auf die lokale Ebene hin zu

erwarten, denn hier können die Exklusivitäts- und Werterhaltungswünsche der in diesem Versorgungssektor Stehenden im Alltag durchgesetzt werden: Wenn sie in einem Eigenheim wohnen, zu einem Arzt in ihrem Quartier gehen, der nur Privatversicherte behandelt, mehr als ein Auto besitzen und daher von öffentlichen Transporteinrichtungen unabhängig sind, und schließlich noch ihre Freizeit in einer privaten Tennis- oder Squash-Anlage verbringen, werden sie ihre gesamte Wohnumgebung als eine Art Privat-Anlage betrachten, in deren Gestaltung niemand hineinreden darf, der dort nicht wohnt. Schon um die Immobilienwerte nicht sinken zu lassen, werden sich bei gegebenem Anlaß rasch (rechte) 'Not-In-My-Backyard'-Bewegungen bilden. Deren Durchsetzungsfähigkeit wird oft beträchtlich sein, da hinter den Bewohnern eine 'unheilige Allianz' aus Immobilienmaklern, Banken und Lokalpolitikern steht. Allerdings werden es die Kommunen in der Regel in vorseilender Rücksichtnahme erst gar nicht dazu kommen lassen, daß in solche Gebiete Altenpflegeheime, Sozialwohnungen, Therapie-Einrichtungen für Suchtkranke oder AIDS-Infizierte u.ä. kommen.

Da die Kommunen selbst an Steuerzahlern mit hohem Einkommen und Sozialprestige (die angeblich das Stadtsäckel nicht belasten) interessiert sind, werden sie von sich aus für eine gute Infrastruktur-Ausstattung und für Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung solcher Gebiete sorgen. Das hierfür ausgegebene Geld wird an anderer Stelle, wo es vielleicht dringender benötigt wird, fehlen.

Andererseits macht ein hohes Maß an 'Pseudo-Marktversorgung' wahrscheinlich empfänglich für Umweltschutz: Bei zunehmender Umweltbelastung läßt sich ein Eigenheim mit Garten, eine Tennis-Anlage etc. nicht mehr genießen.

Sowohl auf der zentralen als auch auf der lokalen Ebene werden jene, die im 'Pseudo-Marktversorgungssektor' stehen, Parteien unterstützen, die traditionell Marktprinzipien propagieren. Über kurz oder lang werden aber auch diejenigen Parteien, die sich traditionell für die staatliche Versorgung eingesetzt haben, nicht



umhin können, auf die Interessen der hier relevanten Bevölkerungsgruppen einzugehen, wollen sie Mehrheiten gewinnen (dies ist z.B. in GB bei der Labour-Party unter Neil Kinnock deutlich zu beobachten).

Es erscheint mir durchaus denkbar, daß Arbeiter, die in einem relevanten Maße im Pseudo-Marktversorgungssektor verankert sind, politisch jene Parteien unterstützen, die traditionell der Arbeiterbewegung fern stehen. Folgendes spricht für ein eigenständiges Gewicht oder sogar Übergewicht der Stellung im Pseudo-Marktversorgungssektor im Verhältnis zu einer sozusagen davon 'abweichenden' Produzenten-Rolle bzw. Klassenzugehörigkeit:

- die außerhalb der Arbeitssphäre z.B. im Haus, mit dem Auto u.ä. zugebrachte Zeit nimmt zu;
- die Investitionen in die Pseudo-Marktversorgung sind erheblich, das Vermögen wächst;
- die Freiheits-, Kontroll- und damit Identifikationsmöglichkeiten sind für Lohnabhängige im Pseudo-Marktversorgungssektor in der Regel ungleich größer als in der Arbeitswelt;
- ab einem gewissen Schwellenwert gibt die hier diskutierte Sektor-Stellung wahrscheinlich eindeutiger Kriterien in die Hand als die Produzentenrolle bzw. Klassenzugehörigkeit, deren Implikationen hinsichtlich der eigenen Stellung und Interessen angesichts der heutigen internen Differenzierung unklarer sind, oder anders formuliert: größere Interpretationsanstrengungen erfordern (was nicht heißen soll, daß die Pseudo-Marktversorgung keine relevanten internen Differenzierungen hervorbringt).

## 5. Die Einschränkung bzw. Stagnation der Staatsversorgung

Nach Einsetzen der ökonomischen Stagnations- und Umstrukturierungskrise Mitte der 70er Jahre kam es im mehreren Bereichen zu einem Stillstand des Ausbaus bzw. zur Einschränkung staatlicher Versorgungsleistungen: z.B. drastisch im Sozialen Miet-Wohnungsbau, teilweise bei der medizinischen Versorgung und schon seit langem beim öffentlichen Personentransport. Diese Krise hat allerdings die schon zuvor erkennbare langfristige Grundrichtung der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, nämlich die Ausweitung der Pseudo-Marktversorgung, nicht geschaffen, sondern nur (wenn auch beträchtlich) verstärkt. Um ein fundiertes Verständnis der angeblichen 'Krise des Wohlfahrtsstaates' zu gewinnen, sollte man also nicht wie üblich mit einem Lamento über die Stagnation bzw. Kürzung staatlicher Versorgungsleistungen, sondern mit einer Analyse der Ausweitung der Pseudo-Marktwirtschaft beginnen.

Wenn es zu städtischen Protestbewegungen im Sinne von Castells kommt, dann handelt es sich immer häufiger um punktuelle Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen staatlicher Versorgungsleistungen auf - sieht man einmal ab vom Bildungsbereich - schmalere werdender sozialer Basis. Nicht selten handelt es sich bei den von solchen Verschlechterungen Betroffenen um schwer oder gar nicht mobilisier- und organisierbare und damit auch um nicht konfliktfähige Gruppen.

## 6. Ausblick

Es dürfte evident sein, daß in einer Gesellschaft, in der die Pseudo-Marktversorgung sich ausbreitet und auf der anderen Seite die auf die Staatsversorgung angewiesene Bevölkerung in höchst heterogene Gruppen zerfällt, klassen-

Verbraucherschutz-Bewegung vorstellen, die dafür sorgt, daß die Versorgungsgüter und -dienste mehr auf die Bedürfnisse der Nutzer und nicht umgekehrt auf die Produkte des Marktes ausgerichtet werden.

Jürgen Krämer arbeitet am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen zu den Themen 'Stadtsoziologie' und 'Theorie und Politik des Wohlfahrtsstaates'.

### Anmerkungen

- 1 Ich lasse hier auch die zentrale Frage offen, ob es überhaupt einen Sinn macht, 'Stadt' und 'städtische soziale Bewegungen' so zu definieren, wie es Castells getan hat (vgl. dazu Krämer/Neef 1989: Kap. 1 und 5).
- 2 Die Definition der Steuererleichterungen als wohlfahrtsstaatliche Leistungen übernehme ich von dem britischen Sozialpolitik-Forscher Richard Titmuss.

### Weiterführende Literatur

- Alber, Jens, 1984: Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat. Überlegungen und Daten zur Situation in der Bundesrepublik. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36, 225-251
- Castells, Manuel, 1977: The urban question. A Marxist approach. London: Edward Arnold
- Castells, Manuel, 1978: City, class and power. London und Basingstoke: Macmillan
- Castells, Manuel, 1983: The city and the grassroots. A cross-cultural theory of urban social movements. London: Edward Arnold
- Duke, Vic; Edgell, Stephen, 1984: Public expenditure cuts in Britain and consumption sectoral cleavages. In: International Journal of Urban and Regional Research 8, 177-201
- Dunleavy, Patrick, 1980: Urban political analysis. The politics of collective consumption. London und Basingstoke: Macmillan
- Harloe, Michael, 1985: Die Reprivatisierung des Wohnungswesens. In: Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer "New Urban Sociology", hrsg. von J. Krämer und R. Neef. Basel usw.: Birkhäuser
- Jessen, Johann; Siebel, Walter; Siebel-Rebell, Christa; Walther, Uwe-Jens; Weyrather, Irmgard, 1988: Arbeit nach der Arbeit. Schattenwirtschaft, Wertewandel und Industriearbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Krämer, Jürgen; Neef, Rainer (Hrsg.), 1985: Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer "New Urban Sociology". Basel usw.: Birkhäuser
- Krämer, Jürgen; Neef, Rainer, 1989: Stadt und Wohlfahrtsstaat unter Krisenbedingungen. Französische und englische Arbeiten zum Konzept der 'kollektiven Konsumtion' und ihre Relevanz für die Stadtforschung in der Bundesrepublik. Abschlußbericht zu einem von der 'Stiftung Volkswagenwerk' geförderten Forschungsprojekt. Göttingen: Soziologisches Seminar der Universität
- Lepsius, M. Rainer, 1979: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierungen. In: Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, hrsg. von H.-U. Wehler. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Lowe, Stuart, 1986: Urban social movements. The city after Castells. London und Basingstoke: Macmillan
- Preteceille, Edmond; Terrail, Jean-Pierre, 1985: Capitalism, consumption and needs. Oxford: Basil Blackwell
- Redclift, Nanke; Mingione, Enzo (eds.), 1985: Beyond employment: household, gender and subsistence. Oxford: Basil Blackwell
- Saunders, Peter, 1985: Raum, Stadt und Stadtsoziologie. In: Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus. Texte zu einer "New Urban Sociology", hrsg. von J. Krämer und R. Neef. Basel usw.: Birkhäuser
- Saunders, Peter; Harris, Colin, 1990: Privatization and the consumer. In: Sociology. The Journal of the British Sociological Association 24, 57-75
- Savage, Mike; Watt, Paul; Arber, Sara, 1990: The consumption sector debate and housing mobility. In: Sociology. The Journal of the British Sociological Association 24, 97-117
- Sullivan, Oriel, 1989: Housing tenure as a consumption-sector divide: a critical perspective. In: International Journal of Urban and Regional Research 13, 183-200
- Warde, Allen, 1990: Production, consumption and social change: reservations regarding Peter Saunders's sociology of consumption. In: International Journal of Urban and Regional Research 14, 228-248

Dirk Schubert

# Gretchenfrage Hafenstraße

## Wohngruppenprojekte in Hamburg

*"Die nebenstehende Karte" - so konnte man in der Tageszeitung 'Die Welt' lesen - "stellt einen Ausschnitt aus einem Stadtplan besonderer Art dar - einer 'sicherheitspolitischen Röntgenaufnahme' der Hansestadt. Sie zeigt die wichtigsten 'Metastasen' der Hafenstraße, jene Quartiere gewaltbereiter Gruppen, die sich als Ableger gebildet haben und mindestens in einem Fall, der Schanzenstraße 41a, für die Polizei inzwischen zu einem deutlich größerem Problem geworden sind als die mittlerweile zur Touristenattraktion avancierten Chaos-Immobilien am Hafenanrand. Abgesehen von den Häusern an der Hafen- und an der Schanzenstraße, bestehen die 'Stammbesetzungen' der übrigen Gewalt-Stützpunkte aus weniger als zwölf Personen. Doch darüber hinaus zeigen die in der Karte besonders gekennzeichneten Stadtteile eine Konzentration von 'Singles', die den Sicherheitsbehörden ebenfalls als potentielle Gewalttäter bekannt sind." (Die Welt vom 25.3.1988)*

Seit langem ist die "Hafenstraße" zur Gretchenfrage bei der Diskussion um Wohngruppenprojekte und behutsame Stadterneuerung in Hamburg geworden. An dieser Frage spalten sich Gruppen, Fraktionen, Parteien und hier eskalieren die Emotionen und Vorurteile. An pointierter Stelle in der Stadt und am Hafen mußte die Freie und Hansestadt Hamburg auch zum 800. Hafengeburtstag einen angeblich "rechtsfreien" Raum dulden.

Die Entstehung und Geschichte der Hafenstraße ist zugleich auch eine Geschichte der Wohnprojekte und der Stadterneuerung in Hamburg. Diese Geschichte spiegelt sich in der Arbeit von Mieter- und Stadtteilinitiativen als einer neuen sozialen Bewegung<sup>1</sup>; sie war und ist zugleich ein konflikthafter langjähriger Prozeß von Auseinandersetzungen und Reibereien. Gleichzeitig wird aber mit dieser Geschichte auch ein Prozeß vom Widerstand und Außen-

seitertum hin zur (partiellen) Befriedung und Integration einer sozialen Bewegung deutlich. Von den Wohnprojekten hat jedes Projekt seine eigene besondere Geschichte, die Entstehungs- und Rahmenbedingungen sind allerdings ähnlich und vergleichbar<sup>2</sup>.

Anfang bis Mitte der siebziger Jahre artikuliert sich zunehmend eine Kritik an der Stadterneuerungspraxis und ihren Folgen in Hamburg. Gegenstand der Kritik waren teilweise großflächige Sanierungsvorhaben und der geplante Abriss von gründerzeitlicher Bausubstanz. Die Flächensanierungen in Altona-Altstadt, nord-westlich der Hafenstraße, und das Vorhaben eines gigantischen Alsterzentrums im Sanierungsgebiet St. Georg hatten zu massiven Bevölkerungsprotesten und auch zu einer Radikalisierung des Widerstandes geführt. 1973 kam es in der Ekhofstraße in Hohenfelde zu einer ersten Hausbesetzung. Der Bauträger BEWOBÄU, eine Neue Heimat-Tochter, wollte hier die alte Bausubstanz abreißen und Luxuswohnungen errichten. "Ein Pöselndorf für alle würde entstehen" erklärte die BEWOBÄU und ein Firmensprecher weiter: "Selbst wenn wir Häuser mit einem riesigen Kostenaufwand restaurieren würden- mit welchem Recht wollen auf diesem alten Fleck mit Rattenhöfen 300 Leute wohnen, wenn dort, gleich an der Alster, ein paar tausend Menschen in neuen Wohnungen leben könnten."<sup>3</sup> Die Bild schrieb entrüstet: "Seit über einer Woche halten Maoisten und Rocker ein Haus besetzt, in dem kein normaler Mensch mehr hausen kann."<sup>4</sup>

Der damals monolithisch erscheinende "hegemoniale Interessenblock" (mit Gramsci formuliert), im Szenejargon das "Betonsyndikat" aus Gemeinnütziger Wohnungswirtschaft, Neue Heimat, SAGA, Wohnungsbaukreditanstalt, Baubehörde, Liegenschaftsverwaltung, Bauwirtschaft, Senat und auch der Springer-Presse konnte die Besetzer problemlos ausgrenzen und kriminalisieren. Die

Hausbesetzer der Ekhofstraße wurden im ersten Prozeß gegen Hausbesetzer in der Bundesrepublik in einem kurzen Verfahren zu Jugendarrest und Haftstrafen verurteilt. Zunehmend formierte sich danach allerdings ein Widerstandspotential gegen die Stadterneuerungspraxis in Bürgerinitiativen, Mieterinitiativen und schließlich auch politisch mit der "Bunten Liste", später der AL und schließlich mit der GAL. Know-how-Vermittlung und Professionalisierung auf seiten der Kritiker wurden auch mit der Gründung des alternativen Mietervereins "Mieter helfen Mietern" weiter vernetzt und vorangetrieben. Insofern kann man das Entstehen einer "neuen sozialen Bewegung" mit Fokussierung auf Sanierung, Wohnungspolitik und Mieterfragen in Hamburg ungefähr auf Anfang der achtziger Jahre datieren.

Sanierungsfolgen, Luxusmodernisierung und sanierungsbedingte Wohnungsleerstände hatten auch zu einer Politisierung der Stadtplanung geführt. Diese Entwicklung Anfang der achtziger Jahre bildet aber auch den Hintergrund für die damals in Hamburg entstehenden ersten Wohnprojektideen, die andere Formen des Zusammenlebens als in der traditionellen Kleinfamilie praktizieren wollten. Durch die Arbeit von Stadtteil- und Mieterinitiativen konnten eine Reihe von Hausabrissen verhindert werden. In der Jägerpassage, der Amandastraße und am Pinnaßberg gab es Hausbesetzungen, die allerdings nach der "Hamburger Linie" alle innerhalb von 24 Stunden wieder geräumt wurden. Ähnliche Entwicklungen ergaben sich in anderen europäischen Ländern: In Amsterdam gab es die Kraker, in London die Squatter, und in Berlin/West waren teilweise Anfang der achtziger Jahre bis zu 150 Häuser besetzt.

## 1. Das Schröderstiftprojekt als Katalysator, oder: der Durchbruch?

Einen ersten Wendepunkt in der polarisierten Diskussion stellte das Projekt Schröderstift dar. Auf dem Gelände des Schröderstiftes in Eims-

büttel sollte ein Universitätsneubau errichtet werden, die Stiftsgebäude sollten abgerissen werden. Die Bewohner konnten den Abriß der Gebäude verhindern, und nach langen Auseinandersetzungen wurden die Häuser in Selbsthilfe instandgesetzt und das Objekt wurde 1981 der Mieterselbstverwaltung Schröderstift mit einem Leihvertrag überlassen<sup>5</sup>.

Das Schröderstift war als Einzelprojekt und als Ausnahme gefördert worden. Heftige Kontroversen hatten das Schröderstiftvorhaben begleitet, Widerstände gab es nicht nur bei vielen Politikern, sondern auch bei der Verwaltung. Selbsthilfe wurde als Schwarzarbeit abgestempelt und andere Wohnformen als die "Pflegerichte Normalfamilie" waren schwer vorstellbar. Das Projekt Schröderstift wirkte weiter als Katalysator auch für andere Selbsthilfefprojekte und die Weiterentwicklung von Mietermitbestimmung und Mieterselbstverwaltung im Kontext der Stadterneuerung. Durch einen mühsamen Prozeß war eine wohnkulturelle Alternative zum Sozialen Wohnungsbau damit entwickelt, realisiert und praktiziert worden, ein möglicher Weg gewiesen worden.

Die Ausgangssituation für die "Hafenstraße" war ähnlich. Auch für diesen Bereich gab es etliche Großprojektplanungen, die einem zunehmenden Verfall der Häuser Vorschub geleistet hatten. Zunächst war eine Ost-West Elbuferstraße geplant, dann wollte sich hier der Tchibo-Konzern ansiedeln, ein 20geschossiges Hochhaus wurde dort geplant. Nachdem die Verhandlungen mit Tchibo wegen der Hochwasserschutzmaßnahmen scheiterten, war dann Gruner&Jahr als Investor aufgetreten. Auch diese Verhandlungen scheiterten und der Konzern siedelte am Hafensrand, dichter an der City gelegen, an.

Die alten Bewohner waren durch diese Planungsvorhaben längst aus St. Pauli-Süd und der Hafenstraße ausgezogen bzw. umgesiedelt worden. Das letzte und neueste Konzept lautet verstärkte Wohnnutzung an der Hafenstraße. Zum 800. Hafengeburtstag wollte sich Hamburg einen "Prachtboulevard" am nördlichen Elbufer beschern<sup>6</sup>.



Der Eigentümer der Gebäude, die SAGA, hatte die Häuser Studenten "zum Auswohnen" überlassen. Die "schleichende Besetzung" war zunächst nicht registriert worden. Erst im April 1982 war auf einem Plakat zu lesen: "Diese Häuser sind besetzt." Ein Architekturbüro kam in einem Gutachten zu dem Ergebnis, daß alle Häuser erhalten und instandgesetzt werden könnten, die Kosten lägen weit unter Neubaukosten. Im Juni 1982 verlor die SPD in Hamburg die absolute Mehrheit, "Hamburger Verhältnisse", eine Koalition oder Duldung durch die GAL schien möglich. 240.000 DM wurden im Herbst 1982 für Material und Löhne aus der Staatskasse bereitgestellt und eine "Vereinbarung zur Winterfestmachung" abgeschlossen. Eine "Volkküche" für gemeinsame Veranstaltungen und kulturelle Aktivitäten wurde eingerichtet. "Keine Eskalation vor Jahresende" lautete ein Aktenvermerk in "Sachen Hafensstraße" des damaligen Bausenators Günter Apel aus dem Oktober 1982. Erst 1983 nach erneuten Wahlen regierte die SPD wieder allein, neuer Bausenator wurde Eugen Wagner.

Zunehmend verschoben sich inzwischen die Bewohnerstrukturen in der Hafensstraße. Nach den Studenten zogen Obdachlose, Sozialhilfempfangler, entlassene Strafgefangene und junge Leute, die sich von zu Hause lösen wollten, nach. "Die" Bewohner der Hafensstraße und "die" Hafensstraße hatte es ohnehin nie gegeben. Immer gab es unterschiedliche Gruppen und Fraktionen, mit verschiedenen Zielen und politischen Verständnissen. Mit dem bürgerlichen Staat und der bürgerlichen Gesellschaft haben allerdings die meisten gebrochen. Diese "Andersartigkeit" und das Ziel, anders und unangepaßt leben zu wollen, wurden von der Stadt und den Medien immer wieder zum Anlaß genommen, ob nun mit städtebaulicher, wohnungspolitischer, sozialpolitischer oder kriminalistischer Argumentation, die Hafensstraße zu räumen.

## 2. Die Schaffung von Sachzwängen und Einübung von Spielregeln

Neben der Hafensstraße und den Schröderstiftbewohnern gab bis 1983 in Hamburg eine Reihe weiterer Wohngruppen, die konkrete Gebäude- oder Gebäudeensemble-Vorstellungen hatten, bzw. Gruppen, die andere Wohnvorstellungen realisieren wollten, ohne zunächst über ein bestimmtes Objekt zu verfügen. Diese Gruppen - wie Werkhof, Pueblo, Falkenried, Jägerpassage und andere - hatten teilweise schon lange Verhandlungen mit der Stadt über Nutzungen entsprechender Gebäude geführt. Da die Verhandlungsfronten sich als sehr verhärtet erwiesen, war die Einschaltung von "Vermittlern" zunehmend erforderlich. In Berlin/West hatten sich vor dem Hintergrund der Hausbesetzungen inzwischen alternative Sanierungsträger wie "SPI- Ausnahme und Regel" und "Stattbau" konstituiert, die erfolgreich zwischen Hausbesetzern, Hausbesitzern und dem Senat vermittelt hatten. Von diesen Erfahrungen versuchte man in Hamburg zu profitieren und einen ähnlichen alternativen Sanierungsträger aufzubauen.

Mittlerweile hatte sich auch ein breiterer Unterstützerkreis von Betroffenen, Fachleuten und Wissenschaftlern formiert. So brachten bei den Haushaltsberatungen 1983 SPD-Abgeordnete einen 4 Millionen DM Haushaltstitel für Wohngruppenprojekte mit dem Haushaltstitel "Instandsetzungsprogramm für Altbauten zur Sicherung preiswerten Wohnungsbestandes" ein, der wie folgt begründet wurde: "Mit diesem Programm werden Instandsetzungszuschüsse zur Abdeckung unrentierlicher Kosten bei der Wiederherstellung der Wohnnutzung einzelner Objekte oder Ensembles (z.B. Falkenried, Alida-Schmidt-Stift, Jägerpassage etc.) unter Einbeziehung von Mieterselbstverwaltung gewährt. Mit der Durchführung der Instandsetzungsarbeiten sollte ein Träger beauftragt werden, der sowohl die fachliche Kompetenz als auch das Vertrauen der künftigen Nutzer hat



und eine kostengünstige Abwicklung gewährleistet. Bei der Durchführung der Instandsetzungsarbeiten sollen vorher Arbeitslose, insbesondere Jugendliche im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§91ff Arbeitsförderungsgesetz) bzw. im Rahmen von Ausbildungsverhältnissen beschäftigt werden."<sup>7</sup>

Ende 1984 wurde dann der alternative Sanierungsträger "Stattbau Hamburg" mit den Gesellschaftern "Mieter helfen Mietern e.V.", "Autonome Jugendwerkstätten e.V." und "Netzwerk-Selbsthilfe Hamburg e.V." gegründet. Da die Behörden zunächst dem im alternativen Umfeld gegründeten Träger "Stattbau" mit Skepsis gegenüberstanden, wurde die Einrichtung weiterer Institutionen gefördert, die Mittel aus dem "Alternativen Baubetreuer-Programm" (ABB) beanspruchen sollten. So entstand die "Stiftung Freiraum e.V.", im Umfeld der "Patriotischen Gesellschaft von 1765", die das ehemalige Vorwerkstift im Karolinenviertel für Künstlerateliers instandsetzte. Außerdem gründete die Behörde für Arbeit Jugend und Soziales die "Lawaetz-Stiftung", ursprünglich als behördennäherer Träger, der nicht nur als alternativer Sanierungsträger arbeiten sollte, sondern auch die Gründung, Beratung und Förderung von alternativen Betrieben übernehmen sollte.<sup>8</sup>

Das Konzept des Alternativen Baubetreuers (ABB) von 1984<sup>9</sup> wurde dann durch die Institutionalisierung eines Alternativen Sanierungsträgers (AST) mit einem Beschluß der Bürgerschaft im Februar 1987 weiter formalisiert. Das Konzept des ABB wurde vom Senat wie folgt begründet: "1. Es gilt, die wachsende Gruppe von Mietern, die aus finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen preiswerten Wohnraum benötigt oder behalten will, mit mehr Chancen einer dauerhaften und wirtschaftlich verkräftbaren Nutzung menschenwürdigen Wohnraums auszustatten. 2. immer stärker wird eine Wiederbelebung urbanen Wohnens unter Erhaltung vorhandener Substanz zum selbstverständlichen Anspruch von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichster Milieus."<sup>10</sup> Die Aufgaben des ASTs wurden analog zum § 34 Städtebauförderungsgesetz festgelegt. Die

ASTs sollen:

- "treuhänderisch für die Freie und Hansestadt Hamburg arbeiten, und
- keine unternehmerischen Interessen verfolgen,
- aber nur für einzelne Objekte und nicht länger für ganze Einzugsbereiche tätig werden,
- Selbsthilfefprojekte betreuen,
- sozial benachteiligte Hausbewohner in den Prozeß der Selbsthilfe einbeziehen,
- und nach Abschluß ihrer Betreuung die dinglichen Rechte an den Grundstücken auf die Hausgemeinschaft übertragen"<sup>11</sup>.

Ein formalisierter Weg zur "Senatsknete" war damit eröffnet. Zugleich gab es aber auch ein Mittel, die Wohngruppenbewegung zu reglementieren, zu kanalisieren und sie zu splaten.

### 3. Die Innenbehörde prüft die Bewohner der Wohnprojekte

Ein Weg schien geebnet, allerdings gab es noch viele Hürden. Nach teilweise jahrelangen Vorbereitungsarbeiten durch die Gruppen wurden die Wohnprojekte nun das Opfer politischer Vorbehalte, die sich an dem Projekt Jägerpassage und vor allem wieder an der Hafensstraße festmachten. Der Beginn etlicher Projekte wurde immer wieder von seiten der Baubehörde wegen formaler Gründe hinausgezögert. Die entsprechenden Haushaltsmittel standen zwar ab 1985 zur Verfügung, die Bewilligungsverfahren schienen klar, aber kurz vor Baubeginn wurden die Projekte wieder gestoppt.

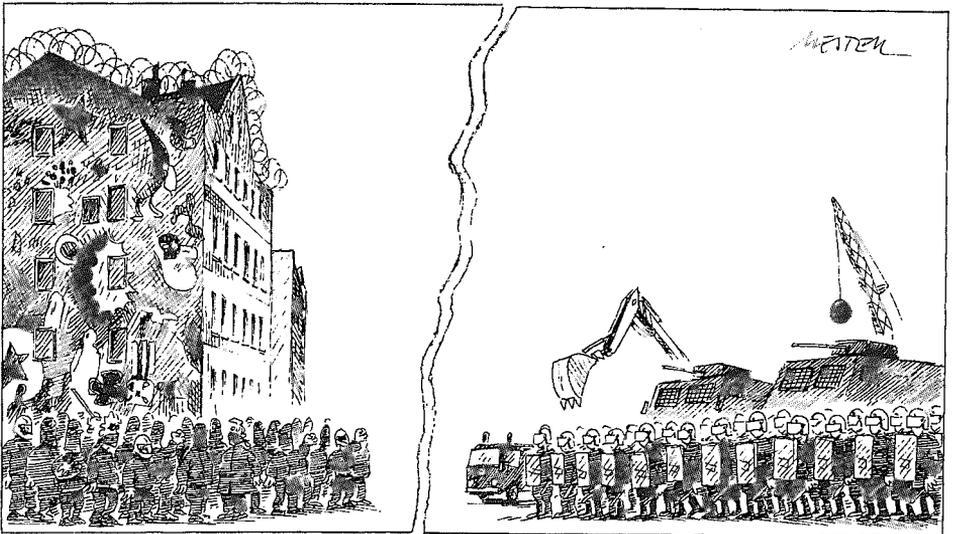
In der Hafensstraße unterzeichneten 1984 ca. 100 ehemalige Besetzer zeitlich befristete reguläre Einzelmietverträge (Laufzeit 2 Jahre) mit der SAGA - mit der Verpflichtung zur Instandsetzung und dem Recht zur Untervermietung. 1984 gewinnen auch die Pläne zum 800. Hafengeburtstag an Kontur; nach den Vorstellungen der Planer soll das Gebiet nun völlig neu

"große Lösung". Immer wieder wird versucht, auf dem Weg von Polizeieinsätzen die Unbewohnbarkeit der Häuser festzustellen und damit einen Vorwand für die Räumung zu erhalten. Immer wieder kommt es zu Eskalationen von Gewalt in der Hafensstraße<sup>12</sup>.

In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Aussetzung der Fördermittel für andere Wohnprojekte schrieb Bürgermeister Klaus von Dohnanyi 1985 an Stattbau: "Mir liegt daran, an dieser Stelle festzuhalten, daß der Senat unverändert an seiner Absicht, Projekte alternativen Wohnens zu fördern, festhält. Wenn der Abschluß der dafür notwendigen Vereinbarungen bislang leider noch nicht möglich war, so liegt dies auch daran, daß die Entwicklung der Situation in der Hafensstraße dazu zwingt, die Rechte und Pflichten aller Beteilig-

sem in der Hafensstraße abspielt, zu verallgemeinern, denn ich glaube nicht, daß das Verhalten der dortigen Bewohner sich an anderer Stelle wiederholen muß. Gleichwohl werden Sie sicher mit mir übereinstimmen, daß Hamburg von vornherein die notwendigen Vorkehrungen treffen muß, um sicherzustellen, daß ähnliche Zustände, wie sie in der Hafensstraße eingerissen sind, an anderer Stelle nicht eintreten werden. Ich hoffe, daß die unter diesem Gesichtspunkt anzustellenden Prüfungen der Stadt alsbald zum Abschluß gebracht werden können..."<sup>13</sup>

Vor allem die rechte Presse diskriminierte und kriminalisierte die Wohnprojekte zunehmend als Konfliktpotentiale und Widerstandsnester gegen die praktizierte Form der Stadter-



ten noch genauer als bisher vorgesehen festzulegen. Es liegt mir fern, was sich in den Häu-

neuerung. Demonstrationen fanden statt, die Jägerpassage wurde mehrfach besetzt. Projekte in

neuerung. Demonstrationen fanden statt, die Jägerpassage wurde mehrfach besetzt. Projekte in der Nähe der Hafestraße, wie die Häuser am Pinnaßberg-Heidritterstraße, wurden gestoppt. Beim Konflikt um die Jägerpassage war die Stadt nicht bereit, einer unbequemen Gruppe ein selbstverwaltetes Projekt zu überlassen, und formulierte immer restriktivere Bedingungen. SPD-Vize-Fraktionschef Kleist erklärte im Oktober 1985 "Wir lassen nicht zu, daß sich in der Jägerpassage eine ähnlich kriminelle Szene wie in der Hafestraße festsetzt."<sup>14</sup> Die Jägerpassage sollte eine Nutzerliste vorlegen, die dann an die Innenbehörde zur Überprüfung weitergeleitet wurde.

#### 4. Das "Wunder von Hamburg" oder: Ist Utopie machbar?

Trotz der Diskussionen um die "Hafestraße" wurden ab Mitte 1986 die ersten Mittel für die Projekte nach dem Alternativen Baubetreuer-Programm (ABB) freigegeben, 1987 das ABB-Programm durch das Konzept des Alternativen Sanierungsträger erweitert und mit der Stadt ein Nutzungsvertrag ausgehandelt, der allerdings erhebliche Eingriffe in die ursprünglich intendierte Selbstverwaltungsautonomie der Wohngruppenprojekte beinhaltete. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hatten zumindest einige Gruppen das Ziel nun (fast) erreicht.

Die Bezirksversammlung Eimsbüttel faßte 1987 vor dem Hintergrund der hochgespielten Gleichsetzung Alternatives Wohnen = "Hafestraße" folgenden Beschluß: "Alternative Wohnprojekte bedürfen in Hamburg verstärkter Unterstützung und Förderung. Sie stellen sowohl einen wichtigen Beitrag zum Erhalt preiswerten Wohnraums dar als auch eine Möglichkeit zur Verwirklichung alternativer Formen des Zusammenlebens... Wichtig ist ein Mittler zwischen Stadt und Nutzergruppen, der einerseits das finanzielle und baufachliche Vertrauen der Stadt genießt, andererseits die politische Akzeptanz der Wohngruppen hat... Zur

Verbesserung der Rahmenbedingungen gehört es, daß der Konflikt um die "Hafestraße", der die Diskussion um alternative Wohnprojekte in Hamburg insgesamt stark belastet, nicht weiter eskaliert..."<sup>15</sup>

Seit den Bürgerschaftswahlen 1987 gibt es in Hamburg eine SPD-FDP Koalition. 1987 wurden der städtischen Lawaetz-Stiftung die Häuser übertragen. Ein Verein sollte zwischen "Hafestraße" und Lawaetz-Stiftung vermitteln. Ein Ultimatum forderte den Abbau der wegen einer befürchteten Räumung angebrachten Befestigung in der Hafestraße bis zum 31. Oktober 1987. Die Konflikte eskalieren. Im November 1987 wird auf Antrag der CDU ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß (PUA) zur Hafestraße eingesetzt. Jan Philipp Reemtsma unterbreitet ein Angebot zum Kauf aller Häuser für einen symbolischen Preis, das nicht angenommen wird. Das Ultimatum wird mehrfach verlängert. Am 19. November 1987 unterzeichnen Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, Sozialsenator Jan Ehlers und Hafestraßen-Anwalt Rainer Blohm den Pachtvertrag: das "Wunder von Hamburg".

Im Frühjahr 1988 werden 500.000 DM für Instandsetzungsmaßnahmen bewilligt. Eine vom Senat verlangte Abmahnung wegen einer Stacheldrahtrolle auf dem Dach wurde von der Lawaetz-Stiftung abgelehnt. Im Januar 1989 beschließt der Senat, die Häuser aus der Verwaltung durch die Lawaetz-Stiftung zu lösen. Die "Hafenrand GmbH" unter der Verantwortung der Rathausensatorin Kiausch übernimmt die Häuser. Die "Hafestraße" wird wieder zur Chefsache. Die Hafenrand-Gesellschaft kündigt nach einer Reihe von Konflikten schließlich die Mietverträge im April 1989 fristlos. In einem 1990 anlaufenden Gerichtsverfahren geht es um die Frage, ob Straftaten, die (angeblich) aus der Hafestraße begangen wurden, zur Kündigung einzelner Mieter herangezogen werden können, und ob die Abmahnungen rechtsgültig und rechtskräftig sind.

Trotz derartiger Diffamierungen von Wohnprojekten konnten bis 1990 eine Reihe von Vorhaben unter großen Schwierigkeiten realisiert werden. Bezieht man die bisher realisierten



Projekte auf die Betreuung durch Alternative Sanierungsträger und auf die Förderung durch den ABB Förderungstitel, so sind bisher gefördert worden :

- 4 Projekte von der Lawaetz-Stiftung betreut, 6 weitere sind in der Planung und 9 in Vorbereitung;
- 6 Projekte von Statbau betreut, 6 weitere sind in der Planung, weitere in Vorbereitung;
- 1 Projekt von Stiftung Freiraum betreut.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich eine Vielfalt unterschiedlichster Gruppen, Projekte, Menschen und Ziele<sup>16</sup>. "Gemeinsames Arbeiten" (Winterstraße 15), "Leben mit Kindern in der Stadt" (Donnerstraße 18), "Alternative zur Kleinfamilie" (Baubund Selbsthilfe, Hospitalstraße 102), "Jung und Alt" (Lerchenstraße 37), "Wir - Deutsche und Ausländer", ( Billrothstraße 55), "Nachbarschaftlich Leben" (Schmilinskystraße 6a), demnächst ein Frauenwohnprojekt (Bernstorffstraße 160a) sind Namen und Programme, die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der verschiedenen Gruppen widerspiegeln.

Weitgehend handelt es sich bei den Mitgliedern der Wohngruppen um Personen, die die "normalen" Wohnungen nicht bezahlen können, die arbeitslos oder ohne Beschäftigung sind, oft um Jugendliche ohne Ausbildung. Entscheidend für Erfolg und Mißerfolg eines Wohngruppenprojektes ist häufig die Anfangsphase, die von hohen, oft zu hohen Ansprüchen begleitet wird. Gruppeninterne Probleme, die Suche nach einem geeignetem Objekt und langwierige Verhandlungen und Konflikte mit Behörden und anderen Institutionen bedeuten erhebliche Frustrationen und Enttäuschungen. "Der Realisierungsprozeß selbst wird gewissermaßen als Vorwegnahme des späteren Lebens verstanden, konkrete Gruppenprozesse werden konstituiert. In diesem Sinne wird auch, besonders von Frauen, die Selbsthilfe nicht als Mittel zur Kostenersparnis verstanden, sondern als emanzipativer Vorgang."<sup>17</sup>

Neben Wohnprojekten mit der Familie als Grundlage gibt es offenere Formen mit dem Anspruch, alternative Wohn- und Lebensfor-

men zu realisieren, wie auch Projekte, die sich im Quartierszusammenhang definieren. Neben arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Zielen spielen häufig sozialreformerische und pädagogische Ansprüche, etwa hinsichtlich der Integration von Randgruppen und Ausländern, eine Rolle, wie auch ökologische Zielsetzungen. Entsprechend vielfältig sind auch die Organisationsstrukturen und Rechts- und Finanzierungsformen der Projekte und Gruppen.

Fast alle bisher realisierten Projekte liegen im Bereich der inneren Stadt, in den Stadtteilen Ottensen, Altona, St. Pauli und Eimsbüttel. Bei fast allen Projekten handelt es sich um Objekte, die bereits länger ungenutzt waren, leer standen bzw. für einen Abriß vorgesehen waren. Bis auf wenige Ausnahmen waren die Gebäude vorher im Eigentum der Stadt bzw. des städtischen Wohnungsunternehmens, der SAGA. Erschwerend kam weiter hinzu, daß die entsprechenden Gebäude durch Leerstand oder mangelnde Instandhaltung objektiv teuer in der Wiederherstellung waren<sup>18</sup>.

Die Bandbreite, die Motive und die sozialen Zusammensetzungen der Gruppen und Projekte sind sehr unterschiedlich. Einigkeit besteht nur in der Suche nach neuen, anderen Lebens- und Wohnformen. Neben dem Wunsch nach Selbstgestaltung und Selbstbestimmung im Wohn- und Wohnumfeldbereich kommt dazu aber häufig auch - fast ein traditionelles bürgerlich-kleinbürgerliches Element - der Wunsch nach (verständlicher) Sicherheit und Dauerhaftigkeit im Wohnbereich.

## 5. Von der Ausnahme zur Regel, oder: Vom Hausbesetzer zum Hausbesitzer?

Diese Übersicht über die bisher realisierten Projekte macht deutlich, wie breit und vielfältig diese Bewegung ist und wie falsch die Gleichsetzung Alternatives Wohnen = "Hafenstraße" ist. Der Umfang der bisher realisierten Projekte

nach dem ABB bzw. mit AST-Einschaltung ist bisher vergleichsweise bescheiden. Von 1984 bis 1989 sind 172 Wohnungen mit einem staatlichen Zuschuß von 11 Millionen DM instandgesetzt worden<sup>19</sup>. Nach den Hamburgischen Sanierungs- und Instandsetzungsprogrammen sind von 1974-1989 ca. 160.000 Wohnungen erneuert worden, ohne die Inanspruchnahme der öffentlichen Förderprogramme noch einmal etwa gleich viele Wohneinheiten. Der Umfang des ABB-Programms macht demnach etwa 0,1% der geförderten Maßnahmen aus. Bezogen auf das Ziel der Erhaltung mietspreisgünstigen Wohnraumes sieht die Bilanz des ABB-Programms allerdings günstiger aus. Die Mieten (brutto-warm) etwa der Statbau-Projekte liegen durchschnittlich unter 5,00 DM/m<sup>2</sup> und damit halb so hoch wie die Warmmieten im öffentlich geförderten Sozialen Wohnungsbau.

Die Erfahrungen nach 10 Jahren nicht nur der Hamburger Wohnprojekte zeigen auch, daß die Einschaltung von Vermittlern für den Erfolg des Wohnprojektes unabdingbar ist. "Ohne die Einbeziehung anerkannter 'intermediärer' Institutionen, die zwischen Gruppe und Behörden vermitteln, würden viele Projekte schon in der Anfangsphase scheitern. Ohne Fachleute mit einem erheblichen Engagement können die oft hohen Selbsthilfeleistungen, mitunter bewußt unproduktiv organisiert und als Erfahrungsprozeß verstanden, nicht erreicht werden."<sup>20</sup> Diese Erkenntnis war vor 10 Jahren durchaus nicht selbstverständlich. Viele Gruppen meinten in Überschätzung der eigenen Kräfte, über das entsprechende Know-how zu verfügen, und Konflikte nicht nur in der Gruppe, sondern auch mit außenstehenden Institutionen durchstehen und bewältigen zu können.

Bei der zukünftigen Entwicklung von Wohngruppenprojekten wird es weniger darum gehen, daß diese zur Regel werden, sondern vielmehr darum, daß sie nicht weiter als Ausnahme stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Gerade die Vielfalt unterschiedlichster Formen des Zusammenlebens und -arbeitens in den Wohngruppen macht eine neue Dimension im Sinne einer multikulturellen Gesellschaft aus, für die in einer Metropole wie Hamburg Platz sein

sollte. Der Beitrag der Wohngruppenprojekte bei der Überwindung von traditionellen Wohnformen kann dabei allerdings kaum überschätzt werden. Die ehemaligen Hausbesetzer sind damit nicht automatisch zu Hausbesitzern geworden, auch wenn teilweise eigentumsähnliche Wohnformen entstanden sind. Allerdings zeigen auch die Berliner Erfahrungen, daß nach dem langen Kampf um Häuser und "Staatsknete" und den folgenden Renovierungsarbeiten auch ein Befriedungs- und Entpolitisierungsprozeß die Folge sein kann.

An der Praxis der Stadterneuerung in Hamburg und den entsprechenden Förderprogrammen hat sich durch die Wohnprojekte nichts Wesentliches verändert. Durch politischen Druck und fachpolitisch massive Unterstützung haben die Projekte sich einen Haushaltstitel gesichert, Möglichkeiten neuer Wohnvorstellungen realisiert und durch städtebauliche Sozialarbeit wurden Milieu-Nischen geschaffen. Das politische und wohnungspolitische Verständnis der Gruppen ist dabei allerdings nicht einheitlich und bewertet "Senatsknete" und das ABB-AST-Förderprogramm durchaus ambivalent<sup>21</sup>.

Die Außenseiterrolle und Stigmatisierung fast aller Wohngruppen ist noch nicht aufgehoben, zumal das ABB-AST-"Sonderprogramm" neben den traditionellen Förderprogrammen diese Randstellung auch eher zementiert<sup>22</sup>. Die Ausgrenzung der Hafensstraße und Gleichsetzung von "Alternativem Wohnen" in Hamburg mit Gewalt, vor allem durch Teile der Presse, erschwert weiter eine sachliche Diskussion. So schreibt etwa die Welt vom 19.4.1988 ganz in diesem Sinne: "Bei vielen Hanseaten, die mit ihren Steuern die Experimente bezahlen, wächst der Verdacht, alternatives Wohnen schließe den Freibrief für allerlei 'Übergriffe' und 'Kapertouren' ein. ... Bedeutet alternativ hier kostenloses Wohnen im rechtsfreien Raum, unbehelligt von der Justiz, in ständigem Konflikt mit Bürgern und Behörden, in maroden Häusern, zwischen Schmutz und Gerümpel?" "Die" Wohngruppenbewegung als neue soziale Bewegung hat es in Hamburg allerdings auch nie gegeben, immer gab es unterschiedliche Fraktionierungen und differenzierte Zielsetzungen.



Teilweise hat sich die Bewegung durch "Rückzug ins Private" aufgelöst, teilweise in eine Nachfolgebewegung transformiert und teilweise, vor allem im Umfeld der Alternativen Sanierungsträger Statbau und Lawaetz-Stiftung, professionalisiert und institutionalisiert. Scheinbare Einigkeit gibt es allerdings in der Regel gegenüber Räumungsbestrebungen in der Hafensstraße.

Der Tenor von Politikern und Presse, daß das "Wohnprojekt Hafensstraße" gescheitert sei, ist nach fast 10 Jahren "Diskussion" zunehmend einheitlich. Über eine Prozeßwelle wird derzeit versucht, die Räumung der Häuser durchzusetzen. Die von Dohnanyi intendierte Lösung eines gewaltfreien Neben- und Miteinanders fand schon in der SPD zu wenige Unterstützer und zu viele Widersacher, um Wirklichkeit werden zu können - von den Behörden und Ämtern gar nicht zu reden. Immer noch gibt es ein Verständnis von Sanierung, das baulichen Abriß mit sozialem "Gesunden" gleichsetzt. Ganz in diesem Sinne argumentiert Jürgen Echemach, Hamburger CDU-Parteichef und parlamentarischer Staatssekretär in Bonn, wenn er erklärt, "daß das Geschwür Hafensstraße inzwischen seine Metastasen in Ottensen und in dem Schanzenviertel treibt"<sup>23</sup>.

## Anmerkungen

- 1 Zum Begriff vgl. Roth, R./Rucht, D. (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987.
- 2 Vgl. Reinig, J., Wohnprojekte in Hamburg von 1980 bis 1989, Darmstadt 1989; Schubert, D., 10 Jahre Wohnprojekte in Hamburg - von der Ausnahme zur Regel und vom Hausbesetzer zum Hausbesitzer?, in: Wohnpolitische Innovationen '90, hrsg. vom Wohnbund, Darmstadt 1990.
- 3 Stadtteilgruppe Hohenfelde, Wir greifen an, Besetzung Ekhostraße 39, Hamburg 1973, S. 39; Pöselndorf ist ein Gebiet in Hamburg, das mit Aufwertung, Umstrukturierung und Luxusmodernisierung gleichgesetzt wird.
- 4 Ebenda.
- 5 Vgl. Schröderstift, Mieterselbstverwaltung, Dokumentation, Hamburg 3.1.1982; und Harms, H./Bremer, D./Schubert, D., Planerkollektiv, Selbsthilfe bei der Stadterneuerung in Hamburg, Fallstudie Schröderstift, TU Hamburg-Harburg, (Bd. 14.), Hamburg 1984.
- 6 Vgl. Herrmann, M./Lenger, H.J./Reemtsma, J./Ph./Roth, K.H., Hafensstraße, Chronik und Analyse eines Konflikts, Hamburg 1987.

- 7 Bürgerschaftsdrucksache, Antrag 11/1732.
- 8 Lawaetz-Stiftung, Grundlagen für eine intermediäre Arbeitsweise, Hamburg o.J.
- 9 Amt für Stadterneuerung, ASE 2, Konzept für die Durchführung von Wohnprojekten, die zum Erhalt von billigem Wohnraum in Selbsthilfe mit oder ohne alternativen Baubetreuer (ABB) durchgeführt werden, Hamburg, den 22.8.1984.
- 10 Bürgerschaftsdrucksache 12/350, 1987.
- 11 A.a.O., S.5.
- 12 Zur Chronologie vgl. Herrmann, M. u.a., a.a.O.
- 13 Zitiert nach Wohnprojekt Jägerpassage Hamburg, Hamburg o.J., S.47.
- 14 Bild vom 31.10.1985.
- 15 Senatsdrucksache 602, Mai 1988.
- 16 Vgl. Kurzdokumentation: Entwicklung und Situation Hamburger Wohnprojekte, Hamburg 1986; Reinig, J., Wohnprojekte, a.a.O.; Harms, H./Bremer, D./Schubert, D., Stadterneuerung und Selbsthilfe in Hamburg, TU Hamburg-Harburg (Bd.22), Hamburg 1986; Brinkmann, H., Rechtsformen und Finanzierung in Hamburger Wohnprojekten, in: Reinig, J., a.a.O., S.13ff. Eine quantitative Auswertung und Typologie nach sozialstruktureller Zusammensetzung und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Wohnprojekte- und Gruppen ist (noch) nicht sinnvoll, zumal viele Gruppen in einem ähnlichen Umfeld entstanden sind und sich hierüber auch definieren.
- 17 Brech, J. (Hrsg.), Gemeinsam leben, Gruppenwohnprojekte in der Bundesrepublik, Darmstadt 1990, S.16.
- 18 Brewe, H.A., Wohnprojekte in Hamburg - Arbeitsbericht zum Programm: "Alternativer Baubetreuer" und "Alternativer Sanierungsträger", in: Brech, J. (Hrsg.), Neue Wohnformen in Europa, Berichte des 4. Internationalen Wohnbund Kongresses, Bd.2, Darmstadt 1989, S.67 ff.
- 19 Baubehörde-Amt für Stadterneuerung (Hrsg.), Eine Stadt erneuert sich, Hamburg 1990, S.6.
- 20 Brech, J., a.a.O., S.16.
- 21 So etwa die Einschätzung der Gruppe "Grosse Freiheit 73-75": "Werden die Wohnprojekte nicht zu kostenlosen Lieferanten von neuen Märkten und Profitquellen?...Werden nicht mit einer staatlich verordneten Wohnprojektpolitik die wirklich marginalisierten von vornherein ausgeklammert und nur zahlungskräftige Schichten angesprochen?-Sind Wohnprojekte nicht städtebauliche reizvolle Schnörkel, die der Wohnwertsteigerung dienen werden?-Soll nicht versucht werden, über Erbpachtverträge, Eigentum und Selbsthilfe kritisches Potential zu kaufen?" zitiert nach Reinig, J., Wohnprojekte, a.a.O., S.46.
- 22 Wenn etwa in einer Bilanz der Baubehörde zur Stadterneuerung zu lesen ist, daß "Selbsthilfegruppen als kleiner Teil der Bevölkerung unterstützt werden", so impliziert dies eben eine Ausgrenzung und Sonderstellung dieser Gruppen, die andere Lebens- und Wohnvorstellungen haben und realisieren wollen.
- 23 Zitiert nach: Eine Dokumentation der Hamburger CDU zur Hafensstraße, o.J., S.48 "Das Geschwür breitet sich aus".

DR. MED.

# Mabuse

Zeitschrift  
im Gesundheitswesen

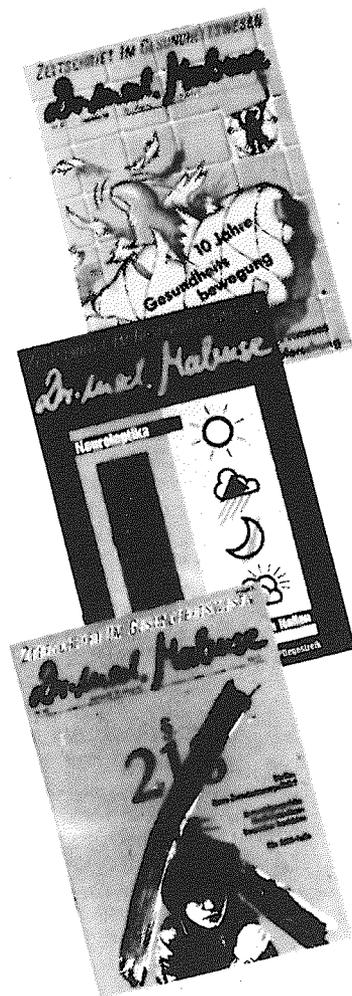


**A**ktuelle Gesundheitspolitik, Medizingeschichte, Krankenpflege, Internationales, Gewerkschaftspolitik, Alternativmedizin, Medizin in der Dritten Welt & Psychiatrie & vieles andere mehr.

**P**ersönliches und Informatives über Tagungen, Bücher, Initiativen. Umfangreicher Kleinanzeigen- und Stellenmarkt.

**S**echsmal pro Jahr für je 6 DM in allen besseren Buchläden und für nur 36 DM im Jahresabonnement.

**K**ostenloses Probeheft und Gesamtverzeichnis unserer Bücher gefällig?



Mabuse, Postfach 110642, 6000 Frankfurt 1 ☎ 069/7 38 17 24

Regina Dackweiler

# Nicht die Hälfte des Himmels, sondern die ganze Stadt

## Frankfurter autonome Frauenbewegung gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum

"Stadtluft macht frei!" So alt die Parole, so unwahr ist sie, wird ihre Gültigkeit einmal nicht im besonderen, für den Mann, sondern im allgemeinen, für den Menschen - Männer und Frauen - überprüft. Polemisches Fazit: Es gibt sie nicht, die Städterin, die Flaneurin, die Metropolitanin. Und: Wir brauchen keine feministischen Sprachübungen, um die Absenz der Frauen aus der Welt der 'Urbanität' zu kompensieren. Denn auch dieser Mangel ist Spiegel der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern mit den Eckpfeilern der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, von Sexismus und sexueller Gewalt, die sich alltäglich im Großen wie im Detail ausdrücken und den materiellen wie symbolischen Ausschluss von Frauen, dem Weiblichen, organisieren.

Die ungleichzeitigsten Formen patriarchaler Herrschaft sind zum Verhandlungsgegenstand einer 'zu modernisierenden Moderne' geworden: Weibliche Führungskräfte in Politik und Wirtschaft haben Sonntagsreden-Konjunktur und Frauenförderpläne bringen Bewerberinnen immerhin auf den aussichtslosen zweiten Platz. Daneben gelingt es patriarchaler Ideologie bis heute, Gewalt gegen Frauen als Ausnahme, als "feudalen Überrest" darzustellen. "Wer ständig auf Gewalt hinweist, gilt selbst bei Befürwortern der Gleichberechtigung bald als überdreht."<sup>1</sup> Verdrängt und geleugnet wird weiterhin der Anteil sexualisierter Gewalt von Männern an der Verhinderung eines selbstbestimmten Lebens für Frauen; entwertet werden die Erfahrungen der Betroffenen. Nur die extremsten Erscheinungsformen sexueller Gewalt, für die einige 'Kriminelle' oder 'sozial Deviante' verantwortlich gemacht werden, sind Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. "Da ist verniedlichend die Rede von 'Sexgangstern' und

'Sexstrolchen', wenn über Sexualverbrecher berichtet wird (...) Aus Vergewaltigungen werden 'Sex-Überfälle' oder gar 'Sexspiele'.<sup>2</sup> Die weniger krassen Formen sexueller Gewalt bleiben aus der Wahrnehmung verbannt, tabuisiert. Indem sie jedoch das Bewußtsein weiblicher Unfreiheit zementieren, sind die entthematisierten, alltäglichen Übergriffe und Verletzungen ebenso destruktiv: "Eine junge Frau geht auf einer städtischen Straße (...) Sie muß an einer Gruppe von Bauarbeitern vorbei, die am Gerüst sitzen und ihre Mittagsbrote essen. Sie antizipiert das Folgende, ihr Gesicht nimmt einen bewußten Ausdruck vorgetäuschter Indifferenz an, ihre Schritte werden steifer. Sie weiß, daß die Situation nicht wirklich bedrohlich ist. Sie wird nicht körperlich attackiert, nur metaphorisch. Sie wird sich nur vergegenständlicht fühlen; der Zugriff ist nur visuell und verbal, eine Einschätzung ihres Marktwerts (...) Keine Frau kann ein autonomes Selbst besitzen, das von solchen Situationen unberührt bleibt."<sup>3</sup>

Alle Formen sexueller Gewalt (Mißbrauch, Vergewaltigung, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Mißhandlung, "sexuelle Versklavung" und "kultureller Sadismus" bei Frauenhandel, Prostitution und Pornographie) dienen der Bestätigung einer umkämpften Rangordnung: "Der Frau soll gezeigt werden, daß sie als Weib - ganz gleich wer sie sonst ist - Gebrauchsobjekt für Männer und somit jedem Mann sozial unterlegen ist."<sup>4</sup> Eine Variante dieser sozialen Positionierung qua Geschlecht erleben Frauen alltäglich im öffentlichen Raum, in der Redeweise von Stadtplanern auch städtischer "Freiraum" genannt: Johlen, Kichern, Pfeifen, Anstarren, Berühren, Festhalten und das Flüstern von obszönen Reden gehören zum Alltagsrepertoire von Männern auf der Straße in

der Begegnung mit ihnen fremden Frauen, das diesen ihre Fremdbestimmung als sexualisierter und kommerzialisierter Gebrauchswert vor Augen führt. Männer erheben "Territorialansprüche auf die Öffentlichkeit; Frauen haben bestenfalls ein Transitivisum."<sup>5</sup> Noch jüngste stadtsoziologische Arbeiten gehen an dieser gewaltförmigen Realität der Geschlechterverhältnisse vorbei, wenn uneingeschränkt die "urbane Dialektik von Privatheit und Öffentlichkeit" gerühmt<sup>6</sup> oder Stadt idealisierend als Ort imaginiert wird, "wo die Begegnung einander Fremder wahrscheinlich ist, wo die Fähigkeit zum 'public man' (sic!) trainiert werden könne."<sup>7</sup> Frauen erzieht die Stadt zu einem *geschlechts-spezifischen* Umgang mit "Öffentlichkeit" und "dem Fremden". Sie erleben den alltäglichen Sexismus von Männern auf der Straße als bedrohlich und verunsichernd, gerade weil dieser selten als 'echter Angriff' gemeint ist, sondern in der alltäglichen Interaktion - als Mittel zur Aufrechterhaltung männlicher Dominanz - ein Gefühl der permanenten Bedrohung vermittelt. Auch *das* sind Konstituanten weiblicher Subjektivität.

Sexuelle Gewalt und die Androhung sexueller Gewalt dienen der sozialen Kontrolle aller Frauen. Täglich werden bundesweit (aufgrund der hohen Dunkelziffer schätzungsweise) zwischen 155 bis 500 Frauen vergewaltigt oder zu sexuellen Handlungen gezwungen: "Die Angst der Frauen, ihr Gefühl der Bedrohung ist dementsprechend ein Gefühl, in dem sich die Realität von Frauenalltag widerspiegelt. Frauen sind überall in ihrem Alltag mit der Möglichkeit 'Opfer zu werden' konfrontiert."<sup>8</sup> Indem Frauen die Gefahren und notwendigen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit im öffentlichen (Stadt-)Raum akzeptieren, wird die Basis ihres Ausschlusses in anderen Bereichen der Öffentlichkeit gelegt.

Die permanente Konfrontation mit patriarchalen Ausschlußmechanismen, selbst in der kulturevolutionär sich verstehenden studentischen Linken Ende der 60er Jahre, war ein Motor für die Entstehung der "autonomen", lokal verwurzelten Frauenbewegung. Ihr Ziel bestand von Beginn an in der individuellen Rück-

Gewinnung persönlicher Autonomie jeder Frau durch selbstbestimmtes Handeln in allen Lebenszusammenhängen. Der Widerstand gegen alle Formen sexueller Gewalt von Männern als Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau wurde deshalb zu einem zentralen Nerv der Bewegung. Vielfältig und teilweise untereinander heftig umstritten waren die von Feministinnen entwickelten Strategien gegen männliche Gewalt. Ob autarkes "Frauenland in Frauenhand", Frauenhaus oder Nacht-Taxi: Längst nicht abgeschlossen ist der feministische Suchprozeß nach Möglichkeiten und Bedingungen für ein selbstbestimmtes weibliches Leben in einer patriarchalischen Gesellschaft. Zwar haben sich in jüngster Zeit vor dem Hintergrund von Frauenbeauftragten, Gleichstellungsstellen und Aktionsprogrammen die politischen Chancenstrukturen für die Durchsetzung der Forderungen und Ziele der autonomen Frauenbewegung signifikant verbessert: Autonome Frauenprojekte werden aus städtischen oder Landesmitteln finanziell unterstützt - solange die "Kämmerer" nicht den Geldhahn zudrehen. Doch veränderten sich mit den Chancenstrukturen auch die Konfliktlinien um staatliche Alimentierung der autonomen Projekte: War die "Staatsknete"-Diskussion Ende der 70er bis Mitte der 80er Jahre dominiert von der Skepsis gegenüber der möglichen Aufrechterhaltung des Autonomiestatus, steht heute allmählich die Sorge über eine "Kommunalisierung" der Arbeitsbereiche autonomer Frauenprojekte und damit potentiell deren 'Überflüssigmachen' durch eben jene frauenpolitischen Institutionen im Vordergrund. Zugleich ist die autonome Frauenbewegung seit Beginn des Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozesses ihrer Projekte - je nach Standort variierend - besserwisserischer, boshafter oder besorgter Kritik ausgesetzt. Verloren gegangen scheint die breite Basis, der sichtbare Enthusiasmus und das Engagement der Frauen, deren Lust an provokanten öffentlichen Aktionen und das kollektiv geteilte Gefühl aufzubrechen, sich und die bestehenden Geschlechterverhältnisse mit radikal-feministischer Emphase zu verändern.

Paradigmatisch für diesen weiterhin offenen



Entwicklungsprozeß kann die Praxis der autonomen Frauenbewegung in Frankfurt gelten. Nicht erst seit der ApO eine der bundesdeutschen 'Bewegungsmetropolen', ist diese Stadt in die Annalen als erster Austragungsort feministischer Scharmützel eingegangen: '68 beschrieben hier Tomaten elegante Flugbahnen, um zwölf Jahre später im Historischen Museum als viel beschmuzzeltes Frauenbewegungs-Exponat zu landen. Bis heute behielt die Stadt Frankfurt neben Berlin, Hamburg und Köln ihre zumeist unangefochtene Avantgardeposition für Themenkonjunkturen und Aktivitäten. Zuletzt mit dem Projekt des "Weiberrat im Magistrat", einer geplanten frauenpolitischen Kooperation aller Dezernentinnen in der seit März 1989 bestehenden Rot-Grün-Lila Stadtregierung, kann sich die Frauenpolitik der Frankfurterinnen überregionaler bewegungsinterner Aufmerksamkeit und - dank mediengerechter Präsentation - auch Otto-Normal-Bürgers Neugierde sicher sein.

Entlang des Widerstands gegen und der Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt von Männern gegen Frauen und Mädchen im 'öffentlichen Raum' werde ich die facettenreichen lokalen Praxisfelder und die sich verändernden Praxisformen der autonomen Frankfurter Frauenbewegung seit den frühen 70er Jahren bis heute skizzieren. Mit der Darstellung möchte ich über eine Vergewisserung der spezifischen Entwicklungen hinaus einen Perspektivenwechsel in der Analyse neuer sozialer Bewegungen, welchen die neue Frauenbewegung zumeist unreflektiert, "umstandslos subsumiert wird"<sup>9</sup>, anregen. Denn die Rekonstruktion lokaler Frauenbewegungsgeschichte ergibt nicht eine mit Lokalkolorit angereicherte Darstellung nationaler und internationaler Konjunkturen der neuen Frauenbewegung, wie so manche Überblicks- und Globaldarstellungen zur Geschichte der autonomen Frauenbewegung suggerieren. Vielmehr macht sie die spezifischen Bedingungen und Konstellationen vor Ort und auf Landesebene transparent, welche für die Kontinuitäten und Brüche des Verlaufs und der Formen des Widerstands gegen patriarchalische Strukturen und männliche Handlungsweisen häufig

weitaus prägender sind. Grundlagen dieses 'lokalen' Eigensinns sind Politikverständnis und Organisationsstruktur der autonomen Frauenbewegung, welche sie lange vor rot-grünen Konstellationen in vielfacher Weise auf eine mehrheitlich großstädtische, lokale politische Praxis verwies: Weil "Autonomie" - verstanden als transitorisches Organisationsprinzip, Strategie und politisch-theoretisches Konzept der neuen Frauenbewegung - sich der Konstitution einer zentralen und direktiven Interessenvertretung entgegenstellte, die feministische Inhalte und Ziele im traditionellen Sinn auf Dauer stellen würde, war das (Weiter-)Bestehen der autonomen Frauenbewegung auf die Existenz und Funktionsfähigkeit lokal verwurzelter Initiativen, Gruppen und Projekte, auf die Ressourcen und Interaktionsfähigkeit eines lokalen 'Frauennetzwerks' angewiesen. Dieses bewegte sich in einem spezifischen Spannungsverhältnis zu den jeweiligen politischen Chancenstrukturen und der Responsivität eines intermediären Umfelds vor Ort. Auch die Aktions- bzw. Praxisformen gegen männliche Gewalt sind hiervon beeinflusst.

## 1. Nachtdemos und Hexennächte

August 1976 organisierte die Arbeitsgruppe "Gewalt gegen Frauen" aus dem Lesbenzentrum in Frankfurt unter dem Slogan "Wir nehmen uns die Nacht zurück" eine Nachtdemonstration, an der sich über 600 Frauen beteiligten. Es war die erste Protestaktion dieser Art, knapp ein Jahr vor der (nach offizieller Frauengeschichtsschreibung) 'allerersten' bundesweit organisierten "Walpurgisnacht", die sich ab 1977 in vielen Städten als öffentliche Skandalisierung männlicher Gewalt institutionalisierte. Die Nachtdemonstration bildete den Höhepunkt einer dreiwöchigen "Lesbenprozeßkampagne": Zwei Frauen standen vor Gericht, die bei dem Versuch, sich gegen einen sie nachts bedrohenden Mann zu wehren, diesen dabei so schwer



verletzt haben sollen, daß er an den Folgen starb. Neben Pressearbeit organisierte die bereits 1974 anlässlich der Vergewaltigung einer Frauenzentrums-Frau gegründete Arbeitsgruppe Info-Stände mit Flugblättern und Sketchen zum Thema "Gewalt gegen Frauen/Lesben" und sammelte Unterschriften für die Forderung eines Freispruchs.

Auch die Frankfurter Frauenzentren und -projekte organisierten ab 1977 bis 1982 jährlich am 30. April eine "Walpurgisnacht", mit der sie provokativ und medienwirksam sexuelle Gewalt von Männern als Geschlechterherrschaft anprangerten und sich ihrer kollektiven Stärke mit Parolen wie "Setzen Frauen sich zur Wehr, gibt es keine Vergewaltigungen mehr" versicherten. 1982 verbot der damalige CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann kurzerhand - wie zu diesem Zeitpunkt jede von linken Gruppen angemeldete Demonstration - die bundesweit traditionsreiche Frauen-Nachtdemo. Grund für das Verbot waren offiziell "Ausschreitungen" während vorangegangener Demonstrationen gegen die geplante Startbahn-West und die US-amerikanische Interventionspolitik in El-Salvador. Zwar nahmen sich dennoch über 1000 Frauen die Nacht zurück, wurden aber von einem massiven Polizeiaufgebot bedroht und teilweise geprügel. Mit der vierzehn Tage später organisierten Frauen-Demonstration gegen Wallmanns restriktive 'Law-and-order-Politik' unter der Parole "Wir wollen uns die Nacht nehmen - im Hellen" gelang nur die Mobilisierung einer kleinen Gruppe von Frauen. Vier Jahre fand in Frankfurt keine Walpurgisnacht statt; 1986 lebte die Nachtdemonstration als mobilisierende Aktionsform der autonomen Frauenbewegung gegen männliche Gewalt noch ein letztes Mal auf: Erstmals von "autonomen" Stadtparlamentarierinnen mitveranstaltet, war die geplante Sperrgebietsneuordnung von Oberbürgermeister Wallmann zentrales Thema. Kritisiert wurde dessen 'Saubermann'-Politik, welche er in diesem Fall zu Lasten der Frankfurter Prostituierten betrieb, indem er sie vom Innenstadt-Bahnhofsviertel in unbewohnte und somit potentiell bedrohliche Stadtrandgebiete abzudrängen versuchte.

Doch nicht nur die einschüchternde Verbotspraxis des CDU-Magistrats verhinderte in Frankfurt die Organisation und Durchführung der Walpurgisnacht. Andere Faktoren zu Beginn der 80er Jahre waren hierfür gleichfalls ausschlaggebend: Ein Teil der autonomen Frauen begann, sich von dieser Protestpraxis zu verabschieden, denn sie waren der eigenen Nachtdemo ebenso überdrüssig wie des 'Latschens-für-oder-gegen' insgesamt. Andere entzogen ihr politisches Engagement der Frauenbewegung zugunsten des Protests gegen den regionalen ökologischen Konflikt "Startbahn West" und der bundesweiten Friedensbewegung. Für diese Frauen erschienen die Ziele und Aktionsfelder der autonomen Frauenbewegung partikular und 'subjektiv', gemessen an Umweltkatastrophen und der Kriegsvorbereitung der Supermächte. Darüber hinaus fielen die Frankfurter Frauenzentren als zentrale Organisatorinnen der Walpurgisnacht aus, da sie nach und nach mangels 'Nachfrage' schlossen oder ihre Rolle als Verantwortliche für die Vorbereitung ablehnten. Auch Querelen und Konkurrenz der Frankfurter autonomen Frauenbewegung untereinander, häufig mehr oder weniger manifeste Hetera-Lesben-Konflikte, spielten eine Rolle für das Ende der Protestpraxis. Die Frankfurter Projekte-Frauen, 1982 existierten acht autonome Frauenprojekte, sahen sich in einen alltäglichen Überlebenskampf verstrickt und für eine offensive Öffentlichkeits- und Protestpolitik fehlte ihnen zu diesem Zeitpunkt neben finanziellen und zeitlichen Ressourcen auch das Interesse.

Die Walpurgisnacht, einmal jährliche rituelle Wiederaneignung der nächtlichen Stadt und 'Fix-Termin' im feministischen Kalender, hatte Anfang der 80er Jahre für die Mehrheit autonomer Frankfurter Feministinnen als Form der Gegenwehr und Auseinandersetzung zu männlicher Gewalt im privaten und öffentlichen Raum ihre Sinnhaftigkeit verloren. Mitauslöserin dieser Entwicklung war m.E. nicht zuletzt die Etablierung einer 'alternativen', gewaltfreien Öffentlichkeit einerseits und die immer professioneller arbeitenden autonomen Selbsthilfe-Projekte im Bereich der sexuellen Gewalt andererseits.

rerseits, so das "Frauenhaus", das "Feministische Gesundheitszentrum" und der "Notruf". Diese Projekte realisierten eine Arbeitsteilung innerhalb der autonomen Frauenbewegung, indem sie als konkrete Anlaufstellen für betroffene Frauen funktionierten und so zugleich die Mehrheit der bewegten Frauen von einem fortgesetzten kollektiven Protest gegen sexuelle Gewalt entlasteten.

## 2. Frauen(frei)räume - Zentren, Kneipen und Cafés

Auch die in der 70er Jahren gegründeten Frankfurter Frauenzentren, -treffpunkte, -cafés und -kneipen waren eine Antwort auf den Ausschluss von Frauen aus der Öffentlichkeit durch männliche Gewalt, die gewöhnlich ebenso in kommunikativen Infrastruktureinrichtungen stattfindet. 'Traditionelle' Gaststätten sind für Frauen "Tabu-Räume", in welchen sie, als Freiwild gehandelt, nur in männlicher Begleitung sich unbedroht aufhalten können: "Für die Frau ist jeder Kneipenbesuch ein Eroberungszug in die Domäne des Mannes, ist Kampfsituation."<sup>10</sup> Mit ihren selbstorganisierten Freiräumen gelang es der autonomen Frauenbewegung in Frankfurt Orte der Gegen-Öffentlichkeit zu schaffen, die zugleich Foren einer gelebten Bewegungskultur wurden.

Seit Ende der 70er Jahre entstand in Frankfurt auch eine Vielzahl 'alternativer', gleichwohl kommerzieller Kneipen und Cafés, Treffpunkte all jener Männer und Frauen, die sich politisch 'links-alternativ-grün-feministisch' verorteten. Die hohe soziale Kontrolle des "Milieus" und die hier geübten Umgangsformen, welche - geprägt von den Auseinandersetzungen mit der Frauenbewegung - einem ungebrochenen Mackerverhalten keinen Spielraum gewährten, ermöglichten es Frauen, jene alleine oder mit Freundinnen selbstverständlich und selbstbewusst zu nutzen. Die Frauenkneipe als 'Kemenate', d.h. Schutzraum in Opposition zu einer durch sexuelle Bedrohung gekennzeich-

neten patriarchalen Kneipen-Öffentlichkeit, empfand die Mehrheit der heterosexuellen Frankfurterinnen nach und nach als überflüssig. Analog veränderte sich die Bedeutung der Frankfurter Frauenzentren, die Anfang der 80er nur noch von wenigen, zuletzt von Lesben, als solitärer Frauen-Freiraum bewertet und genutzt wurden: Sie galten inzwischen vielen als zeitlich überholte "Durchlauferhitzer", aus welchen die Frauen, feministisch nachsozialisiert, in andere, 'gemischte' politische Gruppen, Stadtteil- und Bürgerinitiativen oder zurück in die 'Privatheit' gingen. Der Wunsch nach 'Praxis' in Form eigener, spezialisierter (Selbsthilfe-)Projekte in den unterschiedlichsten Bereichen weiblichen Lebenszusammenhangs und das Bedürfnis, sich jenseits der eigenen Subkultur 'einzumischen' - der feministische Gang durch die Institutionen -, lösten die Phase der radikal-feministischen Selbstfindungs- und Bewußtwerdungsprozesse in der Separation der Frauenzentren ab.

## 3. Notruf für vergewaltigte Frauen: Prävention und Beratung

Vor diesem Hintergrund und im Kontext einer bundesweiten "Notruf-Bewegung", die seit Ende der 70er Jahre innerhalb vieler Frauenzentren ihren Ausgang genommen hatte (aktuell existieren in der BRD rund 100 Notrufgruppen<sup>11</sup>) gründete 1981 eine Arbeitsgruppe von zunächst fünfzehn Frauen des Eckenheimer Frauenzentrums einen "Notruf" für vergewaltigte Frauen. Bereits zwei Jahre zuvor hatten Frauen des Bockenheimer Zentrums einen "Notruf" eingerichtet, der - konzeptionslos organisiert und nur selten von Betroffenen in Anspruch genommen - mit der Schließung des Zentrums 1983 ohne großes Bedauern der Beteiligten aufgegeben wurde. Den Mitarbeiterinnen des zweiten Notrufs, die sich bereits nach kurzer Zeit die Form eines gemeinnützigen Vereins gegeben hatten, gelang es mit Hilfe einer anspruchsvollen Konzeption und veränder-



ter politischer Chancenstrukturen ihre Beratungstätigkeit sukzessive zu professionalisieren und zu institutionalisieren.

Den konzeptionellen Rahmen des Projekts bildeten die seit Beginn der 80er Jahre allmählich auch in den Universitäten verankerten feministischen Patriarchatsanalysen und die in anderen Notrufen praktisch erworbenen Erfahrungen, welche auf bundesweiten Treffen ausgetauscht und diskutiert wurden. Enger Kontakt bestand zu Mainzer Notruf-Mitarbeiterinnen, die mit finanzieller Förderung des BfJFG 1982 eine projektbegleitende Untersuchung über "Vergewaltigung als soziales Problem"<sup>12</sup> erstellten. Der Frankfurter Notruf verstand vor diesem theoretisch-praktischen Hintergrund Vergewaltigung nicht als ein isoliert zu betrachtendes Phänomen, sondern als "Spitze des Eisbergs" von allgemeiner sexueller Unterdrückung in der patriarchalischen Gesellschaft. Parallel zur Beratung und Unterstützung betroffener Frauen in Gesprächsgruppen, bei Polizei, Ärzten, Anwälten und vor Gericht lag der Schwerpunkt ihres Engagements deshalb von Beginn an in Öffentlichkeitsarbeit, mit welcher sie eine Bewußtseins- und Verhaltensänderung von Männern und Frauen in bezug auf sexuelle Gewalt bewirken wollten. Dank der finanziellen Unterstützung durch das "Hessische Aktionsprogramm für Frauen" konnten die Notruf-Frauen Ende 1984 diese als "Präventionspolitik" verstandene Öffentlichkeitsarbeit intensivieren: Sie veranstalteten Informationsabende und produzierten Broschüren, Flugblätter und Aufkleber, welche das autonome Projekt sowohl bei betroffenen Frauen als auch bei Polizei, Gericht, Anwälten und Ärzten bekannter machten. Durch das Zusammenwirken ihrer Arbeit und des Engagements von Frankfurter Juristinnen, Ärztinnen, Sozialarbeiterinnen und Therapeutinnen aus der autonomen Frauenbewegung gelang es dem Notruf, inhaltlichen Einfluß auf verschiedene Institutionen zu nehmen, die mit den Opfern von "Sexualdelikten" zu tun haben: So wurde in Frankfurt die Forderung der Notrufgruppe, spezielle Polizeibeamtinnen für die Betreuung von Vergewaltigungs-Opfern nach Vorgaben des Notrufs auszubilden, im

Sonderkommissariat "K 13" umgesetzt; von hier aus jährlich organisierte "round-table-Gespräche" verfolgen den Versuch einer besseren Kooperation zwischen Polizei, Justiz, Krankenhäusern und Notruf. Seit 1989 besteht in Frankfurt eine "Sonderstaatsanwaltschaft für Sexualdelikte", welche u.a. aus der Beratungspraxis gewonnene Ansprüche des Notrufs realisieren soll. Diese Zusammenarbeit und 'frauenfreundliche' Praxis ist jedoch fragil, weil bislang abhängig von der Einsicht und Bereitschaft einzelner MitarbeiterInnen.

Eine inhaltliche und konzeptionelle Kooperation autonomer Projekte untereinander, die mittel- oder unmittelbar zum Problem sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeiten, fand bisher in Frankfurt hingegen nicht statt. Nach Selbst-Einschätzung der Mitarbeiterinnen verhinderte in den vergangenen Jahren die Dominanz der materiellen Überlebenssicherung mögliche projektübergreifende, systematische Diskussionen und eine themenbezogene Vernetzung jenseits der Lobby-Politik für die Finanzierungssicherung aus öffentlicher Hand, wie sie nach dem Bruch der rot-grünen Hessen-Koalition Frühjahr 1987 von den Frankfurter autonomen Frauen-Projekten unternommen wurde.

#### 4. "Jede Frau kann sich wehren!" - Selbstverteidigung

Während die Arbeit autonomer Notrufgruppen bis heute neben der "Prävention" aus Hilfe und Beratung für vergewaltigte Frauen besteht, zielt die Selbstorganisation von Frauen-Selbstverteidigungskursen auf ein effektives Trainingsprogramm, das Frauen zum einen körperliche Abwehrtechniken lehren und zum anderen ihre eigene Kraft und Stärke bewußt machen möchte, die es ihnen in Bedrohungssituationen durch Männer ermöglicht, sich zu verteidigen. Die Wut über sexuelle Gewalt soll in Aktion umgesetzt und das Wissen gestärkt werden, daß jede Frau sich wehren kann.

Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre fanden 'reine' Frauen-Selbstverteidigungskurse in Frankfurt sporadisch und ohne eigene Übungsräume statt: Offensive Selbstverteidigung erwies sich für viele Frauen nur auf den ersten Blick als *die* Strategie gegen männliche sexuelle Gewalt und Bedrohung, welche sie in die Lage versetzen sollte, ihre körperliche Autonomie in Situationen der alltäglichen Anmache zu schützen und zu verteidigen. Denn Selbstverteidigung war weder schnell noch 'billig' anzueignen, sondern bedeutete kontinuierliches Training mit einer zu bezahlenden Lehrerin. Darüber hinaus ging das Konzept der Selbstverteidigung, bezogen auf den Umgang mit Aggressivität und Gewalt, von einer notwendigen Selbstveränderung von Frauen aus. Sie mußten lernen, im Ernstfall bereit zu sein, die erlernten Techniken auch anzuwenden, d.h. Hemmungen vor dem "Zuschlagen" abzubauen. Dies entsprach aber einerseits einem Bruch mit der tradierten Geschlechterrolle und geriet andererseits in Widerspruch zu dem in den 70er und 80er Jahren aus der Frauenbewegung entwickelten Verständnis spezifisch "weiblicher Potenzen", die nicht zuletzt in der weiblichen "Friedfertigkeit" gesehen wurden. In Frankfurt stieß die Idee der männlich identifizierten, kämpferischen Selbstverteidigung bei vielen autonomen Frauen zunächst auch deshalb auf Ablehnung, weil sie an die militanten Praxen lokaler, linksradikaler Gruppen im "Häuserkampf" der frühen 70er Jahre erinnerte, welche die Mehrheit autonomer Feministinnen negierten. Selbstverteidigung wurde unter Frauen nicht in dem Maße attraktiv, wie es überzeugte Anhängerinnen und Lehrerinnen sich wünschten.

Erst 1984 bzw. 1985 gründeten zwei Frankfurter Frauengruppen eigene Kampfsport- und Selbstverteidigungsvereine. Als einflußreich für diese Institutionalisierung erwiesen sich einerseits das professionelle und marktorientierte Engagement einer US-amerikanischen Selbstverteidigungslehrerin, andererseits wurden beide Frankfurter Selbstverteidigungsvereine fast von Beginn ihres Bestehens im Kontext der "Gewalt-Kampagne" vom "Hessischen Ak-

tionsprogramm für Frauen" finanziell unterstützt. Durch die landesweite Öffentlichkeitskampagne der hessischen Frauenbevollmächtigtenbehörde zum Problem der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen Anfang 1987 erhielten sie größeren Bekanntheitsgrad und Zuspruch, gerade weil diese Kampagne (Plakate, Anzeigen, Veranstaltungen und Informationsmaterialien) bei der Mehrheit autonomer Frauen in Frankfurt auf Ablehnung stieß. Den kampagnenleitenden Slogan "Liebe geht nicht mit Gewalt" bewerteten die meisten als verhamlosend, verschleiernd und zu defensiv und die Frankfurter Frauen-Selbstverteidigungsvereine überlebten viele Plakate mit Aufklebern, deren Slogan "Wir schlagen zurück", anders als noch wenige Jahre zuvor, vor allem bei jungen Frauen breite Akzeptanz fand.

Dennoch hatte die Strategie "Selbstverteidigung" auch in den darauffolgenden Jahren - gemessen an Teilnehmerinnenzahlen - nicht in größerem Maßstab Erfolg, doch ist das Bewußtsein von sexueller Bedrohung und Gewalt und die Notwendigkeit einer offensiven Gegenwehr von Frauen bis in die Frankfurter VHS vorgedrungen, welche Frauen-Selbstverteidigung zum festen Kursangebot gemacht hat. Kaum erstaunen kann die Tatsache, daß die zahlenmäßig am größten vertretene Gruppe von Teilnehmerinnen sowohl in selbstorganisierten als auch städtischen Kursen aus Schülerinnen, Auszubildenden und Studentinnen besteht - Frauen und Mädchen mit geringen finanziellen, aber größeren zeitlichen Ressourcen in einer Statuspassage, die auch 'unweiblichen' Aktivitäten Handlungsspielraum gewährt.

## 5. Nachttaxi - die "frauenfreundliche Notlösung"

Anders als ab Mitte der 80er Jahre in Berlin, Bielefeld, Hannover, Tübingen oder der nahe gelegenen Gemeinde Maintal gab es in Frankfurt nur geringfügige Versuche der autonomen

Frauenbewegung, die Forderung nach einem Nachttaxi zu Tarifen des öffentlichen Nahverkehrs gegenüber der Stadt durchzusetzen. Die Modellversuche in anderen Kommunen stießen im Gegenteil teilweise auf vehemente Ablehnung. Das Konzept des Nacht-Taxis bzw. der Taxifahrtscheine für Frauen - einerseits politische Forderung, um das Ausmaß der Männergewalt gegen Frauen ins öffentliche Bewußtsein zu rufen, andererseits erhoffter realer Schutz für Frauen - reduziere, so die Position der Gegnerinnen, die Dimension sexueller Gewalt auf den "Triebtäter" im dunklen Park und abgelegenen Gegenden und legitimiere "normale männliche Gewalt", da 70% aller Vergewaltigungen "Beziehungstaten" sind. Unangetastet blieben mit der Einrichtung von Nacht-Taxis der Hintergrund und die Basis für männliche Gewalttaten: geschlechtsspezifische Rollenfestlegung und Arbeitsteilung. Kein Mann müsse sich so mit den eigenen Gewaltstrukturen auseinandersetzen. Auch wenn das Nacht-Taxi für Frauen eine reale Erleichterung darstelle, ermögliche es zugleich "das Alibi, sich rauszuhalten und sich im STATUS QUO einzurichten!"<sup>13</sup>

Initiativen für ein Nacht-Taxi gingen in den vergangenen Jahren weder von autonomen Frankfurter Gruppen noch von Projekten wie dem "Notruf" aus, sondern zum einen von Juso-Frauen, die hier ihr frauenpolitisches Betätigungsfeld fanden und - im Kontext eines geforderten Maßnahmenkatalogs - von zwei "autonomen" Stadtparlamentarierinnen, die seit 1985 bei den Grünen im Römer feministische Inhalte und Ziele vertraten.

Durch das 1989 geschaffene Frauenreferat ist das Nacht-Taxi im Frankfurter Magistrat ernsthafter Verhandlungsgegenstand geworden. Die schwierigen Diskussionen um dessen Finanzierbarkeit und die Frage, welche Frauen für welche Wege Berechtigungsanspruch haben sollen (Schichtarbeiterinnen auf dem Heimweg?), scheinen aber selbst einer 'mittelfristigen' Realisierung vorerst im Weg zu stehen.

## 6. "Die Zukunft der Stadt ist weiblich" - Feministische Planungsansätze

Konzentrierten sich die ersten, zumeist sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu Bedrohungssituationen von Frauen im öffentlichen Stadtraum stark auf die personale Bedrohung von Frauen durch Männer<sup>14</sup>, begannen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre immer mehr Geographinnen und Stadtsoziologinnen sich mit den Bedingungen "struktureller Gewalt" gegen Frauen in der Stadt aufgrund der räumlichen Bebauung und der einseitigen Bevorzugung des Individualverkehrsmittels Auto zuungunsten des öffentlichen Personen-Nahverkehrs auseinanderzusetzen: "Grundsätzlich muß jedoch deutlich werden, daß Gewalt gegen Frauen in der Stadt kein isoliert zu betrachtendes Thema ist, sondern bei jeglicher Planung beachtet werden muß, denn: Freiraumnutzung, Verkehrsmittelwahl, Nutzung sozialer Infrastruktureinrichtungen werden durch einen nicht zu unterschätzenden Anteil von Gefahren, denen Frauen jeweils ausgesetzt sind, bestimmt."<sup>15</sup> Dennoch gingen diese - häufig im Auftrag von Frauenbeauftragten und Stadtplanungssämtern erstellten - "politikberatenden" Studien nicht von einem eindimensionalen, kausalen Zusammenhang zwischen Bedrohung von Frauen in der Stadt und Kriterien der Stadt- und Raumplanung aus: "vielmehr bietet die Struktur des städtischen Raumes Möglichkeiten der Begegnung, fördert oder begünstigt aber auch bedrohliche Begegnungen in der Anonymität."<sup>16</sup> Vielfach verwiesen die Arbeiten auf die notwendige Herstellung sozialer Kontrolle (z.B. Belebung des Straßenraums durch Wohnnutzung) und die Entschärfung von Extremsituationen (kein unterirdischer öffentlicher Nahverkehr, vor allem nachts keine Unterführungen, sondern Fußgängerampeln etc.) und plädierten für die Aufhebung sektoraler Planung wie Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung oder die Planung sozialer Infrastruktureinrichtungen. Standortentscheidungen für BürgerInnenhäuser, Kindergärten und Schwimmbäder

sollten durch Kriterien der Erreichbarkeit und Sicherheit für Frauen bestimmt werden und die dort ansässigen Frauen als "Expertinnen ihrer Lebens-, Arbeits- und Wohnraumsituation im Stadtteil"<sup>17</sup> beteiligt werden.

Während vor allem in SPD-regierten Kommunen seit Mitte der 80er Jahre politikberatende Analysen von Frauen punktuell Eingang in die Stadt- und Raumplanung fanden, mußten Frankfurterinnen bis 1989 - dem Ende von zwölf Jahren CDU-Politik Wallmannscher Prägung - warten, bis diese Ergebnisse feministischer Forschung sich, qua Institutionalisierung einer "Stadtplanerin" im Frauenreferat, Gehör in den Behörden und Ämtern der Kommune verschaffen konnten. Noch 1987 erstellten die Stadtwerke für den Magistrat eine Studie über die Sicherheit von Fahrgästen an Straßenbahnstationen und Gemeinschaftsbahnhöfen, deren Abschlußbericht zu dem Ergebnis kam, daß keine manifeste "besondere Gefährdung" - speziell für Frauen - bestehe. Dennoch wurde die Einrichtung eines "Sicherheitsdienstes" vorgeschlagen, "um Unsicherheitsgefühle zu nehmen". Unmittelbarer Anlaß für die Studie war der öffentliche Druck von autonomen sowie Parteifrauen auf die Stadt, nachdem im Winter 1986 eine junge Frau auf dem kurzen Weg von ihrer Arbeitsstelle zur Straßenbahn überfallen, vergewaltigt und ermordet worden war und knapp zwei Monate später ein Mann durch Messerstiche zwei Frauen an einer U-Bahn-Station gefährlich verletzt hatte.

Gemeinsam hatten autonome, Partei- und Gewerkschaftsfrauen auf diese sexuellen Gewaltverbrechen reagiert: 600 Frauen demonstrierten am "Internationalen Frauentag" vor einer zentralen U-Bahn-Station in der Innenstadt - Symbol der Angst von Frauen vor männlicher Gewalt; autonome Frauenprojekte und die autonomen Frauen bei den Grünen veranstalteten eine Pressekonferenz, auf der sie konkrete Maßnahmen der Kommune gegen sexuelle Gewalt (u.a. die Finanzierung von Selbstverteidigungskursen) forderten. Auch der ein Jahr später von den Grünen im Römer gestellte Antrag im Stadtparlament auf "Maßnahmen der Stadt Frankfurt gegen männliche sexuelle Gewalt im

öffentlichen Raum der Stadt Frankfurt" blieb 'unerhört'. Konkreter Auslöser für den Antrag waren drei kurz hintereinander erfolgte Vergewaltigungen bzw. Vergewaltigungsversuche in städtischen Parkhäusern. Der Forderungskatalog, zusammengestellt von den zwei "autonomen" Stadtparlamentarierinnen, und ein Spiegel der von der autonomen Frauenbewegung und feministischen Forschung erarbeiteten möglichen Präventionsmaßnahmen der Kommune zur sexuellen Gewalt gegen Frauen (Bewachung von Tiefgaragen durch Pförtner, Hol- und Bringdienst in Parkhäusern, Modellversuch "Frauen-Nacht-Taxi", Erstellen einer "Bedrohungsstudie" für den städtischen, öffentlichen Raum) fand im CDU-Magistrat ebenso wenig eine Mehrheit wie der kurz darauf von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag, zumindest in den Abendstunden die städtischen Parkhäuser mit "Frauenparkplätzen" auszustatten. Mit der Einrichtung von 30 "Spezialparkplätzen" für Frauen übernahm das Frankfurter Kaufhaus Hertie Herbst 1988 in seinem Parkhaus so eine privatwirtschaftliche Avantgarde-rolle.

"Frauen-Angst-Räume" nannte eine autonome Gruppe feministischer Geographinnen pointiert ihre Sommer 1989 in den Räumen der "Frauenkulturinitiative" gezeigte Foto-Dokumentation über Frauenalltag in Frankfurt. Die Gruppe ist Teil eines inzwischen bundesweiten Netzwerks feministischer Stadt- und Raumplanerinnen, welches sein lokales "akademisches" Standbein an der Frankfurter Uni und ein politisch-bürokratisches Spielbein im Frauenreferat hat. Zur Mitarbeit und eigenen Initiative war jede Frau aufgefordert - als Expertin und Betroffene. Die vielbeachtete Ausstellung und die sich anschließende Fragebogenaktion galten den Initiatorinnen nicht nur als Sichtbarmachung von Angst- und Bedrohungsräumen, sondern zugleich als "Bestandsaufnahme am Beginn einer Veränderung".

## 7. Rückblick - Ausblick

Verändert hat sich in zwanzig Jahren auch die Auseinandersetzung der autonomen Frankfurter Frauenbewegung mit und der Widerstand gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum.

Signifikant ist die geringe Motivation, 'traditionelle', sichtbare Protestformen wie Nacht-Demonstrationen oder Kampagnen fortzusetzen. Das Bedürfnis nach autonomen Frauen-Räumen scheint nach einer Phase des Desinteresses an dieser Öffentlichkeitsform in Frankfurt inzwischen unter neuem Vorzeichen wiederaufzuleben: Ende des Jahres ist die Eröffnung eines ersten "internationalen" Frauenzentrums geplant. Anders als Ende der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre können autonome (Selbsthilfe-)Projekte wie der "Notruf" heute nicht mehr auf die Bereitschaft von bewegten Frauen zur 'ehrenamtlichen' Mit-Arbeit zählen: Verläßt eine der fünf Frauen die Gruppe, ist eine 'Nachrückerin' nicht in Sicht. Die Professionalisierung und Institutionalisierung der autonomen Projekte führte zu einer arbeitsteiligen Delegation der Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt nach Fach-Gebieten: Mißbrauch und "Wildwasser", Mißhandlung und "Frauenhaus", Vergewaltigung und "Notruf", Bedrohung und "Selbstverteidigung". Erst allmählich verfestigt sich die Idee eines Arbeitskreises aller zum Problem der sexuellen Gewalt arbeitenden Projekte, welcher Voraussetzung für eine offensive autonome Öffentlichkeitsarbeit ist. Gleichzeitig sehen sich die Notrufmitarbeiterinnen mit einer janusköpfigen Entwicklung konfrontiert: Häufig werden sie von kommunalen Frauenbeauftragten um die Weitergabe ihres Know-hows für die Beratung vergewaltigter Frauen gebeten. Zwar ist die Verbreiterung eines Beratungsangebots in ihrem Interesse, doch müssen sie einerseits befürchten, daß ihre anti-patriarchale Konzeption verwässert wird, andererseits drohen städtische Beratungsstellen aus der Perspektive eines knapp kalkulierenden Magistrats die Mit-Finanzierung "autonomer" überflüssig zu machen.

Zugleich scheint inzwischen die Erwartungshaltung vieler autonomer Frauen gegenüber den

Maßnahmen der Kommune, d.h. gegenüber den Handlungsspielräumen frauenbewegter Mitarbeiterinnen in den verschiedenen Dezernaten und dem "Frauenreferat" verhältnismäßig hoch. Die Erfahrungen der Frankfurter autonomen Frauenbewegung mit dem Hessischen Aktionsprogramm für Frauen (HAF) zwischen 1985 und 1987 spielen für diese Haltung eine zentrale Rolle. Denn während auf kommunaler Ebene bis 1989 unter einem restriktiven CDU-Magistrat alle Forderungen der autonomen Frauenbewegung und ihrer Projekte abgeblockt wurden, eröffnete die Einrichtung der Hessischen Frauenbevollmächtigtenbehörde Dezember 1985 auf Landesebene Chancen zur Durchsetzung autonomer Frauenpolitik, die wiederum vor allem in den hessischen Großstädten, insbesondere in Frankfurt, Gestalt annahm. Der neu eingerichteten Landesbehörde kam ein nicht zu unterschätzender symbolischer Stellenwert zu, wurde doch mit ihr "Frauenpolitik auf Regierungsebene in der Bundesrepublik erstmals ein politisch so hoch angesiedeltes, eigenständiges Gewicht zugestanden"<sup>18</sup>. Darüber hinaus unternahm das HAF den Versuch, den damaligen Stand feministischer Forderungen in praktische Landespolitik zu übersetzen und beteiligte erstmals die autonome Frauenbewegung mit ihrem Fachwissen an der Ausarbeitung und Aushandlung von Regierungsmaßnahmen. Die Bereitstellung von rund 10 Millionen DM für Projekte der autonomen Frauenbewegung ermöglichte es jenen vielfach, ihre Arbeit systematischer und qualifizierter zu organisieren, und es gelang ihnen, eine bis dahin unerwartete Nachfrage und öffentliche Präsenz zu erreichen. Zugleich unterstützte erstmals eine Landesbehörde mit der hessenweiten Öffentlichkeitskampagne zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen die von der autonomen Frauenbewegung initiierte Auseinandersetzung und Skandalisierung dieses gesellschaftlichen Tabu-Problems. Diese Erfahrungen scheinen die Erwartung zu begründen, daß unter einem rot-grün-lila Magistrat der abrupt beendete Hessen-Probeauf einer Verbindung zwischen autonomer Frauenbewegung und politisch-bürokratischem Apparat in Frankfurt fortgesetzt werden könnte und

sich als mögliches Instrument feministischer Politik erweist. Die langwierigen Auseinandersetzungen im Magistrat um "Hol- und Bringdienst", "Notrufpiepser" und zuletzt "Spezialparkplätze" für Frauen in städtischen Parkhäusern sind jedoch bereites Beispiel für die Hürden und Grenzen der Durchsetzungsmöglichkeiten feministischer Forderungen auf kommunalpolitischem Parkett.

Doch bleibt erneut festzuhalten, daß weder bewußte frauenpolitische Stadtplanung noch autonome Frauenräume, Notrufe, Selbstverteidigung, Hol- und Bringdienste und Nacht-Taxis sexuelle Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum 'abschaffen' können, sondern nur Notbehelfe für die Betroffenen darstellen. Voraussetzung einer wirklichen Veränderung ist die Übernahme der Verantwortlichkeit von Männern gegenüber einem spezifisch männlichen Verhalten. Diese Verantwortung wurde bisher weitgehend abgelehnt. Ein Aufruf des "Informationszentrum für Männerfragen e.V." in Frankfurt unter der Parole "Männer wenden sich gegen Männergewalt" gibt ein erstes Signal in diese Richtung.

- 8 Müller, Gudrun 1987: Die Situation der Bedrohung von Frauen - Eine ausgewählte Studie für Wiesbaden, Wiesbaden, S. 53.
- 9 Kontos, Silvia 1985: Modernisierung der Subsumtionspolitik? Die Frauenbewegung in den Theorien neuer sozialer Bewegung. In: Feministische Studien 2/1986, Weinheim, S. 34-49.
- 10 Petermann, Anna/Darstadt, Christine 1977: Frauen in Kneipen. In: Kursbuch 47, Berlin, S.59-68.
- 11 Frauenkalender 1990, K8ln.
- 12 Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit 1983 (Hrsg.): Untersuchung "Vergewaltigung als soziales Problem - Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen". Abschlußbericht der Projektgruppe Dr. Ulrike Teubner u.a., Bonn.
- 13 Blauth, Marita 1986: "Die Hälfte des Himmels und ein ganzes Taxi". In: Frankfurter Frauenblatt, Februar 1986, S. 15-17.
- 14 Z.B. Gensch, Brigitte 1981: Gewalt gegen Frauen. Dipl.Arbeit, Kassel
- 15 Greiwe, Ulla/Wirtz, Birgit 1988, 2: Frauenleben in der Stadt: Durch Planung behinderter Alltag, Dortmund, S.75.
- 16 Müller, Gudrun 1987: Zur Situation der Bedrohung von Frauen, a.a.O., S. 90.
- 17 Greiwe, Ulla/Wirtz, Birgit 1988, Frauenleben in der Stadt, a.a.O., S.76.
- 18 Haibach, Marita 1988: Rot-grüne Frauenpolitik in Hessen. Resümee eines allzu kurzen Versuchs. In: Weg, Marianne/Stein, Oti (Hrsg.), Macht macht Frauen stark, Hamburg, S. 172-179.

## Anmerkungen

- 1 Hagemann-White, Carol 1983: Gewalt. In: Beyer, Johanna u.a. (Hrsg.), Frauenhandlexikon. Stichworte zur Selbstbestimmung, München, S. 114-118.
- 2 Gebhart, Ingrid 1990: Schlagzeile Vergewaltigung. Analyse der Berichterstattung über sexuelle Gewaltdelikte in der Münchner Tagespresse. In: Mühlen-Achs, Gitta (Hrsg.), Bildersturm. Frauen in den Medien, München, S. 63-78.
- 3 Tax, Meredith 1973: Radical Feminism, zit. nach: Benard, Cheryl/Schlafler, Edith 1980: Der Mann auf der Straße. Über das merkwürdige Verhalten von Männern in ganz alltäglichen Situationen, Reinbek, S.56.
- 4 Hagemann-White, Carol 1983, a.a.O.
- 5 Benard, Cheryl/Schlafler, Edith 1980, Der Mann auf der Straße, a.a.O., S. 61.
- 6 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1989, zit. nach: Terlinden, Ulla 1990: Kritik der Stadtsoziologie - Zur Raumrelevanz der Hauswirtschaft. In: Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.), Stadt-Land-Frau, Soziologische Analysen feministischer Planungsansätze, Freiburg, S. 31-65.
- 7 Köhler, Gabriele 1990: Städtische Öffentlichkeit und Stadtkultur. In: Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.), Stadt-Land-Frau, a.a.O., S. 67-77.



\* seit zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik . . .

\* Informationen über die Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Politik hier und den Verhältnissen in der Dritten Welt

\* Nachrichten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung . . .

\* gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

erscheint acht mal im Jahr für DM 48,-  
Einzelheft DM 6,- + 1,80 Porto  
Bezug:  
iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg



- Bitte schickt mir Eure Materialliste
- Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
- im Abonnement
- als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
  - in bar
  - per Scheck

Name

Straße/ Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift

Roger Keil

# Neue Bewegungen in der Stadt:

## Strategien zwischen Arbeiten und Wohnen am Beispiel von Los Angeles

Naserümpfen und Schulterzucken sind gewiß angesagt, wenn man in diesen Zeiten von sozialen Bewegungen in Amerika zu berichten vorhat. Galten vor Jahren noch Alternatives, Ökologisches und selbst Politisches aus den geheimnisvollen neighborhoods der USA als vorbildlich für viele Bewegte in der BRD, so ist es gegenwärtig still geworden um solcherlei Impressionen. Bei den Gründen dafür will ich mich nicht länger aufhalten: Vom negativen Einfluß der "Reagan-Revolution" auf die bewegte zivile Gesellschaft der USA im allgemeinen und auf die Linke im besonderen bis zur Selbstvergessenheit des "neuen Deutschland" kann eine breite Spanne von Kausalitäten vermutet werden. Ich möchte das Augenmerk auf solche amerikanischen Fälle lenken, wo unter Umständen derzeit wieder Beispielhaftes oder zumindest Diskursfähiges zu beobachten ist, um die Aufmerksamkeit deutschsprachiger Leser auf "das andere Amerika" einmal mehr zu wecken.

Erinnert sei zu Beginn an jene einflußreiche These Katznelsons (1981), die fast unbeschadet von Kritik das erste Jahrzehnt seit ihrem Erscheinen überstanden hat: Die amerikanische soziale und politische Situation sei von einer eigenartigen Trennung gekennzeichnet, die gemischt-ethnische und klasseneinheitliche politische Formationen am Arbeitsplatz von national/ethisch-segregierten populären Organisationsformen am Wohnort (in der Nachbarschaft) separiert. In der Tat: Diese charakteristische Trennung fällt in den USA immer wieder ins Gewicht, wenn es darum gehen soll, die politische Finesse der Nachbarschaftsorganisationen mit der trotzig Radikalität der - in der postfordistischen Restrukturierung gebeutelten - Organisationen der Arbeiterklasse zu verbinden. Im folgenden werde ich jedoch der These nachgehen, daß die gegenwärtige Restrukturierung in den USA für eine solche Verknüpfung

günstig ist. Es scheint sich sogar anzudeuten, daß eine derartige Verbindung ein wesentliches Moment der Regeneration des amerikanischen Bewegungssektors im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus darstellen kann<sup>1</sup>.

### 1. Restrukturierung in Los Angeles

Empirisch stütze ich mich auf ein spezifisches städtisches Bewegungsmilieu in Los Angeles. Diese Stadt ist im vorliegenden Zusammenhang besonders interessant, denn die südkalifornische Metropole entwickelt sich gleichsam auf zwei Entwicklungspfaden zu einer Stadt neuen Typs. Erstens führt die fortwährende *Internationalisierung* der Stadtregion in Südkalifornien zur idealtypischen Ausprägung einer world city<sup>2</sup>. Zweitens findet dieser Prozeß der Internationalisierung unter Bedingungen statt, die von der Entstehung eines neuen Akkumulationsregimes geprägt sind: In Los Angeles erhalten jene raum-ökonomischen Entwicklungen eine durchgreifende Ausprägung, die mit dem Begriff "*Postfordismus*" beschrieben worden sind<sup>3</sup>. In diesem städtischen Restrukturierungsprozeß brechen neuartige Widersprüche auf, die den sozialen und politischen Raum des Städtischen definieren.

Wie sieht jedoch das restrukturierte Los Angeles aus? Welche Tendenzen sind feststellbar? Skizzenhaft kann man feststellen, daß die früher im wesentlichen durch die Bodenspekulation gewachsene Stadt sich von einem auf der Öl-Automobil-Militär- und Kulturindustrie fußenden fordistischen Komplex zu einem sozialräumlich fragmentierten, postfordistischen ökonomischen Distrikt entwickelt hat. An die Stelle der vielseitig entwickelten fordistischen Metropole tritt die flexibel-spezialisierte Megastadt, in der gleichzeitig Deindustrialisierung und

Reindustrialisierung, geographische Dezentralisierung und Rezentralisierung und die Peripherisierung des Kerns ihren Ausdruck finden (Soja, 1989). Einerseits gingen beispielsweise allein zwischen 1978 und 1982 mehr als 75.000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren, deren Produktionsstätten sich entlang des Long-Beach-Freeway-Korridors im Laufe der fordistischen Wachstumsphase so ausgebreitet hatten, daß dieser Komplex in Größe und Bedeutung weltweit nur vom Ruhrgebiet übertroffen worden war. Insbesondere der Schwerindustrielle Sektor und die einst im nationalen Maßstab zweitgrößte Automobilindustrie der Region (nach Detroit) sind fast völlig aus der städtischen Ökonomie verschwunden. Andererseits wurden zwischen 1970 und 1980 jedoch mindestens 225.000 neue Arbeitsplätze in der industriellen Produktion der Stadt geschaffen. Anstelle der alten Jobs, die oft gewerkschaftlich organisiert und relativ gut bezahlt waren, entstanden Arbeitsplätze nun vor allem in jenen Bereichen, in denen die auf Arbeitsimmigranten zählende Niedriglohnökonomie der Stadt wuchs. Exemplarisch ist hier die Bekleidungsindustrie der Stadt zu nennen, in der mehr als 120.000 ArbeiterInnen unter frühkapitalistisch erscheinenden Bedingungen arbeiten (Olney/Keil, 1988). Parallel zu den betrieblichen und ökonomischen Restrukturierungen wurde die sozialräumliche Struktur kräftig reorganisiert: Ehemals wirtschaftsstarke blue-collar-Gemeinden wurden zu Problemgebieten, innenstadtnahe Wohngebiete wurden zu Opfern der Expansion der Innenstadt, die sich zum größten Finanzzentrum des Pazifikbeckens nach Tokio herausbildete. Das schwarze Getto im Süden wurde zunehmend zur von Arbeitslosigkeit geprägten Bürgerkriegszone zwischen Bandenkongflikten, Polizeirazzien und Drogen. Der Osten der Innenstadt wurde zu einem der verlumten Container der obdachlosen Bevölkerung, die mehr als 100.000 Menschen allein im Landkreis von Los Angeles zählt. Lateinamerikanische und asiatische Quartiere bildeten Subökonomien aus, die wie Atolls im Straßenmeer von Los Angeles angesiedelt sind.

## 2. Restrukturierung und soziale Bewegung

In den sozialen Auseinandersetzungen, die diese tiefgehende Umstrukturierung begleiteten, entwickelten Gewerkschaften und städtische soziale Bewegungen - d.h. hier zunächst territorial organisierte Gruppen - eine Reihe von innovativen politischen Strategien. Hier möchte ich kurz drei Fälle skizzieren, die zusammengekommen jene neue Bewegungskultur symbolisieren, von der ich berichten will. Der Kampf der ArbeiterInnen und der *Community* gegen die Schließung des Zweigwerkes von General Motors in Van Nuys im Norden von Los Angeles und die stadteilorientierte Strategie eines gewerkschaftlichen Ortsbezirkes in der Bekleidungsindustrie in Downtown Los Angeles stehen hier als Beispiele dafür, daß sowohl in den verbleibenden fordistischen Massenindustrien, die die Region seit einem halben Jahrhundert geprägt haben, als auch in den mit neuer Bedeutung ausgestatteten ("postfordistischen") "Handwerksindustrien"<sup>4</sup> die Beschäftigten ihre Interessen im Restrukturierungsprozeß kollektiv in einer Weise vertreten, die gleichsam die Laufbahn des Restrukturierungsprozesses selbst verändert. Und da sie sich dabei auf eine strukturelle Aufwertung der Bedeutung von Verbindungen der Arbeiterbewegung mit städtischen Gemeinden stützen, ist ihre Aktivität als Bruch jener im Fordismus perfektionierten Praxis zu verstehen, die die komplementären Arrangements von Stadt und Fabrik zementieren half<sup>5</sup>.

Ebenso wie Restrukturierung und Internationalisierung den Bereich der "Arbeit" unter Druck setzten, induzierten diese Prozesse auch Veränderungen in den Wohnstadtteilen. Gentrifizierung, Verdichtung, Nutzungsänderung, Wohnraumvernichtung sind die Stichworte, die in diesem Zusammenhang als erste genannt werden müssen. Defensive Bewegungen in innerstädtischen Nachbarschaften waren zu Anfang der achtziger Jahre vor allem damit beschäftigt, die Verwandlung ihrer Wohnorte in "Landbanken" für die weitere Expansion und ihre spätere Vereinnahmung in den segregierten

Raum der hochkarätigen Dienstleistungs- und Finanzindustrie der Stadt zu verhindern. In den letzten Jahren verbanden sich diese territorialen Abwehrkämpfe jedoch zunehmend mit anderen städtischen Diskursen: Die Stadtentwicklungspolitik, die bisher nur als zerstörerisch wahrnehmbar war, wurde zunehmend "von unten" positiv umdefiniert. Die Verteidigung von Wohnvierteln wurde in diesem Prozeß mit Forderungen nach Arbeitsplätzen und einer gezielten Stadtteilentwicklungspolitik verknüpft. Für diese Tendenz steht das dritte Beispiel, das ich hier kurz beschreiben möchte: die Auseinandersetzungen um den geplanten Bau der Kluger-Bekleidungsfabrik in einer *Enterprise Zone*<sup>6</sup> am südlichen Innenstadtrand von Los Angeles.

Seit Beginn der achtziger Jahre bereitete sich die Belegschaft des letzten Automobilwerkes von Los Angeles, das von der Schließungswelle der späten siebziger Jahre verschont worden war, auf eine zu erwartende Auseinandersetzung um den Fortbestand des Werkes vor.

Nachdem 1982 konkrete Pläne des Konzerns zur Stilllegung bekannt geworden waren, kam es zum organisierten Widerstand. Innerhalb weniger Monate entstand 1983 ein Bündnis, die *Labor/Community Coalition to Keep GM Van Nuys Open*, dessen Strategie sich aus präventiven Aktivitäten zusammensetzte. Im Zentrum dieser Taktiken stand die Androhung eines *Community*-gestützten Konsumentenboykotts gegen General Motors im Falle einer Schließung<sup>7</sup>.

Die Koalition war in den darauffolgenden Jahren in der Lage, breite Unterstützung in den Gemeinden der Latinos und der Schwarzen zu erhalten, die fast siebzig Prozent der Belegschaft des Werkes stellen. Die Betonung der Bürgerrechtsaspekte entsprach sowohl der Überwindung herkömmlicher Segregationspraxis in der Gewerkschaftsbewegung, selbst als auch der veränderten materiellen Situation, in der sich die Bewegung in Los Angeles befand: Der internationalisierte Charakter der Beleg-



schaft bestimmte die Politik der Bürgerrechte am Arbeitsplatz und im Stadtteil. *Community* wurde von dem Bündnis in Van Nuys dabei derart redefiniert, daß das sozialräumliche Flickwerk Südkaliforniens transzendiert werden konnte, anstatt es in der Organisation zu reproduzieren. Neben der Thematisierung dieser "Bürgerrechtsfrage" bedeutete das Hineinreichen in die *Community* vor allem auch das Heraustrreten aus dem Getto der gewerkschaftlichen Politik: Die so erlangte Politisierung der Auseinandersetzung um die Firmenschließung machte das beliebte "amerikanische" Argument hinfällig, die Koalition trete nur für "Spezialinteressen" einer gesellschaftlichen Gruppe ein.

Nicht nur in der klassischen fordistischen Autoindustrie, sondern auch in den mit wachsender Bedeutung ausgestatteten flexibilisierten Handwerksindustrien wie Möbel oder Bekleidung greifen gewerkschaftliche Organisationen zunehmend auf eine *Community*-Strategie zurück. Der Internationalisierungsaspekt spielt hier klar die größte Rolle, denn die meisten ArbeiterInnen in diesen crafts industries sind oft undokumentierte EinwanderInnen. Seit Mitte der achtziger Jahre bemühte sich daher die *International Ladies' Garment Workers' Union* (I.L.G.W.U.) entsprechend um ein *Community*-gestütztes Programm zur Organisierung der meist nicht-gewerkschaftlichen sweatshops in der Bekleidungsindustrie von Los Angeles County. Dieses Mindestprogramm für die Einwandererindustrie umschloß Forderungen nach einer Krankenversicherung für die ArbeiterInnen und ihre Familien, nach erschwinglichem Wohnraum, nach einer Amnestie für undokumentierte Einwanderer und nach einer Erhöhung des Mindestlohns auf 5,01 Dollar (Olney/Keil, 1988). Unterstützung für diese Ziele erhielt die Gewerkschaft aus vielen Bereichen der Einwanderergemeinden. Insbesondere die parallele Kampagne der lokalen Gruppen der auf Saul Alinsky zurückgehenden *Industrial Area Foundation* zur Erhöhung des Mindestlohns bedeutete eine nennenswerte und schließlich erfolgreiche Hilfe.

Ähnliche Taktiken verfolgt die *Justice for Ja-*

*nitors-Kampagne* der *Service Employees International Union* (S.E.I.U., Local 390), die der Tatsache Rechnung trägt, daß die meisten der Beschäftigten in der Gebäudereinigung - eine ehemals schwarze Domäne - nun aus Mittel- und Lateinamerika kommen. Durch die Betonung der Verknüpfung von Stadtentwicklungskritik (Zerstörung von Wohnvierteln durch Hochhausbau), Forderungen nach mehr Wohnungen und gewerkschaftlicher Organisation der *janitors* in den neuen Bürogebäuden sind beide gewerkschaftlichen Strategien unmittelbar politisch und richten sich jenseits gewerkschaftlicher Vertetungspolitik auf dem Terrain territorialer städtischer Bewegungen ein.

In den Stadtteilen hat es mittlerweile ebenso zu gären begonnen. Ökonomische Restrukturierung und Stadtentwicklung/ -zerstörung haben dort Bewegungsformen hervorgerufen, die von der Seite der Nachbarschaftsbewegung aus territoriale oder soziale Anliegen mit ökonomischen verbinden. Auf dem Gebiet einer *Enterprise Zone* im Süden der Innenstadt formierte sich 1987 Widerstand gegen die Pläne einer Bekleidungsfabrik und der Stadt, für die Neuansiedlung eines Fabrikgebäudes Wohnhäuser zu beseitigen. Dieses sogenannte *Maple Avenue Plan Amendment* wurde schließlich durch den Widerstand der Bevölkerung gekippt, die sich im *South Central Organizing Committee*, einer der Alinsky-Gruppen, organisiert hatte. Anstelle einer *NIMBY* (not-my-backyard)-Haltung bewiesen die Anwohner eine komplexe Vorstellung städtischer Restrukturierung, die die Problematik der Vernichtung billigen Wohnraums an die der Schaffung von Sweatshop-Arbeitsplätzen band: Sie verließen die defensive Haltung (Wohnungen gegen Arbeitsplätze) und forderten ein umfassendes Verständnis ihrer Nachbarschaft als einem Ort, wo Bewohner arbeiten und leben können, wie sie es auf einem Flugblatt kundtaten: "Wir, der Ortsverein St.Vincent des S.C.O.C., wollen dabei mitreden, was für eine Art von Fabrik und wirtschaftlicher Entwicklung in die *Enterprise Zone* kommen wird und darüber, wo diese Entwicklungen stattfinden." Darüber hinaus forderten sie ökonomische Entwicklungs-

maßnahmen für den sozial benachteiligten Stadtteil, insbesondere ein Wohnungsfinanzierungsprogramm in der *Enterprise Zone*. Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß die Verteidigung der "Lebensstile der Arbeiterklasse", wie es ein japanisch-amerikanischer *Community*-Aktivist in Los Angeles formulierte, beides impliziert: den Kampf um Arbeitsplätze und Wohnungen. Daß dieser Kampf jetzt zu neuen Organisationsformen führt, habe ich mit diesen Beispielen zu zeigen versucht.

### 3. Das Labor Community-Strategy Center in Los Angeles

Die in den Fallskizzen angedeuteten Tendenzen der Reorganisation des Bewegungsmilieus haben sich in jüngster Vergangenheit beschleunigt und verdichtet. Im Oktober 1989 trafen sich in einer Schule in Downtown Los Angeles Delegierte der wichtigsten Nachbarschaftsorganisationen und Gewerkschaften der Stadt zu einem "Gipfeltreffen" zur Stadtplanung und Stadtentwicklung in Los Angeles<sup>8</sup>. Hervorgegangen aus früheren Aktivitäten unter der organisatorischen Ägide der *Campaign for Critical Needs*<sup>9</sup>, bemühte sich die Konferenz um eine gemeinsame Position von Gewerkschaften und Nachbarschaftsorganisationen gegenüber Plänen der Stadtentwicklungsbehörde *Community Redevelopment Agency* (CRA), ihren Ausgabenhorizont für Stadtentwicklungsmaßnahmen in Downtown Los Angeles von derzeit 750 Millionen Dollar auf insgesamt 5 Milliarden Dollar zu erhöhen<sup>10</sup>. Das "Gipfeltreffen" konnte im ersten Anlauf keinen Konsens jenseits der gemeinsamen Einschätzung der Teilnehmer erreichen, daß sich die Tätigkeit der CRA in der Vergangenheit zum Nachteil der Gemeinden der Arbeiterklasse und der Gemeinden der Farbvölker (*people of color*) ausgewirkt hat. Zwei getrennte, aber aufeinander bezogene Diskurse waren als strategische Überlegungen präsent: Der eine Diskurs betont den Aspekt der

Zerstörung der Innenstadtwohnviertel und der Arbeitsplätze durch die CRA. Der andere Diskurs versucht die Regeln der Stadtentwicklung in Richtung erhöhter Ausgaben für die *Community* zu redefinieren. In beiden Fällen zielen die Aktivitäten allerdings auf eine strategische und taktische Verschmelzung von arbeitsplatzbezogenen und territorialen politischen Aktivitäten: Kein Zweifel bestand bei den Teilnehmern des "Gipfels", daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Bau neuer Hochhäuser, der Zerstörung von Wohnraum, der Schaffung spezifischer neuer Arbeitsmärkte (z.B. in der Gebäudereinigung)<sup>11</sup>, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen etc. besteht. Die CRA - und die Kampagne gegen deren Politik - wird somit zum zentralen Fokus der Konvergenz der Politik von Arbeit und Wohnen.

In einem anderen Bereich der städtischen sozialen Bewegungen, aber in partieller organisatorischer und personeller Überschneidung mit der Kampagne gegen die CRA, wurde jüngst die Verknüpfung der Politik der Arbeit mit der Politik des Wohnorts zur politisch-theoretischen Grundvoraussetzung der politischen Handlungsweise politischer Aktivisten: Der aus der *Coalition to Keep GM Van Nuys Open* hervorgegangene *Labor/Community Strategy Center* in Van Nuys beansprucht für sich, die disparaten Stränge der sozialen Bewegungen der Stadt in neuer Weise zusammenzuführen: "Das *Labor/Community Strategy Center* ist für uns eine Anstrengung, die wir unternehmen, um mehr als die Summe unserer Teile zu werden. Es hat einige der besten Organizers der Stadt in einer Mehrpunkte-Bewegungsinstitution (*multi-issue*) zusammengeführt - eine Heimat für langfristige Organizing-Projekte und der politischen Erziehung einer neuen Generation von Aktivisten. Die Ziele des *Strategy Centers* sind es, dabei zu helfen, Los Angeles zu einer demokratischeren und lebenswerteren Stadt zu machen und neue Modelle städtischer Koalitionen für die Ermächtigung von Arbeitern und der *Community* zu entwickeln (*worker and community empowerment*)."<sup>12</sup>

Zu den Schwerpunkten der Arbeit des *Strategy Center*, das sich auf langfristige Traditio-

nen der Gewerkschafts- und Bürgerrechtsbewegung beruft, gehören die Fortführung der Kampagne gegen die Schließung der Automobilfabrik in Van Nuys, die Beteiligung der Community an gewerkschaftlichen Aktivitäten<sup>13</sup>, Aus- und Weiterbildung von Organizers und die Mobilisierung der Arbeiter- und Nachbarschaftsbewegung gegen die weitere Vergiftung der Arbeitsplätze und der Wohnorte.

Gerade der letztgenannte Schwerpunkt hat in der strategischen Verknüpfung von workplace and community einen besonders hohen Stellenwert erhalten. Gegenüber der oft vertretenen Auffassung, daß ökologische oder Umweltbewegungen vor allem von Mittelklasseelementen getragen werden und Umweltpolitik vor allem diesen nütze, setzten die Politiker und Aktivisten des Strategy Center bewußt die Auffassung, daß es insbesondere die Stadtteile der Armen und der Farbvölker seien, in denen diese Themen Ausdruck finden müßten<sup>14</sup>.

In der Stadtregion Los Angeles, die zu den verschmutztesten und verseuchtesten der USA zählt, konnte man in der jüngeren Vergangenheit mehrere Beispiele für eine Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen und Gewerkschaften über Klassen- und Rassengrenzen hinweg beobachten. Während zu Recht einer der grundsätzlichen sozialräumlichen Konflikte der Stadt zwischen den "umweltbewußten" Hauseigentümergebieten (weiße Mittelklasse) und den "ökonomisch", d.h. beschäftigungspolitisch orientierten Stadtteilen der Farbvölker zu verorten ist, verhinderten Initiativen aus beiden "Lagern" gemeinsam die LANCER-Müllverbrennungsanlage, die von der Stadt für einen abgelegenen Teil des Schwarzengettos geplant war<sup>15</sup>.

Das *Labor/Community-Strategy-Center* hat einen großen Teil seiner Arbeit an dieser neuen Schnittstelle zwischen alter Umweltbewegung, Nachbarschaftsbewegung und dissidenter Gewerkschaften angesiedelt<sup>16</sup>. Der Anspruch, der gestellt wird, ist aus der Arbeit der Koalition im Kampf gegen die Schließung von GM Van Nuys bekannt: "Die Umweltbewegung wird nie erfolgreich sein, die überwältigende Wirkung der Giftstoffe - von der vieles schon irreversibel zu sein beginnt - umzukehren, wenn arbeitende

Menschen und die Gemeinden der Farbvölker nicht in *Führungsrollen* involviert werden."<sup>17</sup> Die Verschweißung der Nachbarschafts- und *Community*-Bewegungsfragmente mit den Resten der alten und den Keimen der reformierten Gewerkschaftsbewegung über den Umweltdiskurs hat zwei Ebenen: Erstens erkannten die Aktivisten im Betrieb und im Stadtteil, daß die weitere Umwelterstörung zunächst auf dem Rücken der Armen ausgetragen würde, daß es sich bei Umweltfragen also um Überlebensfragen handelte<sup>18</sup>. Zweitens wurde zunehmend klar, daß die Thematisierung der Umwelt in der entstehenden postfordistischen Ökonomie eine zentrale Schlüsselstellung einnehmen würde. In der umweltlichen und ökologischen Gestaltung der Arbeitsplätze und der Wohnorte sowie in deren Verhältnis zueinander liegt in der Tat einer der wichtigsten Bereiche, wo sich die postfordistische städtische Realität herausbildet. In Los Angeles wird gegenwärtig die diskursive Auseinandersetzung um die Zukunft der Umwelt vor allem anhand eines Plans der regionalen Luftreinhaltebehörde SCAQMD geführt, der vorgibt, bis zum Jahre 2007 die größte Luftverschmutzung in irgendeinem städtischen Raum in den USA mit regulativen Maßnahmen zu beseitigen<sup>19</sup>.

Dieser sogenannte *Air Quality Management Plan* (AQMP) ist auf drei Ebenen zu verstehen: auf der Ebene der Restrukturierung des regionalen Akkumulationsregimes in Südkalifornien, in Hinsicht auf die Redefinition wichtiger Aspekte der lokalen Regulationsweise mit dem starken Verlangen nach Konsensbildung unter den Mitgliedern der Wachstumskoalition von Los Angeles und schließlich als praktischer und diskursiver Rahmen für emanzipatorische Projekte in Los Angeles. Das *Labor/Community Strategy Center* schickt sich an, auf dieser dritten Ebene im politischen und sozialen Diskurs zu intervenieren.

Da der Plan in umfassender Weise Aussagen über künftige produktive und konsumtive Praxen in der Stadtregion von Los Angeles macht, handelt es sich dabei um ein ideales Feld der Auseinandersetzung für eine Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, die trennenden Bar-

rieren von Arbeitsplatz und *Community* niederzureißen. So werden z.B. die Befürchtungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in den hochverschmutzten und -verschmutzenden Möbel- oder Metallbeschichtungsbetrieben sowohl um ihre Arbeitsplätze als auch um ihre Gesundheit ebenso gemeinsam angesprochen wie die Sorgen der Nachbarschaften, in denen sich diese Betriebe befinden, um die Lebensumwelt der dort aufwachsenden Kinder. Bei der Diskussion um die vom Plan geforderte Verminderung zum und vom Arbeitsplatz gefahrener Kilometer wird die Bekämpfung der Luftverschmutzung zum Thema der Stadtplanung und der Schaffung von Nachbarschaften, die gleichermaßen mit Wohnungen und Arbeitsplätzen ausgerüstet sind. Während der Plan zur Zeit faktisch eine Bestrafung der Pendler für die Benutzung ihres privaten Automobils vorsieht, gibt es bei den im Strategy Center vertretenen Gewerkschaften und Nachbarschaftsgruppen Vorstellungen zur Umlegung der (privaten und öffentlichen) Transportkosten auf die Arbeitgeber und die Förderung nachbarschaftlich orientierter Systeme des öffentlichen Nahverkehrs. Die eklatante Unterbesetzung des Aufsichtsrates des AQMD mit Vertretern aus der zahlreichen farbigen und immigrierten Arbeiterklasse von Los Angeles ist Anlaß, die soziökonomischen und sozialräumlichen Problematiken der polarisierten und fragmentierten *world city* als Mangel demokratischer Verfahrensweisen zu artikulieren: "Das Strategy Center wird daran beteiligt sein, starke Umweltpläne zu entwickeln, um sicherzustellen, daß die Konzerne und die Verschmutzer, nicht die Minderheiten und Arbeiter die Hauptlast der Kosten tragen und daß der Prozeß so demokratisch wie möglich gemacht wird, so daß LA's Mehrheit eine kraftvolle Stimme im (AQM)Plan haben kann."<sup>20</sup>

Die konkreten Schritte, die die Koalition in den letzten Monaten unternommen hat, um erfolgreich in die öffentliche Debatte und die politischen Entscheidungen rund um den AQMP einzugreifen, sind die Organisation eines Treffens von Vertretern der Gewerkschaften, der Nachbarschafts- und Umweltgruppen im Sommer 1989, die daraus folgende strategische Ent-

scheidung, die Umweltpolitik zum Schwerpunkt der Koalition zu machen, die Befragung der Bevölkerung von Supermärkten in den armen Stadtteilen zur Umweltproblematik und die Arbeit an der Erstellung eines *People's Guide to Air Pollution*, der verständlich die komplexen Probleme darstellt, die die Nachbarschaften und Gewerkschaften im Kampf um bessere Luft, sauberes Wasser und reinere Erde erfahren<sup>21</sup>.

#### 4. Von der Strategie zur Politik: Kein Burgfrieden auf der Zitadelle der Weltstadt

Die hier zusammengetragenen Fälle aus dem Milieu der städtischen sozialen Bewegungen in Los Angeles geben Aufschluß über die anfänglich hypothetisch formulierte Veränderung des historisch gespaltenen Verhältnisses der Politik des Arbeitsplatzes und der Politik der Nachbarschaften. Es ist notwendig zu verstehen, daß diese Verschiebungen eine Veränderung der Akteure selbst voraussetzen. Eine neue - oft als postmodern beschriebene - plurale Vielfalt im politischen und Bewegungsmilieu hat Bewegungsräume und Energien für neue Koalitionen und Bündnisse freigesetzt, die direkt in die postfordistische Restrukturierung des Stadtraumes Los Angeles eingreifen. Keinesfalls ist in diesem Zusammenhang von einem "Mißklang der Stille"<sup>22</sup> im Bewegungsmilieu auszugehen. Vielmehr entpuppt sich der vielfach als "befriedet" angesehene Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Stadt als Raum der lebhaften, zuweilen gewalttätigen Auseinandersetzungen sozialer Klassen und Gruppen.

Angesichts der ökonomischen und politischen Macht der Restrukturierungsprotagonisten auf seiten des internationalisierten Kapitals und des lokalen Staates erleiden die sozialen und politischen Organisationen im beschriebenen Spektrum vielfach schmerzliche Niederlagen. Zuletzt wurde ein bewußt unter den Prinzipien der Koalition von Arbeiterbewegung und *Community* von der Möbelarbeitergewerkschaft

im Osten von Los Angeles geführter Anerkennungsstreik in einem LKW-Umbauunternehmen gerichtlich untersagt<sup>23</sup>. Nicht immer bleibt es in der angeblich friedlichen "postindustriellen" Stadt bei legalen Mitteln: Die *Justice for Janitors*-Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation der GebäudereinigerInnen im Bürokomplex von Century City in West Los Angeles wurde im Juni 1990 gewaltsam durch das Los Angeles Police Department in die Schranken gewiesen, war jedoch später mit ihrem Vorhaben erfolgreich<sup>24</sup>.

Die Verschweißung der Arbeiterbewegung (oder was von ihr nach zehn Jahren Reagan-Bush-Regierung übrig ist) mit den radikalisierten Gemeinden der Farbvölker - wie in den geschilderten Beispielen aus Los Angeles - bringt eine *neue Bewegung* in die Stadt. Der Große Alte Mann der *Chicano Studies* in den USA, Rodolfo Acuna, kommentierte dies kürzlich mit folgenden Worten: "Wenn es keine Veränderungen gibt und Arbeiter nicht einmal die Chance zum Kämpfen erhalten, dann dürfen die Bewohner von Los Angeles nicht überrascht sein, wenn mehr Leute brauner Hautfarbe in roten T-Shirts durch die Straßen von Los Angeles laufen!" (Acuna, 1990).

Der zu Anfang formulierte Anspruch, daß man heute wieder mit Interesse die sozialen Bewegungen in den USA rezipieren könne, leitet sich vor allem aus der Überzeugung her, daß das Vertrauen in die handlungspraktische Einmischung der neuzusammengesetzten Bewegungsfragmente in Amerika im Übergang zum Postfordismus modellartig als Anregung für eine Reformulierung auch in Deutschland festgefahrener Spaltungen zwischen Teilen der Bewegungen (und dem Diskurs darüber) gelten kann.

## Literatur

Acuna, Rodolfo (1990), "America Retreats on Labor Laws", Los Angeles Times, 16. Juli, 1990.  
 Bloch, Robin/Roger Keil (im Erscheinen), "Planning for a Fragrant Future: Air Pollution Control, Restructuring, and Popular Alternatives in Los Angeles", Capitalism/Nature/Socialism.

Commoner, Barry (1990), *Making Peace with the Planet*, New York: Pantheon.

Davis, Mike (1987), " 'Chinatown Part Two'? The Internationalization of Downtown Los Angeles", *New Left Review*, Nr. 164, S. 65-86.

Friedmann, John (1986), "The World City Hypothesis", *Development and Chance*, 17, S. 69-83.

Hirsch, Joachim/Roland Roth (1986), *Das Neue Gesicht des Kapitalismus: Vom Fordismus zum Postfordismus*, Hamburg: VSA.

Katznelson, Ira (1981), *City Trenches: Urban Politics and the Patterning of Class in the United States*, Chicago: University of Chicago Press.

Keil, Roger (1988), "Regionalplanung von Unten: Der Kampf von GM Van Nuys. Ein Interview mit dem Aktivisten Eric Mann", *Kommune*, 6,5, S. 62-65.

Keil, Roger (1990), "The Urban Future Revisited: Politics and Restructuring in Los Angeles after Fordism", *Strategies: A Journal of Theory, Culture and Politics*, 3, S. 105-129.

Keil, Roger (im Erscheinen), "Sozio-ökonomische Restrukturierung und politische Veränderung in einem neuen Stadttypus: 'Global City' Los Angeles", Dissertation, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, JWG-Universität Frankfurt.

Keil, Roger/Peter Lieser (1991), "Global City - Local Politics", *Comparative Urban and Community Research*, 4.

Logan John/Harvey Molotch (1987), *Urban Fortunes: The Political Economy of Place*, Berkeley und Los Angeles: University of California Press.

Mann, Eric (1990), "Postfordismus" und "lokaler Staat", unveröffentl. Ms., John-F-Kennedy-Institut, Freie Universität Berlin.

Multinational Monitor (The UAW looks to its Future), (1990) 11, 1 und 2.

Olney, Peter/Roger Keil (1988), "Needles and Pins: Schatten im Paradies", *Kommune*, 6,3, S. 37-50.

Scott, Allen J. (1988), *Metropolis: From the Division of Labor to Urban Form*, Berkeley und Los Angeles: University of California Press.

Soja, Edward W. (1989), *Postmodern Geographies*, London: Verso.

## Anmerkungen

1 Zum Fordismusbegriff vgl. Hirsch/Roth, 1986, Mayer, 1990.

2 Zur world city Diskussion vgl. Friedmann, 1986; Keil/Lieser, 1991.

3 Eine detaillierte Diskussion dieser beiden Entwicklungen in Los Angeles verbietet sich hier. Ich habe sie an anderer Stelle (Keil, im Erscheinen) ausgeführt. Eine hervorragende Behandlung erfährt diese Problematik in den Veröffentlichungen der "LA-School", hier vor allem in Davis, 1987; Scott, 1988; Soja, 1989.

4 Der englische Ausdruck ist *crafts industries*.

5 Ohne diesem Punkt hier nachgehen zu können, muß jedoch erwähnt werden, daß die Internationalisierung der städtischen Struktur - hier insbesondere der Arbeiterklasse von Los Angeles - für sich der wichtigste einzelne Faktor ist, der neue Formen im Bewegungsmilieu und der sozialen Regulation insgesamt erzwingt.

- 6 Enterprise Zones sind so etwas wie der Geist aus der Flasche für die konservativen amerikanischen Regierungen von Reagan und Bush. Von dem Senator Jack Kemp aus einem britischen Vorbild Anfang der achtziger Jahre entwickelt, wurde der Gedanke, städtische Entwicklungszonen zu schaffen, zum stadtwirtschaftlichen Schlagwort der letzten Dekade. Von der Bundesregierung kaum organisatorisch und finanziell unterstützt, wurden Enterprise Zones in verschiedenen amerikanischen Bundesstaaten gesetzlich verankert und in Dutzenden von Städten unter verschiedenen Konzepten eingerichtet. Kritiker dieses Konzepts verwiesen vor allem auf die drohende Unterhöhlung von Arbeitsrecht und die Subventionierung von Unternehmen bei deren Investition in den heruntergekommenen Innenstadtbereichen, die damit zu Freihandelszonen zu werden drohten.
- 7 Eine ausführliche Darstellung der Boykott-Taktik und der innergewerkschaftlichen Spaltungen und Kämpfe findet sich in Keil, 1988. Es muß hier besonders darauf verwiesen werden, daß das Bündnis sich der Interpretation der Werksleitung und Teilen der lokalen Gewerkschaft widersetzt, die 1990 noch immer nicht erfolgte Schließung des Werkes sei auf die Einführung japanischer Produktionsmethoden unter dem Namen Team Concept und nicht auf den Widerstand der Belegschaft zurückzuführen.
- 8 Die Darstellung der folgenden Ereignisse beruht auf teilnehmender Beobachtung in Los Angeles 1989 und 1990.
- 9 Ein Zusammenschluß von aktivistischen Organisationen wie Jobs With Peace, Housing LA und Legal Aid.
- 10 Es handelt sich dabei präzise um die erlaubte Obergrenze (spending cap) der CRA für die Verwendung von Grundsteuern für Stadtentwicklung. Dieses sogenannte tax increment financing erlaubt es der CRA, jene Steuersteigerungen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten in den Projektgebieten der Behörde zu erwarten sind, zur Finanzierung ihrer eigenen Arbeit zu verwenden. Da es sich dabei faktisch um eine Umverteilung von Steuergeldern aus dem allgemeinen Topf, aus dem u.a. Sozialleistungen (Schule, Welfare etc.) besritten werden, in Infrastruktur und Planung für Kapitalinvestitionen handelt - was in vielen Fällen einer direkten Subventionierung multinationaler Investoren gleichkommt -, ist das Interesse der Nachbarnschaften im Kern betroffen.
- 11 Die Komplexität der politischen Verhältnisse drückt sich hier beispielsweise in der Weise aus, daß James Wood, einflußreicher lokaler Gewerkschaftsführer (County-AFL-CIO) und Vorsitzender des Aufsichtsrates der CRA, Einzelgewerkschaften wie Local 399 der SEIU, die die Gebäudereiniger (Janitors) vertritt, unter Druck setzte, Veranstaltungen der Campaign for Critical Needs nicht zu besuchen. Den Gewerkschaften soll so eine Art Stillhalteabkommen aufgezwungen werden, das damit begründet wird, daß die CRA nur solche Gebäude in ihrem Tätigkeitsbereich zuläßt, in denen gewerkschaftlich organisierte Gebäudereiniger beschäftigt sind.
- 12 Dieser programmatische Satz entstammt einer Grundsatzbrochure des Center, die nach Aufnahme der Arbeit im Jahr 1988 verbeitet wurde. Wenn hier von Community die Rede ist, heißt dies gemeinhin die Gemeinden der Armen und der Farbvolker.
- 13 "The social structure of Los Angeles is now built upon a foundation of more than 1 million low paid and highly exploited immigrant workers. Union efforts cannot be won without sustained community-based campaigns. We plan to work in coalition with unions to provide long-term organizing support in high visibility campaigns that, if successful, can become models for other unions and community groups", heißt es in der programmatischen Broschüre des Center.
- 14 Eine akribische und ausführliche Typologie der Standpunkte um die angebliche Klassenbasis der Umweltbewegung/politik findet sich in Logan/Molotch, 1987, 215ff.
- 15 Die Initiative ging von einer Gruppe Schwarzer und hispanischer GethobewohnerInnen aus, die sich zu den Concerned Citizens of South Central Los Angeles zusammengeschlossen hatten, später von Nachbarschaftsgruppen aus dem Westen und von einer Expertise der Planungsakultät der Universität von Kalifornien Schützennhilfe erhielten. Aufgrund des politischen Drucks entschloß sich der Bürgermeister der Stadt, Tom Bradley, letztlich auf diese erste von insgesamt elf geplanten Verbrennungsanlagen zugunsten eines Recyclingprogrammes zu verzichten. Vgl. Commoner, 1990 für mehr Informationen zu Auseinandersetzungen um Müllverbrennungsanlagen in Kommunen der USA.
- 16 Es bestehen rege Kontakte zu Jerry Tuckers New Directions-Bewegung innerhalb der UAW, die sich zunehmend an sogenannten community issues orientiert (z.B. staatliche Krankenversicherung). Zu Toni Mazzochis bahnbrechender Umweltarbeit in der Oil, Chemical, and Atomic Workers Union gibt es ebenso Kontakte (vgl. Mann, 1990; International Monitor, 1990).
- 17 Aus der programmatischen Broschüre des Strategy Center.
- 18 Es ist bekannt, daß in einem so fragmentierten und segregierten Stadtraum wie Los Angeles die übelsten Auswüchse der Umweltverschmutzung nicht überraschend dort anzutreffen sind, wo die Ärmsten und wo die Farbvolker leben. Im Kontext der "Dritteltisierung" der Sozialstruktur ist damit ein Bereich des realen Elends bezeichnet.
- 19 Die folgende Analyse beruht auf Bloch/Keil, im Erscheinen.
- 20 Aus dem bereits zitierten Programm des Center, das ebenso wie die Grundsatzbrochure "Labor/Community Watchdog" unter 6454 Van Nuys Blvd., Suite 150, Van Nuys, CA. 91401 bestellt werden kann.
- 21 Dieser Führer erscheint in Spanisch und Englisch im Herbst 1990.
- 22 Der Begriff stammt von Edward Soja (1989).
- 23 Der Streik wurde vom Local 1010 der International Union of Electronic, Electrical, Salaried, Machine and Furniture Workers, AFL-CIO gegen die Firma Royal Truck Body geführt, vgl. The Los Angeles Daily Journal vom 18. Juni 1990.
- 24 Fünfhundert streikende ArbeiterInnen und ihre Sympathisanten wurden brutal von der Polizei bei einer Demonstration attackiert. Die Demonstrationsteilnehmer wurden geschlagen, darunter waren auch schwangere Frauen, von denen eine eine Fehlgeburt hatte, vgl. Acuna, 1990 und persönliche Mitteilung einer Augenzeugin.

Remco van Capelleveen

# Die Internationalisierung der Stadt New York

## 'Dritte Welt'-Populationen in New York City

Zu den sozialen Bewegungen gehören auch jene, die in der Regel nicht unter diesen Begriff subsumiert werden: die (internationalen) Wanderungsbewegungen. Diese Migrationsbewegungen, die in gewisser Weise so alt sind wie die menschliche Spezies selbst, haben in den letzten Dekaden weltweit an Bedeutung zugenommen. Auch bei den (internationalen) Wanderungsbewegungen gibt es "neue soziale Bewegungen". In der US-amerikanischen Migrationssoziologie werden darunter diejenigen Wanderungsbewegungen (in die USA) verstanden, die sich in der Folge der Reform der Einwanderungsgesetzgebung von 1965 entwickelt und bis heute unvermindert angehalten haben bzw. weiterhin zunehmen. Das "Neue" an diesen jüngsten Wanderungsbewegungen ist, daß sie - im Vergleich zu historisch früheren Migrationsbewegungen - durch eine grundlegende Veränderung der nationalen und ethnischen Zusammensetzung der Einwanderer zugunsten jener aus der 'Dritten Welt' gekennzeichnet sind. Der US-amerikanischen Einwanderungsbehörde zufolge ist der Anteil der (legalen) Einwanderer aus Asien, Lateinamerika und der Karibik von knapp 29% der Gesamteinwanderung in den Jahren 1951-1960 auf 76,5% in den Jahren 1971-1980 und 84% in den Jahren 1981-1987 gestiegen, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Einwanderer aus Europa und Kanada von 71% der Gesamteinwanderung auf 20% bzw. knapp 13% sank<sup>1</sup>. Zugleich ist die legale Gesamteinwanderung von 2,5 Millionen Einwanderern in den 50er Jahren auf 4,5 Millionen Migranten in den 70er Jahren und noch einmal mehr als 4 Millionen in den Jahren 1981-1987 angewachsen. Dazu kamen Hunderttausende von nicht-legalisierten Migranten, von denen die überwiegende Mehrheit aus Mexiko und anderen Regionen Mittelamerikas,

aber auch eine zunehmende Anzahl aus der Karibik und Asien eingewandert ist.

Die von diesen "neuen" Migrationsbewegungen aus Asien, Lateinamerika und der Karibik verursachte Zunahme von 'Dritte Welt'-Populationen in den Großstädten der USA hat zu einer Entwicklung geführt, die ich als *'Dritte Welt'-isierung* der Metropole bezeichnet habe und im folgenden für New York City spezifizieren möchte<sup>2</sup>. Zunächst jedoch noch eine Bemerkung zum globalen Kontext dieser "neuen" Migrationsbewegungen aus der 'Dritten Welt'.

### 1. 'Dritte Welt'-Migration und globale Verflechtungen

Die rapide Zunahme der Wanderungsbewegungen aus der 'Dritten Welt' ist nur vordergründig eine Folge der Reform der Einwanderungsgesetzgebung (obwohl die gesetzlichen Einwanderungsrichtlinien und die entsprechenden Politiken die konkreten Möglichkeiten und Bedingungen der Einwanderung durchaus beeinflussen). Sie ist Ausdruck eines grundlegenden Wandels des Verhältnisses der USA zur 'Dritten Welt'. Mit dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur ökonomischen und politisch-militärischen Hegemonialmacht nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie des globalen kapitalistischen Systems und damit auch die strukturellen Disparitäten zwischen Ländern mit "relativer Überbevölkerung" und Ländern mit vergleichsweise hohen Minimallöhnen eine neue Qualität angenommen. Die Wanderungsbewegungen werden nicht schlicht von stagnierenden Ökonomien und Bevölkerungswachstum in der 'Dritten Welt' erzeugt. Im Gegenteil, die

Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts und der Beschäftigung in den wichtigsten Auswanderungsländern sowohl in Asien als auch in Lateinamerika und in der Karibik sind während der gesamten 70er Jahre relativ hoch gewesen. Aber fast alle diese Länder sind über intensive wirtschaftliche und politisch-militärische Beziehungen eng mit den USA verflochten. Insbesondere die rapide zunehmenden US-Auslandsinvestitionen im Bereich der exportorientierten Industrie scheinen die bisher von der - auf den Export - ausgerichteten Landwirtschaft wahrgenommene Rolle der Zersetzung der traditionellen Arbeits- und Lebenszusammenhänge übernommen zu haben. Dazu kommen die Auswirkungen des Tourismus und nicht zuletzt der Einfluß amerikanischer Kultur in Form von Fernsehen, Radio und Konsumgütern, die die Distanz zu den USA objektiv und subjektiv verringert haben. Solange diese, über schnelle und relativ billige Verkehrsverbindungen zudem intensivierten, Interdependenzen zwischen Zentrum und Peripherie die Teilnahme am "amerikanischen Traum" über nationale Grenzen hinweg in den Bereich des Möglichen rücken lassen, werden die Wanderungsbewegungen aus der 'Dritten Welt' ins "gelobte Land" kaum nachlassen.

Dazu kommt, daß z.B. in der Karibik Migration eine lange, bis in die Sklaverei zurückgehende Tradition hat und in gewisser Weise zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Institution geworden ist. Die damit einhergehende Bereitschaft zur Emigration von großen Teilen der karibischen Bevölkerung ist vielfach scharf kritisiert worden. So hat der ehemalige Premierminister des revolutionären Grenada, Maurice Bishop, die "Kultur der Migration" als kolonialistisch verformte "Visa-Mentalität" angeprangert und als Hemmnis für eine eigenständige karibische Entwicklung verurteilt. Ähnlich sehen dies viele Rastas, denenzufolge die Emigration in die nordamerikanische und europäische Metropole zur Konfusion und zum Identitätsverlust der Schwarzen beiträgt<sup>3</sup>.

Man kann die Prävalenz der Migration aber auch als einen Versuch der Wiederaneignung von durch Kolonialismus und kapitalistische

Weltwirtschaft enteigneten Ressourcen sehen. In gewisser Weise folgen die Menschen aus der 'Dritten Welt' lediglich dem Pfad des von ihnen produzierten, aber enteigneten Reichtums, heraus aus der Peripherie und hinein in die Metropole.

## 2. 'Dritte Welt'-Populationen in New York City

Die derart bedingte 'Dritte Welt'-isierung der Metropole zeigt sich insbesondere in den großen Städten. 1980 lebten 40% aller Einwanderer - im Vergleich zu 11% der gesamten Bevölkerung - in den zehn größten Städten der USA. Bei den neuen Migranten aus der 'Dritten Welt' ist der Anteil der urbanen Bevölkerung noch höher. Migranten aus der Karibik, Lateinamerika und Asien haben sich fast ausschließlich in wenigen großstädtischen Ballungsgebieten konzentriert. New York City und Los Angeles hatten 1980 einen 'Ausländer'anteil von jeweils knapp einem Viertel; und jeweils mindestens 12% aller 'ausländischen' Bewohner der USA lebten in diesen beiden größten US-amerikanischen Städten<sup>4</sup>.

Von allen US-amerikanischen Städten war und ist New York City die Einwandererstadt par excellence. Sie war der historische Ankunftsort für Millionen von Einwanderern zu Beginn dieses Jahrhunderts und zieht immer noch einen Großteil der gegenwärtigen Neuankömmlinge an. Seit 1980 ist der Anteil der im Ausland Geborenen in New York City von knapp 25% der Gesamtbevölkerung auf heute über ein Drittel angestiegen. Während die Zahl der weißen New Yorker zwischen 1970 und 1980 um über 26% zurückgegangen ist, haben die afroamerikanische Bevölkerung (einschließlich der afrokaribischen Migranten) um 11%, die Latinos um 10% und die asiatische Bevölkerung um 160% zugenommen. Zählt man die 860.000 Puertorikaner und die etwa 750.000 nicht-legalisierten Migranten in der Stadt mit, dann hat der Anteil der im Ausland

Geborenen an der New Yorker Gesamtbevölkerung 1980 schon 46% betragen und liegt heute weit über 50%. 1980 bestand knapp die Hälfte der (gezählten) New Yorker Bevölkerung aus *people of color* - 25% oder 1,8 Millionen Schwarze, knapp 20% oder 1,4 Millionen Latinos und 3,5% oder 340.000 Asiaten. Während die in Europa geborenen New Yorker in der Regel vor 1960 nach New York gekommen waren, kam die überwiegende Mehrheit der Migranten aus der Karibik, Lateinamerika und aus Asien nach 1965. Wie in den USA insgesamt hat sich auch in New York City die Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung zugunsten der 'Dritten Welt' verschoben. New York ist zunehmend zu einer karibischen, lateinamerikanischen und asiatischen Stadt, zu einer Dependence der 'Dritten Welt' in der Metropole geworden.

Dieser Prozeß der 'Dritte Welt'-isierung zeigt sich sowohl in den Veränderungen der städtischen Ökonomie als auch in der Herausbildung von ethnischen (Alltags)Kulturen, die die zunehmende Präsenz der Einwanderer aus der 'Dritten Welt' in der Metropole besonders deutlich und auch sinnlich wahrnehmbar haben werden lassen.

### 3. Veränderungen der metropolitanen Ökonomie

In den letzten 20 Jahren hat New York City einen Prozeß der ökonomischen Restrukturierung durchgemacht, in dessen Verlauf die Stadt zum Sitz von hochentwickelten Dienstleistungsindustrien für die Wirtschaft, insbesondere für multinationale Großunternehmen geworden ist (z.B. das Finanz- und Versicherungswesen, die Wirtschafts-, Rechts- und Managementberatung, das Bau- und Immobiliengeschäft ebenso wie die Werbung, der Computerservice und die Datenverarbeitung), aber auch jener verarbeitenden Industrien, die entweder auf den unternehmensorientierten Dienstleistungssektor ausgerichtet oder die in

der Lage sind, mit der Produktion in Niedrig-Lohn-Ländern zu konkurrieren. Dazu kam eine Expansion konsumorientierter Dienstleistungen - vom Gesundheitswesen über *fast food*-Etablissements und persönliche Dienstleistungen bis hin zur sogenannten Schattenwirtschaft mit ihren zahlreichen Beschäftigungsnischen für unternehmungswillige Einwanderer.

In diesem Zusammenhang hat die massenhafte Präsenz von Immigranten aus der 'Dritten Welt' eine wichtige Rolle gespielt. Sie war selbst eine Bedingung für die mit der ökonomischen Restrukturierung einhergehende Expansion von schlecht bezahlten, unqualifizierten Arbeitsplätzen, die keine oder nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten boten. Das gilt für die unteren Beschäftigungskategorien im unternehmensorientierten Dienstleistungssektor (z.B. Gebäudereiniger, Transportarbeiter, Botengänger) und für Dienstleistungen im Bereich des allgemeinen privaten Verbrauchs (z.B. Hotel-, Restaurant- und Krankenhausangestellte, Taxifahrer) ebenso wie für die Nachfrage nach billigen und flexiblen Arbeitskräften seitens der hochbezahlten Einkommensgruppen (z.B. Hausmeister und Portier, Putzleute, Haus- oder Kinder'mädchen'), aber auch für bestimmte arbeitsintensive Sektoren der verarbeitenden Industrie. Und dies gilt ganz besonders für die wachsende "Schattenwirtschaft", in der sich zunehmend 'Dritte Welt'-Migranten als Straßenhändler, nicht-lizenzierte Taxifahrer und andere Kleinstunternehmer betätigen.

Trotz aller Arbeitsplatzverluste ist New York City immer noch eines der größten Zentren der verarbeitenden Industrie geblieben. Zu einem erheblichen Teil basiert diese Industrie auf der Beschäftigung von niedrigbezahlten Arbeitsmigranten aus Lateinamerika, der Karibik und Asien. Während weiße einheimische Arbeiter zunehmend die verarbeitende Industrie verlassen haben und große Teile der schwarzen US-amerikanischen Bevölkerung ganz aus dem Produktionsprozeß gedrängt worden sind, sind die Immigranten überproportional in der verarbeitenden Industrie und in den unteren Rängen des Dienstleistungssektors beschäftigt. Die Konzentration in der verarbeitenden Industrie

ist besonders ausgeprägt für weibliche Migranten, die vor allem in der Bekleidungsindustrie und verschiedenen anderen Verbrauchsgüterindustrien arbeiten. 1980 waren z.B. 60% aller Frauen aus der Dominikanischen Republik und knapp 64% der chinesischen Frauen als ungelernete Fabrikarbeiterinnen beschäftigt. Im Unterschied dazu hat fast die Hälfte der afrokaribischen Frauen im Dienstleistungsbereich - allein 32% in der Krankenpflege und mindestens 9% als Haus- oder Kinder'mädchen' - gearbeitet.

Die Industrien, in denen Migranten typischerweise beschäftigt sind und die deshalb "Einwandererindustrien" genannt worden sind (wie z.B. die Bekleidungs-, Textil-, Leder-, Kunststoffindustrie), sind zum Teil nur deswegen konkurrenzfähig geblieben, weil sie ihre Produktivität nicht durch kostspielige technologische Innovationen, sondern durch den Rekurs auf traditionelle Methoden der Arbeitsintensivierung, wie sie idealtypisch in *sweatshops* zu finden sind, erhöht haben. Das heißt aber auch, daß diese Industrien ohne die Präsenz und Verfügbarkeit der Migranten und deren Bereitschaft, zu extrem niedrigen Löhnen lange Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen, nicht überlebensfähig wären.

#### 4. Alltagskulturelle 'Dritte Welt'-isierung und afrokaribische Community

Die massenhafte Präsenz von 'Dritte Welt'-Populationen in New York hat zur Herausbildung einer ganzen Facette von neuen ethnischen *neighborhoods*, insbesondere in den *outer boroughs*, geführt (d.i. in Brooklyn, Queens und in der Bronx). Besonders sichtbar ist dieser Prozeß der alltagskulturellen 'Dritte Welt'-isierung New Yorks am Beispiel der insgesamt größten Einwandererbevölkerung, der afrokaribischen oder westindischen *community*.

Laut Volkszählung wohnten 1980 etwa 300.000 afrokaribische Einwanderer in New York City, von denen mehr als 80% nach 1965

gekommen sind. Die größten Einwanderergruppen kamen aus Jamaika, Haiti, Guyana und Trinidad/Tobago, die in den 80er Jahren alle vier zu den *top ten* der Herkunftsländer gehörten. Und über 55% der von der Volkszählung erfaßten afrokaribischen Einwanderer haben sich in New York City niedergelassen. Wenn man die nicht-legalisierten Migranten und in den USA geborene Kinder mitberücksichtigt, hat New York City gegenwärtig mindestens eine Million Einwohner afrokaribischer Herkunft und ist damit die Stadt mit den meisten karibischen Einwohnern auf der ganzen Welt, sozusagen metropolitane Außenstelle des karibischen Archipels.

Während historisch frühere Einwanderer aus der Karibik sich in der afroamerikanischen *community* in Harlem und Bedford Stuyvesant niederließen (und in gewisser Weise auch integrierten), sind die neuen westindischen Einwanderer vorwiegend nach Zentral-Brooklyn, aber auch nach Südost-Queens und in die nördliche Bronx gezogen und demonstrieren offen ihre westindische Herkunft. Interessanterweise haben sie sich nicht voneinander, gemäß ihrer nationalen und insularen Herkunft, separiert, wohl aber von den Latinos und schwarzen US-Amerikanern - von den weißen New Yorkern auch, aber das ist weniger subjektiven Präferenzen als dem weißen Rassismus geschuldet.

Die massenhafte Präsenz der neuen afrokaribischen Einwanderer in New York hat zu einer Infusion karibischer Lebensformen und -stile in das Sozialgefüge der Stadt geführt. Die karibischen *neighborhoods* bieten den Neuankömmlingen nicht nur Schutz und Unterstützung im Prozeß der Anpassung an ihre neue Umgebung. Sie haben sich zunehmend zum Zentrum einer internationalen afrokaribischen (Alltags)Kultur entwickelt. Nachbarschaftsinstitutionen wie Kirchen, Schulen und Kindergärten, aber auch Geschäfte und *street corners* haben in wachsendem Maße afrokaribische Züge angenommen. Wie in der Karibik spielt sich das soziale Leben zu einem großen Teil in der "Öffentlichkeit" ab. Eine ausgewogene Mischung von kommerziellen Aktivitäten und Wohngebiet hat einen öffentlichen, gleichwohl

nicht-anonymen Raum erzeugt, der den *neighborhoods* ihre spezifische Vitalität verleiht. Kurz gesagt, die Präsenz afrokaribischer Menschen hat eine Atmosphäre erzeugt, die weite Teile von New York City auch sinnlich wahrnehmbar zur 'Peripherie' bzw. zur 'Dritten Welt' in der Metropole haben werden lassen.

Die alltagskulturelle 'Dritte Welt'-isierung von New York City und die damit einhergehende Herausbildung einer internationalen afrokaribischen Identität und Kultur zeigt sich besonders im afrokaribischen Carnival, der jedes Jahr am Labor Day-Wochenende in Brooklyn stattfindet und sich, weitgehend unbeachtet von den nicht-karibischen New Yorkern und der nicht-karibischen Presse, zum größten ethnisch-kulturellen Spektakel Nordamerikas entwickelt hat.

## 5. Afrokaribische Identität und weiße Gesellschaft

Aber die Einwanderer haben nicht nur ihre Spuren in New York City hinterlassen und große Teile der Stadt "westindianisiert". New York bzw. die in der Stadt gemachten Erfahrungen haben ihrerseits auch die Migranten verändert. In dem Maße wie Einwanderer aus der gesamten englischsprachigen Karibik - aber auch aus Haiti - in denselben *neighborhoods* leben und täglichen Umgang miteinander pflegen, hat die Migrationserfahrung die Herausbildung einer kollektiven afrokaribischen Kultur und Identität verstärkt, nicht aber den Rekurs auf die jeweilige insulare bzw. nationale Herkunft. Bevölkerungsgruppen, die vor ihrer Wanderung in der Regel wenig Kontakt untereinander hatten, wurden und werden in New York City räumlich und sozial zusammengebracht und haben in der Folge ein umfassendes afrokaribisches Bewußtsein erzeugt, das die traditionellen insularen Begrenzungen überwinden hat. Dieses kollektive Selbstverständnis als "West Indian" bzw. "Afro-Caribbean", diese afrokaribische (Alltags)Kultur und Identität zeigen sich in

nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Netzwerken und Beziehungen, in den intensiven und extensiven Familienbeziehungen, in gemeinsamen 'Freizeit'aktivitäten, in der Artikulation gemeinsamer Interessen, in der Auseinandersetzung mit den vielfältigen Problemen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, im Hinblick auf Drogen und Kriminalität sowie die weitverbreiteten rassistischen Praktiken der Polizei und, last but not least, in einer über die jeweilige national-insulare Herkunft hinausgehenden Solidarität der afrokaribischen Einwanderer gegenüber (auch schwarzen) US-Amerikanern und anderen Einwanderergruppen<sup>5</sup>.

Im Unterschied zu den europäischen Einwanderern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sind die afrokaribischen Migranten weniger geneigt, sich zu assimilieren. Nicht zuletzt wegen des ständig erfahrenen Rassismus haben sie den "Traum von der Rückkehr" lebendig gehalten, selbst wenn er sich als äußerst schwierig zu realisieren herausgestellt hat. Darüber hinaus haben die geographische Nähe zur Heimat und relativ kostengünstige Verkehrsverbindungen zu einem kontinuierlichen Austausch von Menschen, Gütern, Kultur, Lebensstilen und Ideen geführt und damit zur Erhaltung starker familiärer und kultureller Bindungen an die Heimat beigetragen. Zugleich sind die neuen Formen eines afrokaribischen Bewußtseins wieder zurück in die Karibik vermittelt worden.

Andererseits hat das Leben in New York City die afrokaribischen Migranten mit einer 'rassistisch' gespaltenen Gesellschaft konfrontiert, die sie nicht nur rassistischen Diskriminierungen aussetzt, sondern - schlimmer - sie undifferenziert hinter die (immer noch existierende, wenngleich weniger rigide) *color line* verbannt. Während in der Karibik unterschiedliche Schattierungen der Hautfarbe eine Rolle spielen und Geld diejenigen, die es haben, "weißer macht", sind afrokaribische Migranten in den USA kategorisch *nicht-weiß* und können deshalb niemals, auch wenn sie noch so hellhäutig sind, Teil der weißen "Herrenvolk"-Gesellschaft werden. Die Reaktion der afrokaribischen Einwanderer auf diese Situation ist ambivalent. Einerseits haben sie versucht, den



'minderwertigen' Status der US-amerikanischen Schwarzen zu vermeiden, indem sie ihre Unterschiedlichkeit und afrokaribische Herkunft betont haben. Andererseits haben die Erfahrung des Rassismus gegenüber allen Afroamerikanern (und anderen *people of color*) ein Verständnis eines gemeinsamen "schwarzen Schicksals" hervorgebracht, das sich durchaus zu einem panafrikanischen Bewußtsein verdichten kann. Ein solches umfassendes "schwarzes Bewußtsein" zeigt sich insbesondere gegenüber dem weißen US-Amerika.

## 6. 'Dritte Welt'-isierung und "amerikanische Identität"

Angesichts der andauernden (und zunehmenden) Migrationsbewegungen aus der 'Dritten Welt' in den letzten 25 Jahren ist - wieder einmal - die Frage nach der "amerikanischen Identität" aufgeworfen worden, danach, ob die neuen Migrationsbewegungen die Identität der amerikanischen Gesellschaft verändern oder gar gefährden würden. So z.B. kürzlich in einem Artikel im *Time Magazine* (vom 9.4.1990), dessen Schlagzeile lautete: "Im 21. Jahrhundert - und das ist nicht mehr lang hin - werden rassische und ethnische Gruppen in den USA den Weißen zum ersten Mal zahlenmäßig überlegen sein. Die "Bräunung Amerikas" [the "browning of America"] wird alles in der Gesellschaft, von der Politik und Bildung zur Industrie, den Werten und der Kultur, verändern."

Die (alarmierende) Art, in der diese Frage aufgeworfen bzw. diskutiert wird, wirft ein Licht auf das Selbstverständnis - und die Ängste - (der weißen Mehrheit) der US-amerikanischen 'Öffentlichkeit'. Trotz bzw. wegen der Präsenz der von Anfang an größten aller ethnischen Gruppen, der Afroamerikaner, war der gesellschaftliche Konsens und die Identität der USA historisch eng mit der Gewährung 'rassischer' Privilegien für die weiße Mehrheit verbunden. In der Vergangenheit wurde die 'rassische' Ausgrenzung der afroamerikanischen

Bevölkerung und anderer *people of color* unter anderem dadurch aufrecht erhalten, daß die europäischen Einwanderer nicht nur amerikanisiert, sondern vor allem innerhalb der "weißen Rasse" integriert wurden. Dieser Weg dürfte angesichts der Verschiebung der Migrationsbewegungen zugunsten der 'Dritten Welt' nicht mehr ohne weiteres möglich sein. Damit eröffnet sich zum einen die Möglichkeit eines neuen, tatsächlich alle *people of color* umfassenden ethnisch-egalitären und demokratischen "Pluralismus", der sich ansatzweise in der (bislang mehrheitlich von Afroamerikanern getragenen) *Rainbow Coalition* gezeigt hat und in gewisser Weise auch in der Wahl von David Dinkins zum ersten nicht-weißen Bürgermeister von New York zum Ausdruck gekommen ist.

Zum anderen ist aber auch die Gefahr eines neuen "weißen Nativismus" gewachsen, der die Zugehörigkeit zur "weißen Rasse" zum wesentlichen Kriterium der amerikanischen Identität erhebt und sich auch gegen die zunehmende Präsenz der Migranten aus der 'Dritten Welt' richtet. Für letzteres spricht nicht nur die erneute Diskussion über die Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen, sondern auch, daß in einer multiethnischen und multikulturellen Stadt wie New York die 'rassische' und ethnische Segregation, insbesondere im Wohnbereich, aber auch polizeiliche Übergriffe und rassistisch motivierte Attacken auf Afroamerikaner und andere *people of color* deutlich zugenommen haben. Der neue weiße Nativismus und Rassismus (wie er auch in dem zitierten *Time*-Artikel zum Ausdruck gekommen ist) wird jedoch nur verständlich, wenn ausgesprochen wird, was (bisher?) kaum jemand sich öffentlich auszusprechen getraut hat, daß es nämlich letztlich um die Aufrechterhaltung der Anglo-Hegemonie bzw. der 'weißen Suprematie' als der Kernstruktur der 'amerikanischen Identität' geht. Zugleich ist das eigentliche Problem, das der gegenwärtige Zustrom von 'Dritte Welt'-Migranten wieder aufgeworfen hat, so alt wie die USA selbst. Es wurde von dem großen afroamerikanischen Historiker W.E.B. DuBois schon vor neunzig Jahren präzise benannt: "Das Problem des 20. Jahrhunderts ist das Problem



der *color line* [das Problem der 'Rassen'schranken]."

*Remco van Capelleveen*, Soziologe und Nordamerikanist lehrt am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der FU-Berlin;

## Anmerkungen

- 1 Die Einwanderung aus Afrika stieg zwar auch um ein Vielfaches von 0,7% in den 50er Jahren auf 2% in den 70er Jahren und 2,7% in den 80er Jahren, blieb aber insgesamt vergleichsweise unbedeutend.
- 2 Der vorliegende Forschungsbericht basiert auf meiner Habilitationsschrift *Amerikanische Odyssee: Afrokaribische Migranten in New York City* (Freie Universität Berlin 1990). Aus Platzgründen habe ich auf Literaturverweise verzichtet.
- 3 Der jamaikanische Dub Poet und Reggae-Musiker Mutabaruka hat dies sehr anschaulich in dem Lied "It's no good to stay in a white man country too long" besungen (Langspielplatte *Check It*, 1983).
- 4 Die entsprechende Volkszählungskategorie in den USA lautet "foreign born", im Ausland geboren. Sie hat gegenüber der im deutschen Sprachgebrauch üblichen Bezeichnung "Ausländer" den Vorteil, daß sie die Einwanderer nicht prinzipiell ausgrenzt. In den USA können ("im Ausland geborene") Einwanderer relativ leicht die amerikanische Staatszugehörigkeit erwerben. Mit der Einbürgerung, die in der Regel nach fünf Jahren Aufenthalt in den USA gewährt wird, werden sie zu "Amerikanern". Weil in Deutschland die Staatszugehörigkeit sich über das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) und nicht, wie in den USA und anderen europäischen Ländern, über das Territorialprinzip (*ius soli*) herstellt, können "Ausländer" im strikten Sinne niemals Deutsche werden. Auch die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder von Migranten bleiben "Ausländer", selbst wenn sie faktisch keine Beziehung zu ihrem "Heimatland" haben. Die Nürnberger "Rassengesetze" sind zwar offiziell außer Kraft, aber immer noch wird das "deutsche Volk" im offiziellen politischen Diskurs (vom populären Bewußtsein ganz zu schweigen) wesentlich durch eine mythische (und mystische) ethnische ("völkische") Herkunft bestimmt. Entsprechend sind "Ausländer" (im Unterschied zu "Aus- und Übersiedlern") a priori von der Zugehörigkeit zum "deutschen Volk" ausgeschlossen. Das ist der tiefere Sinn des Diktums "Deutschland ist kein Einwanderungsland", der im Recht der Aus- und Übersiedler, im Ausländerrecht und in den Einbürgerungsrichtlinien fortlebt und darüber hinaus in der "Wiedervereinigung" neuen Auftrieb erhalten hat. Dies bedeutet natürlich nicht, daß in den USA (und anderen europäischen Ländern) keine rassistische Ausgrenzung stattfindet. In den USA vollzieht sich die rassistische Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft, entlang der *color line*, wird dadurch aber zugleich erfahrbar und zum Gegenstand innergesell-
- 5 Die These der Herausbildung einer kollektiven internationalen afrokaribischen Identität basiert auf den Ergebnissen einer Feldstudie, die ich in der afrokaribischen *community* in New York City durchgeführt habe. Der Natur der Sache gemäß läßt sie sich allerdings nicht durch 'harte' Fakten belegen. Sie zeigt sich eher in (kollektiven) Verhaltensweisen, kulturellen Artefakten und subjektiven Orientierungen und Deutungsmustern (siehe dazu ausführlicher meine Habilitationsschrift).

Karin Meffert

## Zwischen Stadt und Staat:

### Städtische Bewegung am Beispiel Mexiko-Stadt<sup>1</sup>

Dem größten Ballungsgebiet der Erde, dem Großraum Mexiko-Stadt, gehen langsam die Luft und das Wasser aus. Für die Hungerflüchtlinge vom Land ist in der 20-Millionen-Metropole immer weniger Platz. Acht Jahre Schuldenkrise und Austeritätspolitik haben Kaufkraft und Lebensstandard auch der Mittelschichten auf die Hälfte zusammenschrumpfen lassen. Der Revolutionspartei, die sich über 60 Jahre an der Macht gehalten hat, geht es in der Amtsperiode des jetzigen Präsidenten Salinas de Gortari ums politische Überleben und um die politische Kontrolle dieses in Mexico City lebenden Viertels der mexikanischen Bevölkerung, das ihr entglitten ist und in den letzten Wahlen 1988 gegen sie gestimmt hat.

Die Steuerung des modernen Giganten erfolgt unter Bedingungen der absoluten Monarchie der Frühmoderne: Sie könnte zentralistischer und undemokratischer nicht sein. Die mexikanische Hauptstadt untersteht - ohne Einschränkung durch eine legislative Gewalt - einem "Regenten", der vom Präsidenten ernannt wird und dessen Kabinett angehört. Die zentralen Planungsbehörden sind von ihrer Aufgabe überfordert. Sie haben Mittelschichtenbewußtsein und legen industriegesellschaftliche Stadtplanungsstandards an, die an den drängenden Problemen der Dritt-Welt-Metropole vorbeigehen: die Illegalität vieler Siedlungen und ihre Forderung nach Regelung der Grundbesitzverhältnisse, ihre ungeheuren Infrastrukturdefizite vor allem in der Wasserversorgung und im Transportwesen. Hinzugekommen sind seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 1982 die Mieter- und Obdachlosenproblematik (die Forderung nach einem Mieterschutzgesetz), die sich nach dem schweren Erdbeben von 1985 akzentuierte, und - seit dem Flammeninferno von San Juanico 1984 - die Forderung nach Auslagerung umwelt- und lebensgefährdender Industriebetriebe.

Betroffen sind von diesen städtischen Problemen in erster Linie die städtischen Unter-

schichten. Auch das Umweltproblem und die Frauendiskriminierung nehmen dort unmittelbar lebens- und existenzbedrohende Züge an. *Der gesellschaftliche Interessengegensatz überlagert und fragmentiert die Artikulation der spezifisch neuen Themen:* Ein Zusammengehen der MUP<sup>2</sup> mit der bürgerlichen Ökologie-Bewegung ist ausgeschlossen, solange letztere in den städtischen Massen die Hauptverantwortlichen für die Umweltverschmutzung sieht und die gewaltsame Eliminierung von Elendsvierteln begrüßt. Während die Partikularinteressen der Oberschicht und gehobenen Mittelschicht in den Stadtplanern und dem Regenten die bestmögliche Lobby haben, sind die städtischen Unterschichten auf Protest angewiesen, um sich Gehör zu verschaffen. Denn die konventionellen Partizipations- und Distributionskanäle über die korporativ strukturierte Revolutionspartei sind durch Korruption verstopft und ihre Geldquellen allmählich versiegt, seit Mexiko in den frühen 40er Jahren auf Wachstumsdiktat gestellt wurde. Entstalinisierung und Kubanische Revolution weckten die Kräfte, die die ersten Emanzipationsversuche von der Kontrollmacht der offiziellen Partei trugen. Soziale Trägergruppen der frühen Protestbewegungen sind die traditionellen Bewegungsakteure - Arbeiter und Bauern -, aber mit den Studenten auch Teile der neuen Mittelschichten, während die marginalen Menschenmassen der Städte, die sich erst seit dem Urbanisierungsschub der 60er Jahre bildeten, ab den 70er Jahren relevant und in den 80er Jahren als Protestgruppen dominant wurden.

*In Lateinamerika liegen die neuen sozialen Bewegungen nicht quer zum Klassenkonflikt - sie setzen ihn vielmehr an einer Vielzahl von Fronten mit neuen Mitteln fort, nachdem die pazifizierende Wirkung populistischer Reformepochen nachgelassen hat. Die neuen Themen haben es unter dem Druck gesellschaftspolitischer Polarisierung schwer, eigenständige, kohärente Bewegungen auszubilden. In den exi-*

stierenden Bewegungen verbinden sich alte und neue Themen im Kampf gegen einen kapitalintensiven, wachstumsfixierten Entwicklungsweg, der die regionalen und sozialen Ungleichheiten unerträglich verschärft hat, so daß die Rede von einer Dualisierung der Gesellschaft (Touraine) nicht abwegig ist.

*Das Themenspektrum einer einzelnen Teilbewegung - wie das der MUP von Mexiko-Stadt - spiegelt den gesamten Problemdruck der Entwicklungsgesellschaft, die Entwicklungsprobleme akkumuliert, welche in westlichen Industriegesellschaften nacheinander thematisiert wurden:*

- das Problem nationaler Souveränität;
- das Defizit an liberalen Grund- und Menschenrechten, an Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und parlamentarischer Demokratie;
- die soziale Frage der Marginalisierung breiter Bevölkerungsgruppen im Modernisierungsprozeß;
- Probleme der Umweltzerstörung, der Zerstörung natürlich gewachsener Lebensräume und -formen, kultureller Identitäten sowie die Forderung nach individueller Selbstbestimmung und nach Dezentralisierung, Selbstverwaltung und direkter Demokratie auf kommunaler Ebene.

*Innerhalb dieser Teilbewegung vollzieht sich entlang der politischen Richtungsdifferenzierung der mexikanischen Linken eine Arbeitsteilung:* Auf die soziale Frage gibt es zunächst eine staatsorientierte Antwort, die primär auf den Machtwechsel zielt und Pluralismus, Demokratie und nationale Souveränität auf ihre Fahnen schreibt. Ihre Strategie ist diejenige der Kräfteakkumulation, die nach Gramscis Konzept der Gegenhegemonie vorgeht, der herrschenden Revolutionspartei Organisations- und Legitimationsressourcen entzieht und über Parteibildung und Medienarbeit absorbiert. Dieser Weg wurde in den 60er Jahren von der Kommunistischen Partei eingeschlagen, als sie sich gemeinsam mit den Reformkräften aus dem herrschenden nationalrevolutionären Lager daran machte, die frühen Protestbewegungen

der 60er Jahre (Arbeiter, Bauern, Studenten) unter einem sich völlig verhärtenden Regime zu organisieren. Die KP ließ sich dann aber auf die "Politische Öffnung" des Regimes ein und verständigte sich mit ihm auf Universitätsreformen - ein Reformkurs, der nach der Eskalation der Repression von 1968 und 1971<sup>3</sup> nicht mehr von der Mehrheit der politisierten und radikalisierten studentischen Aktivisten getragen wurde und zu ihrer Abspaltung von der KP führte, der aber vom Regime nach der Wahlrechtsreform von 1977 mit der Zulassung der verbotenen KP und ihrem Aufstieg zur stimmenmäßig führenden Partei der Linken belohnt wurde.

Auch die *Bewegungsakteure* wußten auf die soziale Frage, die sich seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise und der ersten Peso-Abwertung von 1982 in voller Härte stellt, zunächst nur die staatsorientierte Antwort - allerdings in Form der demonstrativen Drohgebärde des "nationalen zivilen Streiks"<sup>4</sup>. Die Aktionsform war in Mexiko neu, doch die *Akkumulations- und Konfrontationsstrategie* stammte noch aus den Anfängen der Bewegung, den frühen 70er Jahren, als die studentischen Aktivistengruppen, welche sich vom Reformkurs ihrer oft kommunistischen Interessenvertreter abgesetzt hatten, an die Peripherie der Städte, aufs Land und in die Betriebe gingen, um sich eine revolutionäre Basis zu schaffen.

Erst das Scheitern der "Lebenshaltungskostenbewegung" führte zum *Umdenken*: In einem weitreichenden Strategiebeschluß besann sich 1984 die CONAMUP<sup>5</sup> auf die *Selbsthilfe-* und *Selbstverwaltungserfahrungen* ihrer Stadtteilorganisationen und beschloß, alternative Lösungsansätze für die städtischen Probleme zu entwickeln und zur Verhandlungsgrundlage mit der auf Sparkurs gebrachten Verwaltung zu machen. Folgenloser Protest und Konfrontation sollten durch eine Taktik der antagonistischen Kooperation überwunden werden, welche Mobilisierungen an konkrete Verhandlungsziele knüpft. In der Verschränkung von gesellschaftlichem Experiment mit wissenschaftlicher Forschung und im internationalen Erfahrungsaustausch mit NGOs und anderen Stadtteilorganisationen<sup>6</sup> entsteht



schrittweise ein *Gegenexpertentum*, das für das Obdachlosenproblem der Dritt-Welt-Metropole bereits ein Modell entwickelt hat: El Molino, wo eine Kooperative von mehr als tausend Familien dem Staat Bauland und einen Kollektivkredit abtrotzte, ihren Stadtteil gemeinsam plante und baute und den Kredit bereits binnen weniger Jahre abbezahlt hat<sup>7</sup>. Ein solches Projekt verlangt nicht nur die intensive Mobilisierung jedes einzelnen und eine ausgeprägte basisdemokratische Kultur der Organisation, sondern auch die Existenz von staatlichen Baukreditprogrammen, deren Konditionen auf die reale Finanzlage der Bevölkerungsmehrheit zugeschnitten sind, und eine offensive Raumplanungspolitik, die mehr staatliche Bodenreserven schafft. Der Einfluß solcher Modelle ist unter den gegebenen politischen Machtverhältnissen begrenzt. Zwar sind die Technokraten der Regierung von solch billigen Lösungsansätzen beeindruckt, doch läßt ihr neoliberaler Sparkurs die Bedingungen für ihre Realisierung im großen Maßstab eher noch schrumpfen. Andererseits ist der Umgang des Regimes mit den sozialen Bewegungen unter dem Vormarsch der Technokraten differenzierter geworden. Ihre Zusammenarbeit mit den Gegenexperten der MUP wird jedoch durch das erdrückende Gewicht gesellschaftspolitischer Polarisierung blockiert und von den Machtpolitikern auf beiden Seiten gebremst.

*Die Spaltung der mexikanischen Linken in Partei- und Bewegungsaktivisten* war um 1970 mit der Radikalisierung eines Teils der Studentenschaft entstanden, verlief entlang der ideologischen Zugehörigkeit zur Alten oder Neuen Linken, entlang der Frage von Reform oder Revolution, von einer Strategie des "Stellungskriegs" (nach Gramsci) oder des Frontalangriffs. Sie war durch die Wahlrechtsreform von 1977 von einem Regime festgeschrieben worden, das massiv gegen die sozialen Bewegungen vorging, während es das Parteiensystem öffnete. Sie wirkte bis in die Lebenshaltungskostenbewegung von 1983 hinein, an der die Partei um die Ex-Kommunisten und ihre alten Vorfeldorganisationen nur halbherzig mitwirkten und ihre eigenen parallelen Organi-

sationen bildeten. *Die Spaltung beruhte auf dem Nebeneinander zweier konkurrierender Strategien der Machtergreifung*. Sie fand ihr Ende in der Niederlage der sozialen Bewegungen und ihrem Verzicht auf eine Strategie der Gegenmacht. Seither wirken die Parteien stärker in der Bewegungsarbeit mit und die machtorientierten Bewegungsorganisationen in den Parteien. *Die dominante Konfliktlinie verläuft heute nicht mehr zwischen Parteien und Bewegungen, sondern zwischen den machtorientierten Bewegungsorganisationen, die auf Parteilkurs gegangen sind, und den übrigen Bewegungsorganisationen, die sich vom zentripetalen Konzentrationsprozeß um die alte Achse der KP nicht vereinnahmen lassen wollen, da sie sich vom Machtwechsel noch keinen Strukturwandel versprechen, sondern nur bessere Arbeits- und Verhandlungsbedingungen.*

Über Jahrzehnte hinweg hat sich das Regime als Statthalter der Mexikanischen Revolution an der Macht halten können und die Hegemoniestrategie Gramscis vortrefflich beherrscht: Indem die staatstragende Revolutionspartei die machtvolle nationalpopulistische Tradition der Linken verkörperte, hat sie diese immer wieder um personelle, organisatorische und ideologisch-diskursive Ressourcen bringen können. Im Zuge seiner neoliberalen proamerikanischen Politik hat das Regime 1987 mit seinem eigenen Legitimationsflügel gebrochen und ihn an die große Koalition um die KP verloren. Die Anziehungskraft dieser Opposition beruht auf der brisanten Verbindung von nationaler mit sozialer Frage, auf der Erneuerung der großen historischen Themen der Mexikanischen Revolution. Sie erfaßt im Bewegungssektor diejenigen politischen Strömungen, die aus der KP hervorgingen bzw. mit ihrer primär antiimperialistischen Argumentation den nationalpopulistischen Dissidenten aus der Revolutionspartei nahestehen. Deren Leitfigur ist Cuauhtémoc Cárdenas, der bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 gewonnen haben will. *Als "Bürgerbewegung" haben sie sich seither von der CONAMUP abgesetzt und dem Machtwechsel verschrieben.*

Übrig bleiben die stärker internationalistisch

und komunitär gestimmten Strömungen, allen voran die "Massenlinie", die neben den christlichen Basisgemeinden landesweit die mächtigste Basisbewegung aufgebaut hat und die CONAMUP als ihr Projekt verteidigt. Ihr maoistischer Organisationsansatz war in den frühen 70er Jahren der einzige, der konsequent in den weiten, unterversorgten Elendsgebieten ansetzte, d.h. bezogen auf den Osten von Mexiko-Stadt, während die meisten anderen Strömungen im Westen der Stadt die Konfrontation mit der Bourgeoisie suchten und zugrundegingen oder im industrialisierten, infrastrukturell und organisatorisch weit besser versorgten Norden von Mexiko City um die Industriearbeiterschaft untereinander und mit den mächtigen offiziellen Gewerkschaften konkurrierten. Die "Massenlinie" wurde zur führenden Kraft in der MUP, weil sie am ökonomischen Kernproblem abhängiger Urbanisierung ansetzte - der Diskrepanz zwischen Urbanisierung und Industrialisierung - und sich der marginalen Massen im Tertiärsektor annahm, anstatt sich auf die Industriearbeiterschaft zu versteifen. Der Erfolg und die Qualität ihrer Stadteilarbeit hängen sowohl mit Elementen des maoistischen Konzepts zusammen (Kaderdisziplin und intensive Mobilisierung, Massenverherrlichung und Intellektuellenkritik, Isolationsstrategie der "befreiten Territorien" und die daraus resultierende Selbstverwaltungspraxis) als auch mit dessen Überwindung in tiefgreifenden wechselseitigen Lernprozessen mit den von ihnen mobilisierten Massen. Die Revolutionäre von damals können sich heute selbstkritisch als dogmatisch und autoritär bezeichnen und haben den Weg zu einem differenzierten *basisdemokratischen Organisationskonzept* gefunden.

In der Hauptstadt, der Wiege politischer Parteien, ist die "Massenlinie" in die Defensive geraten. Die Dynamik der Bewegung hat sich mit Öffnung der politischen Chancenstruktur auf die Parteebene und in das Zentrum der Hauptstadt, das hochsensible Zentrum der Macht, verlagert, dessen Mieter- und Obdachlosenproblematik sich die prokubanische Linie nach dem Scheitern der Guerrilla für ihr extensives Mobilisierungskonzept ausgesucht hatte.

Das schwere Erdbeben von 1985, das weite Teile des Stadtzentrums verwüstete, trug dazu bei, daß sich der Fokus der städtischen Bewegung von der Peripherie weg verlagerte, die Parteien verstärkt in die Stadteilarbeit einstiegen, der prokubanische Bewegungsfügel Führungsansprüche stellte und sich die Öffentlichkeitsproduktion der Bewegung gewaltig veränderte: Nach dem Erdbeben entdeckten die bürgerlichen Medien die Bewegung, entdeckten im sozialstrukturell heterogenen Stadtzentrum "den Bürger", nachdem sie jahrelang die Bewegungsaktivitäten der Peripherie mit Nichtbeachtung oder Negativberichterstattung ins gesellschaftliche Abseits gestellt hatten. Während die "Massenlinie" an der Peripherie Gegenexperten hervorbringt und ihre Lösungsansätze nicht über ein informiertes Publikum hinausgelangen, hat die primär machtorientierte Strömung im Zentrum, der es als "Bürgerbewegung" um die öffentliche Meinung geht, vor allem *Medienexperten* hervorgebracht. Sie hat eine Vielzahl expressiver und symbolischer Aktionsformen entwickelt, darunter die Identifikationsfigur des Superbarrio - eine Art "Demonstrations- und Straßenöffentlichkeit" (K.H. Stamm). Sie hat sich mit der mächtigen Medienindustrie bis Hollywood verbündet und mag sicherlich zum Machtwechsel beitragen. Doch wie bei allen staatsorientierten Bewegungen ist die Distanz zwischen Führungsgruppen und Basis erheblich und ihr Verhältnis ein instrumentelles: Im Medienzeitalter sozialer Bewegungen verschmilzt die Basis mit dem Publikum.

Demgegenüber hat der erzieherische Impetus der "Massenlinie", der im postmodernen Irrlicht schwerfällig daherkommt und hoffnungslos veraltet wirkt, Selbstverwaltung und Autonomie geübt sowie Toleranz, Entscheidungs- und Handlungskompetenz beim einzelnen entwickelt. Sie hält am "neuen politischen Paradigma", am Prinzip der Unabhängigkeit der Bewegungsorganisationen, nicht nur gegenüber den korporativen Integrationsgelüsten der Regierungspartei fest; die Bewegungsautonomie soll auch gegenüber Oppositionsparteien gewahrt werden. Sie will das Verhältnis von Par-



tei und Bewegung umkehren und arbeitet auch mit Blick auf die Grünen an der Idee einer dezentral (regional) strukturierten Bewegungspartei. Die CONAMUP, deren assoziative Struktur auf territorialer Grundlage und ihren politischen Pluralismus hält sie auch weiterhin für die zukunftsweisende Koordinationsform der Städtischen Bewegung. Sie hat neue Themen integriert, gegen das risikobehaftete Kernkraftwerk Laguna Verde östlich des Ballungsgebiets mobilisiert und bereits vor Jahren eine proletarische Frauenbewegung hervorgebracht. Unbeirrt vom scheinbar imminenten Machtwechsel folgt sie ihrem Ziel eines alternativen Entwicklungswegs und weitreichenden Strukturwandels, wenn auch mit neuen Mitteln: Erstmals haben sich die politisch enghalsigen Organisationen der "Massenlinie" 1988 am Wahlgeschehen beteiligt und mit ihrem Gewicht den Machtwechsel zu beschleunigen versucht. Doch der neue "radikale Pragmatismus" ihrer Gegenexperten verlangt nach einer Bindung wahlpolitischer Absprachen an eine inhaltliche Verhandlungsgrundlage.

Die Stadtteilarbeit der "Massenlinie" kommt unserer restriktiven Vorstellung von neuer sozialer Bewegung am nächsten. Sie ist immer das politische Herzstück der Städtischen Bewegung Mexikos gewesen. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sie sich im Rahmen "antagonistischer Kooperation" mit den Technokraten der jeweiligen Regierung auf ihre Interessengruppenfunktion reduzieren läßt und daß die eher staatsorientierten Bewegungsorganisationen in Oppositionsparteien aufgehen. Damit würde diese Bewegung zerfallen und ihre Geburtshelferrolle auf dem Weg zu einer pluralistischen Demokratie verlieren.

## Anmerkungen

- 1 Feldforschungsphase 1988/89 im Rahmen meiner Dissertation. Publiziert wurden bisher Ergebnisse in *Trialong* 22 (1989), *Lateinamerika. Analysen und Berichte* 14 (1990) und in *Revista*, Nr. 3 (Heidelberg, 1990).
- 2 Selbstbezeichnung als "movimiento urbano popular" (wörtlich: "städtische Volksbewegung"). Die Terminologie schwankt in der BRD zwischen der "Städtischen Bewegung" der Bewegungsforschung (M. Mayer) und der "Stadtteilbewegung" der Dritt-Weit-Forschung (T. Evers u.a., Hanisch).
- 3 Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte im Rahmen der Vorbereitungen zur Olympiade hat am 2. Oktober 1968 auf dem Platz der Drei Kulturen mehr als 300 Tote gefordert. Am 10. Juni 1971 sollen es rechtsextreme paramilitärische Gruppen gewesen sein, die die demonstrierenden Studenten beschossen.
- 4 Die nationalen Protesttage gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, Massenarbeitslosigkeit und Reallohnschwund, Austeritätskurs und Schuldendrückzahlung fanden am 18. Oktober 1983 und am 5. Juni 1984 statt und waren Teil einer Welle von Protestaktivitäten, welche von Juni 1983 an in der "Asamblea Nacional Obrera Campesina Popular" partei- und bewegungsübergreifend vereinbart wurden.
- 5 1980 gegründeter Verbund der Stadtteilorganisationen Mexikos (Coordinadora Nacional del Movimiento Urbano Popular).
- 6 Im Internationalen Jahr der Obdachlosen 1987 entstand in Managua die FCOC (Frente Continental de Organizaciones Comunales), der kontinentale Zusammenschluß kommunaler Organisationen, die zusammen mit der nordamerikanischen Homeless-Bewegung in der 6th-of-October-Coalition eine "Karawane der Obdachlosen" zur UNO organisieren. Das Folgetreffen richtete im vergangenen April die CONAMUP in Mexico aus.
- 7 Vgl. Karin Meffert, *Co-operative Self-help housing. The Case of El Molino in Mexico City*, in: Kosta Mathey (ed.), *Beyond Self-Help Housing*, London (i.E.).

Klaus Novy

# Alte und neue soziale Bewegungen als Bauherren

## 1. Ein anderer Blick auf die Stadt

Der Blick auf die Stadt seitens der kritischen Sozialwissenschaften blieb meistens merkwürdig einseitig und verkürzt. Stadt wurde begriffen als Ort der Herrschaft, geprägt durch die objektiven Gesetze der internationalen Arbeitsteilung, der Bodenspekulation und der marktwirtschaftlichen Standortverteilung. Die gebaute Gestalt der Stadt wurde analog als Ausdruck dieser Kräfte und Herrschaftsinstanzen interpretiert. Selbst die jüngste Urbanitätsdebatte (vgl. Häußermann/Siebel 1987) führt die Wiederentdeckung, Reurbanisierung und Reästhetisierung der Innenstädte eher auf zynische Strategien der Stadtvermarktung durch großangelegte Inszenierungen zurück denn auf veränderte Haltungen und Handlungen ihrer Bewohner und politischen Vertretungen. Der Verdacht auf kapitalistische Warenästhetik scheint ubiquitär. Das Ergebnis ist oft ein weinerlicher Strukturfatalismus und eine selbstsuggerierte Ohnmachthaltung gegenüber der scheinbar universalen Fremdbestimmtheit.

Anders als in diesen von großen historischen Logiken berichtenden üblichen Wahrnehmungs- und Darstellungsweisen der Stadt möchte ich hier die soziale Praxis sozialer Bewegungen ins Zentrum rücken. Raum wird hier verstanden als Ort menschlicher Lebenspraxis, der auch von dieser - zunächst direkt, später reflexiv - gestaltet wird. Im Mittelpunkt stehen die Formen und Weisen, wie Menschen ihre Interessen aktiv, oft reformpolitisch umsetzen. "Soziale Bewegungen als Subjekte" ist die hier vorgestellte Perspektive auf die Stadt, und zwar als Subjekte einer aktiven Reformpolitik in allen Sparten, als Städtebausubjekte und Reformbauherren. Es ist vor allem Evers (1987), der auf den "Akteursansatz" insistiert in einer Forschungs- und Wahrnehmungsszene, die immer noch dazu neigt, den Systemlogiken Erklä-

rungsdominanz zuzuweisen. "Es geht nicht an, auf der einen Seite die Bedeutung sozialer Bewegungen zu beschwören und auf der anderen Seite mit einem theoretischen Vorverständnis zu operieren, das verselbständigten (ökonomischen) Strukturen und Systemen Vorrang vor sozialen Akteuren einräumt... Hervorzuheben ist heute der Beitrag von sozialen Bewegungen im Sinne artikulierter Subjektivität für eine Restrukturierung von Lebenswelten. Gerade von ihrer Bekräftigung lebt heute Urbanität gegenüber den Zugriffen von Vermarktungs- und dazu komplementären Etatisierungsprozessen... Die Rolle der Subjektivität und dem was sie an sozialer Bewegung enthält, besteht bezogen auf die Stadt als räumliches System in der Herstellung dessen, was man den 'konkreten Ort' nennen könnte" (Evers 1987, 199ff).

Wenn Städte "Selbstdarstellungen von Kollektiven" (Mitscherlich 1966,16) sind und Architektur "soziale Schöpfung" (Bloch 1973, 870) ist, dann fragt man sich, wieso wir verlernt haben, dies auch so wahrzunehmen. Hat die Architektur aufgehört zu sprechen, es aufgegeben, architecture parlante zu sein? Haben wir das Lesen, das Entziffern verlernt, ja das Interesse verloren?

Sozialreform, Sozialpolitik und soziale Bewegungen vollziehen sich immer im Raum, meistens im städtischen Raum; sie verändern diesen, gestalten diesen, ja sie schaffen konkrete Orte, identifizierbare Orte. Und dennoch verzichten alle Analysen auf die Ebene der Visualisierung. Die Sozialwissenschaften erwiesen sich bisher als raumindifferent und bilderfeindlich. Die oft empfundene, manchmal offen kritisierte Abstraktheit der Sozialwissenschaften mag auch hierin ihre Ursache haben. Jüngst scheinen sich die Haltungen zu verändern. Lipp (1986, 332) konstatiert zu Recht eine neue "Raumbetroffenheit", eine neue "Ortskultur". "Ging man bisher 'mit der Zeit', schritt man



progressiv durch die Zeit, so steht und lebt man wieder auch im Raum."

Überraschend, aber wahr: Soziale Bewegungen, also demokratische Gemeinschaften im vor- und halbstaatlichen Bereich, wurden in ihrer Rolle als Bauherren bisher nie systematisch gewürdigt. "Stadt ist - gelungen oder mißlungen, kultiviert oder trübsinnig - Gruppenausdruck und Ausdruck der Geschichte von Gruppen, ihrer Machtentfaltung und Untergänge; ein unsichtbares, aber ein sehr wirksames Band verknüpft Einstellungen, Mentalität, Beweglichkeit, Traditionalismus der in der Stadt lebenden Geschlechterfolge" (Mitscherlich 1966, 32).

In früheren Arbeiten haben wir vor allem die Rolle der Genossenschaften als soziale Bauherren gewürdigt (Novy u.a.1985; Novy/Prinz 1985). Vor allem die Baugenossenschaften haben oft Pionierleistungen vollbracht (Novy 1983; Novy/Förster 1985; Novy 1986). In einer soeben veröffentlichten Untersuchung geht es um die ganze Breite sozialer Bewegungen und ihrer Materialisierung in der Stadt (vgl.Novy/Mersmann/Hombach 1990).

Einige dieser Merkmale lassen sich auch als die "positive Ökonomie sozialer Bewegungen" fassen (Novy 1982), die - anders als der Kampf um Schutzrechte (Kern der Gewerkschaftsgeschichte) - bisher wenig Interesse in der Literatur fand. Durchgängig handelt es sich bei den hier dokumentierten "Reformen" um aktive, positive Gestaltungs-, Raumeignungs- und Symbolproduktionsprozesse. Lebensraum wird aktiv gestaltet, umgestaltet, wird symbolisch belegt und identifizierbar. Neue Einrichtungen im städtischen Raum werden geschaffen. Ein Stück Utopie wird greifbar, wird konkret, ja wird Alltag. Die Sichtbarkeit, diese visuelle Dimension, unterscheidet diese "Kampfformen" sozialer Bewegungen von jenen, die - mindestens so wichtig - Schutz- und Teilhaberechte gegenüber den Zumutungen des Kapitals ertrotzen (Arbeits- und Tarifrecht).

Dabei handelt es sich bei den hier gemeinten Objekten zumindestens in ihrer Zeit um Erfolge, um Errungenschaften, um ein Stück gebaute Zukunft, "vorausgebaute Heimat" (Bloch

1973, 872), sichtbar für Freunde und Gegner. Merkwürdigerweise werden diese positiven stadträumlichen Aneignungsprozesse trotz ihrer Konkretheit in der Nachkriegsgeschichtsschreibung und Traditionspflege noch mehr verdrängt als viel weniger greifbare politische Ereignisse und Niederlagen. Auch tragen die hier vorgestellten Reformprojekte Spuren des Kampfes, der Beteiligung und Aneignung, kurz der Subjektivität der Beteiligten; gleichwohl hat es - mit der Ausnahme vieler Genossenschaftssiedlungen - nicht gereicht, diese Erinnerungen wach zu halten.

## 2. Soziale Bewegungen als Bauherren

Heimann, einer der bedeutenden Sozialökonomien und Sozialpolitiker der Weimarer Republik und Vertreter einer "positiven Theorie der Sozialpolitik und Sozialreform", umschrieb Sozialpolitik folgendermaßen: "Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus, ... ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Bewegung" (1929/80, 290). Heute würde man selbstverständlich nicht mehr - auch nicht rückschauend - von "sozialer Bewegung" im Singular sprechen. Die Rede vom "institutionellen Niederschlag" will ich konkret stadträumlich, ja architektonisch verstehen. Im Prozeß der Durchsetzung sozialer Reformen werden soziale Bewegungen notwendigerweise Bauherren, ja bei größeren Aufgaben städtebauliche Subjekte. In dieser Perspektive geht es um greifbare, sichtbare, manchmal symbolgeladene und bedeutungsträchtige Bauten und städtebauliche Vorgaben. Es geht auch um die entstehungsgeschichtlich vorhandene, später aber oft vergessene Einheit sozialer und stadträumlicher-baulicher Innovation und Gestaltung. Inhalt und Form der Reformpolitik können im städtischen Gewebe sichtbar gemacht werden.

Während die "Ikonographie der Macht" (Warnke) einigermaßen bewußt wahrgenommen wird, so wurde das Phänomen der "Demokratie als Bauherr" (Arndt 1961/84) bisher ausschließlich im Sinne der Bautätigkeit und Repräsentation des Staates interpretiert. Nur Hackelsberger (1989) hat der Debatte um "Demokratie als Bauherr" eine neue Wende gegeben, indem er darauf hinwies, daß Demokratie nicht an bedeutungsschwangerer Staatsarchitektur zu messen sei, sondern an privater Baukultur und bescheidenen, unaufdringlichen Staatsbauten. Hackelsberger lenkt zwar schon den Blick in den vorstaatlichen Bereich, kommt jedoch nicht an die von uns gemeinten Bauherren heran. "Solide Demokratie glänzt baulich durch die Wohnungen für ihre Bürger, in ihren Schulen, Krankenhäusern und Brücken, niemals oder nur ganz zufällig durch Gehäuse für ihre Körperschaften, die sich in diesen spiegeln" (Hackelsberger 1989, 493).

Meine Arbeitsthese fragt nach einer möglichen Einheit von sozialer und ästhetisch-symbolischer Innovation bei neuen Reforminstitutionen. Kulturell verantwortliches Bauen wird meistens nur von selbstnutzenden Bauherren betrieben. In diese Rolle gerieten einige der größeren Organisationen der hier gemeinten Reformbewegungen. Vor dem Ersten Weltkrieg waren dies beispielsweise Baugenossenschaften, AOKs, Volkshäuser. Vor allem die Konsumvereine und Baugenossenschaften sorgten für neue Qualitätsmaßstäbe. Mit Warnke (1984) kann man annehmen, daß es sich hierbei um "politische Architektur" handelt und damit um "gebaute Bedeutungsabsichten", um deren Entschlüsselung (Ikonographie) sich noch niemand gekümmert hat. Ohne die These überstrapazieren zu wollen - Warnke selbst warnt ja vor einer schematischen Anwendung des "Ausdrucksgedankens" -, sei jedoch schon hier behauptet, daß bestimmte Bauherren in diesem sozialreformerrisch-sozialpolitischen Feld stil-, haltungs- und symbolbewußt operieren. Die Landesversicherungsanstalten und Knappschaften beispielsweise waren - trotz Selbstverwaltungsansatz - eher bemüht, sich als loyaler Teil des wilhelminischen Staates zu verstehen und bauten rück-

wärtsgewandt-historistisch und dabei oft mit übertriebenem Prunk. Die Arbeitsämter und Ortskrankenkassen hingegen - viel stärker verankert in der Arbeiterbewegung - gaben sich fortschrittsgläubig - auch in der architektonischen Formensprache. Ähnliches gilt für die Volks- und Gewerkschaftshäuser, soweit sie nicht einfach gebraucht erworben wurden. Warum aber gibt es noch keine (Bild-) Geschichte der Gewerkschaften als Bauherren, der Volkshausbewegung, der Bauten der Arbeitsmarktverwaltung, der AOKs und anderen Reforminstitutionen? Besonders interessant dabei ist, wie ähnlich oder unterschiedlich die symbolische Selbstdarstellung ausfällt. Mit unserem neuen "Reformführer" wollen wir zeigen (Novy u.a.1990), wie es durch Pluralisierung der Reformträger seit der Jahrhundertwende und vor allem nach 1919 systematisch zur "Produktion" ästhetischer Vielfalt kommt (Novy 1989). Beachtenswert ist allerdings Warnkes Hinweis (1984, 12): "Die Rekonstruktion der Bedeutungsabsichten, die etwa Bauherren mit einer Architektur verfolgen, ist notwendig, nicht damit sich die ästhetische Erfahrung in Einklang, sondern damit sie sich in Differenz zu jenen Absichten bringen kann: Im Bewußtsein dieser Diskrepanz erfährt sie ihre historische Berechtigung und ihren aktuellen Sinn."

### 3. Beispiel: Wohnreformbewegung

Die europäischen Charakterstädte wurden geprägt durch die großen städtischen Akteure - Kirche, Adel, Großbürgertum, Banken usw. -, die als selbstnutzende Bauherren Städtebau und Architektur zur Selbstdarstellung nutzten. Diese Kräfte gaben den Städten ihr Gepräge - wo nicht zerstört - bis heute. Mit der Industrialisierung, der Landflucht, Proletarisierung und Verstädterung, der Trennung von Bauherrschaft und Nutzung entstanden anonyme spekulative Bauherren, die im großen Maßstab Vorratsbau

betrieben mit entsprechend minderwertigen Ergebnissen. Ganze Stadtteile und Städte entstanden nach Rasterplanungen als dicht verbaute Mietskasernen, "versteinerte Albträume", wie sie Mitscherlich (1966, 28) nannte. Es gab zwei Reaktionslinien auf diesen Baukulturverfall: einmal die Übernahme der Verantwortung seitens des Staates, d.h. der Kommune, die mühsame Durchsetzung eines Baurechtes, das der Städtebau- und Wohnreform verpflichtet war. Hiermit ging es nur langsam voran, da das preußische Klassenwahlrecht in den Kommunalparlamenten den Haus- und Grundbesitzern eine Mehrheit sicherte. Zweitens konnten sich soziale Bewegungen als Bauherren organisieren und als Selbstnutzer, tendenziell abgekoppelt vom Renditeprinzip, bauen. Dies geschah zunächst primär im Wohnbereich, wo sich zahlreiche Baugenossenschaften als organisierter Zusammenschluß der kleinen Arbeiterhaushalte bildeten, um im großen Maßstab zu bauen. Bezeichnenderweise wurden diese kollektiven Selbstnutzerorganisationen Pioniere der Städtebau-, Architektur- und Wohnkulturreform; sie wirkten wie Magnete auf die zeitsensiblen Architekten, die damit praktisch erstmals an die Lösung der Arbeiterwohnungsfrage heran konnten.

Vor allem in ihrer genossenschaftlichen Form kamen hier alle wichtigen Elemente zusammen:

a) das Selbstnutzungsinteresse, das allerdings durch die schlechte ökonomische Lage jedes einzelnen Haushaltes ohne Durchsetzungschance blieb;

b) die Überwindung der wirtschaftlichen Ohnmacht durch solidarische Selbstorganisation von sozialkulturell homogenen Selbstnutzern;

c) der freiwillige Verzicht auf maximale Rendite und die Neuorientierung des Bauens am Nutzen- und Kostenprinzip;

d) das Bündnis zwischen sozialen Bewegungen, deren Bauherrenorganisationen und "modernen" Architekten und Städtebauern.

Vermittelt der Arbeiterbaugenossenschaften entdeckten die "großen" Architekten die kleine Wohnung. Ähnlich wie die mächtigen Gruppen in der Geschichte, so rangen auch diese aufstre-

benden Bewegungen um städtische Repräsentation; es ging nicht primär um Rendite, sondern um hohen Gebrauchswert und Selbstdarstellung. Es entstand allerdings weniger "Herrschafts-" als "Gemeinschaftsarchitektur" (Warnke 1984, 15). Schon in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bildeten sich in den Großstädten verschiedene Richtungen der Baugenossenschaften heraus. An anderer Stelle (Novy 1984) habe ich am Berliner Beispiel eine Typologie verschiedener Genossenschaftsrichtungen im Bereich der Wohnreformbewegung versucht: mittelständisch-besitzindividualistische, arbeitgebernahe, paternalistisch-sozialreformistische und oppositionell-sozialreformistische.

Lange wurde der Mythos gepflegt, die zwanziger Jahre zeichneten sich durch Durchbruch und Dominanz der Moderne aus; und letztere sei Ausdruck der Einheit von künstlerischer Avantgarde und Arbeiterbewegung. In Lehrbüchern und Stadtmonographien wurde dieses Bild in den letzten Jahren korrigiert, selbst für die Großstädte. Nur Frankfurt beispielsweise hat die "Neue Sachlichkeit" politisch konse-



quent verordnet. Städte wie Berlin und Köln zeichnen sich eher durch einen großartigen, kaum je gekannten Pluralismus der Stile aus, eine Gleichzeitigkeit der formalen Ungleichzeitigkeiten, die - so meine These - dem neuen Pluralismus sozialer Bewegungen und an sie gebundener Träger- und Organisationsformen entsprang (Novy 1989). Architektur wurde politisiert, wurde Symbol- und Bedeutungsträger;

die Wahl zwischen Flach- und Satteldach wurde zu einer politischen Bekenntnisfrage. Alle Gewerkschaftsrichtungen - freie, christliche, liberale und deutsch-nationale - gründeten soziale Bauherrenorganisationen und forcierten "ihren" Stil. Heimatschutzstil, Expressionismus, Neoklassizismus, gemäßigte Moderne, konstruktivistische Moderne, sie alle standen als Stil- und Ausdrucksmittel zwischen 1924 und 1931 zur Verfügung.

Detailliertere Fallstudien zeigen zweierlei: Die Moderne als Architekturhaltung breitete sich in den zwanziger Jahren zwar in Deutschland am schnellsten, gleichwohl nicht - wie viele Geschichtsdarstellungen suggerieren - dominant aus. Der internationale Stil blieb die Ausnahme, die es zu erklären gilt. Wenn modern gebaut wurde, so waren es doch in den meisten Fällen linke Bauherrenorganisationen, die diesen Aufbruch ermöglichten. Die reichsweite Bauhütten- und freigewerkschaftliche DEWOG-Bewegung mit Bruno Taut in Berlin als Chefarchitekt sorgten dafür, daß die als egalitär und international interpretierte Formensprache der Neuen Sachlichkeit zumindestens Ende der zwanziger Jahre verstärkt zum Zuge kam; bis in die Provinz hinein entstanden freigewerkschaftliche Baugenossenschaften, die - von Bauhütte und DEWOG unterstützt - meistens modern bauten, oft jedoch mit expressionistischen oder monumetalisierenden Elementen. Das gleiche gilt für die linken Volks- und Pressehäuser, Konsumgenossenschaften, Arbeitsämter, Sozialversicherungsgebäude usw., die Ende der zwanziger Jahre errichtet wurden und bei denen eine viel selbstbewußtere Bauherrenhaltung im Sinne ausdrucksstärker moderner Architektur zum Zuge kommt als etwa in der Periode nach 1945.

Neuere Detailstudien zeigen, daß es für das Bewertungsmonopol zugunsten der Moderne keinerlei Begründung mehr gibt, daß es unzählige soziale und architektonische Modell- und Reformvorhaben gab, die sich anders als in der elitären Formensprache der Neuen Sachlichkeit visualisierten; und dies auf hochwertige Weise. Schon Behne, einer der wachsten Vertreter der Moderne, meldet früh Kritik an einer mißver-

standenen Moderne: "Führt nicht der konsequente Funktionalismus in eine Sackgasse?" (1926/1964, 45).

#### 4. Krise der alten sozialen Bauherren

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als soziale Bauherrenorganisationen hatten die paradoxe historische Rolle, den kleinen Arbeitnehmerhaushalt zum (kollektiven) städtebaulichen Subjekt zu machen und damit große Wohnarchitektur zu ermöglichen. Doch mit der Generalisierung dieses Kozepts zum modernen Massenwohnungsbau - nach der Formel: die Einheitswohnung für die Standardfamilie - verlor es seine kulturelle Innovationskraft. Das Ergebnis waren "kleine, abgeschlossene, hochstandardisierte Kleinfamilienzellen in sozial und funktional entmischten Stadregionen" (Niethammer 1988, 297). Solange sich neue Wohnbedarfe in neuen gemeinnützigen Organisationsformen niederschlagen konnten - durch Neugründungen - war durch Programmkonkurrenz noch Innovationskraft gegeben. Seitdem sich das Lager der Gemeinnützigen in enger Kooperation mit den staatlichen Fördereinrichtungen zu einem "closed shop" entwickelt hat - durch NS-Gleichschaltungs-, Zwangsverschmelzungs- und Zentralisierungspolitik zunächst erzwungen, später korporatistisch fortgesetzt -, müssen die neuen und oft unkonventionellen Bedarfe von Selbstnutzern mühsam eigene Wege gehen - systematisch am Lager der Gemeinnützigen vorbei.

Große Träger, große Strukturen, Entmischung, Unveränderbarkeit, banale Architekturen der Serie, fehlende Differenzierungen zwischen öffentlichen und privaten Räumen, geringe Aneignungs- und Identifikationsmöglichkeiten - all dies erwies sich als kaum beherrschbar. 1989 kam dann in der BRD noch der "Republikanerschock" (Hoffmann-Axthelm 1989). Ausgerechnet in einigen SPD-Modellvorhaben wie beispielsweise Gropiusstadt und

Märkisches Viertel in Berlin war der Anteil rechtsradikaler Wähler am höchsten, Indiz für eine Zangenbewegung von sozialer Abstiegsangst und mangelnden Handlungs- und Erfahrungsmöglichkeiten in den "neuen Städten".

Staatliche Reglementierung und Bürokratisierung, konservative Ordnungspolitik sowie organisatorische und soziokulturelle Abschiebung gegenüber innovativen Nutzerbedarfen haben die alten sozialen Bauherren auch deshalb in eine Krise gebracht, weil ihre eigene Kientel historisch rückläufig ist und ihr wohnpolitisch-kulturelles Programm damit tendenziell ausläuft. War die Zweigenerationenfamilie als Arbeitnehmerhaushalt im Zentrum des sozialen Versorgungsprogrammes der staatlichen Wohnungspolitik und seiner "Instrumente", der Gemeinnützigen als alte soziale Bauherrenorganisationen, so zeigt sich heute, daß eine Vielzahl anderer Haushaltsformen längst die "Normfamilie" zum Minderheitsprogramm gemacht hat. Nicht nur die objektiven Daten von Bevölkerung, Familie, Haushalt ändern sich, auch die Lebensstile werden individueller bzw. pluralistischer. Die soziokulturelle Ausdifferenzierung der Gesellschaft - vor allem im Lager der Arbeitnehmer - nimmt zu und - so meine These - verlangt historisch eine städtebaulich-architektonisch-wohnkulturelle Entspröcherung. Diese ist bisher nur vereinzelt in Sicht.

## 5. Neue Soziale Bewegungen als Bauherren

Die subjektive Bereitschaft zu neuen Lebensentwürfen, die historisch neue Konkurrenz der Lebensmodelle, wie sie in einer neuen Vielfalt der Lebensstile zum Ausdruck kommt, finden aber noch keineswegs entsprechende wohnpolitische Angebote. Hier scheinen Angebots- und Nachfrageentwicklung zunehmend ungleichzeitig, was nicht zuletzt an der steigewordenen Inelastizität der baulichen Formen liegt, aber auch durch überholte sozialökonomische Orga-

nisationsformen verstärkt wird. Anders als vor hundert Jahren stehen heutige soziale Bewegungen und ihre Organisationsbemühungen auf präokkupierten Gelände. Sie müssen nicht nur Alternativen zur Marktdynamik entwickeln, sie stehen auch - oft noch viel prekärer - in Konfrontation zu den ideologisch-rhetorischen und faktisch-bürokratischen Resten ihrer Vorgänger, der verkrusteten Resten der alten sozialen Bewegungen. Politik ist längst reflexiv geworden, erzwungener Umgang mit den Resten vorgängiger "eigener" Politik. Die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft hat vor und mit ihrer Krise der Erneuerung der wirtschaftlichen Selbsthilfebewegung unendlich geschadet. Neue Genossenschaften in allen Bereichen tun sich im "verminten Gelände" der alten Großstrukturen mehr als schwer (vgl. Perspektiven der Genossenschaften 1990).

Welches sind die neuen Anforderungen an die materielle, rechtliche, wirtschaftliche, kulturelle und sozialorganisatorische Verfaßtheit des Wohnens, die durch neue Lebensstile, Haushaltsformen und neue soziale Bewegungen nötig werden?

Der WOHNBUND, der sich vor allem als Innovationsagentur und Lobby für neue Wohnformen versteht, hat in seinem "Hamburger Manifest": "Wohnpolitik für eine multikulturelle Gesellschaft" die Herausforderungen an die Wohnpolitik (in den Thesen 9 bis 13) wie folgt formuliert:

"9) Neubau- und Bestandspolitik müssen aber auch verstärkt auf die neuen Haushaltsformen ausgerichtet werden. Die Zweigenerationenfamilie ist als Haushaltstyp längst nicht mehr in der Mehrheit; die Wohnpolitik gleichwohl noch ganz auf diese eingestellt. Eine moderne soziale Wohnpolitik muß sich der Vielzahl neuer Haushaltsformen stellen: den Einzelpersonen- und Kleinhaushalten, den kleinen und größeren Lebensgemeinschaften auf Zeit, den Alleinerziehenden. Aber auch Dauer und Rollenverteilung in der Zweigenerationenfamilie haben sich derart verändert, daß es zu Konsequenzen für Grundrisse, Erschließung, Nachbarschaft, Wohnumfeld kommen muß.

10) Individualisierung, Pluralisierung und Multikulturalisierung, die Entsynchonisierung von Tages- und Lebensabläufen, die Zunahme unkonventioneller Lebensstile brauchen Privatheit und Toleranz; die selbstgewählte Nachbarschaft, das tolerante Unterstützungsmilieu werden immer wichtiger. Neue soziale Bewegungen - wie die Frauen-, Gleichgeschlechtlichen-, Umwelt-, Jugend- und Altenbewegungen - suchen stadträumliche Verwirklichung. So wie vor hundert Jahren der Arbeiterhaushalt durch solidarischen Zusammenschluß zur Genossenschaft zum kollektiven selbstnutzenden Bauherren und städtebaulichen Subjekt wurde, so steht heute die Vielzahl multikultureller Strömungen noch vor jenem Durchbruch zum städtebaulichen und baukulturellem Kollektivakteur.

11) Die Überwindung des isolierten Haushaltes im Sinne der aktiven Nachbarschaftsbildung wird immer gefragter. Die Wohngruppe, die selbstgewählte Nachbarschaft, sind zwar aktuelle Leitideen, bisher jedoch ohne entsprechendes wohnpolitisches Angebot. Dabei bedeuten der geplante Ausbau von Nachbarschaftsnetzen und die Mobilisierung von Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität die Schaffung von aktiven Zellen einer demokratischen Gemeinde.

12) Ökologischer Stadtbau ist nicht nur technisch-baubiologisch-administrativ zu bewerkstelligen, sondern dieser bedarf aktiver, selbstverantwortlicher Gruppen vor Ort, im Stadtteil. Wo besser als im Bereich des Wohnens und des Wohnumfeldes mit dem Aufbau organisierter nachbarschaftlicher Zusammenhänge beginnen. Wohngruppenprojekte sind erfahrungsgemäß Katalysatoren für ökologisch bewußtes Verhalten im Stadtteil (Energie, Wasser, Begrünung, Entsorgung, Verkehr, foodcoops usw.). Sie bieten Orte sozial gewünschter und ökologisch erforderlicher informeller Arbeit.

13) Den oben angedeuteten sozialen, kulturellen und ökologischen Innovationen ist die Chance einer städtebaulich-architektonisch hochwertigen Symbolisierung zu geben. Die lang gesuchte Einheit ästhetischer und sozialer Innovation stellt sich jedoch nicht von selber

ein, sondern bedarf - wie jedes öffentliches Gutes - der öffentlichen Pflege durch Wettbewerbe, Gestaltungsbeiräte, Beratungsangebote, Bauherrenwettbewerbe usw. " (WOHNBUND, Hamburger Manifest 1989).

Auch wenn die Hindernisse und Probleme noch zahlreich sind - das Manifest listet ja selber die "Kinderkrankheiten" (Thesen 14 - 24) auf - so dürfte die städtische Materialisierung der Wohnbedürfnisse der neuen sozialen Bewegungen historisch anstehen. Wie schon in der Geschichte wird dieser Prozeß mediatisiert werden durch neue Organisationsformen, neue Formen sozialer Bauherrschaft, die ebenfalls erst keimhaft zu finden sind. Anders als in der Geschichte wird die Zukunft in einer Vielfalt von Lösungen liegen, in einem wahren ordnungspolitischen Pluralismus. All dies ist auch Ausdruck einer neuen Sensibilität im Umgang mit dem konkreten Ort und seiner baulichen Gestalt, mit "Heimat" (Heimat 1990), die man mit Bloch (1973, 871) so sehen kann: "Architektur insgesamt ist und bleibt ein Produktionsversuch menschlicher Heimat." Lipp (1986) bringt diese Entwicklung genau auf den Begriff: "Die Tendenz geht dahin, gegen Geschichtslosigkeit die Geschichte, gegen Fernräume die Nahwelt, gegen Großorganisation die Eigeninitiative, gegen Anonymität die Heimat wieder ins Recht zu setzen. Heimat hat in der Tat eine Renaissance erfahren."

## Literatur

- Arndt, A., 1961: Demokratie als Bauherr, Berlin (Nachdruck 1984).
- Bärsch, J./Cremer, C./Novy, K., 1989: Neue Wohnprojekte, alte Baugenossenschaften. Formen der Kooperation zur Bestandssicherung, Darmstadt.
- Beck, U., 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.
- Bloch, E., 1973: Das Prinzip Hoffnung, 3 Bde., Frankfurt/M.
- Brech, J. (Hrsg.), 1981: Beispiele - Experimente - Modelle. Neue Ansätze im Wohnungsbau und Konzepte der Wohnraumerhaltung, Werkbund, Darmstadt, Bd.1.
- Ders., 1982: Bd.2, wie oben.
- Brech, J. (Hrsg.), 1986: Konzepte zur Wohnraumerhaltung, WOHNBUND, Darmstadt.



- Brech,J./Novy, K./ Riege, M., 1989: Gruppenbezogene Wohneigentumsformen. Forschungsprojekt für das BM-Bau, Bonn.
- Cremer, W./Klein, A. (Hrsg.), 1990: Heimat, Analysen - Themen - Perspektiven, 2 Bde., Bielefeld-Bonn.
- Das andere Neue Wohnen, 1986: hrsg.von Mühlestein,E., Ausstellungskatalog, Zürich.
- EUROPAN 1988: Europäische Wettbewerbe für junge Architektinnen und Architekten. Entwicklung der Lebensweisen und Architektur des Wohnens, (Berlin).
- Evers,A., 1987: Und sie bewegt sich doch. Thesen zur Rolle sozialer Bewegungen für Urbanität und Stadtkultur, in: W.Prigge (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen, Basel, S.197ff.
- Fisher, R., 1984: Let the People Decide. Neighbourhood Organizing in America, Boston.
- Freisitzer, K. u.a., 1987: Mitbestimmung im Wohnbau, Wien.
- Gemeinsam und selbstbestimmt 1988: Leitfaden für gemeinschaftliche Wohnprojekte, hrsg.vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens und WOHNBUND, Darmstadt.
- Hackelsbecker, Ch., 1989: Demokratie: Bauherr in eigener Sache, in: Der Architekt, H.10, S.492ff.
- Häußermann,H./Siebel, W., 1987: Neue Urbanität, Frankfurt/M.
- Heimann,E., 1929/1980: Soziale Theorie des Kapitalismus, Frankfurt/M.
- Hoffmann-Axthelm,D., 1989: Der Republikanerschock, in: ARCH+, H.99.
- Kainrath, W., 1988: Verändert die Stadt, Wien.
- Lipp,W., 1986: Heimatbewegung, Regionalismus. Pfade aus der Moderne, in:Neidhardt/Lepsius (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft. Sonderheft 27. KZfSS.
- Memorandum zu Inhalt und Organisation. Internationale Bauausstellung Ermscher-Park, MSWV Düsseldorf 1988.
- Mitscherlich,A., 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt/M.
- Niethammer,L., 1988: Rückblick auf den sozialen Wohnungsbau,in: Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich, hrsg.von W.Prigge/W.Kaib, Frankfurt/M.,S.288ff.
- Norton,A./Novy,K. (Hrsg.), 1990: Soziale Wohnpolitik der neunziger Jahre, Basel.
- Novy,K., 1982: Praxis und Theorie der Wirtschaftsreformen - Zur positiven Ökonomie des Reformsozialismus, in: H. Heimann/Th. Meyer (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Berlin - Bonn, S.279ff.
- Ders., 1983: Genossenschaftsbewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform, Berlin.
- Ders., 1984: Die veralltäglichte Utopie. Richtungen genossenschaftlicher Wohnungsreform in Berlin vor 1914, in: Die Zukunft der Metropolen. Ausstellung im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) der TU-Berlin, 3 Bde., Berlin, Bd. 1, S. 384 - 396.
- Ders. u.a.(Hrsg.), 1985: Anders Leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Bonn.
- Ders./Förster,W., 1985: Einfach bauen. Baugenossenschaften nach der Jahrhundertwende. Eine Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung, Wien.
- Ders./Prinz,M., 1985: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Bonn.
- Ders. (Hrsg.), 1986: Wohnreform in Köln, Köln.
- Ders., 1989: Die Produktion von ästhetischer Monotonie und Vielfalt. Zur Praxis der Gemeinwirtschaftstheorie im Wohnungssektor, in: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VIII, hrsg.von B.Schefold, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 115/VIII, Berlin, S. 171 - 191.
- Ders. u.a. (Hrsg.), 1990: Reformführer NRW. Soziale Bewegungen, Sozialreform und ihre Bauten, Hamburg.
- Perspektiven der Genossenschaften, hrsg.vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens. Impulse für eine demokratische Marktwirtschaft, Darmstadt 1990.
- Piven,F./Cloward,R.A., 1977: Poor peoples movements. Why they succeed, how they fail?, New York.
- Posener,J., 1979: Vorlesungen zur Geschichte der Architektur, ARCH+.
- Sennet,R., 1983: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt/M.
- Voggenhuber, J., 1988: Berichte an den Souverän. Salzburg: Der Bürger und seine Stadt, Salzburg.
- Warnke,M. (Hrsg.), 1984: Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute. Repräsentation und Gemeinschaft, Köln.
- Wates,N./Kneivtt,Ch., 1987: Community Architecture. How People are Creating their own Environment, London.
- Wohnbund Beratung NRW 1988: Rechtliche und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten für die Bildung gemeinschaftlichen Eigentums im Wohnungsneubau, 2 Bde., Studie im Auftrag des MSWV, Boitrop (erscheint Darmstadt 1990).
- WOHNBUND: Hamburger Manifest. Wohnpolitik für die multikulturelle Gesellschaft, Sonderdruck, Darmstadt 1989.

Harald Bodenschatz

## Zur Planungs- und Wohnungspolitik der rotgrünen Koalition in (West-)Berlin

In den letzten beiden Jahren hat sich der geschichtliche Prozeß Berlins in einer geradezu unheimlichen und von keiner Seite prognostizierten oder erwarteten Weise beschleunigt. Zwei politische Ereignisse sind Ausdruck, aber nicht Ursache dieser Beschleunigung: zum einen die Wahl zum West-Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989, die uns die rotgrüne Koalition bescherte und inzwischen selbst schon unendlich weit zurück zu liegen scheint; zum anderen der 9. November 1989, spektakulärer Umschlagpunkt der Umwälzungen in der ehemaligen DDR, der die bis dahin existierende Situation eines gespaltenen Berlins zu einem historischen Intermezzo von immerhin mehr als 40 Jahren degradierte.

Wurde im Herbst 1989 von der Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR der überkommene Rahmen der Berlinpolitik gesprengt, so wird seit Beginn des Jahres 1990 der künftige Rahmen an einem ganz anderen Ort gezimmert: in Bonn. Was am Sitz der Regierung beschlossen wird, entscheidet nicht nur die Zukunft der Städte in der DDR, sondern auch wesentlich die Zukunft Berlins. Der West-Berliner Senat kann diese Rahmenbedingungen nur verarbeiten. Dazu gehört auch die Frage der Hauptstadtfunktion Berlins, die nicht zufällig gerade Herr Modrow erstmals offiziell ins Gespräch gebracht hat.

Allerdings haben in unserer Stadthälfte die meisten Politiker wie Fachleute erst sehr spät begriffen, daß West-Berlin die einzige (ehemalige) westdeutsche Großstadt ist, die alle Probleme der Einigung drastisch und hautnah vor Ort erfahren wird. Sie ist die einzige "westliche" Stadt, die alle Planungen und die Strukturen der Verwaltung neu zu bestimmen hat, die einzige Stadt, für die der Einheitsprozeß ein bisher unkalkulierbares Risiko und einen Bruch in allen Dimensionen des Städtischen bringen wird.

Keiner kann sich heute mehr der Illusion hingeben, die administrativen, konzeptionellen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme seien nur auf den Ostteil der Stadt beschränkbar. Der Wegfall der Mauer wird auch zahlreiche schützende Strukturen im Westteil zersetzen - und zwar nicht nur die Bedingungen für alternative Nischen in Kreuzberg, Arbeitsplätze, Wohnungen, ökologische Potentiale - alles wird in einem noch nicht zu überschauenden Umfang auch im Westteil zur Disposition gestellt werden. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, was im Januar 1989 im Westteil zum Ausdruck kam: nicht so sehr die Begeisterung für ein rotgrünes Stadtprojekt, sondern die Kritik an der Stadtpolitik der Vergangenheit.

Es ist daher wenig sinnvoll, den 9. November als Stunde Null zu begreifen, als historisches Ereignis, das die Auseinandersetzung mit der Planungspolitik vor diesem Datum zu einer Aufgabe für Historiker gewendet hat. Gerade eine strategische Diskussion über die Gestaltung der Zukunft Berlins setzt auch die Verarbeitung der Erfahrungen mit rotgrüner Planungspolitik im Westteil der Stadt voraus. Dabei müssen vor allem zwei Themenfelder angesprochen werden, die politisch von ROTGRÜN exemplarisch repräsentiert werden: die Thematik "Antworten auf die Wohnungsnot", ein traditionelles, seit dem Ersten Weltkrieg zentrales kommunales Politikfeld der Sozialdemokratie, und die Thematik "ökologischer Stadtbau", ein neues, originär grünes Politikfeld.

"Antworten auf die Wohnungsnot" (mit der Implikation u.a. zusätzlicher Wohnbauflächen) und "ökologischer Stadtbau" (mit der Implikation u.a. weniger versiegelter Flächen) markieren zugleich einen potentiellen Sprengstoff rotgrüner Planungspolitik, da diese Politikfelder in der Planungspraxis sehr schnell als Widerspruch erscheinen. Dazu kommt, daß die Woh-

nungspolitik von einem SPD-Senator, die Umweltpolitik von einer Senatorin der Alternativen Liste verantwortet wird.

## 1. Meßblatten rotgrüner Planunspolitik

Was aber sind mögliche Kriterien einer vorläufigen Einschätzung rotgrüner Planunspolitik? Hier ist zu allererst nach der Qualität der planunpolitischen Verarbeitung derjenigen gesellschaftlichen Krisenprozesse zu fragen, die den spektakulären Daten des 29. Januar und 9. November 1989 zugrunde liegen. Der allseits beliebte Vergleich zwischen Koalitionsvereinbarung und der folgenden Praxis macht es sich etwas zu leicht. Das Verhandeln eines Koalitionspapiers und die Abarbeitung einzelner dort verankerter Sammelpunkte ist kein ausreichendes Kriterium zur Diskussion und Bewertung rotgrüner Planunpolitik. Ein solches schematisches Vorgehen verkennt den Prozeßcharakter von Politik, verkennt die Notwendigkeit der aktiven Sicherung übergreifender Konsensprozesse und überschätzt die Möglichkeiten von Planunpolitik überhaupt.

Spielräume für Kurswechsel in der Planunpolitik sind zunächst sehr gering - nicht nur infolge der Lasten der Entscheidungen von gestern, sondern auch wegen des geringen Zugriffs auf die Rahmenbedingungen der Planunpolitik von heute und morgen. Die Qualität eines Kurswechsels kann sich in dessen erster Phase nicht durch einen harten praktischen Bruch auszeichnen. Seine Qualität zeigt sich vielmehr vor allem in der Art und Weise der Wahrnehmung und Verarbeitung der Politik der Vergangenheit, dann der Transformation dieses Verarbeitungsprozesses in eine neue Programmatik für die Zukunft und damit der Verschiebung programmatischer Akzente. Seine Qualität zeigt sich weiter in der Umsetzung dieser Programmatik in erste, Zeichen setzende, exemplarische Maßnahmen sowie in der Begleitung und Ausgestaltung des gesamten politischen Prozes-

ses durch öffentliche Kampagnen und Diskussionen.

"Antworten auf die Wohnungsnot" und "ökologischer Stadtumbau" können schließlich erst dann als qualitativ neue Politikfelder gelten, wenn nicht nur neue inhaltliche Konzepte in Koalitionspapieren, Broschüren und Sonntagsreden sichtbar werden, sondern wenn zugleich die Vorbereitung, Diskussion, Entscheidung und Umsetzung solcher Konzepte neu vermittelt werden, wenn also die Konzepte im Rahmen einer demokratischen Planungskultur heranreifen.

## 2. Sozialräumliche Problemlagen

Das Wahlergebnis vom 29. Januar 1989 kam für Gewinner wie Verlierer überraschend. Zur Abstimmung stand damals nicht ein rotgrünes Projekt, das ja auch gar nicht vorhanden war. Zur Abstimmung stand vielmehr die christliberale Metropolensimulation der 80er Jahre, die oft bewunderte Politik der Inszenierung der Innenstadt, der Dominanz der fiktiven gegenüber der realen Stadt, des Zerreißen der Bezüge zwischen Ästhetik und sozialem Gehalt. Diese Politik hat in einem Umfang Schiffbruch erlitten, den die kritische Fachwelt nicht einmal zu träumen wagte. Die Verhältnisse der in unserer Gesellschaft Benachteiligten haben sich selbst wieder massiv auf die politische Tagesordnung gesetzt. In der Innenstadt, dem Bereich innerhalb des S-Bahnringes, waren die Gewinne der AL und die Verluste der CDU überdurchschnittlich. Die AL war und bleibt in programmatischer Hinsicht wie nach Wählerstimmen eine Innenstadtpartei, die CDU wird mehr und mehr zur Partei der städtischen Peripherie - allerdings nicht in programmatischer Hinsicht. Bei der SPD ist keine solch klare Verräumlichung zu beobachten.

Doch die gesellschaftlich Benachteiligten meldeten sich nicht nur auf der grünen, sondern auch auf der braunen Seite. Wahlhochburgen



der Republikaner waren ganz offensichtlich "einfache" Wohnquartiere in der Innenstadt (zum Beispiel im Wedding) wie an der Peripherie (zum Beispiel in der Gropiusstadt). Der härtere Kampf um billige Wohnungen, Arbeitsplätze und kulturelle Dominanz im öffentlichen Raum entzweite die Betroffenen: Nicht wenige sahen in der Zuwanderung von Menschen aus Osteuropa die Ursachen für ihre Existenzprobleme.

Die Ereignisse um den 9. November haben die durch die Wahl im Januar unübersehbar gewordenen sozialen Probleme der West-Berliner Stadtentwicklung wieder ins Dunkel des öffentlichen Interesses gestoßen. Wer spricht heute noch von den West-Berliner sozialräumlichen Problemlagen etwa im Wedding, in Moabit, in Neukölln, in Kreuzberg, in der Gropiusstadt, in den Lankwitzer Siedlungen der 50er Jahre? Größere Probleme (das soziale West-Ost-Gefälle) haben große Probleme (das soziale Gefälle innerhalb West-Berlins) zugedeckt, oder besser: zugedeckelt. Doch auch die größeren Probleme werden höchst selektiv wahrgenommen.

Sicher nicht zu Unrecht konzentriert sich das öffentliche Interesse auf die Filetgebiete und ersten Schlachtfelder nationaler und internationaler Spekulation: auf die Nahtstellen zwischen Ost und West im Herzen der bisher gespaltenen Stadt und auf den historisch privilegierten Brückenkopf westlicher Kolonisierung im Umland - auf Potsdam. Doch nicht nur die räumlich viel weiter gestreuten Vorstöße westlicher Investoren verweisen darauf, daß der gesamte städtebauliche Bestand der östlichen Stadthälfte zur Disposition zu stehen droht und daß im Zuge einer Vereinigung der ungleichen Stadthälften die überkommene Hierarchie der Standorte in ganz Berlin durchgeschüttelt werden wird.

Während wir hier im Westen noch wenig über die aktuelle soziale Segregation im Ostteil der Stadt wissen, lauert ein lawinenartiger Prozeß neuer, gesamtstädtischer sozialer Segregation hinter dem sich öffnenden Tor. Wer wird in zehn Jahren in Marzahn (Ost-Berliner Großsiedlung) wohnen, wer in einem erneuerten

Potsdam und in einem erneuerten Bezirk Prenzlauer Berg (Ost-Berliner Mietskasernenviertel)? Wer wird in Kreuzberg wohnen? Wer in der West-Berliner randstädtischen Großsiedlung Falkenhagener Feld? Was werden die Wirkungen der Hauptstadtfunktion auf die Gesamtberliner Wohnlandschaft sein?

### 3. Bestandsentwicklung im Wohnungssektor

Antworten sind noch nicht möglich. Sie hängen auch von der Politik der Bestandsentwicklung in Gesamtberlin ab - nicht nur von der Politik des Schutzes vor exorbitanter Mietpreiserhöhung, Kündigung und spekulativer Privatisierung und Modernisierung, sondern auch von der aktiven Politik der erhaltenden Erneuerung des städtebaulichen Bestandes. In einer historisch beispiellosen Schärfe stellt sich heute die Aufgabe einer gesamtstädtischen Bestandsentwicklungspolitik, einer Politik des gegensteuernden sozialräumlichen Ausgleichs, der bevorzugten Förderung benachteiligter Gebiete, der Prioritätenverschiebung zugunsten der aktuellen und potentiellen Notstandsgebiete im Ostteil, ohne die Problemgebiete des Westteils zu vergessen. Windhundverfahren sind in dieser Situation ungeeignet. Unverzichtbar ist dagegen eine Art neues Wertausgleichsprogramm, das in öffentlicher, demokratischer, die Bezirke einbeziehender Diskussion ost-west-übergreifend künftige Schwerpunkte kommunaler Stadterneuerung fixiert und modifizierend fortschreibt.

Die planungskulturellen Bedingungen für eine solche Politik der Bestandsentwicklung sind im Westteil der Stadt nicht unbedingt die besten. Sicher sind dem rotgrünen Senat im Bereich der Wohnungsfragen wichtige bestandspolitische Initiativen nicht abzusprechen: Initiativen zur Begrenzung des Mietpreisanstiegs und zur Erschwerung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Bestandspolitische Rahmenbedingungen sind oft nur über Bonn zu verändern. Aber nicht nur: Die

Einführung eines Gebäude-TÜV zur Kontrolle der Instandhaltung von Gebäuden, die Diskussion eines kommunalen Wohnungsvermögens neben privatem und gemeinützigem Immobilieneigentum, die ökologische Verbesserung der Richtlinien zur Modernisierungs- und Instandsetzungsförderung von Altbauten u.v.m. sind positive Zeichen einer bestandspolitischen Neuorientierung in West-Berlin.

Ein zentrales Problem ist aber die Schattenlage dieser Initiativen im Vergleich zur Orientierung auf den Wohnungsneubau, die den Schwung und die Kraft der Bestandspolitik bremsen. Diese Schattenlage ist das Ergebnis eines gewaltigen propagandistischen Kraftaktes aus dem Hause des Senators für Bau- und Wohnungswesen, eines Kraftaktes, der mit Erfolg den Schwerpunkt der Diskussion der Wohnungsfragen weg vom Bestand und hin zum Neubau verschob.

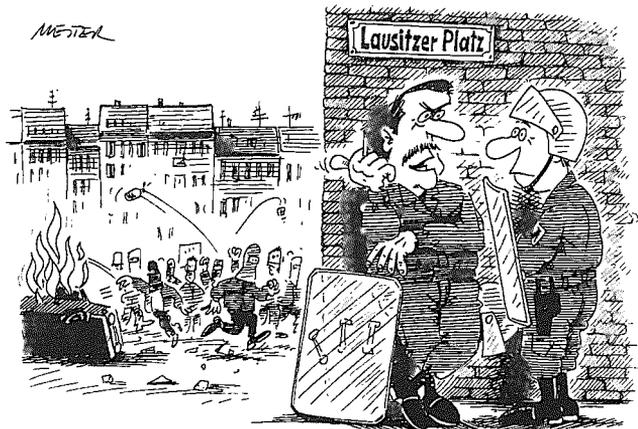
Diese Verschiebung förderte die Revision eines sich gerade erst verfestigenden fachlichen Planungsverständnisses, das in einer demokratischen, sozialorientierten, ökologischen und wirtschaftliche wie historische Werte berücksichtigenden Pflege und Entwicklung des Bestands die notwendige Grundlage jeder Planung - auch der Planung des Neubaus - sieht. Dieses positive neue Planungsverständnis, das begrifflich als Bestandsentwicklung gefaßt werden kann, hat sich in einem konfliktreichen, mühsamen

Prozeß seit den späten 60er Jahren entwickelt. Es signalisierte den Anfang der Abkehr von einem Planungsverständnis, das im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begründet wurde und von den Verfechtern des modernen Städtebaus seine programmatische Zuspitzung erfährt: die dominante Orientierung auf Stadterweiterung und Neubau, um die Wohnungsfrage zu lösen, die Mobilisierung gewaltiger öffentlicher Gelder für den Neubau und gleichzeitig die Vernachlässigung des Bestands durch die öffentliche Hand. Die DDR ist diesen Holzweg der Moderne bis zur bitteren Konsequenz durchmarschiert.

Der enge Zusammenhang zwischen Bestandspolitik und Wohnungsnot scheint heute wieder ein Geheimnis geworden zu sein. Es gibt von jeher starke Interessengruppen, die diesen Zusammenhang vergessen machen wollen, um die Wohnungsfragen dafür zu nutzen, sowohl die Bestandspolitik zugunsten der Mieter aufzuweichen als auch die Neubaupolitik zugunsten der Bauherren zu beeinflussen.

Daß die heutigen Probleme am West-Berliner Wohnungsteilmarkt für preiswerte Wohnungen nicht ursächlich den Aus- und Übersiedlern oder den Asylbewerbern anzulasten sind, sondern der neoliberalen Deregulierung sozialer Wohnungspolitik im Bestand wie im Neubau, wird niemand mehr gänzlich in Frage stellen. Die staatlich treibhausmäßig geförderten Mög-

"Solange die nur Trabis anzünden, sollen wir nicht eingreifen"



lichkeiten zur Erhöhung der Altbauwohnungen, zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder zur privaten Modernisierung und das Auslaufen der Bindungsfristen für ältere Sozialwohnungen entziehen dem Wohnungsteilmarkt für preiswerte Wohnungen in West-Berlin ohne Zweifel mehr Wohnflächen, als eine noch so hektische Neubautätigkeit wieder ersetzen könnte. Ganz abgesehen von der Frage, wie viele der neugebauten Wohnungen überhaupt auf diesem Teilmarkt ankommen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Notwendigkeit einer Politik des Wohnungsneubaus soll hier überhaupt nicht bestritten werden. Sozial sinnvoll wird diese aber jenseits aller öffentlichen Beteuerungen erst, wenn sie auf der Basis einer sozialen Bestandspolitik zum Tragen kommt. Jede tendenziell isolierte Neubaupolitik ist nichts anderes als eine Politik des Hasen, der dem Igel hinterherhetzt, der immer zu spät kommt. Immerhin: Die Hektik des Hasen ist wenigstens kurzfristig öffentlichkeitswirksam und signalisiert unerhörte Dynamik. Doch die Politik der Simulation und Ersatzhandlungen hat schon einmal eine rote Karte erhalten.

Die Schattenlage der Bestandspolitik verbirgt schließlich ein schwerwiegendes programmatisches Defizit: Stadterneuerung als Kernbereich einer Politik der Bestandentwicklung wurde im vergangenen Jahr weder ausgebaut noch konzeptionell weiterentwickelt, sondern tendenziell ausgedünnt. Die verbessernde Fortschreibung der ModInstRichtlinien ist alles andere als ausreichend. Es geht auch nicht nur um mehr Mittel für eine Stadterneuerung, die längst mehr ist als die traditionelle Politik der Altbauerneuerung. Es geht um nichts weniger als um eine Erneuerung der Stadterneuerung selbst, um eine Qualifizierung der Stadterneuerung in Richtung einer aktiven Bestandentwicklungspolitik. Daß dies die Entwicklung von Perspektiven auch für die ungeliebten städtischen Peripherien beinhalten muß - für diese Erkenntnis bedurfte es eigentlich nicht erst des Wahlergebnisses vom Januar 1989.

#### 4. Ökologische Bestandsentwicklung

Die Erfolge in der Qualifizierung der bisherigen Planungspolitik in Richtung einer ökologischen Bestandsentwicklung, in Richtung des sog. "Ökologischen Stadtbbaus", sind wohl noch schwerer einzuschätzen als der sozialdemokratische Umgang mit den Wohnungsfragen. Grün ist eine Minderheitsposition innerhalb von ROTGRÜN, erst recht in der Stadt selbst. Und grün wird innerhalb der für eine Politik der Bestandsentwicklung sehr unglücklichen Ressorttrennung von Planung und baulicher Umsetzung durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz verkörpert. Allerdings stand diese Verwaltung viel zu lange fast ausschließlich für Umweltschutz.

Wie hat sich nun die grüne Position in der Öffentlichkeit bisher positiv bemerkbar gemacht? Ich denke: vor allem in der Verkehrspolitik, also zu einem nicht unerheblichen Teil im Dunstkreis eines sozialdemokratischen Kollegen, dem zu Beginn der Koalition erhebliche Reserven entgegengebracht worden sind. Mühsame Qualifizierung der BVG, Durchsetzung von Busspuren, Tempo 100 auf der Avus, Teilspernung der Havelchaussee, großflächige Vorbereitung von Tempo-30-Zonen, Aufgabe von Parkhausplanungen in der Innenstadt - das sind einige Posten einer nicht unbeeindruckenden Bilanz, aber in der Regel auch Meilensteine einer nicht unproblematischen Planungskultur.

Grüne Verkehrspolitik stellt sich in erster Linie als Kette obrigkeitstaatlicher Akte dar, nicht als Vollstrecker einer breiten Bürgerbewegung. Sie präsentiert sich als Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und nicht als Gewinn von Lebensqualität, als Paket relativ isolierter Einzelmaßnahmen in schwer nachvollziehbarer Reihenfolge, das mehr Widerstand als Zustimmung mobilisiert, als Maßnahmenpaket, dessen programmatische Bedeutung für den "ökologischen Stadtbau" oft unklar bleibt. Die schwierige, aber für die Zukunft unserer Stadt entscheidende politische Steuerung des



Abschieds von der Autokultur der letzten 60 Jahre ist zweifellos eine fundamentale Aufgabe ökologischer Bestandsentwicklung, die aber nur im Rahmen kultureller Kampagnen, im Rahmen konsensmobilisierender Strategien vermittelbar ist.

## 5. Politische Perspektiven

Seit dem 9. November verstärkt sich allerdings der Eindruck, daß einige der die rotgrüne Koalition tragenden Kräfte die Perspektiven des "ökologischen Stadtumbaus" wie der "behutsamen Stadterneuerung" nicht als Schlüsselstrategien der künftigen Bestandsentwicklung Berlins betrachten, sondern nur als lästiges, in der Ummauerung noch tolerierbares, aber jetzt historisch überholtes Feigenblatt. Als Feigenblatt, das mit den glänzenden Geschäftsaussichten einer Hauptstadt nicht mehr vereinbar ist und daher schleunigst auf den Müllhaufen geworfen werden muß. Seit dem 9. November - so scheint es - werden nicht mehr nur die Spuren einer neuen Planungskultur hemdsärmelig zur Disposition gestellt, sondern auch die Ansätze von Glaubwürdigkeit, die Reste der notwendigen Utopien der Stadt von morgen. Den Höhepunkt dieses neuerlichen Verfalls der Planungskultur scheint die Art und Weise des Umgangs mit der Gegend am Potsdamer Platz zu signalisieren, einer Gegend, die wie kaum eine andere in der modernen Städtebaugeschichte Berlins als Symbol strategischer Planungs"fehler" gelten kann.

Eine Kritik an der Politik des neuen Senats bleibt wenig überzeugend, wenn der kritische Blick auf die Fachwelt, auf die eigene Arbeit unterbleibt. Wie haben wir die historischen Ereignisse verarbeitet? Eines steht ohne große Analysen von vorneherein fest: viel zu wenig. Immerhin wurden lange zerrissene Kommunikationsbände partiell wieder etwas verknüpft, immerhin wurde mit dem Diskussionskreis "Perspektiven für die zukünftige Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik" der Versuch gestartet, das rotgrüne Projekt im kritischen Dialog zu begleiten.

Nach dem 9. November haben sich zahllose Initiativen gebildet, um die Fachkontakte zwischen Ost und West zu stärken und um dubiose Ost-West-Projekte zu verhindern. Ich erinnere etwa an Gesprächskreise und Aktivitäten von STERN (Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung), des Verbandes der Stadt-, Regional und Landesplaner (SRL), des Werkbundes, des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, des Wissenschaftsschwerpunkts Stadterneuerung i.G. der TU Berlin, des Vereins Stadtor und vieler anderer Einrichtungen.

Notwendig ist aber nicht nur die durchaus in einer Streitkultur zu vermittelnde Vernetzung kritischen Sachverstands, sondern die Einbindung und Mobilisierung dieses Sachverstands für eine antispekulative Bestandsentwicklung, für ein neues demokratisches, ökologisches, soziales und kulturelles Stadtprojekt eines vereinten Berlin, dem als Hauptstadt des vereinten Deutschlands Signalwirkung zukommen kann. Dieses Stadtprojekt darf lokalen Initiativen und Bürgerbewegungen im kommunalpolitischen Vermittlungsprozeß nicht nur einen Beifahrersitz einräumen.

Hat aber ein solches Stadtprojekt überhaupt noch die Spur einer Chance? Der Wind gegen ein solches Vorhaben wird noch sehr viel härter werden, und die Wetterfahnen drehen sich bereits in Richtung ROT-SCHWARZ - weg von den Ansätzen eines ökologischen Stadtumbaus, weg von den erkämpften Pflänzchen einer partizipativen Planungskultur. Heute scheinen wieder sozialautoritäre Brechstangen gefragt zu sein. Ein alternatives Stadtprojekt scheint - wie in der Vergangenheit - allenfalls als Projekt der städtischen Opposition denkbar. Einer Opposition, die nur dann Gewicht haben wird, wenn es ihr gelingt, die sehr beachtlichen, aber isolierten kritischen planungspolitischen Kräfte zu bündeln - etwa in einer Art permanentem, unabhängigem Stadtforum. Doch die Aussichten für eine Bündelung sind vorerst nicht die besten: Gerade in Berlin - mit einer relativ starken PDS und beachtlichen, aber frustrierten Bürgerbewegungen im Ostteil und einer personell wie konzeptionell ausgemergelten Alternativen Liste im Westteil der Stadt - steht eine Neufor-



mierung der städtischen Opposition bevor. Und die Kultur solcher Neuformierungen - so lassen vergangene Erfahrungen fürchten - könnte mehr Bande zerbrechen als knüpfen.

*Harald Bodenschatz*, Stadtplaner und Soziologe, Privatdozent und Oberassistent am Fachgebiet Planungs- und Architektursoziologie der TU Berlin

Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie, Abteilung Städtebauprognose, Plauerer Straße 163, 1092 Berlin

Stadttor - eingetragener Verein für eine demokratische, soziale und ökologische Stadt- und Regionalentwicklung in Berlin und Umgebung, U-Bahnhof Schlesisches Tor, 1000 Berlin 36

**Anschriften:**

Deutscher Werkbund Berlin e.V., Goethestraße 13, 1000 Berlin 12

S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung Berlin mbH, Köpenicker Straße 154a, 1000 Berlin 36

Informations- und Beratungsinstitut für bürger-nahe Stadterneuerung, Kleine Hamburger Straße 2, 1040 Berlin

Wissenschaftsschwerpunkt Stadterneuerung i.G. an der TU Berlin, Sekr. DO 414, Dovestraße 1, 1000 Berlin 10

"Die Protestspirale" - Soziale Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat

Zu diesem Thema plant die Redaktion heft 2/1991 des Forschungsjournals NSB. Folgende Themen sind bereits vorgesehen:

- "Zur Dynamik von Bewegungen und Gegenbewegungen im internationalen Vergleich: Frankreich, Holland, Schweiz, Bundesrepublik"  
Jan Willem Duyvendak/Ruud Koopmans (Amsterdam)
- "Bewegung und Gegenbewegung am Beispiel der Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee, 1981-1990"  
Andreas Gross (Zürich)
- "Bewegung und Gegenbewegung in Italien: Biographische Berichte von Links- und Rechtsradikalen"  
Donatella della Porta (Berlin)
- "Pro-life und pro-choice: Zum Streit um die Abtreibung in Frankreich, den USA und der Bundesrepublik"  
Dieter Rucht (Berlin)
- "Rechte Bewegungen in der DDR - politische Formierung und Aktion"  
Gunhild Korfes (Ostberlin)
- "Eine Reaktion auf die Frauenbewegung: Antisexistische Männerprojekte in der Bundesrepublik"  
Eberhard Schäfer (Berlin)
- "Zum Verhältnis von Repts und Antifa-Gruppen in Berlin"  
Barbara Blattert/Thomas Ohlemacher (Berlin)
- "Die staatliche Kontrolle von rechten Gruppierungen in der Bundesrepublik"  
angefragt: Albrecht Funk (Berlin)

Weitere Mitarbeit ist erwünscht. Vorschläge bitte direkt an die Redaktion.



## berichte

### Wohngruppenprojekte: Auf der Suche nach neuen Wohn- und Rechtsformen

#### Neue Wohnbedürfnisse, neue Wohnformen

Relativ unbemerkt von der Diskussion um eine Wiederbelebung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus entwickeln sich neue Wohnbedarfe, die sich qualitativ von herkömmlichen Wohnformen unterscheiden. Seit einigen Jahren nimmt die Anzahl von Projekten stetig zu, bei denen Bewohnergruppen gemeinsam bedrohte Wohnungsbestände übernehmen, ehemalige Gewerbegebäude umnutzen oder Wohnungen neu errichten. Dabei sind solche gemeinschaftlichen Wohnformen im benachbarten europäischen Ausland wesentlich weiter verbreitet als in der BRD. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen dokumentiert inzwischen, in welchem Umfang z.B. in Skandinavien und Österreich Förderprogramme für Wohngruppenprojekte erfolgreich realisiert werden<sup>1</sup>.

Hier drücken sich gewandelte, vom herkömmlichen Wohnideal abwei-

chende Anforderungen an das Wohnen aus. Wohnen ist nicht mehr nur ein „Dach über dem Kopf“ oder eine Sphäre passiven Konsums, sondern zunehmend Gegenstand bewußter Aneignung. Daraus entstehen neue Anforderungen für die gebaute Wohnumgebung, die eine Vielzahl von möglichen selbstorganisierten Aktivitäten in Freizeit, bei wechselseitiger Hilfe und in ökologischen Fragen ermöglichen sollen. Der Wunsch nach aktiver Gestaltung des Wohnbereiches beginnt bereits bei der Planung der Baumaßnahme. Der für einen anonymen Markt erstellte Vorratsbau mit Standardwohnung – als Miet-Etagenwohnung oder Reiheneigenheim – ist für diese Zwecke nicht geeignet. Zunehmend wollen Wohnnutzer bei der Gestaltung ihrer Wohnumgebung Einfluß nehmen, um sie nach ihren Bedürfnissen nutzen zu können.

Entscheidend ist, daß diese Bedürfnisse und Ziele nicht allein, auf der Ebene des Einzelhaushalts realisiert werden, sondern in freigeählten Nachbarschaften. Wir bezeichnen solche Wohnformen als Wohngruppenprojekte, die sich entlang gemeinsamer Interessen und neuer soziokultureller Wohnleitbilder bilden und als Gruppe ihre Wohninteressen umzusetzen suchen. Damit sind soziale und ökologische Ansprüche an Wohnverhältnisse und Lebensformen gemeint, aber auch finanzielle Aspekte (tragbare Wohnkosten) sowie wohnkulturelle und architektonisch-gestalterische. Die organisatorische Größe liegt dabei „höher“ als beim Einzelhaushalt, „niedriger“ aber als in den traditionellen Wohnungsunternehmen. Sie entspricht meist einer räumlichen

Einheit: Ein Stadthaus mit mehreren Wohnungen, eine ungenutzte Fabrik, eine Hausgruppe. Der Wunsch nach Überschaubarkeit und wirklicher Selbstverwaltung erfordert eine Größenordnung, die meist zwischen 5 und 20 Haushalten liegt.

Die soziale Qualität solcher gemeinschaftlichen Wohnformen geht einher mit bestimmten Voraussetzungen. Das Wohnen in der Gruppe, auf der Ebene von Hausgemeinschaften und Häusergruppen, soll für die Beteiligten Bedürfnisse befriedigen, die sonst gesellschaftlich ignoriert werden oder der Erosion traditioneller Sozialstrukturen (Familie) zum Opfer fallen. „Im Kern handelt es sich um die bewußte Organisation sozialer Netze, sowohl um bestimmte Haushaltsfunktionen gemeinschaftlich zu erledigen, wie um Isolation und Anonymität zu durchbrechen. (...) Die neuen Nachbarschaften können so ein funktionales Äquivalent für die sich ausdünnenden sozialen Netze auf Basis der Verwandtschaft bilden. Allerdings geht dieses Durchlässigwerden der Grenzen zwischen Privatshäre und Öffentlichkeit einher mit einer Tendenz zur sehr genauen Selektion der Nachbarn.“

Die Vielfalt der Wohngruppenprojekte ist damit weniger Ausdruck eines nur modischen Zeitgeistes und kurzfristigen Wertewandels, sondern Ausdruck einer sich andeutenden tiefgehenden Verschiebung im Verhältnis zwischen Individuum, Familie, Haushalt, Nachbarschaft und Gemeinde. Die bisher realisierten Projekte wirken über die Aspekte des gemeinschaftlichen Wohnens hinaus in vielerlei Hinsicht innovativ: architekto-

# PULSSCHLAG



nisch, städtebaulich, ökologisch und bezüglich der formellen und vor allem informell erweiterten Nachbarschaftsdienste.

## Ausblick

Die realisierten Wohngruppenprojekte belegen, daß die rechtlichen und finanzierungstechnischen Probleme überwindbar sind. Sehr groß ist aber auch die Zahl der Projekte, die an diesen Problemen gescheitert sind bzw. erhebliche zeitliche Verzögerungen hinnehmen mußten. Von daher haben die vorgenannten Änderungen der Rahmenbedingungen eine erhebliche Bedeutung für die Verbreitung von Wohngruppenprojekten. Es bleibt die wohnpolitisch, wohnkulturell und sozialpolitisch begründete Forderung an den Gesetzgeber, die fördersystematische Benachteiligung gemeinschaftlich gebundenen Wohneigentums aufzuheben.

*Christian Kuthe/Albert Schepers*

## Anmerkung

- 1 Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Thema seien hier nur einige deutschsprachige Beiträge erwähnt, so z.B. Kurt Freisitzer, Robert Koch, Ottokar Uhl (1987), Mitbestimmung im Wohnbau – Ein Handbuch, Wien; Cornelia Krämer, Joachim Kujath (1987), Gemeinschaftliches Wohnen, Skandinavische Antworten auf die Krise der sozialen Wohnversorgung, Berlin; Joachim Brech (Hrsg.) (1989), Neue Wohnformen in Europa, 2 Bde, Darmstadt.

## Anmerkung der Redaktion:

*Die Autoren haben ein ausführliches Papier mit Beispielen, Konzepten und der Einschätzung der Rechtslage erarbeitet. Interessen-*

*ten bitten wir, sich direkt an die Autoren zu wenden.*

### Anschriften:

Albert Schepers  
Wohnbund Beratung NRW  
Herner Str. 299/16  
4630 Bochum 1

Christian Kuthe  
Uni Dortmund  
FB Raumplanung  
PF 50 05 00  
4600 Dortmund 50



## Bewohnerpartizipation und Stadtteilentwicklung

### Das Beispiel Lower East Side/ Kreuzberg- Ein Projektbericht

Ohne die Bedeutung von staatlichen Strukturen zu vernachlässigen, will unsere Untersuchung zeigen, daß, obwohl sich die Forschungsschwerpunkte geändert haben, „community-“ Partizipation immer noch eine zentrale Bedeutung hat und daß ein Verständnis der Faktoren, die zu Bürgerbeteiligung führen, nach wie vor eine Kernfrage von Demokratien ist. Das Forschungsprojekt „Bewohnerpartizipation und Stadtteilentwicklung“ geht davon aus, daß eine lokale politische Kultur – ein Netzwerk aus gesellschaftlichen Faktoren, lokalen geschichtlichen Entwicklungen, Markteinflüssen, gekoppelt mit der Geschichte von staatlichen Entscheidungen auf

verschiedenen Ebenen – den größten Einfluß auf die Beteiligung von Stadtteilbewohnern in lokalen Fragen hat. Das Konzept von politischer Kultur entspricht etwa dem, was Baker u.a. „the orientations that members of a society have about politics and the political system“ genannt haben; es kann die Vorstellungen der Bürger über die Legitimität des Systems, über die Angemessenheit der Partizipationsstrukturen, über staatliche Politiken sowie über die Rolle des Einzelnen im politischen Prozeß einschließen (Baker at al. 1981, 22). Aber es schließt noch weitere Einflüsse der politischen Umwelt ein, analog Alexis de Tocquevilles Behauptung, daß die Vorurteile, Gewohnheiten und Vorlieben einer Gesellschaft letzten Endes die politischen Institutionen formen (Tocqueville 1956, 39).

Da das Netzwerk der Macht den ökonomischen Markt sowie lokale soziale und kulturelle Strukturen einschließt, wählte dieses Forschungsprojekt bewußt Probleme der Wohnungspolitik und der Stadtteilentwicklung, um zu klären, wie untere Einkommensgruppen am politischen Leben partizipieren. Dies sind Probleme, die vermutlich alle Stadtteilbewohner betreffen und die sie potentiell beide Sphären, den formalen Politikprozeß sowie die Aktivitäten des „unmittelbaren Bereichs“ in den Mietshäusern oder „block associations“ involvieren. Dieser Ansatz reflektiert das wiedererwachte Interesse vieler Politikwissenschaftler an politischer Macht auf der Ebene der „Community“ als Möglichkeit zur Erweiterung von politischer Beteiligung für Bewohner der Unter- und Arbeiterschichten



(Barber 1984, Bobbio 1987, Held 1987, Dahl 1989, Pateman 1970, Arendt 1963).

**Methodologie:**

Um die zentrale Hypothese zu klären, arbeitet dieses Forschungsprojekt mit einem Vergleich der Partizipation an zwei Orten mit unterschiedlicher Kultur: Die Lower East Side in New York und Kreuzberg im damaligen West-Berlin. Dies ermöglicht die Klärung der Frage, unter welchen Bedingungen unterschiedliche politische Kulturen und Politiken eine fruchtbare Umgebung für die politische Partizipation unterer Einkommenschichten schaffen. Die betrachtete Zeitperiode reicht von etwa 1975 bis 1985, mit zusätzlichen Informationen aus Geschichte und aktueller Gegenwart zur Erläuterung der Probleme. Das Projekt unterscheidet vier Dimensionen:

1. Historische und demographische Trends;
2. Unterschiedliche staatliche Strukturen;
3. die geschichtlichen Entwicklungsbedingungen in jedem Stadtteil;
4. die Geschichte der Stadtkämpfe und speziell 1975 bis 1985 die Arten der Partizipation der Stadtteilbewohner einschließlich der Strategien, die von einzelnen, Organisationen, Koalitionen und intermediären Gruppen benutzt wurden sowie die inneren Prozesse kollektiver Aktionen.

Die Lower East Side und Kreuzberg wurden aus drei Gründen als Forschungsorte gewählt. Erstens sind sie demographisch ähnliche Stadtteile, in denen zu erwarten

steht, daß sich die politischen Ressourcen der Bevölkerung auf einem relativ niedrigen Niveau befinden: Bewohner mit geringem Einkommen, relativ hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil an Immigranten, die die Landessprache oft schlecht beherrschen und sich vielfach illegal im Land aufhalten. Zweitens ähneln sich die Stadtteile im Wohnungsbestand und in den Sanierungsaktivitäten. In beiden befinden sich heiß umkämpfte Stadterneuerungsgebiete, in denen Entwicklungsinteressen den Wünschen der von Verdrängung bedrohten Bewohnern gegenüberstanden. Der dritte Grund für die Auswahl dieser Gebiete ist ihre sehr unterschiedliche politische Kultur. Indem man Orte in verschiedenen Ländern wählt, kann Forschung die Auswirkung auf Partizipation an verschiedenen Punkten beobachten: Wie durchsetzungsfähig Bürgerbeteiligung sein kann, ob Wohnungsprogramme auf der Bundes- oder untergeordneten Ebene gemacht werden, die Rolle von öffentlichem vs. privatem Wohnungseigentum, die Macht von Bürokratien, unterschiedliche Autoritätsmuster sowie die Haltung der Regierung gegenüber nicht-institutionellen oppositionellen Interessen.

Forschungsdaten werden aus Stadtteilveröffentlichungen gesammelt, wozu Broschüren und Flugblätter, örtliche Archive, relevante Regierungsbehörden, Bürgergruppen, die Büros politischer Parteien und Stadt-Zeitungen gehören. Aber das Kernstück der Forschung besteht aus extensiven Interviews mit Stadtteilbewohnern und relevanten Politikern oder Beschäftigten der Verwaltung.



**Persischer Golf**

**Wir berichten kontinuierlich über den Verlauf der Golfkrise. Wir bieten Hintergrund zu Krisenstrategien, zu regionalen Verwicklungen, zu Waffengeschäften, zu Innenansichten der Konfliktparteien.**

Nr.10/Oktober 1990  
Für Bush in den Golfkrieg? ■ Kein Ausweg aus der Kuwaitkrise? ■ Irak-BRD: Illegale Giftgasgeschäfte ■ Aufruf zu einer gewaltfreien Lösung der Golfkrise

Nr.11-12/Nov.-Dez. 1990  
Golfkrise vor dem Siedepunkt ■ Innenansicht Kuwaits ■ Chancen für einen Kompromiß? (erscheint Ende Dez.)

Nr.1/Januar 1991  
Golfkonflikt - ein Verteilungskrieg? ■ Innenansicht Kuwaits ■ Chancen für einen Kompromiß? (erscheint Ende Dez.)

40 Seiten, 4,50 DM  
**Probeabo:** 3 Hefte für 10 DM;  
keine automatische Verlängerung  
**Jahresabo:** 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

**Coupon** bitte einsenden an: Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

**Ich möchte**

- ein **DRITTE WELT Probeabo** (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
- ein **DRITTE WELT Jahresabo**

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**DRITTE WELT**  
Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

# PULSSCHLAG



## Vorläufige Ergebnisse:

Bürgerpartizipation zielt vor allem auf Aktivitäten des Privatsektors; rechtliche Schritte wurden eingeleitet, um private Hauseigentümer und Unternehmen daran zu hindern, Mieter aus unteren Einkommensgruppen zu verdrängen, und das Einschreiten des öffentlichen Sektors wurde erzwungen, um private Baumaßnahmen zu verhindern, zu fördern oder zu regulieren. Die Bewohner haben dies durch eine Reihe von Mitteln erreicht: durch individuelles Ergreifen von rechtlichen Schritten gegen Hauseigentümer, die versuchten, Mieter aus ihren Wohnungen zu setzen, durch Organisation von gemeinsamen Mietstreiks, durch Mitarbeit in Mieterorganisationen, durch das Organisieren oder die Mitarbeit in „block associations.“

Die sichtbarste Form der Partizipation war jedoch die eigene Entwicklung von gemeinnütziger, privater Wohnraumschaffung durch die Stadtteilbewohner selbst. Das schließt gemeinnützige Vereine ein, die mit finanzieller Unterstützung von privaten Stiftungen, religiösen Institutionen und staatlichen Stellen Wohnungen für niedrigeren Einkommenschichten renovieren oder bauen, Hausbesetzer und „homesteaders“, die leere Gebäude besetzen, Bewohner, die durch gerichtliche Schritte den Verkauf von aufgegebenen privaten Gebäuden an Mieter erzwangen.

Diese Aktionen können mit dem meistgenannten Ziel der Stadtteilinitiativen treffend beschrieben werden – „Schaffen und Bewahren von Wohnraum für niedrige und mittlere Einkommensgruppen.“ Seit ungefähr 1978 haben die Stadt-

teilbewohner der Lower East Side mindestens 476 Wohnungen gebaut, über 2060 Wohnungen instandgesetzt und sind für die Erhaltung und Verwaltung von weiteren 1250 Wohnungen verantwortlich. Zusätzlich hat ein Zusammenschluß von Organisationen der Lower East Side ein „cross-subsidy“-Programm geschaffen, einen Stadtteilplan, in dem 600 sich im Besitz der Stadt befindenden leerstehende Gebäude als Wohnraum für Bewohner mit niedrigem Einkommen oder zum Verkauf zum Marktwert bestimmt werden sollten, wobei die Profite wieder um Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen subventionieren sollen. Die Betonung von eigenen Entwicklungsmaßnahmen anstatt von Protest und anderen politischen Partizipationsformen scheint in einer Vielzahl von Ursachen zu wurzeln. Dazu gehören:

1) **Die Privatisierung des Wohnungsmarktes.** Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, daß Gelder für den öffentlichen Wohnungsbau in der Lower East Side seit einem Höhepunkt 1959/1960 beständig und auf allen Regierungsebenen zurückgegangen sind, besonders seit 1968.

2) **„Gentrification“.** Die Grundstückspreise eskalierten in der Lower East Side und setzten die Kommune, noch stark von der städtischen Finanzkrise angeschlagen, stärker unter Druck, leerstehende Häuser zu verkaufen. Außerdem wurde durch das Steigen der Wohnungs- und Gewerbemieten der Mangel an erschwinglichen Wohnungen im Stadtteil über sekundäre und primäre Verdrängung von Bewohnern mit niedrigem Einkommen intensiviert.

3) **Konkurrierende Interessen der Bewohner.** Stadtteilorganisationen nahmen den Kampf um die verbliebenen stadteigenen leeren Häuser und um die kargen öffentlichen und privaten Gelder auf, die zu ihrer Instandsetzung für Bewohner mit niedrigem Einkommen benutzt werden konnten. Der Konkurrenzkampf unter den Stadtteilgruppen wurde durch die Bewerbungsbedingungen für Wohnungssubventionen angeheizt, wobei jede Gruppe nur für ein bestimmtes Gebiet des Stadtteils („catchment area“) eintreten durfte. Dies hat die ethnischen Gräben verstärkt, die schon durch eine lange Geschichte von Spaltungen zwischen den verschiedenen Einwanderungsgruppen (Hispanics, Asiaten, ethnische Juden und andere Europäische Immigranten der 2. und 3. Generation) geschaffen worden waren. Im dem Maß, wie sich der Konkurrenzkampf intensivierte, haben „subcommunities“, deren Identität nicht an geographische Grenzen gebunden war – wie z.B. religiöser, nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit – ihre stadtweiten Institutionen angerufen. Inzwischen haben sowohl ethnische als auch religiöse Institutionen und Geldquellen die lokale Szene als wichtige politische Kräfte betreten. Diese Situation wurde weiter kompliziert durch eine wachsende Zahl junger weißer Hausbesetzer, die die inzwischen gut etablierten Stadtteilorganisationen angreifen, weil diese mehr am Überleben ihrer eignen Organisation als an der Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum interessiert seien. Hausbesetzer sind in einige verlassene Gebäude eingezogen, die von den Stadtteilorganisationen als Projekte anvisiert wa-

ren; so intensivieren sie den Konkurrenzkampf und behindern Bemühungen der anderen Gruppen, in Stadtteilkoalitionen zusammenzuarbeiten. Die bürokratischen Strukturen oder städtischen Verwaltungen, die auf Personalisierung und Koopertierung angelegt sind, verstärken diesen Konkurrenzkampf noch.

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich jetzt mit Kreuzberg und dem Vergleich von Partizipationsformen an den beiden Orten. In dem betrachteten Zeitraum engagierten sich die Stadtteilaktivisten u.a. in Protestaktivitäten, insbesondere besetzten sie leerstehende Wohnhäuser, die zum Abriss für ein Stadterneuerungsprojekt anstanden. Unter den Bewohnern Kreuzbergs lebte ein großer Teil der über 5000 Hausbesitzer der Stadt West-Berlin. Obwohl die jeweiligen Motivationen der einzelnen Hausbesitzer sehr unterschiedlich waren, zeigen schon vorläufige Interviews, daß der Hauptgrund für die Hausbesetzungen ein stark ideologisch motivierter Protest gegen die Wohnungs-, Planungs- und Partizipationspolitik der Regierung war. Das Projekt sucht jetzt die Kräfte zu eruieren, die zu diesen Partizipationsformen geführt haben. Geklärt werden sollen das Ausmaß des öffentlichen Wohnungsbesitzes, die Macht der Berliner Planungsbehörden sowie der Behörde für Innere Sicherheit, die Partizipationsmechanismen bei Planungsentscheidungen, der möglichen Wege der Partizipation für die signifikante Zahl von „Gastarbeitern“, sowie von arbeitslosen Jugendlichen, und auch die Rolle der politischen Parteien, der Mieterorganisationen, der Bürgerinitiativen und der relevanten „sub-communities“.

Janice Lee Bockmeyer  
Übersetzt von Peter Bockmeyer

### Literatur

- Arendt, Hannah. 1958. *The human condition*. Chicago: Univ. of Chicago Press.
- \_\_\_\_\_. 1963. *On revolution*. New York: Penguin.
- Baker, Kendall L. et al. 1981. *Germany transformed*. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Barber, Benjamin. 1984. *Strong democracy*. Berkeley: Univ. of Calif. Press.
- Bobbio, Norberto. 1987. *The future of democracy*. trans. Roger Griffin. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.
- Dahl, Robert. 1989. *Democracy and its critics*. New Haven: Yale Univ. Press.
- Delgado, Gary. 1986. *Organizing the movement*. Philadelphia: Temple Univ. Press.
- Fainstein, Norman I. and Susan S. Fainstein. 1974. *Urban political movements*. New York: Prentice Hall.
- Foucault, Michel. 1978. *Dispositive der Macht*. Berlin: Merve Verlag.
- Power/Knowledge, ed. Colin Gordon. New York: Pantheon, 1980
- Gittell, Marilyn. 1980. *Limits to citizen participation*. Beverly Hills: Sage.
- Held, David. 1987. *Models of democracy*. Stanford, Calif.: Stanford Univ. Press.
- Lipsky, Michael. 1970. *Protest in city politics*. Skokie: Rand McNally.
- Pateman, Carole. 1970. *Participation and democracy theory*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Piven, Frances Fox and Richard A. Cloward. 1977. *Poor people's movements*. New York: Vintage.
- Tocqueville, Alexis de. 1956. *Democracy in America*. ed. Richard D. Heffner. New York: NAL.
- Uehlinger, Hans-Martin. 1988. *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.



## vorgestellt

### Selbstdarstellung WohnBund

#### Entstehung

Der WOHNBUND wurde 1983 im Laufe einer Tagung des Deutschen Werkbunds in Darmstadt gegründet. Die sich in der Bundesrepublik überall regenden wohnpolitischen Initiativen und an Hochschulen, Instituten und Verwaltungen tätige Fachleute suchten mit der WOHNBUND-Gründung ein Organ der wechselseitigen fachlichen und politischen Verknüpfung sowie ein permanentes Forum der Diskussion. In Erinnerung an die früheren wohntreuerischen Bewegungen war das Bestreben, der herrschenden herkömmlichen Wohnungspolitik Alternativen gegenüberzustellen und insbesondere konkrete wohnpolitische Initiativen und Projekte fachlich zu unterstützen. Einmal gemachte Erfahrungen galt es weiterzugeben und entsprechend den jeweiligen situativen Anforderungen neu einzubringen.

Vor Augen stand den Gründern des WOHNBUNDS der sich abzeichnende tiefgreifende gesellschaftliche Wandel mit der Folge der Entwicklung neuer Haushaltsformen und neuer Wohnbedürfnisse, dem eine eindimensionale Wohnungspolitik des Bundes gegenüberstand. „Wohnen“ war seit jeher

## PULSSCHLAG



nicht in Form quantitativ aufgelisteter Versorgungsdaten zu beschreiben. Wohnungsnot beinhaltet nicht allein einen Versorgungsnotstand, sondern auch den Verfall kultureller, städtebaulicher und architektonischer Werte. Die Mißachtung der sozialen Dimension der Wohnungsversorgung, die Re-

duzierung der Wohnungsfrage auf reglementierte Standards entsprechend der Zahlungsfähigkeit der Wohnenden mit der Folge sozialer Segregation, die Vernachlässigung ökologischer Erfordernisse mußten über kurz oder lang zu sozialen und politischen Spannungen in Städten und Gemeinden führen.

### Ziele

Demgegenüber sucht, untersucht und unterstützt der WOHNBUND Ansätze, die einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des Problems Wohnen gerecht werden. Heute ist er zur bundesweit einzigen Lobby und Innovationsagentur „alternativer“ wohnkultureller Konzepte in der Bundesrepublik geworden. Zusammengefaßt lautet die Maxime des WOHNBUNDS: „Wohnpolitik als soziale Kulturpolitik.“

Die Mitglieder des WOHNBUNDS kommen aus unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppierungen. Verbunden werden sie durch einen Konsens über prinzipielle wohnungspolitische Grundsätze:

- Öffentliche Förderung von Wohnraum setzt eine dauerhafte soziale Bindung voraus;
- Sozial tragbare Mieten müssen dauerhaft gewährleistet werden, den Menschen muß Wohnsicherheit im finanziellen und rechtlichen Sinne geboten werden;
- Gemeinschaftliche Verfügungsformen der Mieter und Mieterinnen über ihre Wohnungen und ihr Wohnumfeld im Bestand, beim Wohnungsneubau und Umnutzung sind unverzichtbare Grundlage sozialer Wohnungspolitik und ökologisch orientierter Stadtentwicklung und müssen entsprechend anerkannt und gefördert werden.

### Organisatorisches

Die WOHNBUND-Zentrale in Frankfurt dient als erste Anlaufstelle für Anfragen. Sie ist zuständig für Vernetzung, Konzeptentwicklung, Herausgabe der WOHNBUND-Publikationen, Kongreßorganisation, Akquisition, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederverwal-

Die deutsch-englische Zeitschrift

## HARD TIMES

enthält Informationen über Kultur,  
Politik und soziale Probleme in

GROSSBRITANNIEN,  
IRLAND

und anderen englischsprachigen  
Gesellschaften

aus kritischer Sicht. Die Artikel  
sind z.T. deutschsprachig und  
z.T. englischsprachig.

Die Themen der nächsten Nummern sind unter anderem:

Thatcherism; Theater der 80er  
Jahre in GB; Community Action;  
HARD TIMES, Großbeerstr. 70,  
1000 Berlin 61

*Probeheft für 5,- DM (in bar oder als Scheck)*



tung und -information, Betreuung von Forschungsprojekten etc.

**Konkrete Beratungen, Forschungsaufträge** etc. werden von **Mitglieds-Vereinen**, angeschlossenen **Beratungsbüros** oder **Einzelpersonen** durchgeführt.

Es ist möglich **WOHNBUND-Landesverbände** als eigenständige Vereine zu gründen. Zur Zeit gibt es Landesverbände in Berlin und Hessen. Diese entwickeln den spezifischen Bedingungen entsprechende Konzepte, führen eigenständig Veranstaltungen durch und beraten Projektgruppen.

#### **Anschriften:**

##### **WOHNBUND-ZENTRALE**

Verband zur Förderung wohnpolitischer Initiativen

Humboldtstraße 79

6000 Frankfurt

##### **WOHNBUND Landesverbände Berlin**

Dominikusstraße 3

1000 Berlin 62

##### **Hessen**

Denkmalsweg 6

6306 Langgöns 5

#### **Aufruf zur Mitarbeit**

Im Rahmen des **WOHNBUNDS** sind vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten gegeben. Zunehmend gewinnt der **WOHNBUND** Einfluß bei wohnpolitischen Entscheidungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Zunehmend sind die Politiker gezwungen, reale soziale Entwicklungen in der Wohnungs- und Städtebaupolitik zu berücksichtigen. Die Einflußmöglichkeiten des **WOHNBUNDS** nehmen unverkennbar zu. Es ergeht die Aufforderung, zu dieser Arbeit beizutragen, denn der **WOHNBUND**

kann nur so stark sein, wie ihn die Mitglieder machen. Es bedarf der Unterstützung durch Mitarbeit, Mitgliedschaft und Spenden.

*Joachim Brech*

## **Frauen-Räume: feministische Einwände gegen die Gestaltung des städtischen Lebensraums\***

Die Planung und Gestaltung städtischen Lebensraums liegt nach wie vor in der Hand von Männern. Frauen – als Betroffene und auch als Fachfrauen – werden noch immer wenig wahrgenommen. Ihre spezifischen Anforderungen an diesen Lebensraum finden kaum Eingang in Planungs- und Bauprozesse. Doch in den letzten Jahren haben Frauen vielfach Initiative ergriffen, um Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrem Interesse zu verändern. Im folgenden wird die Arbeit von **FOPA Dortmund** als solche Einmischung in Planung vorgestellt.

Unsere **Ausstellung Frauen in der Stadt** eignet sich als Einstieg in das Thema. Die aktuelle Arbeit von **FOPA** konzentriert sich auf die **Internationale Bauausstellung EmscherPark**, die wir als **Experimentierfeld für Frauen** begreifen und zu nutzen suchen. Unsere Stellungnahme zur Wohnungspolitik der Bundesregierung **Gegen alte Konzepte, für neue Wohnungen – Anforderungen aus (Fach-)Frauensicht** macht deutlich, daß

auch bundesweit die Einflußmöglichkeiten für Frauen auf Planung erheblich erweitert werden müssen.

### **1. Frauen brauchen (Frei-) Räume – FOPA Dortmund**

**FOPA**, die Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen, ist eine autonome, interdisziplinäre Organisation von Frauen, die sich mit der baulich-räumlichen Umwelt und ihrer Gestaltung befassen. Sie ist eine Antwort auf den Mangel an Einfluß von (Fach-) Frauen auf Stadtplanung.

**FOPA** entstand 1981 in Berlin. **FOPA Dortmund** ist seit November 1985 ein selbständiger Verein. 1987 gründete sich dieser Zusammenschluß auch in Kassel und 1990 in Hamburg. Wir wehren uns gegen die Diskriminierung von Frauen durch Planung und Architektur und setzen uns für lebenswertere Städte ein. Deshalb propagieren wir soziale und ökologische Stadterneuerung und schaffen Freiräume für Frauen. **Frei-Räume**, so heißt übrigens auch die **Zeitschrift** von **FOPA**.

Mit unserer Arbeit wollen wir Frauen anregen, sich an Stadtplanung zu beteiligen oder allgemeiner, sich politisch einzumischen. Unser Augenmerk gilt der Planung im Stadtteil. Die Frauen, die hier hausarbeiten, sind besonders auf wohnungsnahen Angebote angewiesen. Sie sind mit Mängeln in der Ausstattung tagtäglich konfrontiert. So sind sie die eigentlichen Expertinnen, wenn es um Wohnumfeldverbesserung geht. Doch gefragt werden sie dazu kaum. Die gesetzlich geregelte Bürgerbeteiligung in Form einer i.d.R. einmaligen Veranstaltung zu einem Zeitpunkt, an

# PULSSCHLAG



dem die Planung verwaltungsintern allseits abgestimmt und weitgehend fertig ist, erreicht Bürgerinnen noch weniger als Bürger. Es ist auch psychologisch verständlich, wenn die zuständigen Bearbeiter nach einem so aufwendigen Verfahren nicht mehr offen sind für laienhafte Einwendungen und Wünsche. Diese werden in der Regel als störend empfunden und entsprechend behandelt. Und das gilt in besonderem Maße für Einwendungen, die Frauen vortragen; sie werden allzu oft nicht ernstgenommen. Hinzu kommen weitere Hemmnisse, die ihrer Beteiligung entgegen wirken: Frauen haben vielfach existenziellere Sorgen, als sich mit Planung zu befassen: das niedrige Einkommen, die magere Rente, die enge Wohnung, der fehlende Kindergartenplatz, die langen Wege für Besorgungen, Überlastung durch Haus- und Erwerbsarbeit. Deshalb muß eine effektive Beteiligung von Frauen an Planung u.E. weit vor den bisherigen Verfahren ansetzen, durch intensive Beratungsarbeit und Angebote vor Ort. Ein wichtiges Mittel, den Blick für Probleme zu schärfen, denen Frauen in einer Umwelt ausgesetzt sind, an deren Planung und Bau sie im wesentlichen nicht beteiligt sind, bietet unsere Ausstellung **Frauen in der Stadt**.

Seit März 1985 wurde sie in mehr als 50 Orten gezeigt. Die Fotos der Ausstellung dokumentieren Frauenalltag unter baulich-räumlichen Bedingungen, die Frauen benachteiligen. Sie zeigen Stadt als Raum, der ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Frauen geplant und gebaut wird. Es sind räumliche Strukturen, in denen für Frauen oft keine Platz ist, in denen sie keinen Raum

haben – auch im wahrsten Sinne des Wortes.

Frauen in ihrer traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter, vielfach auch als Erwerbstätige, müssen tagtäglich Planungsmängeln ausbügeln – fehlende Einkaufsmöglichkeiten und soziale Dienste, schlechte Verkehrsbedingungen kosten ihre Zeit; doch ihre Arbeit findet in der Planung kaum Beachtung. Wir konfrontieren diesen Frauenalltag mit behindernden bis gefährdenden Lebensbedingungen im Stadtverkehr und dem Frauenbild, das am Zeitungskiosk und auf Werbewänden zur Schau gestellt wird. Unser Beispiel ist Dortmund. Aber wir zeigen Situationen, wie sie in jeder größeren Stadt zu finden sind. Begleittexte erläutern Ursachen und Zusammenhänge der Unterdrückung von Frauen in solcher städtischen Umwelt. Wir möchten Frauen ermutigen; sich dagegen zur Wehr zu setzen, diese Bedingungen zu verändern. Eine Änderung dieser Situation ist nur durch massive Einmischung von Frauen in Planung und Politik denkbar.

In dieser Hinsicht hat sich die Ausstellung bewährt. Sie gibt einen guten Einstieg in das Thema und wird von Frauengruppen und insbesondere den Gleichstellungsbeauftragten aus der gesamten Republik und darüber hinaus nachgefragt.

## 2. Frauenstadtplan Dortmund

Eine Tafel der Ausstellung zeigte die Verteilung von Fraueninfrastruktur im Dortmunder Stadtgebiet. Zur Aktualisierung der vielfältigen Angebote, die Frauen insbesondere in den letzten 5 Jahren initiiert haben und zur besseren Orientierung über Orte, die Frauen

sich hierfür angeeignet haben, veröffentlichten wir 1989 den Frauenstadtplan Dortmund. Dieser zeigt die Standorte von Frauenvereinen und -initiativen als Karte und erläutert die Angebote und ihre Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln in einer Broschüre. Der Frauenstadtplan wurde vom Frauenplenum Dortmund und von FO-PA erarbeitet und herausgegeben.

## 3. Internationale Bauausstellung Emscherpark – Experimentierfeld für (Fach-) Frauen

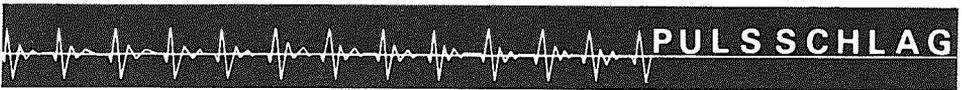
Die IBA EmscherPark ist eine Initiative der Landesregierung NRW für den abgewirtschafteten Emscherraum (Strukturkrise von Bergbau und Stahlindustrie). Das Konzept wurde der Öffentlichkeit in Form eines Memorandums im Dezember 1988 vorgestellt<sup>1</sup>.

Die IBA begreift sich auch als ökologisches und soziales Unternehmen. Innovationen in den Bereichen „Arbeiten, Kultur und Wohnen“ sollen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen und die Standort Nachteile der Region beseitigen. Neue Standortqualität soll durch den „Wiederaufbau der Landschaft“ geschaffen werden. Der Begriff „Park“ ist Symbol für die mit technischen Mitteln gestaltete Landschaft.

Dem Anspruch nach sollen Bürgerinnen und Bürger sich an der Verbesserung der Lebensbedingungen aktiv beteiligen. Diese IBA muß u.E. insbesondere auch Frauen Freiräume eröffnen.

### 3.1 Stellungnahme zum Memorandum

FOPA kritisierte, daß Frauen in dem Konzept nicht vorkommen.



Schon an der Erarbeitung des Memorandums waren sie nicht ausreichend beteiligt<sup>2</sup>. Dieser Mangel war für uns Anlaß zu gezielten Initiativen, die im folgenden vorgestellt werden<sup>3</sup>.

### 3.2 Arbeitskreis Frauen und IBA

Ein erster Schritt war hier der Workshop **Mehr Macht und Einfluß von Frauen in der Planung**, den Doris Reich im Februar 1989 am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund anbot. Frauenbeauftragte der Emscherstädte und Fachfrauen meldeten erste Ansprüche für Projekte im Rahmen der IBA an. Sie fordern 'Frauenfreundlichkeit' als generelle Qualität, was heißt, gebrauchsfähige, an den Zeitstrukturen von Frauen orientierte Infrastruktur, wohnungsnahe qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Erreichbarkeit dieser Einrichtungen auf kurzen und sicheren Wegen unter Vermeidung von Angsträumen, Wohnungen und Wohnumgebungen, die den unterschiedlichen Lebenslagen und -wünschen von Frauen gerecht werden sowie besondere Treffpunkte für Freizeit und Bildung. Darüberhinaus forderten wir Fachfrauen die Hälfte der vorgesehenen Arbeitsplätze in der Planungsgesellschaft IBA EmscherPark in Gelsenkirchen, die paritätische Besetzung jedweder Beiräte und Gremien. Frauenbeauftragte, Fachfrauen und Nutzerinnen sollen die Wettbewerbskriterien mitgestalten und in Juries vertreten sein. Von der Planungsgesellschaft wird eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit für Frauenbeteiligung und kontinuierliche Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten der Emscherkommunen erwartet.

Der Workshop zeigte auch deutlich, daß eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Thematik vonnöten ist, um Strategien der Einmischung zu erproben – schließlich hat diese Bauausstellung einen Zeithorizont von fünf Jahre bis zehn Jahren; 1995 ist als Präsentationsjahr genannt. Deshalb bildete sich der Arbeitskreis **Frauen und IBA** als regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch und zur fachlichen Unterstützung der Frauenprojekte und der Frauenbeauftragten. Seit Juli 1989 trifft sich dieser AK in 6- bis 8-wöchigem Turnus mit der Planungsgesellschaft, um Projekte unter frauenspezifischen Aspekten zu bewerten und Anforderungen, z.B. an Wettbewerbe, zu formulieren. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit war eine Veranstaltung der Planungsgesellschaft im April dieses Jahres für die Ratsfrauen und Frauenbeauftragte der IBA-Städte, in der die Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen im Rahmen der IBA aufgezeigt wurden.

### 3.3 Projektantrag

Die Förderung eines speziellen Beratungs- und Organisationsangebotes: **Netzwerkbüro Frauen, Planen, Bauen** sehen wir als unerläßliche Infrastruktur an für die Erprobung neuer Beteiligungsformen, die eine wirksame Einflußnahme auf Planung und Gestaltung des Lebensraums ermöglichen. Nur durch ein spezielles Angebot für Frauen, die sich engagieren wollen, kann der schöne und dringende ökologische Beteiligungsanspruch der IBA-EmscherPark eingelöst werden. Mit dieser Idee beteiligte sich FOPA 1989 an dem 1. Projektauftrag:

*„Das Netzwerkbüro versteht sich als zentrale Anlaufstelle, vorhandene experimentelle Verfahren mit der Beteiligung von Frauen am Planungsprozeß aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Gedacht ist dabei sowohl an die im Ansatz begonnenen Erfahrungen mit Verfahren der Bewohnerinnenbeteiligung bei der behutsamen Stadterneuerung Berlin-Kreuzberg als auch informeller Beteiligungsformen bei der Wohnumfeldverbesserung in Nordrhein-Westfalen.(...) Das Netzwerkbüro dient auch der Information und Beratung örtlicher Frauenbeauftragten bei der Berücksichtigung von Frauenaspekten in den kommunalen Planungsprojekten sowie der Unterstützung von Fraueninitiativen/-vereinen bei der Konzeption und Realisierung von Projekten in eigener Trägerschaft“<sup>4</sup>.*

Inzwischen zeitigt diese Einmischung erste Wirkungen. Unsere Projektidee zur Einrichtung eines Netzwerkbüros wurde nicht akzeptiert, wohl aber ein Baustein des Antrags: die Konzeption und Realisierung einer Ausstellung von Bauprojekten, die die spezifischen Belange von Frauen berücksichtigen. Dafür erhielt FOPA Anfang dieses Jahres einen Auftrag von der Planungsgesellschaft. Diese Ausstellung mit dem Titel **FRAUEN PLANEN BAUEN WOHNEN** stellt historische und aktuelle Beispiele aus dem In- und Ausland vor. Besonderes Augenmerk gilt Projektideen, die die Einflußnahme von Frauen auf Planung stärken. Sie geben praktische Anregungen zur Organisierung der Frauenbeteiligung über die IBA hinaus, für Planungsinnovationen im Interesse von Frauen. Die Ausstellung soll Anfang nächsten Jahres in den Mit-

## PULSSCHLAG



gliedsstädten der IBA gezeigt werden. Um unsere Idee des Netzwerkbüros dennoch voranzubringen, beantragten wir eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur **Förderung frauenspezifischer Belange in Planungs- und Bauprojekten**; denn mit dem wachsenden Interesse an der Umsetzung frauenspezifischer Belange in Planungs- und Bauprojekten der IBA häuften sich die Anfragen bei unserem Verein. Seit Juli dieses Jahres können sie von einer Architektin bearbeitet werden. Ziel ist es, eine kompetente Beratung aufzubauen und die Einbeziehung von Nutzerinnen und Fachfrauen in konkreten Planungs- und Bauprojekten zu fördern. Zur Unterstützung dieser Arbeit baut FOPA zur Zeit ein Archiv Frauen Planen Bauen auf. Unsere eigene Literatur zum Thema soll ergänzt werden durch Übersichten verschiedener Institutionen wie der Abteilung Raumplanung an der Universität Dortmund, des Vereins

Frauenbewegung und Wissenschaft, des Feministischen Archivs und Dokumentationszentrums in Köln und weiterer autonomer Frauenbibliotheken und -archive sowie Berufsorganisationen von Planerinnen und Architektinnen und den Frauengruppen in konventionellen Berufsorganisationen.

Auch dieses Projekt wird mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und der Stadt Dortmund (sogenannte Spitzenfinanzierung) gefördert. Die öffentliche Auseinandersetzung um Frauen und Planung erhielt im letzten Jahr weiteren Auftrieb durch die gemeinsame Tagung der damaligen parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann und des Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, die unter dem Titel: „**Frauen und Stadterneuerung. Betroffenheit, Beteiligung in Planungsprozesse, Gestaltung des Lebensraums**“ stattfand.

gegriffen und Sondermittel zugesagt. Die Stadt Bergkamen will mit diesen Mitteln ein Wohnungsbauprojekt in der Größenordnung von 35 Wohneinheiten realisieren.

Nach der Tagung hatte die Frauenbeauftragte vor Ort die Initiative für ein solches Projekt ergriffen. Zur Vorbereitung bildete sich ein Arbeitskreis aus Frauen der Stadtverwaltung, Vertreterinnen der ausführenden Wohnungsbaugesellschaft, der IBA und der Landesregierung sowie einer Architektin für die Wettbewerbsorganisation. Eine Architektin von FOPA wurde beauftragt im Vorfeld des Wettbewerbs, Kontakt zu potentiellen Mieterinnen aufzunehmen, um in Gesprächen mit ihnen Wohnprobleme und Wohnwünsche zu ermitteln. Zielgruppe sind Alleinlebende Frauen, Alleinerziehende und zur Hälfte Frauen mit Familien. Die Gesprächsinhalte, ergänzt durch Hinweise aus der einschlägigen Literatur ermöglichen Schlußfolgerungen, die als Anregung und Hintergrundinformation für die Wettbewerbsteilnehmerinnen dienen. An dem Realisierungswettbewerb **Frauen planen Wohnungen** können ausschließlich Architektinnen teilnehmen; Preisgericht wie Sachpreisgericht werden von Frauen gebildet. Dieses Konzept auch in der Bauausführung durchzuhalten dürfte allerdings Probleme bereiten, da Frauen in Bauberufen bislang selten anzutreffen sind. Erste Initiativen zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen in diesem Bereich sind das Frauenstadthaus Bremen u.a. als Qualifizierungsprojekt für Bauhandwerkerinnen, die bauwerk GmbH in Siegen und der Verein Baufachfrau, ein Zusammenschluß von Handwerkerinnen und

### André Gorz:

*Wie kann man die Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitslosigkeit abbauen und dazu auch noch die Löhne erhöhen?*

Der Autor entwirft eine Politik der Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftsvertrag und fordert — gerade angesichts der Verhältnisse in der DDR — die Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Gewerkschaftspolitik, die die Interessen aller ArbeitnehmerInnen vertritt, den Abbau der Arbeitslosigkeit sichert sowie das Recht aller auf sinnvolle Arbeit, persönliche (Weiter-)Entwicklung, Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust und wachsende Zeitsouveränität.

Ein Sonderdruck aus  
**express · links · WIDERSPRÜCHE**

Bezug gegen DM 2,— (nur Vorkasse,  
Bares, V-Scheck, Briefmarken)

Verlag 2000, Postfach 10 20 62,  
Bleichstr. 5/7, W-6050 Offenbach/Main

FOPA war an der Konzeption dieser Tagung beteiligt und stellte mehrere Referentinnen. Die Dokumentation dieser Tagung, die in Kürze erscheinen soll, wurde von uns bearbeitet und durch eine Zusammenstellung des Forschungsbedarfs in diesem Bereich ergänzt. Eine Idee, die Margrit Kennedy, Referentin dieser Tagung, in die Diskussion einbrachte, ist inzwischen zu einem konkreten IBA-Projekt gereift. Sie wünschte sich ein Projekt, das von Frauen geplant, gebaut und bewohnt werden sollte. Diese Idee wurde vom Minister spontan auf-



Architektinnen in Dortmund, Berlin und München.

#### 4. Stellungnahme zur Wohnungsbaupolitik

Eine Initiative von FOPA zu Ende 1989 läßt erkennen, daß auch bundesweit eine Einflußnahme auf Planung im Interesse von Frauen drängt. Den Anlaß bildeten Presseberichte zu einem Sofortprogramm der Bundesregierung gegen die Wohnungsnot und das Hearing des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am 6.12.89, zu der Fachfrauen unseres Wissens nicht geladen waren. In einer – unaufgeforderten – Stellungnahme **Gegen alte Konzept, für neue Wohnungen – Anforderungen aus (Fach-)Frauensicht** gaben wir unserer Befürchtung Ausdruck, daß aufgrund der geforderten Eile Entwürfe der 60er und 70er Jahre neu aufgelegt und die Fehler dieses stark kritisierten Städtebaus wiederholt werden. Das heiße auch, die heftige Kritik von Frauen an den Mißständen in solchen Siedlungen zu ignorieren und keine Raum zu lassen für Verbesserungen in ihrem Interesse.

Deshalb brachten wir einige Anforderungen, die Frauen an heutigen Wohnungs- und Städtebau stellen, in Erinnerung und verwies auf die inzwischen umfangreiche Literatur und praktische Erfahrungen im In- und Ausland. Die Stellungnahme fand Eingang in die offizielle Dokumentation über das Hearing. An die Bauministerien in Bonn und Düsseldorf und die Fraktionen der Parteien auf Landes- und Bundesebene richteten wir die Stellungnahme mit einem Diskussionsangebot. Nach mehreren Gesprä-

chen mit interessierten PolitikerInnen und Fachfrauen im ehemaligen Ministerium für Städtebau, Wohnen und Verkehr in Düsseldorf haben wir unserer Forderungen präzisiert und ihre Umsetzbarkeit mit Beispielen aus der Bundesrepublik und den Niederlanden belegt. Die geplante Ausstellung „Frauen Planen, Bauen, Wohnen“ wird hier vielfältiges Anschauungsmaterial bieten. Aber auch das neue Frauenministerium in NRW, ein Frauenamt wie in Köln oder ein Frauenreferat wie in Frankfurt und die Gleichstellungsbüros vor Ort sind neue Ansatzpunkte, um den Einfluß von Frauen auf die Gestaltung – nicht nur – des städtischen Raums auszudehnen.

Zum Austausch der inzwischen vielfältigen Erfahrungen wird FOPA im Herbst 1992 eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der niederländischen **Stichting vrouwen bouwen wonen** (Rotterdam) organisieren.

*Rosemarie Ring* ist Diplom-Ingenieurin und arbeitet für FOPA

#### Anmerkungen

- 1 Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Internationale Bauausstellung Emscher-Park – Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete. Memorandum zu Inhalt und Organisation
- 2 Brigitte Karhoff/Rosemarie Ring: IBA-Emscher-Park. Kritische Fragen aus (Fach-)Frauensicht, in: Raumplanung 44, März 1989, S. 78f
- 3 Vgl. Marita Grote: Strategie der Einmischung in den Planungsprozeß der Internationalen Bauausstellung EmscherPark, in: Marita Grote: Strategien für frauengerechte Stadtplanung, Diplomarbeit

an der Abteilung Raumplanung, Universität Dortmund, April 1990, S. 109 – 120

4 Vgl. IBA-Antrag von FOPA vom Juni 1989

\* Redaktioneller Hinweis: *Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines umfangreichen Selbstdarstellungstextes und Tätigkeitsberichtes, den Interessierte direkt anfordern können bei: FOPA e.V., Adlerstr. 81, 4600 Dortmund 1 Tel. 0231/143329 oder 143338*

SCHWERPUNKT: STASI & VERFASSUNGSSCHUTZ: • VFS-OKKUPATIONSPLÄNE FÜR DIE DDR • STASI-AUFLÖSUNG • LEBEN MIT DER STASI • VFS GLEICH STASI? • VFS-ALLTAGSPRAKTIKEN • DER «KALTE KRIEG» ALS VATER DER «SICHERHEITSPRAXIS» IN DER DDR & BRD •

36

**Bürgerrechte & Polizei**  
 Gilt ab Nr. 2/1990 Preis 9,- DM

Seit 1978 dokumentiert/analysiert **Bürgerrechte & Polizei** gesetzliche, organisatorische und taktische Veränderungen innerer »Sicherheitspolitik« in der BRD. Zugleich berichten wir über die Arbeit von Bürgerrechtsgruppen.

Einzelheft: DM 9 p.V.  
 Jahresabo (3 Hefte)-Institution: DM 40 p.V.  
 Personen: DM 21 p.V.

Bestellungen des Buchhandels an die Redaktion:

Bürgerrechte & Polizei  
 c/o FU Berlin  
 Malteserstraße 74-100, 1000 Berlin 46

Einzelbestellungen/Abos:  
 Kirsch kern Buchversand  
 Hohenzollerndamm 199 • 1000 Berlin 31



## bericht

### Umweltschutz grenzenlos

Nach einer einjährigen Aufbauphase startete das ÖKO-INSTITUT Freiburg/Darmstadt und ROBIN WOOD Bremen am 4.10.1990 ein Joint-Venture mit der UdSSR ganz besonderer Art. An diesem Tag ging eine Verbindung für den computerunterstützten Austausch von ökologierelevanten Daten zwischen Moskau und Freiburg in die praktische Anwendung.

Mit diesem Daten-Projekt wollen das ÖKO-INSTITUT und ROBIN WOOD den global auftretenden Umweltproblemen, wie etwa Treibhauseffekt oder Schadstoffproblematik, eine neue Bekämpfungsstrategie entgegensetzen. Über das Daten- und Informationssystem sollen Expertenwissen und Erfahrungen ausgetauscht werden und dort für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, wo wirksam gegen die Umweltzerstörer vorgegangen werden muß. Angestrebtes Ziel ist eine internationale Vernetzung der Ökologiebewegung mit Schwerpunkt UdSSR und andere östliche Länder, da dort die Umweltprobleme mit ihren weitreichenden Auswirkungen besonders

gravierend sind. Dem wachsenden Technologietransfer in diese Länder soll durch den Austausch von Alternativkonzepten ein adäquates Gegengewicht entgegensetzt werden. Weiterhin wird das Informationssystem die kommunikative Abstimmung gewaltfreier Aktionen in Ost und West ermöglichen.

Nachdem sich bereits einige deutsche Umweltgruppen an das Datensystem angeschlossen haben, wird nun auch aus vielen Teilen der Sowjetunion auf dieses Projekt mit regem Interesse reagiert. Konkrete Verhandlungen werden bereits mit Umweltgruppen aus Kemerovo, Leningrad, Lemberg und Kiew geführt, die alle an das Datensystem angeschlossen werden möchten. Profitieren wird aber auch die hiesige Umweltbewegung, Bürgerinitiativen und andere engagierte Umweltschützer können sich mittels einer im ÖKO-INSTITUT Freiburg/Darmstadt betriebenen Datenbank über die Themengebiete Energie, Atomenergie, Klima, Wasser und Müll informieren. Bereits seit einiger Zeit betreibt das ÖKO-INSTITUT außerdem die am Cerberus-Netzwerk angeschlossene Mailbox namens „oekomail“ (Tel-Nr. 0761-471437, 300-2400 Baud), über welche die Informationen und Nachrichten aus der UdSSR für jeden angeschlossenen Nutzer abrufbar sind.

#### Weitere Informationen:

Stephan Kohler, Tel. 0761-473038  
Gerd Deininger, Tel. 0761-473031  
Anschrift: Öko-Institut, Binzengrün 34a, 7800 Freiburg



## analyse

### „Jugend im Osten kritischer“ Erste Teil-Ergebnisse der elften SHELL-Studie

Die Einstellungen der Schüler in beiden Teilen Deutschlands gleichen sich bis auf das i-Tüpfelchen. Eines aber ist anders: Die Jugendlichen im Osten sind wesentlich kritischer als im Westen, wie aus der ersten gesamtdeutschen SHELL-Umfrage hervorgeht, die am 4. Oktober 1990 in Hamburg vorgestellt wurde.

„Die sind ja wie wir!“ hat eine westdeutsche Schülerin nach dem Besuch einer DDR-Austauschkasse festgestellt, wie Otmar Kabat vel Job vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung als Ergebnis der Studie berichtete, für die im Mai/Juni 2.600 Schüler im Alter von 13 bis 17 Jahren im Ruhrgebiet und im Ballungsraum Halle/Leipzig befragt wurden.

Für die früheren DDR-Schüler ist die Revolution im Osten jedoch anders als für die Gleichaltrigen im Westen ein prägendes Lebensereignis. Sie sympathisieren auch stärker mit neuen sozialen Bewegungen und sind gleichzeitig nach Westen orientiert. Ihre Zuneigung zu den Menschen im früheren Bundesgebiet bleibt jedoch unerwidert. Die Westschüler wendeten den Blick desinteressiert ab, sagte Jürgen Zinnecker von der Universität

Siegen. 50 Prozent der DDR-Schüler fänden Freunde von „drüben“ angenehm, umgekehrt aber nur 19 Prozent der bundesdeutschen Schüler.

Die **Vereinigung** beider deutscher Staaten haben die westdeutschen Schüler eher aus der Ferne wahrgenommen, die ostdeutschen dagegen hätten sie stärker gewollt. Vor allem die männlichen Lehrlinge nehmen gegensätzliche Haltungen ein: Im Osten versprechen sich viele etwas von der Vereinigung, im Westen dagegen wird die neue Konkurrenz etwas mehr gefürchtet, besonders von den Ausländern. Gegner der Vereinigung im Osten finden sich laut Zinnecker eher bei den Abiturienten.

### Mehr Sympathie für neue soziale Bewegungen im Osten

Der **Umbruch** in der früheren DDR hat starke Auswirkungen auf die Schüler. Jeder Zweite hat bei der Massenflucht 1989/1990 einen Freund verloren, die Ausbildungswege müssen neu geplant werden, Schulfächer und der Jugendverband FDJ als Bezugspunkt fallen weg, zahlreiche Eltern werden arbeitslos, die Angst, zu Bürgern zweiter Klasse zu werden, wächst, wie aus zusätzlich angeforderten Aufsätzen über die Zukunft im vereinigten Deutschland hervorgeht. Schüler in Ostdeutschland fühlen sich aber stärker als Deutsche als Gleichaltrige im Westen (71 Prozent zu 55). Ihre DDR-Identität ist abgebröckelt, nur 41 Prozent bezeichneten sich im Mai/Juni noch als DDR-Bürger. Das war durchaus schwankend, wie Zinnecker sagte. Nach einem Niedergang von 1988 auf 1989 identifizierten sich mit der

Hoffnung auf Reformen nach der Wende wieder viele mit ihrem Staat. Als sich jedoch 1990 das Modell BRD am Horizont abzeichnete, ließ dies wieder stark nach.

Die **Kritik** an der eigenen Gesellschaft ist im Osten wesentlich stärker ausgeprägt als im Westen. 78 Prozent der Schüler in der ehemaligen DDR bemängeln die Jugendpolitik (im Westen 62 Prozent), 57 Prozent kritisieren fehlenden Umweltschutz, im Westen tun dies nur 33 Prozent. Unzufrieden mit Freizeitmöglichkeiten sind im Osten 42 Prozent, im Westen nur 21 Prozent, mit der demokratischen Mitgestaltung 26 Prozent, (Westen 14) mit dem Bildungssystem 23 Prozent (zehn). Die Revolution hat sich der Studie zufolge mit einem Wertewandel in der DDR von den 80er Jahren an in den Köpfen bereits vorher vollzogen.

*Daraus folgt eine stärkere Sympathie für die neuen sozialen Bewegungen im Osten. Die Friedensbewegung kommt bei 76 Prozent im Osten gut an (Westen: 60). Frauenbewegung: 40 zu 25, Bürgerinitiativen: 28 zu 16.*

Die Republikaner finden nur bei fünf Prozent der Schüler in der früheren DDR Freunde, im Westen dagegen bei zehn. Diese Partei „als Gegner bekämpfen“ wollen 43 Prozent der ostdeutschen Schüler, aber nur 28 Prozent im Westen. Gegen Skinheads sind im Osten 28 Prozent (Westen 19). Sympathie finden sie bei fünf Prozent in der früheren DDR, in der Bundesrepublik dagegen bei sieben Prozent der Schüler.

### Ansturm auf Uni vorhergesagt

Beide mit der Studie befaßten Professoren wiesen auch darauf hin,

daß sich die Universitäten auf einen Ansturm vorbereiten müssen. Jeweils 50 Prozent der Schüler wollen studieren, die meisten streben einen „sauberen“ Dienstleistungsberuf an. In der ehemaligen DDR gingen aber erst rund 20 Prozent eines Altersjahrgangs zur Universität, in der bisherigen Bundesrepublik 30 Prozent, sagte Zinnecker. Die **Lebensziele** der Schüler sind in beiden Teilen des Landes gleich. Am wichtigsten sind ihnen gute Freunde und Erfolg im Beruf, die Familie und die eigene Unabhängigkeit. Nur zehn bis 20 Prozent verlassen sich bei Partnerwahl, Musikgeschmack, Wohnungsgestaltung, Taschengeldverwendung oder Auswahl der Freunde auf Eltern oder Gleichaltrige. Die große Mehrheit zieht das eigene Urteil vor. Auch bei schulischen, politischen und beruflichen Fragen sagen zwischen 50 und 65 Prozent, daß sie nicht auf die Eltern hören. Die Nutzung von **Medien** ist ähnlich. Sie unterscheidet sich nur dort, wo die Ausstattung der Schüler mit entsprechenden Geräten nachhinkt, wie bei Videorecordern, CD-Geräten und Computerspielen. Außerdem lesen die Ostschüler mehr Illustrierte und Tageszeitungen. Auch die Subkultur findet bei den Schülern in beiden Teilen des Landes ähnlich viele Sympathisanten. 55 Prozent im Osten und 45 Prozent im Westen bezeichneten sich als Computerfans, 47 und 43 Prozent als Fußballfans, 25 und 20 als Heavy Metals, je 16 als Punks, 14 und 10 Prozent mögen okkulte Gruppen, sowie 14 und 13 Prozent „Grufities“.



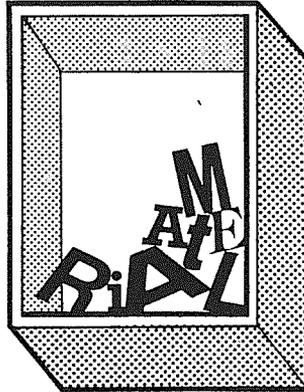
## Frauenstudien

Die „mindestens zweijährige Führung eines Mehrpersonenhaushalts“ ist eine der Zulassungsvoraussetzungen zum neuen Weiterbildungs-Studiengang „Frauenstudien“, der zum kommenden Wintersemester an der Universität Dortmund eingerichtet worden wird. Das neue Fach richtet sich an Frauen, „die in der emanzipatorischen Frauenarbeit tätig sind oder tätig werden wollen“. Die Zielgruppe, so heißt es in einer Mitteilung der Hochschule, seien vor allem „Familienfrauen“, die Kinder erziehen und einen Haushalt geführt haben und über ehrenamtliche oder berufliche Erfahrungen in der Frauenarbeit verfügen. Zur Zulassung zum Studium ist kein Abitur erforderlich.

Das Studium qualifiziere, so die Mitteilung, für Tätigkeiten in der Beratung, Erwachsenenbildung und Öffentlichkeitsarbeit bei Verbänden, Unternehmen und Bildungseinrichtungen. Das fünfsemestrige Studium umfaßt Lehrveranstaltungen aus den Kultur- und Sozialwissenschaften sowie aus naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Nach erfolgreichem Abschluß verleiht die Universität ein Zertifikat.

## „DDR“-Innenansichten

Lange Zeit in der DDR tabuisierte Jugendsubkulturen beleuchtet das im Ost-Berliner LinksDruck-Verlag erschienene Buch „Die Szene von innen – Skins, Grufies, Heavy Metals und Punks in der DDR“. Der mit Fotos von



Merit Pietzker illustrierte Band der Autoren Manfred Stock und Phillip Mühlberg soll laut ADN helfen, „einen zwar öffentlich immer mehr wahrzunehmenden, aber in seinen sozialen Ursachen und Wirkungen weitgehend ignorierten gesellschaftlichen Bereich seines spektakulären Anstrichs zu entkleiden“.

Drei Jahre lang haben die beiden Soziologen Jugendliche befragt und sich mit deren Vorstellungen auseinandergesetzt. Im Gegensatz zur verbreiteten Auffassung von der puren Übernahme westlicher Mode- und Verhaltensmuster wollen die Autoren den spezifischen DDR-Hintergrund der alternativen Jugendgruppen transparent machen.

## IG Metall und Rüstungsproduktion

Auf die Verantwortung des Staates bei ökonomischen Folgen der Abrüstung hat das IG Metall-Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage hingewiesen. Negative

Auswirkungen auf die Wirtschaft durch Verzicht auf Rüstungsprojekte müßten mit politischen Mitteln verhindert werden, sagte Benz-Overhage. Wo der Staat das Nachfragemonopol habe, könne er sich nicht mit Hinweis auf Marktgesetze aus der Verantwortung stehlen. Die IG Metall unterstützte Vorschläge der Friedensforschungsinstitute, nach denen der Staat durch eigene Planungen den Rüstungskonzernen Anregungen und Initiativen zum Ausstieg aus militärischer Produktion anbieten soll, sagte die Gewerkschafterin weiter. Einsparungen in den Rüstungsetats sollten darüber hinaus in einen westeuropäischen Fonds fließen, der die Produktionsumstellung über nationale Grenzen hinweg erleichtere. Karin Benz-Overhage, auch Mitglied im Beirat des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, wies darauf hin, daß alleine in der Bundesrepublik rund 1,3 Millionen Menschen von Rüstung und Militär abhängig seien, weltweit seien es etwa 55 Mio. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit dürfe nicht dazu führen, daß Arbeitnehmer Widerstand gegen konkrete Abrüstungsschritte leisteten, sagte das IG Metall-Vorstandsmitglied.

## Fachtagung „Direkte Demokratie“

Auf Einladung der Evangelischen Akademie Hofgeismar sowie der Stiftung MITARBEIT, Bonn, trafen sich am 22. bis 24.

Juni Fachleute und Interessierte aus der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Schweiz zu einem Fachgespräch über Direkte Demokratie. Ausgangspunkt der Überlegungen war der bekannte demokratische Mangel, daß das Grundgesetz weder selbst vom Volke beschlossen wurde, noch die Möglichkeit der Beteiligung an der Gesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid vorsieht. Mit der deutschen Vereinigung – so die übereinstimmende Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Bürgerinitiativen – sei der richtige Zeitpunkt gekommen, diese demokratischen Defizite des Grundgesetzes zu beheben. Erinnerung wurde daran, daß es selbstorganisierte Bürgerbewegungen waren, die durch ihr mutiges und beharrliches Eintreten die demokratischen Umwälzungen in der DDR ermöglichten und damit den Weg für ein geeintes Deutschland öffneten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer plädierten einhellig dafür, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen mit dem Auftrag, eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland auszuarbeiten. Diese neue Verfassung solle die bewährten Regelungen des Grundgesetzes aufnehmen, sie aber um die Beteiligungsmöglichkeit des Volkes an der Gesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid ergänzen und selbst durch eine Volksabstimmung angenommen werden. Nach über 40jähriger Erfahrung seien die Sorgen des Parlamentarischen Rates um den Bestand der Demokratie heute überholt. Die repräsentative Demokratie

habe sich in der Bundesrepublik verfestigt und sei in Rückstand geraten gegenüber einer politischen Kultur, in der heute vielfältig neue soziale Bewegungen beispielsweise in Umweltfragen informell an der politischen Willensbildung mitwirken. Die Versammelten hielten es daher für überfällig, plebiszitäre Formen der Willensbildung in die Verfassung mitaufzunehmen.

Würde diese Chance vertan, wäre das vereinte Deutschland nahezu der letzte Staat in Europa, der seinen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der direktdemokratischen Beteiligung vorenthält. Eine solche Zurückweisung der in beiden Teilen Deutschlands gemachten Erfahrungen mit staatsbürgerlichem Engagement und der darin begründeten Ansprüche auf Bürgermitsprache könnte insbesondere junge Menschen in Resignation oder Militanz treiben.

Die Tagungsdokumentation ist erhältlich bei: **Stiftung Die Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 5300 Bonn 1**

### Broschüre zur 'Modernisierung'

Eine 37-seitige Broschüre mit dem Titel „Nach der 'Nachrüstung' die 'Modernisierung' – Die NATO rüstet weiter auf“, verfaßt von Michael Schmid, kann bei der **Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V., Forststr. 3, 7075 Mutlangen**, zum Selbstkostenpreis von DM 4,- bestellt werden.

### Spielerische Revolte

Polizeisirenen heulen, Autos brennen, Pflastersteine und Gummiknüppel fliegen, Tränengas liegt in der Luft. Paris, Quartier Latin im Mai '68, die Studentenrevolte ist im vollen Gange ... Nein, nicht ganz. Die Straßenschlachten spielen sich auf einer kleinen Fläche aus Pappdeckeln ab, in einem gemütlichen Wohnzimmer anno 1990.

MAI 68 ist ein vergnügliches Brettspiel, das in zweiter Auflage endlich auch in Deutschland erhältlich ist.

Die französisch-italienische Co-Produktion läßt die Spieler – in der Regel zwei, es spielen Ordenskkräfte gegen revoltierende Massen – Demonstrationen auflösen und Mollies werfen. Für jede errichtete Barrikade etwa, darf ein Stück Pflaster aus dem Spielbrett entfernt werden, und siehe da – darunter liegt der Strand. Zwanzig Barrikaden beenden das Spiel zugunsten der Studenten – falls sie nicht vorher verhaftet wurden. **MAI 68, Spiel von Duccio Vitale und Francois Nedelecs, Vertrieb über Importläden, Preis ca. 68 DM.**

### Entspannung auf dem Akademiker-Arbeitsmarkt

Die anhaltend gute Konjunktur wirkt sich auch auf den Akademiker-Arbeitsmarkt positiv aus. Die Arbeitslosenquote von fünf Prozent bei Hochschulabsolventen

# T R E I B U N G

lag 1989 deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosenquote von 7,9%, erklärte das Institut der deutschen Wirtschaft Mitte Oktober in Köln. Damit gab es 1989 mit etwa 127.500 rund 11.400 arbeitslose Akademiker weniger als 1988. Die Akademiker-Arbeitslosigkeit betrifft vor allem Berufsanfänger, so das iwd. Jeder vierte arbeitslose Akademiker komme direkt von der Fachhochschule oder Universität. Fast jeder fünfte arbeitslose Akademiker sei Lehramtsabsolvent. Gegenüber 1988 sei hier jedoch ein Rückgang um mehr als 17 % zu verzeichnen.

## Studiengang Energiewirtschaft

Ressourcen werden knapp, wir verschwenden Energie und belasten unsere Umwelt. Unser Energieverbrauch steigt. Ökologische Krisen lassen sich nicht mehr verdrängen. Kompetente Fachleute sind gefragt, aber rar, da in der akademischen Ausbildung das Thema Ökologie bisher wenig Resonanz gefunden hat. Flächendeckende Energieberatung, Erstellung und Umsetzung von Energiekonzepten sowie neue Methoden und Instrumente der Planung und Regulierung der Energiewirtschaft werden dringend gebraucht. Hier setzt die Fachhochschule Darmstadt an. Mit Beginn des Sommersemesters 1990 bietet sie einen neuen dreisemestrigen Aufbaustudiengang „Energiewirtschaft“ an. Besonders wichtig ist die starke Projektorientierung des Studiengangs. Eine konkrete Problemstel-

lung aus der Praxis – beispielsweise die Erstellung kommunaler Energieversorgungskonzepte – wird in unterschiedliche Fragestellungen gegliedert und von studentischen Arbeitsgruppen unter Anleitung des Lehrpersonals über die gesamte Studienzzeit hinweg bearbeitet. So machen sich die Studierenden mit der in der Praxis üblichen Arbeitsweise vertraut. Sie bekommen Kontakte zu Verwaltungen vor Ort und können ihre Kenntnisse aus dem Bereich der Ingenieurs-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft miteinander verknüpfen. Ausführliche Informationen zum Aufbaustudiengang Energiewirtschaft erteilen der Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften (Telefon 061 51/16 87 34) sowie die allgemeine Studienberatung der Fachhochschule Darmstadt (Telefon 0 61 51/16 80 46).

## Komitee – Jahrbuch '88/89 erschienen

Gedächtnis sein in einer Zeit, die auf Zerstreuung und Erinnerungsschwund programmiert ist, Seismograph und Merkblatt für menschenrechtliche Gefährdungen, dies ist eine Aufgabe, die sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie neben seiner wichtigen Tag-zu-Tag-Arbeit mit dem jeweils rückwirkend erscheinenden Jahrbuch vorgenommen hat. Bedingt durch aktuelle Ereignisse waren Sie gezwungen, erstmals ein Doppeljahrbuch '88/89 zu erstellen.

Die 6./7. Jahrbuchausgabe öff-

net mit Schlaglichtern und Dokumenten, ergänzt durch einen Ereigniskalender der Jahre 1988 und 1989. So wurden exemplarische Ereignisse unter die menschenrechtliche Lupe genommen, kommentiert und dokumentiert. Jedes der bisher erschienenen Jahrbücher hat ein Schwerpunktthema behandelt.

Für dieses Jahrbuch bot sich als Schwerpunktthema an „Vierzig Jahre Grundgesetz: 1949-1989 und Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland“. Die deutsch-deutsche und weltpolitische Entwicklung – vor allem des Jahres 1989 – steht nicht im Mittelpunkt dieses Jahrbuchs. Sie wird jedoch in einigen zentralen Aspekten erörtert und weist bereits darauf hin, daß das Komitee-Jahrbuch 1990 sich schwerpunktmäßig mit der Verfassungsfrage befassen wird, die aufs engste mit dem Sozialismus- und Menschenrechtsthema gekoppelt zu verstehen ist.

Komitee-Jahrbuch '88/89, 512 Seiten, Paperback, schön bebildert und illustriert, Preis DM 25,-. Bezug: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

## Studie zur Situation von Alleinerziehenden Müttern

Die Frauenbeauftragte der Universitätsstadt Gießen hat eine Studie zum Thema: „Alleinerziehende Mütter“ vorgestellt: Die Studie ist von der Politologin Gabriele Gotthard erarbeitet worden. Diese Untersuchung

über die Lebenssituation alleinerziehender Mütter in Gießen wurde im Auftrag des Büros der Frauenbeauftragten der Stadt Gießen erstellt.

In der Untersuchung sind für das Stadtgebiet Informationen erarbeitet worden zur

- Struktur der Gruppe alleinerziehender Mütter,
- zur Lebens- und Wohnsituation alleinerziehender Mütter und
- zur Erwerbstätigkeit, Einkommenssituation und Armut alleinerziehender Mütter.

Die Ergebnisse basieren auf umfangreichen Datenrecherchen, auch Sondererhebungen und -auswertungen, die teilweise in Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern durchgeführt wurden.

Mit der Studie sind differenzierte Aussagen zur Lebenssituation alleinerziehender Mütter in Gießen vorhanden. Ihre besondere gesellschaftliche Benachteiligung und die Erfordernisse ihrer spezifischen Lebenssituation werden deutlich. Entsprechend können auch kleinteilige und kleinstmögliche Strategien zur Verbesserung der Lebenssituation alleinerziehender Mütter aufgezeigt werden.

Viele Aspekte beziehen sich inhaltlich auf Bereiche von Architektur und Planung.

Der Bericht kann beim Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Büro der Frauenbeauftragten - Berliner Platz 1, 6300 Gießen, unter Voreinsendung von 13,- DM (Schutzgebühr und Porto) angefordert werden.

Die Einzahlung wird auf das Konto Nr. 1.0200.130.000.5 bei der Bezirkssparkasse Gießen erbeten.

### DASA will Zusammenarbeit mit Friedensbewegung

Der größte Rüstungs- und Flugzeugbaukonzern der Bundesrepublik, die Deutsche Aerospace (DASA) will mit Politikern, Gewerkschaften, Kirchen und der Friedensbewegung über die Umstellung auf zivile Produktion sprechen. Vorstandsvorsitzender Jürgen Schrempp erklärte in Mainz, er wolle Vertreter all dieser Gruppen „gern an einem Tisch haben“. Dabei solle ein möglichst breiter Konsens „über die Bewältigung der Folgen aus dem Abrüstungsprozess“ erzielt und „gemeinsam ein Konzept für den fließenden Übergang zu zivilen Aktivitäten“ erarbeitet werden. Schrempp trat dafür ein, auch die mittelständischen Unternehmen und die Zulieferbetriebe dabei einzubinden.

### Zentrum für Jugendforschung am Ende?

Nach Umfragen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung sind 40vH der Jugendlichen bereit, im Westen zu arbeiten. 6vH der 18- bis 24jährigen sitzen nach Angaben des Instituts „auf gepackten Koffern“ und wollen die neuen Bundesländer verlassen, sollte sich nicht bald etwas an der wirtschaftlichen Situation ändern. Beunruhigende Tendenzen zeigen sich laut ADN bei den Umfragen zur Ausländerproblematik. Fast jeder fünfte der

18- bis 24jährigen vertrat die Auffassung, daß gegen Ausländer etwas unternommen werden müßte. Für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 sprachen sich 16vH der Befragten aus. Das Zentralinstitut der (ehemaligen) DDR für Jugendforschung soll geschlossen werden. Kommentar DER MORGEN: Unverzichtbares Forschungspotential wird scheinbar achtlos weggeworfen.

### Greenpeace unterstützt „Greenteams“

GREENPEACE will Kindern und Jugendlichen bei Aktionen für die Umwelt helfen. „Hilflosigkeit soll in Handeln umgewandelt werden“. Wenn sich mindestens sechs Kinder und ein erwachsener Berater zusammenschließen, versende die Organisation unter dem Stichwort „Greenteam“ ein Handbuch. Darin werde vorgeschlagen, wie die Gruppe arbeiten könne. In Einzelfällen sei auch eine finanzielle Unterstützung möglich. Das erste „Greenteam“ habe sich im August 1990 in der damaligen DDR gegründet.

## Oskar Lafontaine, Der Sozialismus und die neuen sozialen Bewegungen (Auszüge)\*

(...) Die Studentenbewegung begriff sich politisch als außerparlamentarische, nicht als antiparlamentarische Opposition. Daß ihr politisches Handeln so wenig institutionalisiert war, lag vor allem daran, daß sie über die politischen Institutionen nicht verfügen konnte, darf also nicht als prinzipielle Absage an die Institutionalisierung der Politik mißverstanden werden. Hatte nicht Rudi Dutschke den "langen Marsch durch die Institutionen" lauthals angekündigt? Viele 68er haben sich auf diesen Weg gemacht und sind inzwischen in den Institutionen angekommen: Unlängst ist sogar Daniel Cohn-Bendit Stadtrat für Multikulturelles in Frankfurt geworden.

Das Politikverständnis der "neuen" sozialen Bewegungen hingegen hat eine grundsätzlich anti-institutionelle Komponente, ist von einem tiefen Mißtrauen gegenüber der Lösungskompetenz der institutionalisierten Politik geprägt. Historisch gesehen ist diese anti-institutionelle Einstellung alles andere als neu: Für die großen anarchistischen oder syndikalistischen Strömungen innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung waren ähnliche Denk- und Empfindungsweisen geradezu charakteristisch. (...)

(...) Niemand wird von den neuen sozialen Bewegungen behaupten wollen, sie seien nicht demokratisch. Im Gegenteil: Ihre Abneigung gegen die institutionalisierte Politik wurzelt in dem Wunsch nach einer radikaleren, direkteren Demokratie. Entsprechend "basisdemokratisch" sind sie organisiert. Allerdings ist diese basisdemokratische Ausrichtung keineswegs so neu, wie sie manchmal hingestellt wird, gehört doch auch sie zu den ideologischen Konstanten des "klassischen" Linksradikalismus. (...)

Wiewohl der "neue" Anti-Institutionalismus im wesentlichen in die gleiche Richtung wie der "alte" stößt - nach wie vor geht es um die Aufhebung der offen oder versteckt institutionalisierten Herrschaft mittels "Bewegung" -, so hat sich doch sein politischer und gesellschaftlicher Stellenwert geändert. In

dem Maße nämlich, wie sich im Verlauf des gesellschaftlichen Wandels die institutionalisierten, herrschaftsträchtigen Wahrnehmungs- und Handlungsformen modifiziert haben, können die alternativen kulturellen Orientierungs- und Handlungsmuster der neuen sozialen Bewegungen natürlich nicht mehr mit den traditionellen Mustern des Linksradikalismus identisch sein. Der Versuch, alte Bindungen und Formen der Abhängigkeit zu lösen, hat neue Zwänge sichtbar gemacht - etwa die industrielle Standardisierung und Kommerzialisierung der Lebensstile, auch der Mangel an eigenen Gestaltungsmöglichkeiten als Folge der Einbindung in hochkomplexe Systemzwänge oder die stetig umfassender werdende "sicherheitsstaatliche" Organisation des gesellschaftlichen Lebens. (...) Der Protest der neuen sozialen Bewegungen gegen bürokratische Bevormundung und Kontrolle, gegen Verdattung und Maschinisierung, gegen Überwachungs- und Atomstaat markiert exakt die neue Konfliktlinie zwischen den wachsenden Selbstbestimmungsbedürfnissen der Menschen auf der einen und dem gleichfalls wachsenden Bedarf an systematischer Steuerung, an technokratischer Regelung und Kontrolle des gesellschaftlichen Prozesses auf der anderen Seite. Nicht mehr die sozialstrukturell bestimmte Lebenslage, sondern eine von Fall zu Fall wechselnde, themenspezifische Betroffenheit gibt den Kristallisationskern für die Bildung neuer sozialer Bewegungen ab. Der demokratische Sozialismus wäre zum Scheitern verurteilt, würde er solche Konflikte nicht ernst nehmen und die gegenläufigen gesellschaftlichen Tendenzen nicht zum Ausgangspunkt seiner strategischen Überlegungen machen. Dabei muß ich nicht erst betonen, welche Tendenzen es für die demokratischen Sozialisten zu unterstützen gilt und welche zu bekämpfen. Im Kampf um die Erweiterung gesellschaftlicher und individueller Selbstbestimmungsmöglichkeiten sind Sozialisten und neue Bewegungen gleichsam "natürliche" Verbündete. (...)

(...) Das Beispiel der Neubestimmung des Arbeitsbegriffes zeigt, daß sich eine gewisse inhaltliche Übereinstimmung zwischen demokratischem Sozialismus und neuen Bewegungen auch für wesentliche Aspekte der Zukunft abzeichnet. Und nicht nur beim Thema Arbeit hat sich der Diskurs zwischen "Bewegung" und Sozialismus als fruchtbar erwiesen. Abrüstungsvorschläge der Friedensbewegung stehen inzwischen auf der Tagesordnung diplomatischer Verhandlungen. Der Begriff der "angriffsunfähigen" Verteidigung, heute sozialdemokratisches Programm, ist ursprünglich von der Friedensbewegung geprägt worden.

Über die Sozial- und Umweltverträglichkeit der Technologien, über Produktkonversion oder betriebliche Selbstverwaltung in Werken, die von Stilllegung bedroht sind, reden längst auch die Gewerkschaften. Die Geschlechterquotierung wäre von der SPD ohne Druck aus der Frauenbewegung nicht beschlossen worden. Und gewiß hätten sich die sozialistischen Parteien mit ökologischen Einsichten schwerer getan, wären sie von den Anti-Kernkraft- oder Ökologiebewegungen nicht ständig unter Zugzwang gesetzt worden. (...)

(...) Die gesamte SPD ließ zu, daß sich ihr Reformprojekt verstaatlichte, daß es, losgelöst von den sozialen Bewegungen, die es initiiert haben, in den staatlichen Institutionen sein verwaltetes Dasein fristete. (...) Der demokratische Sozialismus kann seinem Anspruch nur so lange gerecht werden, wie er selbst eine Bewegung bleibt. Wenn er nicht mehr in Bewegung ist, muß er wieder in Bewegung kommen. Und er darf nicht nur in der Opposition eine Bewegung sein. Es muß ihm gelingen, die schwierige Balance zwischen Staatsmacht und Bewegung auch dort zu halten, wo er regiert. Das heißt zum einen: neben der Verwaltung der Sachzwänge auch die emanzipativen Anstöße, die aus der Gesellschaft kommen, aufzugreifen und politisch umzusetzen; das heißt zum anderen: die übermächtige etatistische Tradition des Hegelianismus zurückzuschrauben zugunsten der libertären Traditionen der Arbeiterbewegung. Dies ist als Plädoyer für eine zeitgemäße Entstaatlichung gemeint. Wie demokratisch die Zukunft sein wird, hängt ab vom Ausmaß der bür-

gerschaftlichen Beteiligung im Staat, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft, das die Linke vier durchsetzen können. Zu den Lehren, die es aus den Entwicklungen in der kommunistischen Welt zu ziehen lohnt, gehört auch die, daß eine die Individuen entmündigender staatlicher Verantwortungsimperialismus auf Dauer in eine Sackgasse führt. Deshalb wird es in Zukunft darauf ankommen, die Verantwortung zu demokratisieren. Die neuen sozialen Bewegungen haben in dieser Hinsicht Wesentliches geleistet. Sie haben das Monopol der Experten auf die Entscheidungen aufgebrochen und die Fragen nach der Art der weiteren technologischen Entwicklung und ihrer gesellschaftlichen Steuerung zum Gegenstand öffentlicher und politischer Diskussionen gemacht. Erst dadurch sind alternative Gestaltungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ins Blickfeld gerückt. Könnte der demokratische Sozialismus auf solche Impulse verzichten? (...) Die schöpferische dialektische Spannung zwischen Realpolitik und Protest, zwischen Verantwortung und Utopie, zwischen Staatsmacht und sozialer Bewegung darf auch dort nicht abreißen, wo im Namen der sozialistischen Idee regiert wird. Ich weiß, das ist leichter gesagt als getan. Aber es ist die Voraussetzung dafür, daß sozialistische Regierungen auf dem Weg in die Zukunft nicht bloß Episoden bleiben.

\* Oskar Lafontaine, Der Sozialismus und die neuen Sozialen Bewegungen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Sonderheft 1/1990, S. 34-40 (Auszüge)

# BEWEGUNGS LITERATUR

*Jürgen Bärtsch, Cornelia  
Cremer, Klaus Novy:*

## **Neue Wohnprojekte, alte Genossenschaften. Kooperationsformen zur Bestandssicherung im Wohnungssektor.**

Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1990, 250 S.

Angesichts der schnellen Erosion der Zahl von preiswerten Mietwohnungen durch Umwandlungen, Luxusmodernisierungen, Abriß, Umnutzungen, Auslaufen der Bindungen im sozialen Mietwohnungsbau und der 1988 beschlossenen Aufhebung des WGG erhalten Strategien der sozialen Bestandserhaltungspolitik Priorität. In einer Zeit der Dominanz von Deregulierungsvorstellungen stellt sich die Frage nach den Trägern und Akteuren einer solchen innovativen Bestandspolitik.

Die gegenwärtige Nachfragesituation auf dem Wohnungsmarkt ist häufig durch „neue Wohnleitbilder“ gekennzeichnet; selbstnutzende Gemeinschaften streben nach „selbstgewählten Nachbarschaften“ als kulturellem Resultat veränderter Haushalts- und Lebensformen. Selbstgewählte soziale Bindungen sollen in gemeinschaftlichen Wohneigentumsformen manifestiert werden.

Die meisten Initiativen scheitern jedoch im Vorfeld an Überforderungen: Mangel an professionellen

Betreuungsleistungen und geeigneten Rechtsformen zur Absicherung von Bindungen. Dies führt zur zukünftigen Rolle der Wohnungsbaugenossenschaften als jene Träger, die – weil mitgliederbezogen – über ein Höchstmaß an Selbstbindung verfügen. Bisher haben sich Wohnungsbaugenossenschaften jedoch kaum an einer innovativen Bestandspolitik beteiligt.

Hier nun werden drei Kooperationsvarianten (Integrations-, Verbund- und Betreuungsmodell) zwischen Altgenossenschaften und neuen Wohnprojekten ausführlich vorgestellt und auf ihre relevanten Umsetzungsprobleme untersucht. Es zeigt sich, daß eine Vielzahl gegenseitig vorteilhafter Formen der Kooperation möglich sind und teilweise auch schon realisiert wurden. Ein breites Feld wirtschaftlicher und technischer Kooperationsleistungen kann so abgedeckt werden und neue Wohnprojekte „auf den Weg bringen“.

Die Studie betritt mit vielen Ideen Neuland, bezieht sich jedoch immer auf Beispiele, wenn auch (oft) nur im Ausland. Die entwickelten Kooperationsmodelle sind gleichermaßen für eine innovative Bestandspolitik wie für den Neubau relevant. Die vielfältigen Grenzen und Hindernisse gegenseitig vorteilhafter Kooperationen werden aufgezeigt und ein alternativer Vorschlag einer Entwicklungsagentur für die Projektfindungsphase skizziert.

*Arno Mersmann*

*Joachim Brech, Michael  
Klingsen, Peter Schmidt,  
Martin Späth*

## **Gegen Altenheime und andere Ghettos – Integriertes Wohnen**

Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen 1990, 176 S.

Integriertes Wohnen – darunter verstehen die Verfasser das Zusammenleben von jungen und alten Menschen, Familien und Alleinstehenden, also Menschen unterschiedlicher Lebenslagen und -bedürfnisse, mit unterschiedlichen Aktionsradien und Fähigkeiten oder Behinderungen.

Die Forderung, ältere Menschen nicht aus den gesellschaftlichen Arbeits- und Lebenszusammenhängen auszuschließen und sie vor allen Dingen nicht aus ihrer vertrauten Wohnumwelt herauszureißen, weil mit Ausgrenzung und Vertreibung erfahrungsgemäß ein kaum zu durchbrechender Kreis körperlichen und geistigen Verfalls begründet sein kann, ist nur zu leicht erhoben; bei der Realisierung konkreter Wohn- oder Stadtteilprojekte zur Integration alter Menschen tritt jedoch rasch eine Vielzahl von Interessen zutage: zunächst die der alten Menschen selbst, die ihrerseits außerordentlich differenziert sind, je nach Alter, Lebenserfahrung und Lebensweg, aber auch die der Wohlfahrtsträger, der Gemeinde, der Bauträger – Interessen, die sich sowohl ergänzen als auch wi-

dersprechen können, in jedem Falle aber der Organisation bedürfen. Dazu aber mangelt es an Erfahrungen.

Aus diesem Grund stellen die Verfasser kritische Berichte von Wohnprojekten aus der Bundesrepublik – München, Trier, Kempten – den Niederlanden und Dänemark vor, in denen das Thema aus der Sicht von Planern, der Verwaltung, Trägern wie Bewohnern beleuchtet wird. Da im Jahre 2000 etwa 25 % der Bewohner der Bundesrepublik älter als 60 Jahre sein werden, werden Kommunen und Träger der Wohnfahrtsverbände nicht umhin kommen, nach neuen Formen der sozialen Diensten zu suchen. Da letztere dafür strukturell kaum in der Lage sind, sollten die Chancen, nachbarschaftliche und selbstbestimmte Formen der Alltagsorganisation für und mit älteren Menschen zu realisieren, zunehmen. Dafür bietet der Band konkrete Anregungen.

*Jürgen Bärsch, Köln*

### **Wohnbund (Hrsg.):**

#### **Jahrbuch: Wohnpolitische Innovationen '90**

Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen 1990, 300 S.

Der WOHNBUND, Verband zur Förderung wohnpolitischer Initiativen, versteht sich als Lobby alternativer Wohnkultur. Mit dem vorliegenden ersten Jahrbuch „wohnpolitische Innovationen '90“, dem – so die Ankündigung – weitere folgen sollen, wird ein Ausschnitt aus der vielfältigen Arbeit des Ver-

bandes bzw. seiner Mitglieder im Jahre 1990 dokumentiert. Ein Ausschnitt deshalb, weil über viele Aktivitäten nicht in Form von Publikationen berichtet wird. Dennoch spiegeln die Beiträge die verschiedenen Ebenen wider, auf denen die WOHNBUND-Arbeit stattfindet: der Analyse und Konzeptentwicklung auf den verschiedenen Ebenen der Wohnungspolitik, der „Vernetzung“ von Beratungseinrichtungen, der Organisation konkreter Projekte.

Gerade in dem breiten Spektrum der Aktivitäten liegt die innovative Rolle des WOHNBUNDS begründet; Forschung und Konzeptentwicklung werden durch die konkrete Arbeit in Wohnprojekten oder wohnpolitischen Initiativen auf kommunaler Ebene beeinflusst, wie umgekehrt über das Netz der Mitglieder Konzepte in die konkrete Arbeit örtlicher Initiativen einfließen. Wohl kann eine andere Institution kann ein derart spannungsreiches Feld der Aktivitäten vorweisen. Diese produktive Unterschiedlichkeit widerspiegelt sich auch in den einzelnen Beiträgen, die seitens der Redaktion bewußt nicht „geglättet“ oder vereinheitlicht wurden. So reicht das Spektrum der Beiträge von der Analyse der Wohnungspolitik der Bundesregierung, über Konzepte z.B. zur Sicherung kommunaler Wohnungsbestände bis zu Projektberichten aus der Hand von Beteiligten, wobei auch Berichte aus dem benachbarten Ausland aufgenommen wurden, soweit sie von Interesse für die Arbeit in der Bundesrepublik wichtig erscheinen.

*Jürgen Bärsch, Köln*

## **Nachdenken über die Stadt – Annotationen einiger neuerer Bücher**

*Jörg Blasius/  
Jens S. Dangschat (Hrsg.):*

### **Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel**

Frankfurt/M. – New York: Campus Verlag 1990, 423 S.

Gentrification meint die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete mit den zweischneidigen Folgen eines Erhalts des innenstadtnahen Wohnbestandes auf der einen, einer Verdrängung unterschiedlicher einkommensschwacher Gruppen in Folge von Mietpreissteigerung und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf der anderen Seite. Die Herausgeber unterscheiden in einem einleitenden Beitrag vier Kontextebenen der Einflußnahme auf die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel: die internationale und nationale Ebene, die regionale und städtische Ebene, die Faktoren des städtischen Teilgebietes selber sowie die Individualebene der direkt und indirekt handelnden Personen. Erst das Zusammenspiel von ökonomischen und demographischen Prozessen, gewandelten Lebensstilen, Veränderungen des Wohnungsmarktes sowie städtischer Politik und Planung ermöglicht ein umfassendes Verständnis von Gentrification. Sie ist Ausdruck und Bestandteil des Auseinanderdriftens der Gesellschaft in eine „Zwei-Dritte-Gesellschaft“ und gefährdet den sozialen Zusammenhalt der Stadt.

Der Band versammelt Beiträge von Wissenschaftlern, Planern und Praktikern. Ein Großteil wurde auf einer Tagung des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in Köln im Frühjahr 1989 vorgestellt. Ein einleitender Abschnitt behandelt die Auswirkungen veränderter ökonomischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf innerstädtische Wohngebiete, wohnungspolitische Rahmenbedingungen und den Einfluß sich wandelnder Milieus und Lebensstile auf die Gentrification. Die Beiträge des zweiten Abschnitts analysieren und erörtern Reaktionen und Erfordernisse der Stadtplanung. Berücksichtigt werden dabei Frankfurt, München, Köln, Hamburg und Stuttgart. Der dritte Abschnitt behandelt methodische Probleme, der vierte und letzte Abschnitt versammelt Fallstudien, in denen vor allem Reaktionen und Wahrnehmung der Betroffenen reflektiert werden. Der Sammelband gibt einen umfassenden Überblick über die aktuellen Diskussionen zur Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel.

### *Lothar Bertels*

#### **Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt**

Opladen: Leske & Budrich 1990, 119 S.

Die begriffliche Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft in der Soziologie von Ferdinand Tönnies bildet den Ausgangspunkt der Darstellung von Lothar Bertels. Untersucht werden die utopischen Gemeinschaftskonzepte von Campanelle, Owen und Fourier sowie die an diese Ansätze an-

knüpfenden praktischen Umsetzungsversuche und ihre Auswirkungen. Als moderne Gemeinschaftsformen behandelt werden sodann Nachbarschaft, Wohngemeinschaft und das Zusammenleben unverheirateter Paare. Die Darstellung rekapituliert den Forschungsstand zu den modernen Vergemeinschaftungsformen und ermöglicht durch große Übersichtlichkeit und leichte Lesbarkeit einen guten thematischen Einstieg. Hier macht sich bemerkbar, daß der Text aus einem soziologischen Kursangebot der Fernuniversität Hagen entstanden ist.

### *Ufert Herlyn*

#### **Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen**

Opladen: Leske & Budrich 1990, 212 S.

Der Zusammenhang von Lebenslauf, Stadt- und Wohnstruktur ist Thema des Bandes. In einem ersten Teil werden Bedingungen der Wohnungswahl mit Phasen der Familienentwicklung in Beziehung gesetzt. Unterschieden werden die drei Phasen der expandierenden, der konsolidierten und der schrumpfenden Familie, die je typische Muster räumlicher Mobilität und des Bezugs auf das öffentliche Leben der Stadt erkennen lassen. Gesondert berücksichtigt werden angesichts ihrer Bedeutungszunahme Wohnung und Wohnumwelt bei Neuen Haushaltstypen. Der zweite Teil behandelt im Rahmen eines sozialräumlichen Konzeptes der Aneignung die Wohnung als Ort der An- und Enteignung, die städtische

Straße als sozialen Kristallisationspunkt, das innenstadtnahe Altbauquartier als lokalen Lebenszusammenhang sowie die Neubausiedlung als Station in der Wohnkarriere. In einem letzten Teil werden die lokalen Lebenszusammenhänge und die Vermischung verschiedener Lebensbereiche in der Stadt und den Stadtvierteln unter der Fragestellung diskutiert, wieweit sie 'Beheimatung' als aktive Aneignung einer vertrauten Umwelt ermöglichen. Der Text eignet sich in Aufbau, Darstellung wie auch aufgrund zahlreicher Abbildungen und Tabellen gut zur Einführung in Fragen der sozialräumlichen Aneignung des städtischen Raums.

### *Lothar Bertels/ Ufert Herlyn (Hrsg.)*

#### **Lebenslauf und Raumerfahrung (Reihe Biographie & Gesellschaft)**

Opladen: Leske & Budrich 1990, 223 S.

Die Autoren der beiden zuvor vorgestellten Bücher sind die Herausgeber eines Sammelbandes, der sich in Fortentwicklung der monographisch bereits aufgeworfenen und diskutierten Fragen mit der Aneignung von Raum im Lebensverlauf beschäftigt. Die städtische Umwelt ist Chance oder Barriere bei der Verwirklichung von Lebensplänen. Die Beiträge des Bandes, zum Teil aus umfangreichen empirischen Studien hervorgegangen, stellen eine erste Annäherung der Soziologie des Lebenslaufes und der Soziologie der Stadt dar. Nach einem einführenden Beitrag von Ufert Herlyn gelten die Bei-

träge des ersten Abschnitts gruppen-spezifischen Raumerfahrungen: Untersucht werden Großstadtkinder (Helga Zeiher), alte Menschen in der Stadt (Laszlo A. Vaszkovics) und Nichtseßhafte (Arno Giesbrecht) sowie – in einem allgemeineren Zugriff – der Zusammenhang von Lebenszyklus, Arbeitslosigkeit und Hauseigentum (Hartmut Häußermann/ Werner Petrowsky). Der zweite Abschnitt behandelt Formen der räumlichen Mobilität und enthält Untersuchungen zum Zusammenhang von regionaler Herkunft und Lebensverlauf (Michael Wagner), von Wohnungsmarkt und Lebenszyklus (Detlev Ipsen) sowie zu Aktionsräumen von Stadtbewohnern verschiedener Lebensphasen (Jürgen Friedrichs). Der dritte Abschnitt erörtert die Raumbewältigung in Neubausiedlungen und untersucht die Neubausiedlung als Station in der Wohnkarriere (Ulfert Herlyn) sowie die Initiativenarbeit im Lebenslauf von Frauen einer Neubausiedlung als Beitrag zur Restabilisierung im Lebenslauf (Lothar Bertels).

*Frank Braun/Frank Coffield u.a.*

**Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und städtische Lebensräume. Literaturbericht zum Forschungsstand in Belgien, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland**

München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 1990, 246 S.

Im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft wurden die vorliegenden Literaturbe-

richte verfaßt, die jetzt vom Deutschen Jugendinstitut publiziert worden sind. Die Berichte führen in Forschungssituation und Diskussionsstand der vier untersuchten Länder ein und bieten wertvolle Hinweise zur weiteren, auch vergleichenden, Auseinandersetzung. Hingewiesen werden kann hier nur knapp auf den Beitrag zur Bundesrepublik. Frank Braun behandelt, ausgehend von den Gewaltausbrüchen in Berlin-Kreuzberg 1987, den Zusammenhang von Stadtstruktur und Gewalt. Vorgestellt und bewertet wird die Tragfähigkeit der verwendeten Bezugstheorien zum Zusammenhang von städtischen Lebensräumen, Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität. Erörtert werden mit einer auffallenden – übrigens die Beiträge des Bandes insgesamt auszeichnenden – wissenssoziologischen Sensibilität der politische Verwendungszusammenhang von Theorien abweichenden Verhaltens sowie die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen der Wissensproduktion. Die Koordinatoren des Gesamtprojektes, Jean Charles Lagrée und Paul Lew Fai, bilanzieren die Defizite des analytischen Bezugsrahmens einer Erforschung der Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit und Lebensweise und fordern eine verstärkte Ausrichtung der Forschung auf Widerstands- und Reaktionsformen, die die sozialen Akteure individuell und kollektiv entwickeln: „Die Entwicklung des Prozesses der sozial-ökonomischen Neustrukturierung selbst fordert geradezu dazu auf, über die Individualanalyse der Erscheinungsformen sozialer Ausgrenzung als einzige Untersuchungsebene hinauszugehen und sich auf die Ebene sozialer und ter-

ritorialer Gruppen zu begeben, die als soziale Einheiten, von Destabilisierung bedroht und den Auswirkungen der Krise ausgesetzt, einen allmählichen Verfall ihrer Sozialstruktur erleben. Individuen und soziale Gemeinschaften unterliegen dennoch nicht nur und nicht immer eindeutig dem, was als 'ehernes Gesetz' der Logik sozialer Ausgrenzung erscheint. Auch Widerstand, Anpassungsstrategien, Ausweich- und Umgehungsreaktionen spielen eine Rolle.“ (S. 242) Reagiert der Staat mit Dezentralisierung, Rückverlagerung von Kompetenzen in die Regionen und Gemeinden und einer Bezugnahme auf lokale Kräfte auf einen umfassenden gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozeß, so sind das Wiederaufleben familialer und lokaler Solidarität oder die Entwicklung nicht offizieller Arbeitsformen Beispiele für die Fähigkeit der von Ausgrenzung bedrohten sozialen Gruppen, mit veränderten Lebensformen auf eine Krise zu reagieren.

*Ansgar Klein, St. Augustin*

*Maria Spithöver*

**„Frauen in städtischen Freiräumen“**

Köln: Pahl-Rugenstein-Verlag 1989 (Hochschulschriften 271, Frauenstudien 16)

Städtische Freiräume, verstanden als öffentliche Räume in der Stadt sind jedermann frei zugänglich – wie sieht es damit jedoch für Frauen aus? Das ist die Fragestellung, der sich Maria Spithöver in ihrer

umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit widmet.

Städtische Freiräume, differenziert nach Straßenraum, Grünflächen und Sportflächen werden hinsichtlich ihrer Nutzung durch Frauen untersucht. Die Grundthese ist, daß Frauen öffentlicher Raum nur eingeschränkt zur Verfügung steht; Frauen also über weniger Lebensraum in der Stadt verfügen.

Die Autorin beginnt damit, das Spielen von Mädchen in Außenräumen zu analysieren. Bereits hier stellt sie fest, daß Mädchen sich beim Spielen im Freien wesentlich defensiver verhalten als Jungen. Mädchen spielen mehr in der Wohnung, in der nahen Wohnumgebung, nehmen weniger Raum (Fläche) für ihre Spiele in Anspruch und ziehen sich eher zurück, wenn „andere“ ihre „Plätze“ beanspruchen.

„Frauen im Straßenraum“ ist ein weiteres, längeres Kapitel. Straßenbau – Autos – Asphalt – Flächenverbrauch – Naturveränderung – Technik – Menschenfeindlichkeit sind die wichtigsten Assoziationen, die Spithöver mit diesem Thema verbindet, und die bereits deutlich machen, über welche Mechanismen der Ausschluß von Frauen aus dem Straßenraum zu einem wesentlichen Teil erfolgt. Im Individualverkehr spielen Frauen und insbesondere ältere Frauen eine wesentlich geringere Rolle als Männer. Frauen haben im Vergleich weniger oft einen Führer-

schein und verfügen noch weniger über ein Auto. Frauen hingegen sind im Verkehrsgeschehen die Fußgängerinnen, die Radfahrerinnen und die Fahrgäste in Bus und Bahn und gehören damit zu einer der immobilsten Bevölkerungsgruppen.

Die ausführliche Erörterung der Benachteiligungen, die Frauen durch unsere „Autogesellschaft“ entstehen, bedeutet für Spithöver jedoch nicht, daß Frauen in diesem Punkt „nachziehen“ sollten, sondern gehen vielmehr einher mit Forderungen zu einer „alternativen“ Verkehrspolitik, die Abstand von dem „Autowahn“ nimmt.

Sportflächen sind ebenfalls fest in Männerhand, wie Frau sich angesichts von Fußballfeldern und Aschenbahnen sicher gut vorstellen kann. Auch einer genaueren Betrachtung hält diese These stand, obwohl z.B. die Zahl der sporttreibenden Frauen steigt. Aber wie bereits beim Mädchenspiel beobachtet wurde, so verhält es sich auch beim Sportverhalten von Frauen: Frauen sind in ihren Sportaktivitäten bescheiden im Flächenanspruch und sind mehr in die Halle zu finden, als auf dem Spielfeld draußen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Überlegung, wieviele öffentliche Gelder – vermeintlich für das allgemeine Wohl – in die Erstellung und Unterhaltung von Infrastrukturmaßnahmen wie Sportanlagen oder auch in den

bereits erwähnten Straßenbau fließen, die hauptsächlich aber den Interessen einer Männergesellschaft dienlich sind.

Nicht zuletzt wird die Präsenz von Frauen in Grünflächen thematisiert. Mit 50% stellen Frauen an den BesucherInnenzahlen von Park- und Grünanlagen einen hohen Anteil. Es stellt sich jedoch heraus, daß das BesucherInnenverhalten von den gegebenen Örtlichkeiten abhängig ist. Abgelegene, einsame und uneinsichtige Anlagen werden von Frauen, vermutlich aus Angst vor sexuellen Übergriffen, eher gemieden. In dieser Frage kann Spithöver jedoch nicht auf gesicherte Untersuchungsergebnisse zurückgreifen, da es bisher nicht für nötig gehalten wurde, diesen Aspekt in entsprechenden Studien zu berücksichtigen. Ebenso ergeht es ihr, wenn sie auf die Bedeutung der Grünfläche als „Arbeitsplatz“ für Frauen eingehen will, wobei insbesondere an die Begleitung und Betreuung von Kindern gedacht wird. Dieser Gesichtspunkt spielt sicher für jede Mutter eine große Rolle, ist der Forschung aber bisher fremd geblieben.

So ist es ein Verdienst der Arbeit von Spithöver, ein umfassendes Bild der Situation von Frauen im urbanen Raum zu zeichnen und dabei die patriarchalische Prägung der Gestaltung unserer Umwelt herauszuarbeiten.

*Anja Kämper, Dortmund*

## AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

- Adler, Adam/Mackwitz, Hanswerner:** *Öko-Tricks und Bio-Schwindel*, Orac: Wien 1990
- Assheuer, Thomas u.a.:** *Rechtsradikale in Deutschland, Die alte und die neue Rechte*, Beck: München 1990
- Bechmann, Gotthard (Hrsg.):** *Risiko und Gesellschaft*, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990
- Behnen, Imbke (Hrsg.):** *Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Bellebaum, Alfred:** *Langeweile, Überdruß und Lebenssinn*, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990
- Benzler, Susanne/Heinelt, Herbert:** *Stadt und Arbeitslosigkeit, Örtliche Arbeitsmarktpolitik im Vergleich, Eine empirische Untersuchung*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Bergmann, Werner/Erd, Rainer:** *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Berking, Helmuth:** *Die neuen Protestbewegungen als zivilisatorische Instanz im Modernisierungsprozeß?*, in: Dreitzel, Hans-Peter/Stenger, Horst (Hrsg.): *Ungewollte Selbsterstörung, Reflexionen über den Umgang mit katastrophalen Entwicklungen*, Campus: Frankfurt 1990
- Bermbach, Udo u.a. (Hrsg.):** *Spaltungen der Gesellschaft und die Zukunft des Sozialstaats*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Bertels, Lothar:** *Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Birkenbach, Hanne-Margret u.a. (Hrsg.):** *Jahrbuch Frieden 1991*, Beck: München 1990
- Blasius, Jörg/Dangschat (Hrsg.):** *Gentrification, Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*, Campus: Frankfurt 1990
- Böckler, Stefan:** *Kapitalismus und Moderne, Zur Theorie fordistischer Modernisierung*, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990
- Bohn, Cornelia:** *Habitus und Kontext, Ein kritischer Beitrag zur Sozialtheorie Bourdieus*, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990
- Bornschieer, Volker u.a. (Hrsg.):** *Diskontinuität des sozialen Wandels*, Campus: Frankfurt 1990
- Dahrendorf, Ralf:** *Betrachtungen über die Revolution in Europa*, DVA: Stuttgart 1990
- Dreßler, Rudolf u.a. (Hrsg.):** *Fortschritt '90, Fortschritt für Deutschland*, Bertelsmann: München 1990
- DuBois-Reymond, Manuela/Oechsle, Mechthild (Hrsg.):** *Neue Jugendbiographie?, Zum Strukturwandel der Jugendphase*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Dudek, Peter:** *Jugend als Objekt der Wissenschaften*, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990
- Ferchhoff, Wilfried:** *Jugendkulturen im 20. Jahrhundert, Von den sozialmilieuspezifischen Jugendsubkulturen zu den individualitätsbezogenen Jugendkulturen*, Peter Lang: Frankfurt u.a. 1990
- Friedrich, Walter/Griese, Hartmut (Hrsg.):** *Jugend in den Mauern, DDR-Jugend und -forschung in den 80er Jahren*, Leske + Budrich: Leverkusen 1990
- Fülberth, Georg:** *KPD und DKP 1945-1990*, Distel: Heilbronn 1990
- Gängler, Hans:** *Soziale Arbeit auf dem Lande, Vergessene Lebensräume im Modernisierungsprozeß*, Juventa: Weinheim 1990
- Gewaltfreie Selbstbehauptung, Jahrbuch 1990 des Bundes für Soziale Verteidigung*, Minden 1990
- Glotz, Peter:** *Der Irrweg des Nationalstaates, Europäische Reden an ein deutsches Publikum*, DVA: Stuttgart 1990
- Göhler, Gerhard u.a. (Hrsg.):** *Die Rationalität politischer Institutionen, Interdisziplinäre Perspektiven, Nomos: Baden-Baden 1990*
- Göhler, Gerhard u.a. (Hrsg.):** *Politische Institutionen im gesellschaftlichen Umbruch*,

*Ideengeschichtliche Beiträge zur Theorie politischer Institutionen, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990*

**Golombek, Dieter/Ratzke, Dietrich (Hrsg.):** "Dagewesen und aufgeschrieben - Reportagen über eine deutsche Revolution", Institut für Medienentwicklung und Kommunikation: Frankfurt 1990

**Greiff, Bodo von (Hrsg.):** Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, Leviathan-Sonderheft, Bd. 11/90, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990

**Greß, Franz u.a.:** Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990

**Greven, Michael T. (Hrsg.):** Macht der Demokratie, Denkanstöße zur Wiederbelebung einer klassischen Frage in der zeitgenössischen Politischen Theorie, Nomos: Baden-Baden 1990

**Grobe-Hagel, Karl:** Der kurze Frühling von Peking, Die chinesische Demokratiebewegung und der Machtkampf der Partei, Fischer Taschenbuchverlag: Frankfurt 1990

**Gysi, Gregor:** Wir brauchen einen dritten Weg, Selbstverständnis und Programm der PDS, Konkret-Literatur-Verlag: Hamburg 1990

**Habermas, Jürgen:** Die Nachholende Revolution, Suhrkamp: Frankfurt 1990

**Hansen, Klaus:** Das kleine NEIN im großen JA, Witz und Politik in

der Bundesrepublik, Leske + Budrich, Leverkusen 1990

**Heim, Peter B.:** Von Macht & Missbrauch - Affären, Skandale und andere Geschichten um die CSU, SP-Verlag: Marburg 1990

**Heinrich, Arthur/Naumann, Klaus (Hrsg.):** Alles Banane - Ausblicke auf das endgültige Deutschland, PapyRossa: Köln 1990

**Heins, Volker:** Strategien der Legitimation, Das Legitimationsparadigma in der politischen Theorie, Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster 1990

**Helsper, Werner:** Okkultismus - das neue Jugendphänomen?, Leske + Budrich, Leverkusen 1990

**Herles, Wolfgang:** Nationalrausch, Szenen aus dem gesamtdeutschen Machtkampf, Kindler: München 1990

**Hertlyn, Ulfert:** Leben in der Stadt, Zum Zusammenhang von Familienphasen und städtischen Lebensräumen, Leske + Budrich: Leverkusen 1990

**Hermann, Winne u.a. (Hrsg.):** Grüner Weg durch schwarzes Land, 10 Jahre Grüne in Baden-Württemberg, Edition Erdmann: Stuttgart 1989

**Herzog, Dieter u.a.:** Abgeordnete und Bürger, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990

**Heuer, Michael:** Gesellschaftliche Modernisierung und Frauenbewegung, Diplomarbeit, hektografiertes Manuskript, Osnabrück 1990

**Hille, Barbara/Jaide, Walter (Hrsg.):** DDR-Jugend, Politisches Bewußtsein und Lebensalltag, Leske + Budrich: Leverkusen 1990

**Icking, Maria:** Arbeit - Arbeitslosigkeit - Erwachsenenbildung, Peter Lang: Frankfurt u.a. 1990

**Jellonnek, Burkhard:** Homosexuelle unter dem Hakenkreuz, Die Verfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich, Sammlung Schöningh: Paderborn 1990

**Kempe, Martin:** Die Kraft kommt von den Wurzeln, Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Büchergilde Gutenberg: Frankfurt 1990

**Kirfel, Martina/Oswalt, Walter (Hrsg.):** Die Rückkehr der Führer, Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa, Europaverlag: Wien 1990

**Koschinski, Dirk u.a. (Hrsg.):** Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, BasisDruck: Berlin 1990

**Krotz, Friedrich:** Lebenswelten in der Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich: Leverkusen 1990

**Krüll, Marianne (Hrsg.):** Wege aus der männlichen Wissenschaft, Perspektiven feministischer Erkenntnistheorie, Centaurus: Pfaffenweiler 1990

**Kubicek, Herbert/Berger, Peter:** Was bringt uns die Telekommunikation, ISDN - 66 kritische Antworten, Campus: Frankfurt/Main 1990

- Kunemann, Harry:** *Der Wahrheitstrichter, Habermas und die Postmoderne, Campus: Frankfurt 1990*
- Lafontaine, Oskar:** *Deutsche Wahrheiten, Die nationale und die soziale Frage, Hoffmann und Campe: Hamburg 1990*
- Lochner, Axel (Hrsg.):** *Linke Politik in Deutschland, Beiträge aus DDR und BRD, Verlag am Galgenberg: Hamburg 1990*
- Löw, Reinhard u.a. (Hrsg.):** *Expertenwissen und Politik, VCH Verlagsgesellschaft: Weinheim 1990*
- Luber, Burkhard:** *Abrüstungsatlas, Chancen und Risiken des amerikanischen Truppenabzugs aus der BRD, Georg Olms Verlag: Hildesheim 1990*
- Luthardt, Astrid/Rohnstock, Katrin (Hrsg.):** *Frauenhandbuch der DDR, BasisDruck: Berlin 1990*
- Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.):** *Lebensverläufe und sozialer Wandel, KZfSS-Sonderheft 31, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990*
- Mayr-Kleffel, Verena:** *Frauen und ihre sozialen Netzwerke, Leske + Budrich: Leverkusen 1990*
- Meuser, Michael:** *Gleichstellung auf dem Prüfstand, Frauenförderung in der Verwaltungspraxis, Centaurus: Pfaffenweiler 1990*
- Mitter, Armin u.a. (Hrsg.):** *"Ich liebe euch doch alle", Befehle und Lagerberichte der Stasi, vierte, erweiterte Auflage, Basis-Druck: Berlin 1990*
- Müller, Peter:** *Die Mafia in der Politik, Beck: München 1990*
- Müller, Wolfgang D.:** *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, Anfänge und Weichenstellungen, Schäffer-Verlag: Stuttgart 1990*
- Münkler, Herfried (Hrsg.):** *Der Partisan - Theorie, Strategie, Gestalt, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990*
- Otto, Hans-Uwe/Karsten, Maria-Eleonora (Hrsg.):** *Sozialberichterstattung, Lebensräume gestalten als neue Strategie kommunaler Sozialpolitik, Juventa: Weinheim 1990*
- Peters, Butz:** *Die Absahner, Organisierte Kriminalität in der Bundesrepublik, Rowohlt: Reinbek 1990*
- Peukert, Detlev J.K./Bajohr, Frank:** *Rechtsradikalismus in Deutschland, Ergebnisse: Hamburg 1990*
- Riesebrodt, Martin:** *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung, Amerikanische Protestanten (1910-1928) und iranische Schiiten (1961-1979) im Vergleich, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck): Tübingen 1990*
- Rucht, Dieter:** *Campaigns, skirmishes and battles: anti-nuclear movements in the USA, France and West Germany, in: Industrial Crisis Quarterly 4 (1990) 193 - 222*
- Saage, Richard:** *Das Ende der politischen Utopie?, Suhrkamp: Frankfurt 1990*
- Schirmmayer, Frank (Hrsg.):** *Im Osten erwacht die Geschichte, Essays zur Revolution in Mittel- und Osteuropa, DVA: Stuttgart 1990*
- Schmitt, Rüdiger:** *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990*
- Schumann, Siegfried:** *Wahlverhalten und Persönlichkeit, Westdeutscher Verlag: Opladen 1990*
- Simonis, Udo Ernst (Hrsg.):** *Basiswissen Umweltpolitik - Ursachen, Wirkungen und Bekämpfung von Umweltproblemen, edition sigma: Berlin 1990*
- Stiftung Die Mitarbeit (Hrsg.):** *"Direkt Demokratie" - Vorschläge für die Volksgesetzgebung, Tagungsdokumentation, Selbstverlag: Bonn 1990*
- Tempel, Karl G.:** *Umwelt- und Naturschutzverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich: Leverkusen 1990*
- terres des hommes u.a. (Hrsg.):** *Wandel der Öffentlichkeit und soziale Bewegungen, Dokumentation einer Fachtagung, Selbstverlag: Hamburg 1990*

*Thole, Werner: Familie - Szene - Jugendhaus, Leske + Budrich: Leverkusen 1990*

*Verfassungsentwurf für die DDR, Arbeitsgruppe "Neue Verfassung der DDR" des Runden Tisches, BasisDruck: Berlin 1990*

*Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Mut zum Frieden, Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 1990*

*Vultejus, Ulrich/Humanistische Union (Hrsg.): Das Urteil von Memmingen, Vom Elend der Indikation, Volksblatt-Verlag: Köln 1990*

*Wahl, Klaus: Studien über Gewalt in Familien, Juventa: Weinheim 1990*

*Wedemeyer, Georg: Kneipe und politische Kultur, Centaurus: Pfaffenweiler 1990*

*Weingartz-Perschel, Karin: Das "Ewigweibliche" als ideologische Metapher, Zur Dialektik des Geschlechterverhältnisses, Peter Lang: Frankfurt u.a. 1990*

*Weinmann, Ute: Mittelalterliche Frauenbewegungen, Centaurus: Pfaffenweiler 1990*

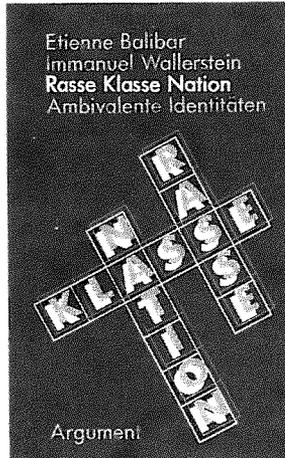
*Wickert, Christl (Hrsg.): "Heraus zum Frauenwahlrecht", Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um die politische Gleichberechtigung, Centaurus: Pfaffenweiler 1990*

*Wilding, Peter: "... Für Arbeit und Brot" - Arbeitslose in Bewegung, Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in Österreich, Europaverlag: Wien 1990*

*Winter, Rainer/Eckert, Roland: Mediengeschichte und kulturelle Differenzierung, Leske + Budrich: Leverkusen 1990*

*zusammengestellt von Hans-Josef Legrand*

## Was ist Neo-Rassismus?



Etienne Balibar/  
Immanuel Wallerstein

### Rasse Klasse Nation

Ambivalente Identitäten

Übersetzt von Ilse Utz  
und Michael Haupt

279 S., br., DM 28,—

Dies Buch ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus — vierzig Jahre nach dem Ende der Nazi-herrschaft und zwanzig Jahre nach der Entkolonialisierung und der Aufhebung der Rassentrennung in den USA — fast überall auf der Welt auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um

mehr handelt als eine Episode, um mehr als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Der Rassismus, so Balibar und Wallerstein, ist die Kehrseite des bürgerlich-kapitalistischen »Universalismus« und mit diesem aufs engste verbunden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien. Das Verdienst der Autoren besteht darin, diese Widersprüchlichkeiten zu denken, ohne einseitig optimistischen oder pessimistischen Einschätzungen zu verfallen.

Weitere Veröffentlichungen zum Thema:

### Theorien über Rassismus

Hg. von Oiger Autrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht und Cornelia Wolf

Argument-Sonderband AS 164,  
170 S., br., DM 18,50

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

